Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart

Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart

Von

J. J. Ruedorffer

8. und 9. Tausend



Deutsche Verlags-Anstalt
Stuttgart und Berlin

Druck der
Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

Inhalt

Seite

Vorwort VII

Erster Teil. Die Tendenzen.

Erstes Kapitel. Die Grundtendenzen 3
Begriff der Nation und des Nationalstaates. Das Wesen der nationalen Tendenz. Das Wesen der kosmopolitischen Tendenz. Ihre Quellen. Der Widerstreit beider Tendenzen.

Zweites Kapitel. Die Entwicklung der nationalen Tendenzen in der Gegenwart 59
Balkan und die Türkei. Österreich-Ungarn. Rußland. Italien. Frankreich. England. Deutschland. Die Vereinigten Staaten. Südamerika. Japan und China.

Drittes Kapitel. Die Entwicklung der kosmopolitischen Tendenzen in der Gegenwart 144
Die Religionen. Das allgemeine Kulturideal. Das Kapital. Das internationale Recht. Die Klasseninteressen.

Zweiter Teil. Konstellation und Methode.

Erstes Kapitel. Die Grundzüge der Konstellation . 183
Die Interessenverflechtung. Die parallele Expansion. Die neuen Länder. Das wirtschaftliche Nebeneinander. Der englische Freihandel. Die Kalkulation des Kriegs. Die Rüstungen. Die Bündnisse.

Zweites Kapitel. Die Methoden 233
Die finanziellen Mittel. Die Verschiebung der innerpolitischen Machtverteilung. Die öffentliche Meinung. Die Mitarbeit der Gesamtheit.

Nachwort. Eine Untersuchung über den gegenwärtigen politischen Weltzustand. Sommer 1920 253

Vorwort zum 6. und 7. Tausend

Durch diesen abermaligen Neudruck wurde der Verfasser vor die Frage gestellt, ob er, einem naheliegenden Gedanken folgend, dieses im Herbst 1913 geschriebene Buch nach den später eingetretenen Ereignissen ändern sollte. Er hat davon Abstand genommen. Diese Arbeit, die sich als methodische Betrachtung gibt und die größte aller politischen Fragen, nämlich die europäische, aus naheliegenden Gründen nur vorsichtig streifen konnte, schien ihm lediglich von Wert, wenn sie in der ursprünglichen Form in Wahrheit und Irrtum an den später eingetretenen Ereignissen gemessen werden kann. Einer billigen retrospektiven Kritik auszuweichen, hat der Verfasser weder Lust noch Grund.

Die Arbeit ist vielfach in den Tageskampf gezerrt worden. Einzelne Stellen wurden aus dem Zusammenhang gerissen und in ihrem Sinne innerlich gefälscht. Diese Kritik, zu töricht, um die vielfachen wirklichen Schwächen ausfindig zu machen, ist keiner Entgegnung wert, da jeder, der vorsichtig genug ist, das Buch selbst nachzulesen, in ihm die Entgegnung finden kann.

Berlin im Oktober 1916.

J. J. Ruedorffer

Vorwort zum 8. und 9. Tausend

Seit dies Buch geschrieben wurde, sind sieben Jahre vergangen, das Gefüge der Welt ist bis auf das äußerste erschüttert, Throne sind geborsten, Reiche sind zersplittert. Der politische Aspekt der Dinge wie die Meinungen der Menschen sind von Grund aus verändert, kaum daß man sich erinnert, was damals war und was man damals glaubte.

Das Buch ist, nachdem die spätere, amtliche Stellung des Verfassers in der Kanzlei des damals bestgehaßten Staatsmanns bekannt geworden war, insbesondere von alldeutscher Seite heftig angegriffen worden. Wer nicht geirrt hat, möge angreifen. Wer selbst und mehr geirrt hat, schweige still. Nur auf eine Bemerkung muß ich erwidern. Es ist unter Berufung auf die amtliche Stellung des Verfassers versucht worden, durch einzelne aus dem Zusammenhang gerissene Sätze die Behauptung zu unterstützen, die deutsche Politik habe alles falsch gesehen. Das Buch hat mit der deutschen Politik nichts zu tun, es ist weder inspiriert noch korrigiert worden. Die Leiter der deutschen Politik wußten manches, was der einunddreißigjährige Verfasser, wenngleich im Auswärtigen Amte beschäftigt, nicht erfuhr. Wie dem Wissen, so waren auch der Offenheit des Verfassers Grenzen gezogen: manche heiße Frage mußte umgangen oder konnte nur angedeutet werden. Wer diese Grenzen nicht gelten lassen will, sei auf die Ausführungen verwiesen, mit denen Professor Eduard Meyer (Südd. Monatshefte 1916) die erste Auflage der „Auswärtigen Politik" des Grafen Reventlow gegen die auf die veränderte zweite Auflage gestützte Kritik des Professor Valentin verteidigt.

Was aber die Sache selbst anbetrifft, so darf ich die Kritiker bitten, in den Ausführungen über die Vitalität des französischen Volkes, über das Dilemma der deutschen Politik und in dem Kapitel über die Kalkulation eines modernen Krieges nach gewissen, damals mit Leidenschaft bestrittenen, inzwischen grauenhaft bestätigten Wahrheiten zu suchen. Sie werden dann auch finden, daß ein Krieg nur unter der Voraussetzung als unwahrscheinlich bezeichnet wurde, daß das Handeln der Menschen und Staaten von der Vernunft bestimmt wäre. Daß das nicht der Fall ist, können die Kritiker leicht aus dem Nachdenken über sich selbst ersehen.

Ich habe mich nicht entschließen können, in der von dem Verlage gewünschten abermaligen Neuauflage Irrtümer zu korrigieren und durch die Ereignisse Widerlegtes auszumerzen. Was ich damals schrieb, kann heute nur Wert haben, wenn es in Wahrheit und Irrtum als Zeugnis der Zeit stehen bleibt, wie es geschrieben war. Es kann davon Zeugnis ablegen, daß der Verfasser durch seine Jugend nicht vor manchen Irrtümern bewahrt blieb, denen ältere, erfahrenere und weisere Politiker und Schriftsteller verfallen sind; aber es kann insbesondere vor dem Auslande, das der Geistesverfassung des vorkriegerischen Deutschland die Schuld an der Katastrophe des Krieges zu geben geneigt ist, dafür zeugen, daß in Deutschland die Fragwürdigkeit des allgemeinen Weltzustandes wie jeder kriegerischen Kalkulation, die Kurzsichtigkeit jeder chauvinistischen Rechnung wie der Charakter und die Gefahren eines modernen Krieges nicht mit derselben tragischen Blindheit übersehen wurde, mit der gefeierte Staatsmänner einst dem Zaren aller Reußen silberne Schwerter überreicht haben und heute noch ihre sich siegreich glaubenden Völker, durch keine Erfahrung belehrt, die alten Wege der Zerstörung führen wollen.

Ich lasse dem Neudruck in einem im Mai 1920 geschriebenen Nachwort eine Untersuchung über den gegenwärtigen politischen Weltzustand folgen.

Berlin, Juni 1920.

J. J. Ruedorffer

Einleitung

Diese Schrift bezweckt nicht, die weltpolitischen Verhältnisse der Gegenwart zu beschreiben. Das wäre ein unmögliches Beginnen. Das Bild, das zudem sich immerfort wandelt, ist allzu reich und bunt, um als ein Bild überschaut werden zu können.

Eine Beschreibung hat nur Sinn, wenn sie den Anspruch erhebt, Wesentliches vom Unwesentlichen zu unterscheiden, alles Gleichgültige zu versenken und durch eine solche Darstellung, die keine Beschreibung mehr ist, die Gesetze aufzuzeigen, die das bunte und wirre Geschehen bewegen und bestimmen, also einen gesetzmäßigen Zusammenhang aufzudecken, der nicht nur die Kenntnis des Beschriebenen, sondern das Verständnis seiner Entwicklung ermöglicht.

Was aber in dem politischen Geschehen ist wesentlich und unwesentlich?

Diese Frage führt uns in das Zentrum des sehr verwickelten Methodenstreits, der über die Methode und das Ziel der geschichtlichen Erkenntnis und ihr logisches Verhältnis zu der naturwissenschaftlichen Erkenntnis geführt wird und, wie mir scheint, noch nicht entschieden ist. Der Verfasser ist durch die Eigenart der Aufgabe, die er sich in diesem Buche gestellt hat, zu einer Problemstellung und Methode geführt worden, die vielleicht für diesen Streit von einigem Interesse ist und den herrschenden methodologischen Ansichten gegenüber einer Rechtfertigung bedarf.

Die Geschichte muß das Wesentliche vom Unwesentlichen trennen. Tut sie das nicht, ist sie einfache Erzählung irgendwelcher vergangener Geschehnisse ohne eine andere als die zeitliche Ordnung und nicht Geschichte. Eine solche Erzählung würde kein Geschehen, das heißt keine Einheit des Geschehens, sondern

nur eine zeitliche Aneinanderreihung von disparaten Geschehnissen sein. Schon der Begriff einer Einheit des Geschehens weist über die bloß zeitliche Sukzession hinaus und fordert einen kausalen Zusammenhang. Die Voraussetzung der Geschichte als Wissenschaft ist die Möglichkeit eines Kriteriums, nach dem das für die Einheit des Geschehens Wesentliche vom Unwesentlichen getrennt wird. Dieses Kriterium ist für die Geschichte die Mächtigkeit der Wirkung eines Geschehnisses auf die Zukunft, sein Ursachencharakter. Je mehr ein Ereignis auf die Zukunft gewirkt hat, desto bedeutsamer ist es für die Geschichte. Das aber heißt nichts anderes, als daß das Ziel der Geschichte die Erkenntnis des Kausalzusammenhangs der Vergangenheit, also eines einmaligen Verlaufes, ist. Daher klebt die Geschichte ihrem Gegenstande nach am individuellen Geschehen. Sie kann das Gesetz, das heißt die Einheit des Geschehens, nur individuell fassen, weil sie es mit einem einmaligen, nicht wiederholbaren Geschehen zu tun hat. Aber auch in diesem einmaligen Geschehen sucht sie die innere Einheit, das heißt die Gesetzlichkeit. Sie kann es indes nur fassen durch die Darstellung, die ihre einzig mögliche Methode bleibt.

Von dieser Eigenart der geschichtlichen Erkenntnis unterscheidet sich die naturwissenschaftliche durch Gegenstand und Methode, nicht aber durch das allgemeine Ziel. Die Naturwissenschaften haben es mit Ausnahme einzelner Zweige, wie zum Beispiel der Geologie, ihrem Gegenstande nach nicht mit einem einmaligen Geschehen, sondern mit häufigen und immer wiederholbaren Vorgängen zu tun. Ihr Ziel ist die Gesetzlichkeit dieser sich immer wiederholenden Vorgänge, ebenso wie das Ziel der Geschichte die Gesetzmäßigkeit eines einmaligen Verlaufes ist.

Zwischen diesen beiden einander entgegengesetzten Typen von Erkenntnis gibt es verschiedene Mittelstufen. Wie die Naturgeschichte die Anwendung einer der Geschichte entnommenen Betrachtungsart auf das Naturgeschehen ist, so ist auch eine naturgeschichtliche Betrachtungsart des sonst von der Geschichte untersuchten Geschehens insofern denkbar, als es möglich ist, nicht nach dem Gesamtverlauf eines einmaligen vergangenen Geschehens, sondern nach den sich wiederholenden Zusammenhängen zwischen

den einzelnen geschichtlichen Faktoren, nach den konstanten Beziehungen des Variablen zu fragen.

Jede systematische Betrachtung sucht die innere Einheit des betrachteten Gegenstandes zu erfassen und begreifen zu machen, sucht gesetzmäßige Zusammenhänge in dem wirren Geschehen und konstante Beziehungen der wechselnden Erscheinungen. Wenn auch alles wechselt und, in ewigem Fluß begriffen, nichts verharrt, so müssen doch konstante Gesetze des Wechsels selbst gedacht und gesucht werden; und wenn auch alles variabel ist, so müssen doch die Beziehungen dieses Variablen nach konstanten Funktionen geregelt sein und begriffen werden. Auch auf diesem Gebiet bedeutet Wissenschaft, daß an Stelle des gegenständlichen Denkens ein funktionales tritt. Alles Begreifen und alles Forschen hat die Aufdeckung der konstanten Funktionen zwischen dem Variablen zum Ziel und erhält erst in ihr Sinn und Halt. Nur die Geschichte scheint eine Ausnahme zu machen. Sie gibt sich den Anschein, als hätte sie es nur mit der Erzählung dessen zu tun, was früher war und wurde: aber auch indem sie so erzählt, geht sie doch darauf aus, einen inneren Zusammenhang der Ereignisse hinter diesen selbst ahnen zu lassen und zum mindesten zu zeigen, wie in dem, was geschah, Notwendigkeit und Zufälligkeit verkettet waren.

Die politische Gegenwart ist im Fluß und ihr eigentliches Wesen ist die Zukunft, mit der sie schwanger ist. Nicht auf das, was ist, kommt es an, sondern auf die Tendenzen, die das, was ist, beherrschen und deshalb das, was sein wird, heraufführen. Das Wesen des gespannten Bogens ist es, daß er entspannt werden will und unter den und den Bedingungen entspannt werden kann. Wie in dem gespannten Bogen der entspannte enthalten ist, so ist in dem unendlich komplizierten Bild, das die politische Welt uns bietet, eine Unendlichkeit von Ansätzen eines möglichen Geschehens gegeben, aber so unentwirrbar verkettet, daß ihre Durchforschung und Erkundung ein verzweifeltes Bemühen scheinen muß.

In der vorliegenden Untersuchung über die Weltpolitik der Gegenwart wird weder nach dem geschichtlichen Verlauf der jüngsten Ereignisse noch nach der Gesamtheit des gegenwärtigen

weltpolitischen Tatsachenmaterials gefragt. Worauf es ankommt, ist, die Faktoren und ihre Zusammenhänge, die treibenden Kräfte und ihr Ineinanderspiel aufzuzeigen, also die gegenwärtige Weltpolitik so zu betrachten, als wäre sie ein gegebener Naturzustand, in dem wir nach Berechnung der in ihm wirkenden Kräfte und der gesamten Faktoren der gegebenen Konstellation die Zukunft berechnen können.

Diese Aufgabe mag unlösbar sein, sie bleibt erstrebenswert. Die Schwierigkeiten sind zweierlei. Sie liegen an der Unanwendbarkeit der experimentellen Methode auf die Politik und in der Eigenart der in der Politik wirkenden Kräfte. Jedes politische Ereignis hat tausend Ursachen und nirgends lassen sich durch Experimente Kausalreihen isolieren.

Die Methoden der Naturwissenschaft, welche einen Kausalzusammenhang herausgreifen, isoliert betrachten und im Experiment ein Ceteris paribus konstruieren kann, versagen: mit Völkern kann nicht experimentiert werden wie mit Steinen und das schrittweise Fortschreiten vom Besonderen zum Allgemeinen, dem die Naturwissenschaft die Entdeckung immer allgemeinerer Gesetze verdankt, ist der Untersuchung des politischen Geschehens verwehrt.

Es läßt sich nicht durch irgendein Experiment erkunden, was in diesem oder jenem Falle geschehen wäre, wenn dieser oder jener Faktor nicht mitgewirkt hätte. Da sich aber nirgends Ursachen isolieren lassen, kann eine solche Wissenschaft der Politik auch keine Größengleichungen zwischen Ursache und Wirkung, also auch keine Formeln für Kräfte aufstellen. Sie kann wohl die Abhängigkeit des einen Faktors von dem anderen feststellen, dieser Abhängigkeit aber nie einen mathematischen Ausdruck geben und ihre Erkenntnis funktionaler Zusammenhänge wird zumeist nur ein Je-desto ergeben. Dieses Schicksal teilt sie mit einem Zweig der Naturwissenschaft, mit dem sie auch sonst Verwandtschaft hat, mit der Meteorologie.

Die Tendenzen, welche die Naturwissenschaft in dem Naturgeschehen entdeckt, berechnet und zu systematisieren versucht, sind kausale Kräfte. Sie sind meßbar. Für die Betrachtung der anorganischen Natur gilt der Newtonsche Satz, daß Ursache und Wirkung an Größe gleich seien. Dieser Satz ist erst eigentlich

der Schlüssel zu der Gesetzlichkeit der physikalischen Natur und die Grundlage aller der Gesetze, welche als ewige und notwendige die mechanische Naturwissenschaft aufgestellt hat. Erst er hat die moderne Energetik ermöglicht und alle die staunenswerten Entdeckungen einer Ordnung im Naturgeschehen, welche die Energetik uns verschafft hat.

Die Tendenzen, mit denen wir es in der Politik und überall da, wo es sich nicht um die anorganische tote Welt, sondern um das lebendig Organische handelt, zu tun haben, sind anderer Art. Hier gibt es keine Größengleichung zwischen Ursache und Wirkung, keine Messung und daher keine Berechnung. Freilich können wir auch das Lebendige nur nach Ursache und Wirkung betrachten, nicht aber die Ursache an der Wirkung, die Wirkung an der Ursache messen. Freilich ist auch das Lebendige jenen Naturkräften unterworfen, welche überall herrschen, und doch ist es unmöglich, das Wirken des Lebendigen aus diesen Naturkräften heraus zu verstehen und zu erklären. Nicht mit kausalen Kräften haben wir es hier zu tun, sondern mit teleologischen Tendenzen.

Das dieser Unterscheidung zugrunde liegende erkenntnistheoretische Problem ist eine der schwierigsten Fragen der Philosophie, mit der wir uns hier nicht zu befassen vermögen.

Wir können nur feststellen, daß überall da, wo Lebendiges lebendig ist, die bewegende Kraft nicht gemessen und nicht alles, was geschieht, durch ein früher Geschehenes restlos und notwendig bestimmt werden kann. Wir müssen das Lebendige betrachten, als sei es nicht nur durch Ursachen, sondern durch Zwecke bestimmt, als wirke in ihm nicht nur ein Früheres als Ursache, sondern ein Späteres als Zweck — und müssen die kausale Bedingtheit, der natürlich auch alles lebendige Geschehen unterliegt, in den Begriff der Konstellation verweisen, von welcher die zweckhafte Tendenz in ihrer einzelnen Einstellung und Erfolgsmöglichkeit abhängt. Das ist es eben, was das Lebendige vom Toten unterscheidet und beider Trennung begrifflich zugrunde liegt, daß das Tote eben jenes Reich ist, in welchem alles, was geschieht, durch kausale Notwendigkeiten festgelegt und bestimmt ist, während im Lebendigen überall eine Spontanität herrscht und

neben die aus dem Vergangenen fließende kausale Notwendigkeit die Idee eines Zukünftigen tritt, welche Zweck heißt.

Was also eine Wissenschaft der Politik oder eine auf konstante Beziehungen des Variablen eingestellte Betrachtung des geschichtlichen Geschehens von der Naturwissenschaft trennt, das ist nicht das Ziel, sondern die Eigenart der Gegenstände beider Wissenschaften, die es mit sich bringt, daß die Methoden dieser, das heißt das Experiment und die Zahl, auf jene nicht anwendbar sind.

Wie indes bei jedem gegebenen Naturzustand das Geschehen als bestimmt gedacht werden muß von den wirkenden Kräften auf der einen, der speziellen Konstellation auf der anderen Seite, so muß auch in jedem Moment der politischen Entwicklung das Geschehen bestimmt gedacht werden durch die in ihr wirkenden Tendenzen auf der einen, die gegebene Konstellation auf der anderen Seite. Die Bemühung der menschlichen Erkenntnis hat sich demnach zu richten auf die Erkenntnis der Tendenzen auf der einen, der Konstellation auf der anderen Seite. Aber gerade diese Fragestellung zeigt die ungeheuren Schwierigkeiten, die der spröde Gegenstand bietet. Wohin wir sehen, sehen wir das menschliche Handeln durch Zwecke bestimmt — die ungeheure Vielgestaltigkeit dieser Zwecke scheint sich jeder Systematisierung zu entziehen. Die Physik kann durch das Experiment die Kräfte, die sie aus ihren Wirkungen entdeckt, systematisieren, sie kann die eine als Spezialfall der anderen nachweisen, und aus der Vielgestaltigkeit der einzelnen Erscheinungen wenige allgemeine Grundkräfte, die sich je nach den Umständen verschieden äußern, herausschälen. Sie kann das tun, hat es getan und hat die Mittel, zu beweisen, daß sie recht hat. Die Politik kann es nicht und muß es doch auch. Läßt sie alle die vielgestaltigen Zwecke, von denen das menschliche Leben augenscheinlich beherrscht ist, in ihrer Besonderheit stehen, so kann sie auf keine Weise zu einer einheitlichen Anschauung, einer inneren Gesetzlichkeit kommen; und das ist doch das Ziel der Bemühung. Sie muß also versuchen, in der Vielgestaltigkeit der Zwecke ein System weniger Grundtypen zu sehen; und, da sie muß, hat sie auch das Recht, da, wo sie nicht beweisen

kann, sich auf die Intuition zu berufen. Stillschweigend oder offen bringt jede Geschichtsauffassung eine bestimmte Meinung über das Verhältnis der menschlichen Lebenszwecke mit: die Einen sehen in allen einzelnen Zwecken Äußerungen eines allgemeinen Willens zur Macht, die Anderen suchen die treibende Kraft in den materiellen Nöten, die Dritten in der Idee. So bedarf jede Wissenschaft vom Lebendigen und seinen Gesetzen, wenn sie nicht entweder in den einzelnen Fakten befangen bleiben will, oder, was sie als Wissenschaft nicht kann, ihre Sache allein auf eine Intuition bauen will, einer philosophischen Grundlage.

Die vorliegende Arbeit geht aus von einer Untersuchung der politischen Tendenzen der Gegenwart, wendet sich dann den Grundzügen der Konstellation, die Wirkung und Erscheinung der Tendenzen im einzelnen bestimmt, und schließlich der Eigenart der Methoden zu. Die theoretische Grundansicht, die sie bei der Bestimmung der Tendenzen zugrunde legt, ist einfach. Sie sieht den Zweck des Lebens im Leben selbst, das Allgemeinste des Lebens in dem Begriff des Organismus und in den vielgestaltigen Zwecksetzungen des Menschen verschiedene Äußerungen des Lebenswillens, dessen Inhalt die Steigerung des Organischen ist. So sucht sie das Allgemeine der unser Zeitalter beherrschenden Tendenzen festzustellen, um dann den Grund ihrer besonderen Erscheinung in der Konstellation zu finden — geleitet durch die Analogie der Naturbetrachtung, in der das einzelne Geschehen durch die wirkenden Kräfte und die gegebene Konstellation eindeutig bestimmt ist. Da aber in der Politik, die es mit dem Lebendigen zu tun hat, die Bestimmung der allgemeinen Tendenzen immer fragwürdig bleibt, und, da die politische Konstellation eines Zeitalters eine unerschöpfliche Mannigfaltigkeit ist, bleibt alles, was diese Arbeit vorzubringen vermag, Versuch und Entwurf.

Baden bei Wien, im Oktober 1913.

J. J. Ruedorffer

Erster Teil

Die Tendenzen

Erstes Kapitel

Die Grundtendenzen

1.

Wenn wir das politische Geschehen und in ihm das Neben- und Gegeneinander der mannigfaltigsten Bestrebungen der Menschen und Völker überschauen, scheinen wir es nicht anders fassen zu können, denn als einen Kampf der Menschen und Völker, die um ihre eigene Selbsterhaltung und Selbstentfaltung ringend sich im Wege stehen und behindern; ein jeder scheint, von grenzenlosem Egoismus und unersättlichem Machtwillen getrieben, eines jeden Feind — und doch scheint dieser offene oder versteckte Krieg aller gegen alle da und dort sich aufzulösen in ein friedliches Neben- und Miteinander und an die Stelle der feindseligen Triebe der Wille zu einer allgemeinen Ordnung des Rechtes zu treten, welche dem Kampf ein Ziel setzt, das Widerstrebende in gemeinsamen Interessen einigen und aneinander ketten will. Den nationalen Tendenzen stehen die kosmopolitischen gegenüber. Beide scheinen miteinander im Streit, und alles einzelne politische Geschehen ist irgendwie Ergebnis dieses Streites. Überall stoßen wir auf diesen Widerstreit: wir sehen die Staaten internationale Verträge schließen und auf Kongressen und Konferenzen den Versuch machen, die Erde mit einem Netz einer völkerrechtlichen Ordnung zu überspannen und so den Kampf in eine geordnete Konkurrenz zu verwandeln; und doch sehen wir allerorten von denselben Staaten dieselben Verträge aus Gründen nationalen Interesses gebrochen und durchlöchert; wir hören die Minister von dem Frieden der Welt und dem gemeinsamen Ziel aller Völker, von Humanität und Zivilisation sprechen und doch, wo es das Lebens-

interesse der Nation verlangt, über dieselben großen Worte unter begeisterter Zustimmung ihrer Völker hinweggehen. Die Verbreitung der Zivilisation, angeblich das gemeinsame Ziel, wird zum Instrument der nationalen Expansion und der Unterdrückung fremder Völker. Den Frieden, der den einen als das gemeinsame Glück erscheint, empfinden die anderen als Unterdrückung. In jedem einzelnen Lande sehen wir einer Gruppe von Kosmopoliten, die für die Annäherung der Völker und den Ausbau des internationalen Rechtes wirkt, eine andere von Nationalisten gegenüberstehen, die allem Fremden mit Mißtrauen oder Feindschaft begegnet und für militärische Rüstungen, Machtentfaltung, Expansion oder Abschließung vom Auslande eintritt. Der Widerstreit dieser Tendenzen ist ebenso offenkundig wie sein geistiger Niederschlag. Er ist nicht nur in den Ideen der Menschen, sondern in den Dingen selbst, und in den ersteren nur, weil er in den letzteren ist. Es scheinen Kräfte am Werke, welche die Völker immer mehr einander nähern, und andere, die sie immer mehr voneinander entfernen wollen.

In der Tat prägt das Gegenspiel nationaler und kosmopolitischer Tendenzen den politischen Gesamtcharakter einer Epoche — wenigstens seit der Zeit, da man von nationalen Tendenzen auf der einen, von kosmopolitischen Tendenzen auf der anderen Seite überhaupt sprechen kann, da an Stelle der sich befehdenden Menschen und Kabinette die Nationen getreten sind, die bewohnte Erde ein politisches Einheitsgebiet geworden ist und die kosmopolitische Idee der Menschheit überhaupt konzipiert werden konnte. Was unsere Zeit charakterisiert, das ist eben das schnelle Anwachsen der nationalen Tendenzen sowohl als der kosmopolitischen und ihr sich immerzu steigernder Gegensatz.

Daher muß uns eine Untersuchung dieser Tendenzen gleich in den Mittelpunkt des hier zu behandelnden Gegenstandes und der konkret aktuellen Probleme führen. Ehe wir aber an das einzelne herantreten, haben wir diese ja nicht eindeutig bestimmten Tendenzen näher zu prüfen. Sie sind uns ja nicht in dem Sinne in ihrer Besonderheit gegeben wie die physikalischen Kräfte, und das einzelne Geschehen ist durch sie nicht berechenbar bestimmt,

wie etwa die Resultante durch die beiden Komponenten. Sie sind selbst vielgestaltig und in ihrer Eigenart schwer zu fassen. Der Begriff des Nationalen sowohl als des Kosmopolitischen deckt eine Fülle nicht eindeutiger Bestrebungen, deren gemeinsames oder verschiedenes Wesen und deren Verhältnis zueinander zuvörderst zu untersuchen ist. Was ist mit beiden gemeint und wo liegen beider Quellen? Wie verhalten sie sich zueinander und wie bedingen sie sich gegenseitig?

Die nationalen sowohl wie die kosmopolitischen Tendenzen sind menschliche Zwecksetzungen; beider Quelle liegt also im Menschen selbst. Aus den Interessen des Menschen fließen die einen wie die anderen.

Doch dabei hilft es uns nichts, etwa irgendein theoretisches Schema eines Normalmenschen, den es nicht gibt, aufzustellen und nach dem Vorgange Rousseaus aus den Zwecksetzungen der nebeneinander gestellten Normalmenschen ein geometrisches Gebäude der Politik zu errichten. An allen solchen Konstruktionen im leeren Raum ist die Geschichte in der Vergangenheit ebenso vorübergegangen, wie sie in der Zukunft an ihnen vorübergehen wird. Vor allen derartigen Konstruktionen sollte das Beispiel der Nationalökonomie warnen, die mit ihrer Konstruktion eines reinen Wirtschaftsmenschen und den aus ihr abgeleiteten Gesetzen sich den Blick für das tatsächliche wirtschaftliche Geschehen nicht überall geschärft, sondern vielfach verschleiert hat. Wir müssen uns an das Lebendige selbst halten.

In der Politik handelt der Mensch nicht als isoliertes Individuum, sondern als Glied einer Gemeinschaft. Die stärkste und für das politische Geschehen der Gegenwart wichtigste, ja für sie besonders charakteristische Gemeinschaft ist die Nation. Aus der Eigenart dieser Gemeinschaft muß sich die Eigenart der nationalen Tendenzen ergeben.

Was ist die Nation? Weder die Soziologen, noch die Philosophen sind sich über den Begriff der Nation einig. Es ist wenig damit gedient, diesen Begriff mit Hilfe anderer Begriffe wie Volk und Staat zu definieren und etwa in einer bestimmten Einheit dieser beiden das Wesentliche der Nation zu sehen. Denn

nicht nur darum handelt es sich, zu wissen, wann ein Volk zur Nation werde. Was ist das Volk? Was der Staat? Welcher Art sind überhaupt diese Subjekte, die Träger der politischen Zwecksetzungen und Quellen der politischen Aktionen sind?

So seltsam es scheinen mag: es ist unmöglich, das Volk durch eine Addition der Individuen zusammenzusetzen. Rousseau hat es für möglich gehalten, aber gerade dadurch das eigentliche Problem der Politik verfehlt und zu seiner Zeit, da es noch kaum Völker gab, oder, wenn es welche gab, diese sich noch kaum bewußt waren, Völker zu sein, verfehlen müssen. Erst nach ihm trat die Realität von Völkern und Nationen in das Bewußtsein der Menschheit. Heute wissen und fühlen wir, was Völker und Nationen sind, und doch ist es uns schwierig genug, begrifflich zu formulieren, was wir wissen.

Ein Volk ist etwas anderes als die Summe der Volksgenossen. Es ist auch mehr als ein Gattungsbegriff für eine Summe von Individuen gleicher Qualitäten. Weder die Gleichheit der Rasse noch die Gleichheit der Sprache reicht aus. Gleiche Rassen können in verschiedene Völker zerfallen; die Verschiedenheit der Sprache scheint die Einheit des Volkes zwar zu erschweren, aber macht, wie manche Beispiele zeigen, sie nicht undenkbar. Welche Merkmale der Gleichheit wir auch heranziehen mögen, der Gattungsbegriff überhaupt erweist sich als unzureichend.

Das Volk ist ein lebendiges Ganze. Es kann nur nach der Analogie des Lebendigen und am deutlichsten des uns bekanntesten Lebendigen, des Menschen selbst, begriffen werden. Hier liegt auch der Grund, warum es so schwierig ist, sein Wesen begrifflich zu formulieren. Denn auch das Lebendige selbst entzieht sich der begrifflichen Definition. Wir alle wissen, was wir unter dem Lebendigen verstehen wollen, und doch tun wir uns schwer, wenn wir das Allgemeinste, das das Organische vom Anorganischen scheidet, mit Worten fassen wollen. Anorganisch muß jedes Ganze heißen, das durch die Gesamtheit seiner Teile bestimmt ist, organisch das Ganze, das nie aus den Teilen und dessen Teile nur aus ihm begriffen werden können. Es gibt keine andere Formel für die Eigenart des Lebendigen als den Begriff der Entelechie, welchen

Aristoteles, oder den Begriff des Naturzwecks, welchen Kant geprägt hat. Unter beiden wird ein Ganzes verstanden, dessen Teile sich in sich zueinander wie Mittel und Zweck verhalten, das also als Ganzes für alle Teile Zweck ist und von dem aus gesehen alle Teile als Mittel erscheinen. Diese Definition trifft alles Organisch-Lebendige und enthält ihr Gemeinsamstes, und unter sie fällt der einzelne Mensch ebenso wie das Volk.

Es ist nicht unsere Aufgabe, die philosophischen und soziologischen Begründungen und Folgen dieser Auffassung darzulegen; wir haben hier nur die These aufgestellt, durch die die hier entwickelte Anschauung der politischen Dinge ihren theoretischen Halt gewinnt.[1]) Was uns hier interessiert, ist die lebendige Anwendung. In dem Menschen verhalten sich die einzelnen Organe und die Teile, aus denen diese Organe bestehen, bis in die kleinste Zelle wie die Mittel zum Zwecke. Jedes Kleinste scheint in sich ein Lebendiges. Auch die Zelle hat ihre Eigenart und ihr Leben. Und erst dies ganze Ineinander der lebendigen Zellen verschiedenster Art und Funktion, welches kein Nebeneinander ist, macht die körperliche Einheit des Menschen aus. Die mechanische Biologie bemüht sich vergeblich, diese rätselhafte Einheit all dieser komplizierten Vorgänge, deren Gesamtheit das Leben ausmacht, als die Einheit eines Bündels kausaler Vorgänge zu begreifen — was sich auf diese Weise nicht begreifen läßt und überhaupt der rein naturwissenschaftlichen, das heißt mechanisch kausalen Betrachtung widersteht, das ist eben diese Einheit, die uns in dem Bewußtsein unserer selbst und der Einheit der Persönlichkeit gegeben ist, sich vielleicht nicht erklären, aber gewiß noch weniger leugnen läßt.

So wenig wie der Mensch sich begreifen läßt durch das Nebeneinander der Zellen, läßt sich das Volk begreifen durch das Nebeneinander der Individuen. Erst das Ineinander der Individuen, erst ihrer aller Teilhaberschaft an einem Ganzen, das mehr und etwas anderes ist als die Summe der Teile, macht das Volk zum Volk. Und nicht einmal das Ineinander der gegenwärtigen Individuen genügt — erst jener eigentümliche Zusammenhang, der sich in der Folge der Generationen herausgebildet hat

und weiter entfaltet und also Vergangenes ebenso umfaßt wie Zukünftiges. Das Volk ist Einheit der Persönlichkeit, so gut wie der Mensch — und wie dessen Persönlichkeit nicht in einer Einheit der Gegenwart beruht, sondern in dem Gesetz der Entwicklung, welches Vergangenes und Zukünftiges bindet, wie dessen Einheit nicht in dem bleibenden Stoffe verharrt, sondern sich im Wechsel der Materie und in der Folge seiner Gedanken und Empfindungen entfaltet, so geht die Einheit der Volkspersönlichkeit durch den Wechsel der Individuen und ihrer Generationen hindurch; das Volk ist wie der Mensch nach Goethes Wort „geprägte Form, die lebend sich entwickelt nach dem Gesetz, nach dem sie angetreten".

Diese Anschauung, aus der erst das Verständnis des eigentlichen Wesens der nationalen Tendenzen folgen kann, müssen wir unserem Denken über Volk und Nation als den Subjekten des politischen Handelns und den Trägern dieser Tendenzen zugrunde legen. Diese Vorstellung haben wir zunächst lebendig in uns aufzunehmen. Daher seien hier zwei Schilderungen von dem Wesen des Volkes wiedergegeben, in denen diese Anschauung Ausdruck gefunden hat. In dem bereits oben erwähnten Werke,[2]) auf dem die theoretische Seite unserer Betrachtung fußt, heißt es:

„Das Volk ist eine Ganzheit, die durch die Addition der Teile nicht aufgebaut werden kann. Diese Ganzheit ist die innere Gesetzlichkeit eines Organischen, deren Glied, nicht Teil, jeder Einzelne ist, das in jedem Einzelnen mitgegeben, mitgeboren ist und seine Möglichkeiten begrenzt und bestimmt, das durch die Folge der Generationen sich fortgesetzt entfaltend hindurchgeht, wie das Leben des Baumes durch die Jahrgänge seiner Blätter. Das Volk ist von der Summe der Volksgenossen so weit verschieden als der Baum von der Summe seiner Blätter. Es ist auch nicht in allen Einzelnen zu gleichen Teilen, der eine kann mehr, der andere weniger Träger des Volkes sein. Nie liegt sein Wesen ganz in einem irgendwie greifbar Vorhandenen, in einer erreichten Erfüllung: es liegt immer in einer Zukunft, die es sucht, es ist in jedem Augenblick und ist doch in keinem ganz. Es gehört zum Wesen dieses Wesens, Ansatz zu sein und Aufgabe, wie der Einzelne auch, und seine Ganzheit ist nur die Einheit eines Strebens nach einem Höheren. Es ist wie die rollende Woge, die der göttliche Sturmwind über das unendliche Meer treibt, die stets wachsend und höher sich türmend, kleinere Wellen und das leichte Gekräusel (und in allem stärker oder schwächer das gleiche Pathos des Windes) auf ihrem Rücken trägt, nur als Form durch die Materie hindurchgeht und

nie in ihr verharrt, sich, zu hoch getürmt, schäumend überschlägt oder an einer Klippe bricht und doch unter dem Schaum wieder als die gleiche hervorrollt und hinter der Klippe sich wiederfindet. Wie der Sinn der Woge die ewige Sehnsucht, der stets nächste höher getürmte Augenblick ist, so ist auch der Sinn des Volkes das grenzenlose, sich fortpflanzende Streben. Der Einzelne mag, eingedenk offenbaren Unvermögens und beschränkter Zeit, sich bescheiden. Wenn Völker nicht ewig sind, so dürfen sie doch glauben, es sein zu können, und alle Bescheidung ist für sie nur Aufschub. Sie kennen nicht wie der Einzelne jene Notwendigkeit des Todes, die für diesen aus seiner Zugehörigkeit zu einer zeitlichen Reihe folgt, als deren Glied er entsteht und auch vergehen muß. Wenn auch alle Völker zugrunde gehen müssen, so hat diese Notwendigkeit einen anderen Sinn und andere Gründe. Das Ziel ist unendlich, und vor ihm sind auch größte Möglichkeiten notwendig begrenzt. Ist die Möglichkeit erfüllt, so ist kein Ziel erreicht und doch versiegt der Quell. Dann bestehen die Völker wohl noch fort, bis sie zerfallen oder aufgesogen werden von anderen und in dem Zerfallenden neue Ansätze sich bilden. Der Idee nach aber will jedes Volk wachsen, sich ausdehnen, herrschen und unterwerfen ohne Ende, will immer fester sich zusammenfügen und immer Weiteres sich einordnen, immer höhere Ganzheit werden, bis das All unter seiner Herrschaft ein Organisches geworden. Für jeden Einzelnen ist sein Volk ein Weg zu Gott als zum All, den er, der zeitlich Beschränkte, nicht zu Ende gehen kann, der einzig richtige, der allein wahre Weg — und wenn die Völker aufhören, an sich als an diesen einzig wahren Weg zu glauben, so beginnen sie aufzuhören, Völker zu sein."

Dostojewski legt in seinem Roman „Die Dämonen" einem Panslawisten folgende Rede über Rußland in den Mund:

„Vernunft und Wissen haben im Leben der Völker stets nur eine zweitrangige, eine untergeordnete, eine dienende Rolle gespielt — und das wird ewig so bleiben! Von einer ganz anderen Kraft werden die Völker gestaltet und auf ihrem Wege vorwärts getrieben, von einer befehlenden und zwingenden Kraft, deren Ursprung vielleicht unbekannt und unerklärlich bleibt, die aber nichtsdestoweniger vorhanden ist. Es ist die Kraft des drängenden Willens im Volke, sein eigenes Ende zu erreichen, und die sich dabei doch zu gleicher Zeit ständig dieses Endes erwehrt. Es ist die Kraft einer ungeheuren Bejahung des Lebens und zugleich einer ungeheuren Verneinung des Todes. Es ist die Kraft der ewig fließenden Wasser des Seins, von denen die Schrift sagt, und mit deren Versiegen die Apokalypse so furchtbar droht. Es ist der ästhetische Trieb, wie die Künstler, es ist der moralische Trieb, wie die Philosophen ihn nennen. Ich sage einfach: es ist der Trieb zu Gott. Das ewige Ziel der ganzen Bewegung eines Volkes, jedes besondere Ziel in jedem Abschnitt seiner Geschichte liegt immer und einzig in seinem Suchen Gottes, in seinem Trieb nach Gott — nach seinem Gott, unbedingt nach seinem eigenen Gott, so wie der Glaube an diesen Gott, als den einzig wahrhaftigen, dann zum Symbol des ganzen Volkes wird. Noch nie ist es vorgekommen, daß zwei oder mehrere Völker

ein und denselben Gott gehabt hätten. Jedes Volk hat stets seinen eigenen Gott gehabt. Wenn die Götter sich vermischen, dann vermischen sich auch die Völker und sterben dahin mit ihren Göttern. Je stärker und größer aber ein Volk ist, desto eigener gehört ihm auch sein Gott an. Nie noch hat es ein Volk ohne Religion gegeben, nie noch ohne Gut und Böse. Jedes Volk hat seinen eigenen Begriff von Gut und Böse und sein eigenes Gut und sein eigenes Böse."

Wenn wir also dergestalt Volk und Nation als lebendige Organismen betrachten, so können wir in den nationalen Tendenzen, deren Träger diese Organismen sind, nichts anderes sehen als den Drang zum Leben selbst. Wie der Mensch wachsen und sich betätigen will, wächst, indem er sich betätigt, wie der Baum sich entfaltet, seine Äste wie Arme ausbreitet und mit seinen Blättern Luft und Sonne trinkt, so wollen auch die Völker wachsen und sich entfalten. Der gleiche Wille ist in allem lebendig. Es ist ein Letztes, das nicht weiter zurückgeführt werden kann und auch keiner weiteren Zurückführung mehr bedarf: es ist das Leben selbst, sein Pathos, das alles ringsum, das kleinste wie das größte, beherrscht. Aus diesem Letzten schöpfen auch die nationalen Tendenzen ihre Ewigkeit und ihre Kraft.

Dieser Drang zum Leben ist nicht — das muß gegen eine gebräuchliche, aber gedankenlose Trivialität festgestellt werden — der Drang zur Selbsterhaltung. Dieser Begriff erschöpft den Lebensdrang nicht und fälscht sein Wesen: niemals kann aus ihm Verständnis der menschlichen Zwecksetzungen, der individuellen so wenig wie der sozialen, fließen. Das Selbst ist nicht etwas, das erhalten werden kann, es ist ja nur, indem es sich entfaltet. Es wird ja nur, indem es immer neu gewonnen wird, und geht verloren, wenn es beharrt. Sein Sinn ist nicht die Erhaltung, sondern die Entfaltung, der unendliche Wille zu wachsen und sich auszudehnen ohne Ende, einem in der Ferne liegenden unerreichbaren, unmöglichen Ziele zu. Es gibt nichts in der Natur, was nur sich selbst zu erhalten wünscht. Alles Lebendige gefährdet immerzu, was es in der Gegenwart ist, um in einer Zukunft mehr zu sein. Wo irgendwo etwas beharren will, da ist das nur ein Zeichen des Unvermögens und der Schwäche und das Eingeständnis, daß es nicht mehr erlangen kann. Müde Menschen und

müde Völker mögen sich bescheiden und nur auf die Erhaltung dessen, was sie besitzen, bedacht sein: aber das ist nicht der Sinn des Lebens, sondern nur ein Zeichen dafür, daß das Leben sie verlassen hat oder zu verlassen beginnt. Die Natur weiß es anders. Ihr Verlangen zu wachsen und zu werden, ist grenzenlos, immer neu schafft ihr Schoß das immer Neue; an allem, was verharrt und nur sich selbst erhalten will, geht sie erbarmungslos vorüber. Sie ist immer auf seiten des kräftigen Willens, und all ihren Segen hat sie an das Wachstum gehängt.

Wenn wir unterscheiden zwischen Stamm, Volk und Nation, so trifft diese Unterscheidung offenbar verschiedene Stadien dieses Wachstums. Der Stamm ist ebenso lebendiger Organismus wie das Volk und dieses ebenso wie die Nation. Der Stamm will Volk, das Volk Nation werden. Der Stamm unterscheidet sich vom Volke dadurch, daß er entweder nur Teil eines anderen Organismus ist, welcher Volk heißt, oder noch nicht denjenigen Grad eines kulturellen Selbstbewußtseins und eine sich von einer anders gearteten Umgebung abhebende Einzigartigkeit erlangt hat, an welchen wir denken, wenn wir von einem Volke reden. Wenn wir weiterhin im Unterschied zum Volke von der Nation reden, scheinen wir, abgesehen von dem Moment der Größe, wiederum einen höheren Grad kultureller Geschlossenheit und Einzigartigkeit, eine ausgeprägtere und umfassendere Persönlichkeit im Auge zu haben — dergestalt, daß uns in der Reihe dieser Unterscheidungen vom Stamm über das Volk zur Nation ein greifbares Stück der Entfaltung dieses Lebenswillens selbst und ein Fingerzeig für die Bestimmung seines ideellen Richtungspunktes gegeben zu sein scheint.

Eine Tendenz kann nur durch ihr Ziel bestimmt werden: wollten wir es also unternehmen, das Wesen der nationalen Tendenz klar und eindeutig zu umschreiben und abzugrenzen, so müßten wir das Ziel bestimmen, dem sie zustrebt und in dessen Erreichung sie ihre Ruhe und ihr Ende fände. Dieses Ziel bestimmen aber hieße den Zweck des Lebens selbst bestimmen, denn die nationale Tendenz ist, wie wir sahen, ein Spezialfall der Lebenstendenz überhaupt. In der Tendenz des Lebens als dem Allgemeinsten

muß die Tendenz des nationalen Lebens als ein Besonderes mitgegeben sein. Diesen Weg aber können wir nicht beschreiten. Wenn die Philosophen diesen Weg für gangbar und diese Frage für durch Theorien beantwortbar erachten, dann mögen sie versuchen, die Frage zu beantworten und den Weg vom Allgemeinen zum Besonderen zu gehen; wir haben uns an das Konkrete zu halten und das Stück geschichtlicher Entwicklung, das uns gegeben ist, um eine Antwort zu befragen.

Da scheint uns denn in dem Fortschritt jener Organismen, den wir in der Entwicklung vom Stamm zur Nation beobachten, ein Wachstum in zweierlei Richtung gegeben, ein extensives und ein intensives, ein Wachstum in die Breite und ein Wachstum in die Tiefe. Ohne Zweifel wollen alle Völker und Nationen sich extensiv ausdehnen und in die Breite wachsen; sie führen seit Jahrtausenden einen Kampf um Macht und Raum. Sie alle wollen größer werden; und in der Unterscheidung der drei Stadien Stamm, Volk und Nation unterscheiden wir auch drei Stufen der Größe. Aber so sicher dieses Wachstum in die Breite in der nationalen Tendenz gegeben ist, so erschöpft es sie doch nicht und kann nicht ihr ganzes Streben ausmachen. Ein Wachstum in die Tiefe, ein Streben nach Intensität ist vielleicht schwerer zu fassen, aber darum nicht minder wichtig. Wenn ein Volk sich erobernd über die Länder ausdehnt, wird es dadurch nicht zur Nation. Im Gegenteil, wenn es bei Ausbreitung und Eroberung nicht zur festgefügten Nation wird, scheint es gerade an dieser Ausbreitung zugrunde gehen zu müssen und zerfällt. Es gleicht dann einem Baum, dessen Äste zu weit wachsen und nicht mehr ernährt werden können, welken und das Leben des Baumes selbst gefährden oder zerstören. Was bei allem Wachstum in die Weite erforderlich bleibt, das ist die Wahrung nicht nur, sondern die Stärkung des inneren organischen Zusammenhangs; und das ist es, was hier unter dem Streben nach Intensität verstanden werden soll. Der Stamm ist nur ein lose gefügter Verband von Familien und Sippschaften, geeint vielleicht durch räumliches Zusammenwohnen, durch Bande des Blutes und Bande gemeinsamer Not. Unter dem Volk schon verstehen wir nicht nur eine extensiv größere,

sondern intensiv innigere Einheit, ein in höherem Grade Organisches, das zum Bewußtsein seiner selbst, seiner Einheit und Eigenart erwacht, kurz eigentlich erst das geworden ist, was wir Persönlichkeit nennen. Da die Entwicklung natürlich nur eine kontinuierliche sein kann und die Abgrenzung der Begriffe von ineinander übergehenden Gebilden strittig ist, weil sie willkürlich sein muß, so kann nicht gesagt werden, wo der Stamm aufhört, Stamm zu sein, und beginnt, Volk zu werden. Aber die wachsende Intensität, die wir mit der Anwendung des neuen Wortes fordern, wird ebensowenig bestritten werden können als die wachsende Größe. Nicht anders steht es mit dem Übergang vom Volke zur Nation. Wir sprechen von den Serben und Montenegrinern als einem Volke, aber empfinden es, von unserer fortgeschritteneren Entwicklung aus, als eine Übertreibung, wenn Serben und Montenegriner von sich selbst als von Nationen sprechen. Und doch ist auch eine solche Redeweise dieser Völker gefühlsmäßig berechtigt und für das Problem charakteristisch: sie tun damit kund, daß sie die Nation für die höhere Form halten, eine zu sein oder doch zu werden wünschen.

Nicht nur deshalb gestehen wir jenen Völkern den Begriff einer Nation noch nicht zu, weil sie zu klein sind: auch weil sie nicht in unserem Sinne eine innere Einheit einer organischen Persönlichkeit errungen haben und sich ihrer bewußt geworden sind, weil sie noch nicht auf derjenigen Stufe der kulturellen Selbstbestimmung angelangt sind, von der an wir uns gewöhnt haben, nicht mehr von Völkern, sondern von Nationen zu reden. Wir haben also in der Stufenfolge von Stamm, Volk und Nation eine Steigerung nicht nur der Extensität, sondern der Intensität zu konstatieren und demnach unter dem Begriff des fortschreitenden Wachstums, welches der Inhalt der nationalen Tendenz ist, neben der quantativen Ausdehnung auch einen qualitativen innerlichen Fortschritt und beider Zusammenhang und Ineinandergreifen zu verstehen. Dieser Zusammenhang beider läßt sich als die Steigerung des Organischen selbst betrachten. Immer organischer, in immer höherem Sinne Organismus zu werden, scheint das Ziel. Das Streben des Organismus selbst scheint der Organismus zu

sein; dieser Begriff des Organismus selbst scheint die Idee einer Stufenleiter immer höherer Erfüllungen zuzulassen und zu fordern. Wenn wir es theoretisch ausdrücken wollen, so wäre nichts anderes zu sagen, als daß der Organismus selbst als ein Keim und Ansatz höherer Organisierung, einer engeren Einheit eines weiteren Mannigfaltigen zu deuten wäre, und, wenn wir auf jene Idee der Entelechie des Aristoteles oder des Kantschen Naturzwecks zurückgreifen wollen, der Zweck jenes Ganzen, von dem aus gesehen alle Teile Mittel wären, eben die Steigerung jener Ganzheit selbst, das heißt die immer innigere Synthese eines größeren Mannigfaltigen wäre. Aber auf welche Weise immer dies theoretisch formuliert werde, wir haben nur im Auge zu behalten, daß jener Lebensdrang neben dem extensiven Wachstum ein intensives in sich schließt und fordert.

Eine Betrachtung der historischen Entwicklung der Staatsformen, welche jener Entwicklung vom Stamm über das Volk zur Nation durchaus parallel geht, führt zu einem gleichen Ergebnis. Wie der Staat entstanden sei und was wir eigentlich unter einem Staat zu verstehen haben, ist freilich eine Streitfrage, die außerhalb des Rahmens dieser Darstellung liegt. Wie indes auch diese Streitfrage im einzelnen zu lösen sei, wir können jedenfalls in dem Staat nichts anderes sehen als die äußere Organisation irgendeiner menschlichen Gemeinschaft, mag diese äußere Organisation nun durch Gewalt, Interesse, Gewöhnung, Vertrag oder durch ein Gemisch von alldem entstanden sein. Er ist mit seiner inneren Machtverteilung und äußeren Aktionsfähigkeit, mit seinen Gesetzen, Rechtsordnungen und Institutionen gewissermaßen die Körperlichkeit einer menschlichen Gemeinschaft, welche er im Inneren gliedert und ordnet und nach außen hin zu handeln befähigt. Auch hier gibt es offenbar höchst verschiedenartige und komplexe Formen, die immer indes als höhere oder niedere angesehen werden können und anzusehen sind. Wir unterscheiden zwischen Gewalt- und Rechtsstaat, Patriarchal- und Nationalstaat, und indem wir so unterscheiden, werten wir. Was unterscheiden und was werten wir? Es ist wiederum das höher Organische. Die Gewalt schafft nur flüchtig, mühsam verwirklichte,

mühsam aufrechterhaltene Ordnung, sie hat die Tendenz und muß die Tendenz haben, Recht zu bilden und die gewaltsam gegründete Ordnung als Rechtsordnung festzuhalten. Sie muß die Gewaltsamkeit abzustreifen und durch das gegründete Recht in den Beherrschten selbst als Selbstverständlichkeit zu verankern trachten. Nur dann kann sie dauern: sie muß aus einem willkürlich Zufälligen ein organisch Notwendiges werden. Sie sucht, wenn sie klug ist, die Ordnung oder die Ansätze und Stücke einer Ordnung, die sie vorfindet, nicht zu zerstören, sondern in sich aufzunehmen und zu verarbeiten und achtet an dem Bestehenden alles, was ihr nicht feindlich und gefährdend entgegensteht. In welchen Weltteilen und Jahrhunderten immer wir die Entwicklung untersuchen, ihre Tendenz ist unter den verschiedensten Verhältnissen der Form nach ein und dieselbe. Sie hat immer ein in höherem Sinne Organisches zum Ziel. Der Staat scheint zunächst nur ein Ansatz einer selbständigen Persönlichkeit, ein den Individuen auferlegter Zwang; aus einem solchen bildet er sich erst allmählich zu einem individuellen Organismus, in dem die Individuen selbst als zu ihm gehörige lebendige Glieder aufgenommen werden und ihre Stelle finden; er wächst sich, je weiter er fortschreitet, desto mehr zu einem lebendigen Organismus aus. Die gleiche Tendenz, die die Entwicklung von der Gewalt zum Recht beherrscht, wird auch in der weiteren Entwicklung vom Recht zur Sitte sichtbar. Ebenso wie die Gewalt zum Recht werden will, will das Recht zur Sitte werden und an die Stelle der äußeren Gesetze, hinter denen doch immer der Staat mit seinen Gerichten und Gefängnissen steht, in den Herzen der Menschen selbst eine innere Ordnung verankern, die den äußeren Zwang entbehrlich macht. Gewaltregel, Rechtsregel und Sittenregel sind Stufen immer höherer Ordnung, immer intensiverer Organisation. Man hat, gewiß mit Recht, als den Staatszweck die Vergesellschaftung der Individuen bezeichnet.[3]) Unter Vergesellschaftung ist dann aber nicht ein bestimmter, fester, zu erreichender Zustand, sondern die ewige und unendliche Aufgabe, eine immer engere, immer höhere Gemeinschaft zu bilden. Der Zweck der Vergesellschaftung ist nicht an einem bestimmten Punkte der Idee nach erreicht, die Aufgabe niemals abgeschlossen.

Die Entwicklungstendenz der Staaten geht hier der Entwicklungstendenz der Völker parallel. Der Idee nach sind ja auch die Staaten gleichsam nur die Körperlichkeit einer menschlichen Gemeinschaft. Die Staaten, welche es nicht sind und durch die Zufälle der Gewalt entstanden sind, heterogene Bevölkerungen beherrschen, haben doch die Tendenz, aus dem Konglomerat, das der Zufall schuf, eine innere Gemeinschaft zu bilden, die heterogenen Elemente zu homogenisieren. Das ist immer und überall das Bestreben der Staaten gewesen und liegt allen ihren Maßregeln auf dem Gebiete der Sprache, der Kultur, der Religion und der Rassenpolitik zugrunde. Die Gemeinschaften schreiten fort zu immer höheren Stufen des Organischen, und die Staaten folgen dieser Entwicklung nicht nur, sondern bemühen sich, sie zu fördern. Der Staat verhält sich zum Volke gleichsam wie der Körper zur Seele, er hat ein einiges und innerlich homogenes Volk als seine Seele ebenso nötig wie die innere Gemeinschaft des Volkes, als Seele, nach einem Körper verlangt, der sie nicht nur schützt und ihr Kraft zum Handeln gibt, sondern ihr auch gestattet, sich erst eigentlich zu bilden. Daher verlangen Volk und Staat nacheinander: sie wollen eine Einheit werden und so gemeinsam abermals eine höhere Form des Organischen erreichen. Das ist der Inhalt der größten und schwierigsten Kämpfe um die Staatsform und die Herrschaft im Staate, die Machtverteilung und die Beteiligung des Volkes. Es ist immer das Suchen nach einer höheren Einheit, damit gleichsam das Volk zur Seele des Staates, der Staat zum Körper des Volkes werde und beide zusammen ein geschlossenes Ganze, eine einheitliche und in sich festgefügte Persönlichkeit werden. Erst da, wo diese Einheit erreicht wurde, wo der Staat ganz eingestellt scheint auf das Interesse der organischen Gesamtheit des Volkes und das Volk selbst in seinem Staate und dessen Zwecken lebt, von dem Bewußtsein durchdrungen, Glied zu sein in einem lebendigen Ganzen — erst da scheint uns die innere Entwicklung der Staaten an einem Ziele angelangt. Diese Einheit von Volk und Staat ist es, die wir an dem Sparta des sechsten Jahrhunderts vor Christi und an dem vorkaiserlichen Rom bewundern. Und diese Einheit meinen und

werten wir, wenn wir heute von Nationalstaaten sprechen. Nichts anderes haben wir damit im Auge, als daß der Staat körperliche Form einer großen menschlichen Gemeinschaft geworden und ganz auf deren organische Interessen eingestellt ist, also daß nicht nur die Entwicklung der inneren Gemeinschaft eine hohe Stufe erreicht hat, welche den Namen der Nation rechtfertigt, sondern daß auch der Staat als die äußere Form eine analoge Entwicklung genommen und die Einheit von Nation und Staat als die Einheit von Körper und Seele hergestellt ist.

2.

Erst wir, die wir heute auf die Entwicklung der Nationalstaaten, die das neunzehnte Jahrhundert gebracht hat, zurücksehen können, vermögen diese Entwicklung zu überblicken und zu werten; dem politischen Denken vergangener Jahrhunderte mußte sie verborgen bleiben. Wir können aus dem Stück der Entwicklung, das erst wir übersehen, die Richtung der Entwicklung überhaupt ablesen, und aus dem uns in der Erfahrung gegebenen Stück auf die Richtung schlechtweg schließen, also die Frage nach dem ideellen Ziele aufwerfen, das die Richtung bestimmt.

Diese Frage nach jenem ideellen Ziele scheint zunächst von rein theoretischem Interesse und eher die Philosophen anzugehen als die Politiker: aber gerade sie ist für die Betrachtung der rein praktischen Probleme von der größten Bedeutung. Wir sehen die Nationen bald friedlich nebeneinander hergehen, bald feindlich gegeneinander kämpfen. Wir haben die Wahl, ob wir jenes friedliche Nebeneinander als das Natürliche und Naturgewollte, als das der Idee nach Wünschenswerte ansehen und jenes Gegeneinander für ein Zufälliges halten sollen, das aus dem Verderb der Menschen und der Unzulänglichkeit der irdischen Verhältnisse fließt — oder ob wir in jenem kämpfenden Nebeneinander ein der Idee des Lebens und der Natur nach Wünschenswertes und daher Notwendiges und Natürliches sehen und das friedliche Nebeneinander als einen aus der besonderen Konstellation fließenden und mit ihr vorübergehenden Spezialfall behandeln wollen. Es wird sofort

klar, daß an dieser Stelle sich nicht nur die Wege der Philosophen, sondern auch die der Politiker scheiden. Die ganze Betrachtungsweise des politischen Geschehens, Wertungen und Berechnungen hängen von der Beurteilung dieser Frage ab. Diese Frage aber ist keine andere als die nach dem ideellen Ziel der nationalen Tendenzen: aus seiner Bestimmung muß offenbar werden, ob die Nationen es nebeneinander erreichen können oder, um es zu erreichen, sich gegeneinander wenden müssen, ob aus seiner Idee der Kampf als ein notwendiger sich ergibt oder nicht und dann als ein Zufälliges und mithin Verdammenswertes betrachtet werden kann.

Wonach ringen die Nationen? Was suchen sie letzten Endes? Auch sie beschränken sich nicht damit, sich selbst zu erhalten. Sie wollen in immer höherem Sinne Nation werden, wachsen in die Breite und Tiefe. Sie wollen in immer höherem Grade ein Ganzes und als solches immer inniger und immer weiter werden. Um den ideellen Endpunkt dieses Strebens zu bezeichnen, haben wir, da uns für höhere Stufen als den Begriff der Nation keine Worte zu Gebote stehen, keine andere Idee als die der Menschheit. Menschheit, gefaßt nicht als Sammelname und Gattungsbegriff, sondern als Totalität aller Menschen, das heißt als einen lebendigen Organismus, der alle Menschen umfaßt und als Teile und Glieder in sich aufgenommen hat, Menschheit als die Nation der Nationen, als beseelten Körper, als Einheit einer Persönlichkeit.

In der Tat bestimmt der so definierte Menschheitsbegriff als ideeller Zielpunkt, nicht als je zu erreichender oder je erreichter Zustand, das Streben der Nationen. Die Nationen sind Wege zur Menschheit, Ansätze zu ihr und die Idee der Menschheit steht vor ihnen als Aufgabe. Eine solche Auffassung kann nicht als ein Ergebnis der Theorie abgetan werden, von dem die Erfahrung nichts wisse. Die Erfahrung selbst, das Tiefste im Leben der Nationen, weist allerorten auf sie hin. Es ist eigentümlich aber unleugbar, daß jede Nation, welche stark, stolz und ihrer Eigenart bewußt, also im wahren Sinne des Wortes Nation ist, sich für den einzig wahren, den besten Vertreter der menschlichen Kultur

überhaupt, für den Träger der Menschheitsidee selbst hält und als auserwählte Nation der beste, der einzig richtige Weg zur Menschheit zu sein behauptet. Es tut wenig zur Sache, wie dieser Glaube und dieser Anspruch im einzelnen formuliert wird. Nach den wechselnden Anschauungen und Redeweisen der Jahrhunderte findet er wechselnden Ausdruck. Ihn führen die Völker in ihre religiösen Anschauungen hinein, ihn bekleiden sie mit den Symbolen ihres Glaubens. Jedes Volkes Gott ist der einzig wahre Gott, weil jedes Volk sich für das einzig wahre Volk hält. Der in so vielen Religionen und Zeitaltern immer wiederkehrende Glaube, daß ein Volk auserwählt sei, um allen anderen Völkern den einzig wahren Gott zu bringen, hat keinen anderen Ursprung. Auch den Gott, der den Völkern von außen gebracht wird, trachten sie allmählich umzuschaffen und umzufühlen in einen Volksgott, geben ihm ihre Züge und machen ihn zum Träger ihrer Volksidee. Freilich verbreiten die Religionen sich oft schneller und mächtiger, als die Völker, denen sie entstammen, sich ausdehnen. Aber dann suchen die Völker doch in die so entstandenen Weltreligionen ihre eigenen nationalen Züge hineinzutragen, den Gott, der ihnen gebracht wurde, zu ihrem eigenen Gotte zu stempeln; und wenn sie dann nicht sagen können, ihr Gott sei ein anderer als der der anderen Völker, welche der gleichen Weltreligion angehören, so behaupten sie doch, sie allein verstünden den wahren Gott richtig und dienten ihm auf die beste Weise. Unter naiven Völkern tritt diese Tendenz deutlicher hervor als unter denen, welche eine lange Geistesgeschichte an Reflexion und Skepsis gewöhnt hat — wir würden vergebens in dem heutigen Westeuropa nach Belegen dieser Auffassung suchen; aber niemand kann leugnen, daß der russische Bauer den russischen Gott für einen besonderen Gott hält, den nur die Russen verstehen und dem nur das Wohl der Russen am Herzen liegt. Wo wir hinblicken, tritt die nationale Idee in religiöser Verkleidung auf und enthüllt gerade in ihr den Anspruch, zur Menschheit zu führen. Wenn wir auf die Betrachtungen und Reflexionen zurückgreifen, mit denen die eigentlichen Gründer des englischen Kolonialreichs, die Puritaner des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts, ihre Unternehmungen

begleiteten, so begegnen wir einer Gleichsetzung von Religion, Britentum und Zivilisation.[4])

Das ist auch heute noch nicht viel anders. Auch der heutige Engländer hat nicht das geringste Verständnis dafür, daß irgendeine andere Nation unzufrieden damit ist, wenn England seine Herrschaft ausdehnt über fremde und unkultivierte Länder; denn britische Herrschaft, Menschheitsidee und Zivilisation sind dem Briten synonyme Begriffe. Wer die humanitären Begründungen, mit welchen die britische Politik ihre expansiven Unternehmungen zu verbrämen pflegt, für nichts als bewußte Heuchelei hält, greift fehl — sie sind der natürliche Ausfluß jenes natürlichen Glaubens der Nation an sich selbst, als den wahren Weg zur Menschheit und des einzig richtigen Trägers der Menschheitsidee, und zeigen uns, auf welcher hohen Stufe gerade die spezifisch nationale Entwicklung in England steht. Jeder Engländer hat einen naiven und unerschütterlichen Glauben an die Mission Englands zur Beherrschung des Erdkreises. Er begreift nicht, daß nicht alle Menschen und Völker damit einverstanden sind und sich dazu beglückwünschen, daß England diese Mission auf sich genommen hat. England bringt den Völkern doch die Freiheit, und Britentum und Menschheit bedeuten ein und dasselbe. Diese Anschauung mag als Hochmut, Stolz, Intoleranz oder inselhafte Einseitigkeit bezeichnet werden — alle Nationen sind als Nationen hochmütig, intolerant und einseitig; desto mehr, je mehr sie Nationen sind. Sie ist nicht Berechnung oder Heuchelei. Der Engländer, der eine Gefährdung und Bedrohung der britischen Weltherrschaft für eine Versündigung an der Zivilisation und der Idee der Menschheit ansieht, empfindet durchaus ehrlich.

Hier begegnen wir der überaus interessanten und für das Verständnis gewisser kosmopolitischer Tendenzen und ihrer Quellen überaus wichtigen Tatsache, daß das nationale Empfinden des Engländers ihm selbst als Kosmopolitismus erscheint. Es muß ihm so erscheinen, weil er sich die geeinte Menschheit nur als englische Weltherrschaft vorstellen kann. Selbst in die Empfindungen der englischen Pazifisten fließt diese Vorstellung ein: sie nehmen nicht wahr, daß sie sich den ewigen Frieden, von dem sie träumen

und reden, nur als pax britannica denken können, und halten andere Nationen für aggressiv, die sich den ewigen Frieden anders denken wollen. Wir werden bei der Untersuchung der kosmopolitischen Tendenzen auf diesen Punkt zurückkommen müssen; an dieser Stelle sei er nur erwähnt, um aus der eigenartigen Psychologie des englischen Denkens, als aus dem charakteristischen Beispiel, den Satz zu erhärten, daß das ideelle Ziel der nationalen Tendenzen die Menschheit ist, gefaßt als organische Totalität.

Wenngleich dieser ideelle Richtungspunkt in der englischen Entwicklung, die am weitesten fortgeschritten ist, am deutlichsten sichtbar wird, so läßt er sich doch überall erkennen, wo starke und fortgeschrittene Nationen den Glauben an sich selbst und ihre Zukunft bewahrt haben. Alle modernen Nationen haben ihre Nationalisten. Diese sind gewiß nicht die einzigen Träger des nationalen Gedankens, vielleicht auch nicht überall diejenigen, die diesen Gedanken und das nationale Interesse am tiefsten verstehen; sie pflegen da und dort über der extensiven Richtung des Wachstums die intensive zu vergessen, die, wie wir sahen, nicht minder wichtig ist. Aber sie sind doch die ungeduldigsten und entschiedensten Vertreter, die vorwärts drängen, Forderungen und Wünsche aussprechen, ehe sie reif wurden, der Entwicklung vorauseilen und daher zumeist den Regierungen unbequem sind, die ihnen aber doch langsam zu folgen und, wenn es Zeit ist, sich ihrer zu bedienen pflegen. Ihre Sprache kann als charakteristisch gelten für die allgemeinen Ziele des nationalen Strebens überhaupt. Man spricht von Panslawisten, Pangermanen, Panfranzosen, von Panamerikanismus, und seit dem Tripoliskriege gibt es auch Panitaliener. Von einem Allengländertum spricht man nicht, weil das Engländertum auch ohne das Wörtchen All ein Allengländertum ist. Nur die schwachen oder die ermüdeten Nationen, welche ihr Auge noch nicht oder nicht mehr zu so weiten Zielen erheben können, haben keine solche Allpartei. Der Name enthält ein Programm. Daß alles deutsch, französisch, slawisch werden soll, ist sein letzter Inhalt. Mit größerer oder geringerer Offenheit und Deutlichkeit wird das überall ausgesprochen. Welche von der zufälligen Konstellation gerade auferlegten Modifikationen in den

gerade gültigen Programmen der nationalistischen Parteien Berücksichtigung finden mögen, tut der allgemeinen Tendenz, die in dem Namen ihren Ausdruck findet, keinen Eintrag.

Der deutsche Nationalismus erinnert sich gerne einer überaus präzisen und glücklichen Wendung, welche Wilhelm II. einmal gebraucht hat. Der Kaiser sprach einmal von seinem Glauben, daß die Welt am deutschen Wesen genesen werde. In der Tat: diese wenigen Worte geben das Tiefste des nationalen Willens wieder. Traurig die Nation, die nicht mehr glaubt, daß an ihrem Wesen die Welt genesen werde. Deutschland ist als Nation noch nicht weit genug, um diesen Glauben als Selbstverständlichkeit anzuerkennen und zu empfinden. Der Engländer diskutiert ihn nicht einmal: da er ihn als selbstverständlich empfindet, hat er keine Veranlassung, ihn auszusprechen. Mit der Auffassung, daß die Welt nur am britischen Wesen genesen könne, wird der Engländer seit den Tagen Cromwells geboren. Es ist die Menschheitsidee, die in ihm liegt, der Glaube an die Nation als an einen Weg zur Menschheit. An dieser Formel aber wird auch das spezifische Verhältnis offenbar, in dem das Streben der einseitig Expansiven unter den Nationalisten zu diesem tiefsten Streben der Nation steht. Dem gebildeten Deutschen der Gegenwart, auch dem, der hoch denkt von dem Deutschtum und seiner Mission und das Pathos des nationalen Willens in sich trägt, erscheint die Erwartung abgeschmackt, daß an einer Expansion der Schultze und Lehmann das Wesen der Welt genesen solle und die Mission erfüllt sei, wenn an allen Ecken und Enden der Welt rote Bärte und schwarzweißrote Fahnen im Winde flattern. Er kann die Aufgabe so nicht fassen. Er weiß, daß das deutsche Wesen selbst nichts Festes und Abgeschlossenes, ein durch teutonische Abstammung und Sprache einmal Gegebenes, sondern selbst eine unendliche Aufgabe, ein ewig zu Verbesserndes und zu Vertiefendes ist, ja daß vielleicht, wie Fichte einmal sagt, gerade der Glaube an diese unendliche Verbesserlichkeit und das Streben nach ihr das Tiefste im deutschen Wesen ausmache; kurz, er setzt dem extensiven Wachstum ein intensives entgegen, das erst zu jenem berechtigt und ohne das alle Expansion vergeblich ist. Aber jener, der extensive Nationalist, hat ebenso recht wie

dieser; und beider Streben zusammen ergeben erst als Komponenten die Resultante des schlechthin nationalen Willens, die auf die Idee der Menschheit gerichtet ist. Und die Nationalisten sind eben gemeinhin die Vertreter der einen, der extensiven Komponente, und als solche notwendig und daseinsberechtigt.

Wenn die Menschheit, als Totalität eines lebendigen Organismus ideeller Richtungspunkt des nationalen Willens, und die Nation, die intensive Entfaltung ihrer Persönlichkeit und die extensive Ausbreitung ihrer Herrschaft zur Weltherrschaft, der Weg zur Menschheit wird, dann ergeben sich aus solchem Sinn des nationalen Strebens für die Beziehungen der Nationen zueinander, die das Wesen der auswärtigen Politik ausmachen und mithin für dieses Wesen selbst einige Forderungen und Zusammenhänge von notwendig absoluter Gültigkeit, die in allen Konstellationen der Wirklichkeit, vielleicht vielfach gebrochen und für den Augenblick modifiziert und verkleidet, doch immer wieder, weil sie im Wesen der Menschen und Völker und des Lebens selbst begründet sind, zum Durchbruch gelangen werden. Wenn die Nationen Wege zur Menschheit sind, jede sich für den einzig richtigen Weg halten muß, obwohl doch nur immer eine den ihren zu Ende würde gehen können, ergibt sich aus dem Wesen des Lebensdranges selbst eine Idealkonkurrenz der Völker, die nicht nur eine friedliche, nebeneinander auszufechtende Konkurrenz, sondern ein ewiger, unvermeidlicher und notwendig gutzuheißender Kampf ist. Dann liegt in den Beziehungen der Völker zueinander zu allerunterst ewige und absolute Feindschaft; und die Feindseligkeit, die wir allerorten wahrnehmen und die aus dem politischen Leben nicht weichen will, so sehr auch die Pazifisten gegen sie reden und kämpfen, entspringt nicht einer Unzulänglichkeit der menschlichen Einrichtungen oder einer Verderbnis der menschlichen Natur, sondern dem Wesen der Welt und den Quellen des Lebens selbst; ist nichts Zufälliges, Vorübergehendes und zu Behebendes, sondern ein Notwendiges, das vielleicht für Jahrhunderte aufgeschoben werden und zurücktreten kann, immer wieder aber durchdringen und zu seinem Rechte gelangen wird, solange es Menschen und Völker gibt. Dann liegt auch aller tatsächlicher Freundschaft der

Völker ideelle Feindschaft irgendwie zugrunde. Freundschaft der Völker kann dann nur zweierlei sein: Aufschub der Feindschaft, oder gemeinsame Feindschaft gegen einen Dritten, hat ihre Quelle also in der vorübergehenden Konstellation und muß mit deren Wandel zur Feindschaft werden. Wessen Gefühl diese Auffassung widerstrebt, der untersuche die Freundschaften der Völker in Vergangenheit und Gegenwart, er wird, wenn er recht zusieht, immer auf die eine oder die andere Weise auf ihrem Grunde die Feindschaft treffen.

Es liegt auf der Hand, welche Bedeutung einer solchen Auffassung für die Beurteilung des politischen Geschehens zukommt. Sie steht in diametralem Gegensatz zu einer anderen, friedlicheren, welche das letzte Ziel der Politik in einem friedlichen Nebeneinander der Nationen, die nur sich selbst erhalten sollen, sieht. Aber aus dieser Auffassung kann kein Verständnis der Politik fließen. Sie beherrscht zwar vielfach die Redeweise, deren sich auch die praktischen Politiker bedienen, wenn sie von ihren Zielen reden; jene andere aber beherrscht die Gedanken und das unbewußte, aber mächtigere Empfinden der Völker. Dieses Ziel mag als scheinbar letztes sich aus der Konstellation ergeben, die für eine Nation, weil sie noch Zeit hat, für die andere, weil sie nicht mehr gewinnen kann, als sie besitzt, für die dritte, weil sie müde und im Rückgang ist, Aufschub erfordert; jenes Ziel aber bleibt durch eine solche Redeweise in seiner absoluten Geltung unberührt.

Schließlich sind es zwei verschiedene Menschheitsideen, die sich in dem Gegensatz dieser beiden Auffassungen gegenüberstehen. In dem ersten Fall wird die Menschheit gefaßt als Weiterbildung der Nation, als Endpunkt des organischen Wachstums eines lebendigen Organismus, der sich zu ihr erweitern soll. Soweit sie in dem anderen Falle mehr bedeuten soll als ein etwas undeutliches und vages Ideal friedlicher Herrschaft einer allgemeinen Menschlichkeit und ungestörter Zufriedenheit aller Menschen, kann sie nur wiederum die Idee eines organischen Ganzen sein, in dem alle Menschen nebeneinander ihren Platz und ihre Freiheit finden sollen, die aber nicht wie im ersten Fall durch ein Wachstum des

nationalen Organismus, sondern durch die Entstehung eines neuen soll erreicht sein, der, allen nationalen Organismen übergeordnet, sie umfassen und in sich aufnehmen soll. Die erste Idee ist die nationale, die zweite die kosmopolitische. Die erste ist Richtpunkt der nationalen, die zweite Richtpunkt der kosmopolitischen Tendenzen. Beide stehen zueinander in diametralem und unversöhnlichem Gegensatz, der ebenso in dem Kampf der politischen Theorien als der praktischen Tendenzen sichtbar wird.

Somit stellt uns die Untersuchung der Menschheitsidee selbst und der Versuch, sie zu formulieren, vor die Notwendigkeit, zwischen zwei einander kontradiktorisch entgegengesetzten Auffassungen zu wählen. Entweder hat die Menschheit zu gelten als letztes Ziel des nationalen Strebens, als Richtpunkt und Grenze jenes Wachstums, durch das die Nation selbst sich über die Erde verbreiten und zur Organisation der Menschheit werden wollen muß — oder sie stellt ein Ganzes dar, in welches die Nationen als Glieder eingeordnet zu denken sind, wodurch sie auf eine gewisse Rolle und Stelle gewiesen und in ihrem unendlichen Wachstumsstreben der Idee nach beschränkt sind, also nicht ein höchstes nationales Ziel, sondern ein hypernationales, welches als übergeordnete Instanz und Idee über den Nationen steht und ein Recht, ihr Handeln zu bestimmen und zu beschränken, in Anspruch nimmt.

Zwischen beiden Auffassungen gibt es kein Bindeglied und keine Versöhnung. Ihr ewiger Streit beherrscht in der oder jener Form alle politischen Theorien der Vergangenheit und der Gegenwart ebenso, wie er die der Zukunft beherrschen wird. Aber es handelt sich nicht nur um einen Streit der Ideen. Der Streit der Ideen spiegelt nur den Streit der höchst realen Kräfte, die nicht das politische Denken, sondern das Handeln der Menschen, Völker und Staaten bestimmen. Soll dieses Handeln verstanden werden, so müssen eben jene Kräfte in ihrer Besonderheit erkannt werden. Theoretisch handelt es sich um einen Streit der Ideen, praktisch um ein Gegenspiel der Kräfte. Was auf der einen Seite ein Streit um die Wahrheit von Ideen ist, ist auf der anderen die Frage nach der Mächtigkeit von Kräften. Im Grunde

ist es aber ein und dieselbe Frage: je mächtiger die Kraft ist, als deren Richtungspunkt die Idee erscheint, desto wahrer wird die Idee sein; je mehr Wahrheit der Idee innewohnt, desto mehr Macht wird der Kraft zukommen, die zu ihr hinstrebt. Denn die Idee ist in diesem Zusammenhang nur das Ziel einer Tendenz, und die Frage nach ihrer Wahrheit ist nicht die Frage nach ihrer logisch formalen Richtigkeit, sondern die Frage nach ihrer Realität im Gesamtgebäude der Welt, und das ist eben die Frage nach der realen Kraft, die sie trägt.

3.

Die nationale Tendenz ist eindeutig. Ihr Sinn ist das Wachstum, ihre Quelle der Lebensdrang jener Wesen, welche wir Völker und Nationen nennen. Sie äußert sich freilich auf die verschiedenste Weise und auf den verschiedensten Gebieten. Aber diese Verschiedenheit der Äußerungen darf nicht als eine Verschiedenheit der Kräfte angesprochen werden. Wir sprechen von politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Emanzipationsbewegungen aber treffen damit nur verschiedene Symptome oder bezeichnen verschiedene Gebiete, auf denen die Eine Tendenz sich entfaltet. Es läßt sich keine besondere Ursache rein tatsächlichen Charakters als Kraftquelle bezeichnen, welche zur Erklärung dieser Tendenz ausreichte. Man wäre versucht, an die Bevölkerungsvermehrung zu denken und an die Bedürfnisse und Notwendigkeiten in ihrem Gefolge. Sie ist zweifellos unter den treibenden Faktoren einer der eindringlichsten und mächtigsten. Aber sie kann ebensogut als Symptom, denn als Ursache bezeichnet werden. Die Menschen könnten sich vermehren, und die Grenzen der Völker könnten gerade dadurch verwischt werden. Die Bevölkerungsvermehrung der Erde ist aber nicht ein Zufluß zu einer homogenen Wassermenge. Die Menschen entstehen in ihren Völkern wie die Äste und Blätter an einem Baume, die Völker wachsen mit der Menge der Menschen wie der Baum mit der Menge der Blätter. Die Bäume aber stehen nicht einzeln auf freiem Feld, sondern nebeneinander auf beschränktem Raum, und wenn sie wachsen, wachsen

sie mit ihren Ästen und Blättern ineinander hinein und nehmen sich den Platz und die Sonne weg. Daher mag die Bevölkerungsvermehrung, durch die offenbar wird, daß das Wachstum des einen Volkes an dem anderen seine Grenze findet, insoferne als Ursache der Steigerung der nationalen Tendenz angesehen werden, als sie durch die Gegensätze, die sie schafft und verschärft, das Wesen dieser nationalen Tendenz, welches das Wachstum auf Kosten der anderen und der Gegensatz zu diesen ist, eindringlich zum Bewußtsein bringt.

Die nationale Menschheitsidee geht aus von einem Gegeneinander, die kosmopolitische von einem Nebeneinander der Völker. Überall da, wo die Bevölkerungsvermehrung ein bisher mögliches Nebeneinander aufhebt und in ein Gegeneinander verwandelt, mag in ihr eine Ursache der Steigerung der nationalen Tendenzen gesehen werden. Das Anschwellen der nationalen Tendenzen im neunzehnten Jahrhundert hängt gewiß mit der gleichzeitig einsetzenden Bevölkerungsvermehrung der meisten Nationen auch ursächlich zusammen, wenngleich die Bevölkerungsbewegung allein zu der Erklärung der Bewegung der nationalen Idee nicht ausreicht.

Die Steigerung der nationalen Tendenz im neunzehnten Jahrhundert fällt zeitlich zusammen mit einer ungeheuren Steigerung des Verkehrs. Durch eine Reihe technischer Erfindungen, welche das Leben der Menschen von Grund auf umgestaltet haben, sind Verbindungsmöglichkeiten zwischen den Völkern und Menschen geschaffen worden, von denen frühere Zeiten nicht träumen konnten. Gebirge und Meere, die bisher die Völker trennten, haben auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete diese Funktion fast völlig, auf politischem und militärischem zum Teil verloren. Man hat früher als selbstverständlich angesehen, und die meisten Menschen glauben heute noch, daß diese jedem bekannte Entwicklung nur oder wenigstens in erster Linie ein Wachstum der kosmopolitischen Tendenzen zur Folge haben werde, also die Gegensätze zwischen den Völkern überbrücken und mildern müsse. Gewiß hat der Verkehr eine kosmopolitische Funktion. Er schafft ein Netz internationaler Verbindungen, die Möglichkeit eines einigermaßen ins

Gewicht fallenden internationalen Konnubiums, eine internationale Sitte, Mode und eine gewisse Gemeinsamkeit der äußeren Zivilisation. Er hat augenscheinlich ungemein nivellierend gewirkt. Und doch — wer genau zusieht, nimmt wahr, daß gerade er, neben dieser kosmopolitischen Rolle, auch eine außerordentlich wichtige nationalistische gespielt hat.

Schließlich tut eben die Gleichheit von Kleidung, Hotelsitten und elektrischen Straßenbahnen wenig zur Sache, weil sie nirgends ein Wesentliches berührt. Jedenfalls reicht alle diese Gemeinsamkeit nicht aus, um eine organische Menschheit darauf zu begründen oder auch nur zu einem kosmopolitischen Menschheitsideal zu verführen. Schließlich kann eben nur das Gleichgültige und das Minderwertige nivelliert werden. Was gut und wertvoll an den Nationen ist, ist gemeinhin ihnen eigen und unübertragbar, weswegen bei jeder Mischung der schlechte Durchschnitt zur Herrschaft kommt. Auch durch Mischung aller Farben erreicht man nur irgendein häßliches Graubraun ohne alle Leuchtkraft. Dieses Graubraun ist so recht die Farbe der internationalen Veranstaltungen. Von allen Gesellschaften ist die internationale die geistloseste und langweiligste und bedarf zuerst der Karten. Von allen Künsten ist das Varieté die einzige, die international hat werden können. Wer je eine der internationalen Städtegründungen, wie die europäischen Vorstädte von Stambul, Pera und Galata, oder das Shanghai der weißen Rasse, gesehen hat, muß zugeben, daß Europa nirgends so häßlich und verabscheuungswürdig ist, als wenn es gemeinsam auftritt. Von allen Wahrheiten sind die geistlosesten die internationalen — weshalb denn auch die Überzeugungen, die als internationale angesehen werden können, und die internationale Ausdrucksweise auf einem geistig so niedrigen Niveau stehen. Nirgends hat jene Gemeinsamkeit, die der Verkehr ermöglichte, Großes und Würdiges schaffen können; und alles, was er Großes und Würdiges den Menschen vermittelt hat, konnte die nationale Eigenart nicht abstreifen, aus der es entstand, und wirkt nicht als internationales Erzeugnis, sondern als Propaganda für den Wert und die Größe der Nation, die es schuf.

Damit aber kommen wir eben auf jene nationale Funktion des Verkehrs. Er hat die Nationen miteinander bekannt gemacht und ihnen damit nicht nur gezeigt, wie viel, sondern auch wie wenig sie sich zu sagen haben. Erst der Verkehr hat den Gedanken, daß die anderen andere Menschen sind, eine andere Art zu denken haben, daß man sich unter ihnen auf die Länge nicht recht wohl fühlt, in die Massen getragen. Früher kannten sich die Völker wenig, und der einzelne hatte weder Ursache noch Gelegenheit zu konstatieren, daß er und sein Nachbar sich nur wenig zu sagen haben, daß zwischen ihnen nicht nur die Sprache, sondern die ganze Art der Geistes- und Gemütsrichtung, die Mentalität, eine Scheidewand bildet. Es ist eine ungeheure Naivität, zu glauben, daß man die Menschen, wenn man sie miteinander bekannt macht, auch miteinander befreundet. Der Deutsche, der zu Hause seinen Balzac liest und bewundert, glaubt sich den Franzosen näher als der, der Gelegenheit hat, trotz aller Bewunderung für Balzac, in Frankreich zu konstatieren, was alles ihn von den Franzosen scheidet. So hat der Verkehr, indem er Schranken beseitigt hat, Schranken aufgerichtet, deren Bedeutung zumeist verkannt und überall unterschätzt wird. Ein jeder kann diese Wirkung an sich und an anderen konstatieren. Die Tatsache ist unbestreitbar. Sie allein vermag zu erklären, wieso es möglich ist, daß das Zeitalter des internationalen Verkehrs, des Menschen-, Güter- und Gedankenaustausches auch das Zeitalter wachsender nationaler Tendenzen und einer steigenden inneren Entfremdung der Völker ist.

Die nationale Funktion des Verkehrs ist hierdurch nicht erschöpft. Das Wichtigste und Eingreifendste, das er für die Wachstumstendenz der Nationen geleistet hat, ist eine ungeheure Steigerung der Wachstumsmöglichkeit und eine tiefgehende Umgestaltung der Wachstumsart. Bisher schienen sich die Völker gleichsam aneinander zu stoßen wie harte Körper, die nicht gleichzeitig den gleichen Raum bedecken können. Wo das eine Platz griff, wurde das andere verdrängt. Natürlich ist das auch heute noch der Fall, aber nicht mehr in dem gleichen Grade. In gewissem Sinne sind die Völker aus harten Körpern zu porösen Massen geworden,

die sich gegenseitig durchdringen und ineinander übergreifen können. Diese Entwicklung hat keineswegs nur kosmopolitische Wirkungen im Sinne einer Vermischung der Materien. Die Völker bekämpfen sich nicht nur mehr an ihren Grenzen und militärisch, sondern rings um die Erde, ferne und nah, wirtschaftlich und geistig, und beides mit politischen Rückwirkungen. Überall bekämpfen sich die Waren, die Kapitalien, die Ideen. Wenn die Völker der Erde früher einem Walde nebeneinander stehender Bäume glichen, die sich mit den Spitzen der Äste und Blätter berühren und behindern und so um das Licht kämpfen, so hat die Verkehrsentwicklung diesen Wald phantastisch umgebildet. Die Bäume sind ineinander hinein- und durcheinander hindurchgewachsen. Die Äste greifen durch bis auf die andere Seite des Waldes und überall sind Blätter jedes Baumes. Der Wald ist, gleichsam wie eine künstliche Hecke, ein Ganzes geworden, aber doch nicht in dem Sinne, als wären nun die Bäume um des Waldes willen da, wie die Sträucher der Hecke um der Hecke willen. Was ein Ganzes scheint, ist in Wahrheit ein Kampf, ein nur heftigeres, mannigfaltigeres und verwickelteres Ringen, und jeder Baum will der ganze Wald werden. Nicht nur, daß die Politik durch diese Entwicklung zur Weltpolitik geworden ist — sie hat mit ihren Kampfestendenzen auch das wirtschaftliche und kulturelle Gebiet ergriffen, deren Mittel sie sich zu ihrem Zwecke bedient. So hat der Verkehr die Wachstumsmöglichkeiten erweitert, die Wachstumsart umgestaltet, die Kampfesmethode bereichert und verändert, aber den Kampf der Nationen nicht aus dem Weltgeschehen weggenommen und das Wesen der nationalen Tendenz, das unendliche Wachstum, unberührt gelassen.

Wie die Bevölkerungsvermehrung nur Symptom, nicht Ursache der nationalen Tendenz ist, also diese durch ihr Aufhören wohl an Kraft verlieren, aber mit ihr doch nicht zugrunde gehen kann, so ist der Verkehr weder in seiner nationalen Funktion Ursache der nationalen Tendenz noch in seiner kosmopolitischen ausreichend, sie aufzuheben. Er hat nur als hinzutretendes Moment die Äußerungen der Kraft wie die Hemmungen, denen sie begegnet, modifiziert. Die ideelle Eindeutigkeit der nationalen Tendenz wird durch diese Momente nicht berührt.

Wohl aber hat der Verkehr und die Umgestaltung der Welt, die er zur Folge hatte, einen Widerstreit der Methoden heraufgeführt, durch welche jene nationale Tendenz besser oder schlechter könnte verfolgt werden. Indessen darf ein Streit um den Weg, der am besten zu einem bestimmten Ziele führt, nicht mit einem Streit um das Ziel, das erreicht werden soll, verwechselt werden. Das Ziel bleibt das gleiche: die Entfaltung des nationalen Organismus. Aber indem der Verkehr neue Möglichkeiten und Methoden der Entfaltung schuf, ist ein Streit um die Wege entstanden, durch die jenes Ziel am besten erstrebt werden könnte. Eine Nation kann das Hauptgewicht ihres Strebens auf die wirtschaftliche Expansion legen und dem Politiker anheimstellen, dem Kaufmann nur zu folgen. Sie kann die politische Herrschaft voranstellen und hoffen, daß die wirtschaftliche ihr folge. Sie kann um die kulturelle Weltherrschaft ringen und das Errungene politisch und wirtschaftlich ausbeuten wollen. In der Tat bedienen sich alle Nationen all dieser Mittel, indem sie da das eine, dort das andere wechselnd in den Vordergrund stellen. In der einzelnen Komplikation behindert oft ein Mittel das andere und ein so entstehender Gegensatz der Methoden wird zum Gegenstand innerpolitischer Kämpfe. So scheidet das heutige England der Streit um die Frage, ob das Größerbritannien von morgen durch kulturelle, wirtschaftliche oder politische Mittel soll zusammengeschweißt werden, und auch in dem heutigen Deutschland, das in einer Periode geistigen Niedergangs an einer Weltherrschaft des deutschen Geistes zu zweifeln beginnt, trennt die Frage, ob wirtschaftliche oder politische Expansion wichtiger sei, das politische Denken. So charakteristisch dieser Widerstreit für die politischen Probleme unserer Zeit ist, so berührt er doch die Eindeutigkeit der nationalen Tendenz nicht im geringsten.

4.

Dieser Eindeutigkeit der nationalen Tendenz steht nun eine überaus verwickelte Vieldeutigkeit der kosmopolitischen Tendenzen gegenüber. Während die Kraftquelle des Nationalen der Lebensdrang jenes Organismus ist, welchen wir Nation nennen, ver-

einigen sich in jener Tendenz, die wir die kosmopolitische nennen, sehr verschiedene Momente. Sie gilt es zunächst zu scheiden und in ihrer Besonderheit zu erkennen.

Zuvörderst haben wir diejenigen Arten des Kosmopolitismus, die nur Verkleidungen des Nationalismus sind, als solche zu entlarven und von den übrigen abzutrennen. Die Menschheitsidee, welche, wie wir sahen, der ideelle Richtungspunkt des nationalen Dranges zur Weltherrschaft ist, gebärdet sich da und dort dem Anscheine nach kosmopolitisch, ohne deshalb dem inneren Wesen nach etwas anderes zu sein als eine hohe Stufe des Nationalismus. Ist eine Nation in ihrer Entwicklung so weit gelangt, daß sie den Anspruch, die Menschheit zu vertreten und ihrer Gesamtkultur den besten Ausdruck zu geben, vertreten und begründen kann, und mit der Etablierung ihrer Weltherrschaft einen Idealzustand der Menschheit erreicht glaubt, beginnt sie zumeist sich einer kosmopolitischen Ausdrucksweise zu bedienen, ja sich selbst für kosmopolitisch zu halten. Die Kraftquelle dieser Art von Kosmopolitismus aber ist das Nationale — weshalb denn ein solcher Kosmopolitismus nicht zu den nationalen Tendenzen im Gegensatz steht, sondern im Gegenteil ihre Krönung und ihren Abschluß bildet. Der englische Kosmopolitismus ist dieser Art. Der Engländer ist Kosmopolit unter der Voraussetzung, daß die Welt englisch ist und bleibt. Er ist es desto mehr, je sicherer und unangetasteter die englische Herrschaft aufgerichtet ist, und hört sofort auf es zu sein, wenn diese Herrschaft in Frage gestellt wird. Der englische Pazifismus, der sich den ewigen Frieden stillschweigend als pax quam maxime britannica denkt, würde in dem Augenblick verschwinden, in dem England von der Höhe seiner Weltherrschaft herabstürzte. Dieser Pazifist hält sich für einen Kosmopoliten und ist ein Nationalist. Bei diesem Kosmopolitismus haben wir es also lediglich mit einer Verkleidung der nationalen Tendenz zu tun, aus der seine Kraft fließt.

Alle Weltreiche haben und hatten einen Kosmopolitismus dieser Art. Auch der Kosmopolitismus des Imperium Romanum wurzelt in dem Glauben an die Weltmission Roms. Freilich hat dieses Weltreich die Völkerschaften, die es beherrschte, zer-

rieben und vermischt und durch seine Herrschaft eine kosmopolitische Masse geschaffen: seine Tendenz aber war, sie zu Römern umzuschaffen; und in dem gleichen Maße, in dem dies mißlang und mißlingen mußte und die Römer selbst und der römische Geist in dem Völkerchaos untergingen, erschlaffte der ungeheure Körper, dem Lebensdrang neuer Völker eine wehrlose Beute. Der ungeheure Bau aber überlieferte unserer Zeit neben jenen gewaltigen Bauten, die von seinem Machtwillen zeugen, einen lebendigen Organismus der seltsamsten Art, in dem dem Anscheine nach sein Kosmopolitismus, in Wahrheit der alte nationale Glaube an die Weltherrschaft Roms fortlebte: die römische Kirche. Gewiß ist diese Macht heute kosmopolitisch und steht, nach Gefühl und Zwecksetzung international, den nationalen Tendenzen der heutigen Nationen, wenigstens überall da, wo sie sich ihrer nicht zu ihren internationalen Zwecken zu bedienen für gut findet, feindlich gegenüber. Sie muß als Versuch einer Weltherrschaft durch die Kirche, als kosmopolitische Machtorganisation, aufgefaßt werden. Und doch ist es für die Erkenntnis der Kraftquellen des Kosmopolitismus von Wichtigkeit, festzustellen, daß auch die Kraft der in der römischen Kirche verkörperten kosmopolitischen Tendenzen nicht aus rein kosmopolitischen Quellen fließt, sondern daß in ihr die Macht der kosmopolitischen Idee sich mischt mit der mächtigen Überlieferung der untergegangenen Weltherrschaft des römischen Volkes und der einer ungeheuren Organisation, deren Gerippe mitsamt seinen durch einen einstigen Nationalismus eingepflanzten Trieben übernommen wurde. Auch heute noch dreht sich, in einer seltsamen Verkennung der Zeit und ihrer Eigenart, wenn auch nicht die Kirchenpolitik, so doch die Diplomatie des Vatikans und seine Bemühung einer Einwirkung auf die europäische Politik, in erster Linie um die römische Frage. Noch immer ist der Traum des Imperium Romanum nicht ausgeträumt, der alte staatliche Nationalismus Roms noch nicht durch den Kosmopolitismus der Idee überwunden, und eine umgestaltete Welt sieht mit Verwunderung die Gebilde und Motive längst entschwundener Jahrhunderte lebendig wirken.[5])

Noch eine andere Art scheinbar kosmopolitischer Tendenzen stammt aus der Kraftquelle des nationalen Lebenstriebes. Wenn die Diplomaten und Zeitungen der Gegenwart in jenen stereotypen Wendungen, die in den Dingen der auswärtigen Politik heute gebräuchlich sind und immer wiederkehren, von dem gemeinsamen Interesse der Völker, von der Aufrechterhaltung des Friedens, von den Fortschritten der Zivilisation und Kultur, von den Segnungen ruhiger Arbeit im Interesse der Menschheit reden, so sind wir gemeinhin geneigt, all dies für eine Maske von Heuchelei zu halten, hinter der ein jeder sein eigenes Interesse und die innere Feindseligkeit seiner Absichten besser oder schlechter verbirgt. In der Tat, hinter der Maske verbirgt sich das eigene Interesse, und dieses eigene Interesse ist letzten Endes jedem anderen Staat und jeder anderen Nation seiner Natur und seinem letzten Ziel nach entgegen. Und doch ist diese Maske nicht reine Heuchelei, und das so oft betonte Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens ein ehrliches. Das Wachstum jenes eigenartigen Organismus, der Nation und Nationalstaat heißt, unterscheidet sich von dem Wachstum der individuellen Organismen, die allein wir als solche aufzufassen und zu bezeichnen gewohnt sind, in einem sehr wesentlichen Punkte. Jedem individuellen Organismus, der Pflanze ebensogut wie dem Tier und dem Menschen, ist eine zeitliche Frist gesetzt, innerhalb deren sie sich zu entfalten, ihr Gesetz zu erfüllen, die Grenzen ihrer Möglichkeit zu erreichen und wieder zu sterben haben. Diese zeitliche Begrenzung, Tod genannt, ist kein zufälliges Schicksal des individuellen Organismus, sondern entstammt der inneren Notwendigkeit seines Wesens. Den überindividuellen Organismen, also der Familie, dem Stamm, dem Volk, der Nation ist eine zeitliche Grenze dieser Art nicht gesetzt. Der einzelne Baum muß wachsen und absterben, der Wald ist ewig. Auch er kann zugrunde gehen, aber dieser Untergang ist eine Zufälligkeit und keine Notwendigkeit. Fassen wir ihn als eine Familie von Bäumen, so erneut er sich selbst und kann, indem er sich so selbst erneut, immer weiter wachsen, und keine irgendwelche Notwendigkeit kann aus der Natur des Waldes selbst heraus angegeben werden, warum dieses Wachstum nicht bis in alle Ewigkeit sollte fortdauern

können. Für den überindividuellen Organismus gibt es keine Notwendigkeit des Todes. Es liegt auf der Hand, daß der Grund des individuellen Todes dann darin gesehen werden kann, daß der einzelne eben kein Ganzes, sondern Glied einer Reihe, Teil einer größeren Bewegung ist, welche durch ihn hindurchgeht und sein Kommen und Gehen bedingt. Indessen können wir die allgemeine Bedeutung dieser Verschiedenheit hier nicht berühren.[6]) Worauf es für uns allein ankommt, das ist die Eigenart der nationalen Wachstumstendenz, die aus jener ewigen Lebenshoffnung der Nationen stammt. Den Nationen ist keine Frist gesetzt, binnen deren sie handeln, ihr Gesetz erreicht haben und untergehen müssen. Sie können warten und hoffen. Ihr Ziel ist freilich ein unendliches und nie zu erreichendes, aber auch die Zeit, über die sie verfügen, ist unendlich. Es gibt für sie nie oder nur in den seltensten Fällen ein Entweder heute oder nie! Und zwar desto weniger, je stärker, gesünder sie als Nationen sind. Nur Staaten, welche sich schon schwach fühlen oder den Höhepunkt überschritten haben, müssen ein Zuspät anerkennen. Für die österreichisch-ungarische Politik gibt es ein Zuspät, für die russische nicht. Was verschlägt es, von dem Ganzen der Entwicklung des ewigen Rußland aus, ob es Konstantinopel heute erhält oder in hundert Jahren immer noch erhofft? Es kann warten, zumal es aus Gründen der geographischen Lage, der Masse seines Raumes und der Geschlossenheit seiner Rasse gegen außen so gesichert ist wie kein anderer Staat der Welt. Aber wenngleich Rußland kraft der Ausnahmestellung, die es einnimmt, das charakteristischste Beispiel für die ungeheuren Zeiträume ist, mit denen eine von dem Wachstumsdrang der Nation geleitete Politik zu rechnen sich erlauben kann, so gilt doch auch von den anderen Nationalstaaten, wenngleich in schwächerem Maße, das gleiche. Solange die Völker immer noch auf ein Morgen hoffen können, sind sie nicht gezwungen, heute zu wagen oder unterzugehen. Völker können frei sein von jenem nervösen Lebenswillen, welcher etwa Frauen beherrscht, die ihre Schönheit welken, das Alter nahen sehen und sich ein Jetzt oder nie zurufen müssen. Da ist es natürlich, daß die Politik der Nationalstaaten, wenn sie lediglich eingestellt ist auf das Wachstum der Nation,

nicht aber auf die kurzlebigen Sonderinteressen irgendeines kurzlebigen Herrschers oder einer nur heute, aber vielleicht nicht mehr morgen an der Macht befindlichen Gruppe, nicht heute alles um einer Sache willen gefährden will, die ihr vielleicht übermorgen in den Schoß fällt. Und wenn sie auch heute das Übermorgen noch nicht mit Gründen voraussehen und errechnen kann, so hofft sie doch, denn auch für dies Übermorgen ist ihr keine Frist gesetzt. Diese Hoffnung spielt in der Diplomatie eine ungeheure und höchst reale Rolle. „Die Zeit arbeitet für uns, die Zukunft gehört uns" (wobei es dahingestellt bleiben kann, ob diese Zukunft eine nahe oder eine ferne ist), sind Wendungen, die in den Aufzeichnungen der Staatsmänner immer wiederkehren. Man kämpft keinen Krieg, wenn man glaubt, daß die eigene Position immer günstiger, die des Gegners mit der Zeit immer ungünstiger werden muß. Man kämpft ihn nicht deshalb nicht, „weil man friedlich gesinnt ist und sich bescheidet", sondern weil man warten kann, und die Wachstumsmöglichkeit unbefristet ist. Auch wenn die Situation sich momentan verschlechtert, kann man, da der Rechnung keine Frist gesetzt ist, rechnen, daß dies sich wieder ändern wird. Hat man sich verrechnet, so mag man freilich eines Tages vor einem „Zuspät!" stehen, aber daß man sich verrechnet, hat wiederum darin seinen psychologischen Grund, daß der Hoffnung keine zeitliche Grenze gesetzt ist.

Dieser sehr wesentliche Faktor der politischen Berechnung kommt nun darin zum Ausdruck, daß jene innere Feindseligkeit, welche auf dem Grunde der Beziehungen der Völker immer und notwendig liegt, nicht notwendig heute oder morgen zum Austrag kommen muß, also zwar nicht aufgehoben, aber doch aufgeschoben werden kann.

Ein solcher Aufschub pflegt sich in der Praxis kosmopolitisch zu gebärden, ohne es seinem inneren Wesen nach zu sein. Solche Zeiten und solche Völker haben nicht nur in ihrer politischen Redeweise, sondern auch in ihrem politischen Gebaren ein kosmopolitisches Element. Dabei ist dieser Kosmopolitismus keineswegs eine bewußte Heuchelei der Politiker, sondern mag in jeder einzelnen Persönlichkeit durchaus ehrlich gemeint sein. Die Verkleidung geschieht gleichsam in der Sphäre des Unbewußten. Der

nationale Instinkt wird erst als Kosmopolitismus bewußt. Ändert sich dann plötzlich die Konstellation, so entsteht gleichsam aus dem Nichts eine nationale Bewegung, die für den, der in der kosmopolitischen Oberfläche den unbewußten nationalen Untergrund nicht erkannt hat, überraschend und unerklärlich scheint. Der Mensch selbst entdeckt in sich mit einem Male eine andere Seele, die er dann die wahre nennt.

Diese Tendenz zu einem nur scheinbaren Kosmopolitismus ist in der Geschichte immer dann mit besonderer Stärke aufgetreten, wenn die allgemeine politische Konstellation eine sich nebeneinander vollziehende Entfaltung der Nationen oder Ausdehnung der Staaten zugab. Damit wird ein sehr wesentlicher und allgemeiner Unterschied in den politischen Konstellationen selbst berührt, auf den wir später noch näher einzugehen haben.[7]) Es gibt Konstellationen, wo die Völker und Staaten gegeneinander stehen, weil die Entfaltungsmöglichkeiten räumlich oder wirtschaftlich beschränkt sind und des Einen Vorteil des Anderen Nachteil sein muß. Das war die Konstellation zur Zeit der Völkerwanderung oder in jenem Zeitabschnitt der griechischen Geschichte, der auf die koloniale Expansion der griechischen Stadtstaaten folgte. Es ist immer der Fall, wo die geographische oder raumpolitische Situation die Entfaltungstendenz verschiedener Staaten in eine Richtung drängt, und ein einziges Ziel, *ein* Land, die Beherrschung *einer* See oder eines strategisch und wirtschaftlich wichtigen Punktes, verschiedenen Staaten als notwendig erscheint. Diese Rolle hat im Altertum zwischen Rom und Karthago das Mittelmeer gespielt, das vielleicht seiner geographischen Eigenart nach berufen ist, diese Rolle auch in der Geschichte kommender Jahrhunderte noch einmal zu spielen. Diese Rolle hat von jeher Konstantinopel und die Beherrschung der Meerengen gespielt, und solche Verhältnisse raumpolitischer Art sind der Grund, warum einige Fragen aus der politischen Geschichte niemals ausscheiden und unter den verschiedensten Verhältnissen immer wieder von neuem auftauchen. Wie es Zeiten gibt, deren politische Eigenart durch ein solches Gegeneinander charakterisiert wird, so gibt es auch einzelne Ländergebiete, die mit dem Schicksal eines solchen

Gegeneinanders behaftet sind und diesen Fluch auch in dem wechselnden Zeitcharakter sich bewahren. Das ist der Fall der Balkanhalbinsel. Den dort wohnenden Völkerschaften ist aus Gründen geographischer und ethnographischer Art die Möglichkeit eines Nebeneinanders versagt. Für die Balkanhalbinsel ist ein Kosmopolitismus kaum denkbar. Der Nationalismus ist in den dortigen Verhältnissen so tief begründet, daß er auch in den kosmopolitischsten Zeiten dort nicht überwunden oder auch nur überdeckt werden könnte. Ebenso nun wie es Zeiten gibt, in denen das Gegeneinander vorherrscht, gibt es andere, deren politischer Charakter durch die Möglichkeit des Nebeneinander bestimmt wird. Die einzige relativ friedliche Zeit, die die griechischen Stadtstaaten erlebten, waren die beiden den Perserkriegen vorausgehenden Jahrhunderte einer kolonialen Expansion, in denen die einzelnen griechischen Stämme und Städte sich nebeneinander über das Mittelmeer entfalten konnten. Durch die Möglichkeit eines solchen Nebeneinander entstehen Situationen, wo des Einen Vorteil nicht mehr des Anderen Nachteil ist. Dies ist bis zu einem gewissen Grade die Lage unserer trotz aller Rüstungen so friedlichen Zeit. In Südamerika, Afrika und Asien sind neue ungeheure Gebiete der Zivilisation erschlossen worden, und die Umgestaltung des Wirtschaftslebens hat den Völkern eine Entfaltungsmöglichkeit friedlicher Natur gegeben, welche nicht mehr an die politische Eroberung gebunden ist. Zurzeit scheinen die großen Nationen der weißen Rasse damit beschäftigt, sich dieser neuen Gebiete politisch, wirtschaftlich und kulturell zu bemächtigen; und da diese neuen Länder für einen jeden noch Raum, Aufgaben und Arbeit übrig haben, können die Nationen sich, wenngleich sich vielfach störend und behindernd, aber doch zumeist nicht in ihrer Existenz bedrohend, in einem leidlichen Nebeneinander betätigen, das zwar seinem Wesen nach immer nur vorläufig ist, aber doch die Tendenz hat, in irgendeiner, vielleicht sehr fernen Zukunft in einem Gegeneinander zu enden. Da die Vorbedingung dieser Art moderner Entfaltung der Friede ist, sind alle diese Nationen am Frieden interessiert, und es ist nur natürlich und keine irgendwelche Art von Heuchelei, wenn in einer solchen Zeit die Politik sich kosmopoli-

tischer Gebärden bedient und von dem gemeinsamen Interesse der Völker an der Ausbreitung der Zivilisation zu reden pflegt. Aber auch diese Art kosmopolitischer Tendenz ist keine autonome; sie ist nur ein durch die Besonderheit der Konstellation bestimmte Form der allgemeinen nationalen Tendenz.

5.

Wenn wir hinter diesen Formen des Kosmopolitismus auch eine in ihnen nur verkleidete nationale Tendenz aufdecken und anerkennen mußten, so soll doch damit nicht behauptet werden, daß es etwa gar keinen selbständigen Kosmopolitismus gebe und aller Kosmopolitismus eine solche Verkleidung wäre. Im Gegenteil: es muß erkannt und hervorgehoben werden, daß auch diese Verkleidungen nur möglich sind, weil in solchen Zeiten und Konstellationen echte kosmopolitische Tendenzen Zeit und Gelegenheit haben, sich freier zu entfalten und in höherem Grade als sonst der Seelen und der Interessen der Individuen zu bemächtigen. Diese echten kosmopolitischen Tendenzen nun gilt es aufzusuchen und in ihrem Wesen und ihren Kraftquellen zu erfassen.

Hiermit werden wir gezwungen, eine theoretisch nicht einfache Frage anzuschneiden. Es wäre verhältnismäßig leicht, auf religiösem, kulturellem, wirtschaftlichem Gebiete autonome kosmopolitische Interessen aufzuzeigen, ohne weiter den Versuch zu machen, sie in ihrer Herkunft systematisch zu erfassen und gegen die nationalen Tendenzen in ihrer inneren Eigenart abzugrenzen. Ein solches Verfahren aber böte keine Gewähr dafür, daß dadurch jene autonomen kosmopolitischen Tendenzen ihrem inneren Wesen nach und vollständig könnten erfaßt werden.

Wenn wir dem Ursprung der kosmopolitischen Tendenzen nachgehen wollen, so haben wir mit einer Untersuchung des eigenartigen Verhältnisses zu beginnen, in welchem das Einzelindividuum zu den überindividuellen Organismen, also der Familie, dem Volke, der Nation, steht. Im Individuum selbst muß der Quell des Kosmopolitismus liegen. Eine kurze theoretische Auseinandersetzung kann hier nicht umgangen werden.

Schon oben war der Begriff des Organischen umrissen worden — und zwar in einer Weise, daß er das Einzelindividuum sowohl als das Volk in sich begreifen kann. Wenn Individuum und Volk „geprägte Form ist, die lebend sich entwickelt" und es zum Wesen dieser Form gehört, eine Ganzheit zu sein, deren Teile sich zum Ganzen verhalten wie die Mittel zum Zweck, so ist das Organische gleichsam ein Ansatz zu einer Form, die sich entfaltet und sich entfaltend einer immer höheren Form zustrebt. Das ist das Wesen der Entelechie, wie Aristoteles, oder des Naturzwecks, wie Kant sagt. Wenn das so ist, so ist das Individuum gleichsam ein Glied in der Entfaltung des Volkes, ein Ton in der Symphonie, durch welchen die Musik hindurchgeht, und verhält sich zu dem Volk ähnlich wie das Blatt zu dem Baum, die einzelne Blüte zur Blume, oder wie der einzelne Baum zu dem Lebenswillen und der Geschichte des Waldes. Die einzelne Zelle im Menschen wechselt und muß sich immerfort neu bilden, der Mensch selbst, die Einheit seiner Persönlichkeit, bleibt in all dem Wechsel, durch den sie, sich entfaltend, hindurchgeht, bestehen. Wir haben also in der organischen Natur überall die mannigfaltigsten Analogien dieses Verhältnisses. Alle diese Analogien treffen unter einem allgemeinsten Gesichtspunkt zu und doch unterscheidet sich die Beziehung des Individuums zum Volk von ihnen durch eine begrifflich schwer zu fassende Besonderheit. Die Blüte entfaltet sich nur mit der Blume. Die Zelle ist undenkbar ohne den Menschen. Das Individuum aber, wenngleich in dem Volke wurzelnd, ist nicht so enge an das Volk gebunden. Es ist auch ohne das Volk denkbar. Es ist zwar Teil des Volkes, aber nicht nur Teil. Es hat seine eigene Aufgabe, sein eigenes Ziel, und seinen eigenen Wert. Wenn wir die Menschheit als den Begriff eines Ideals fassen, dem zuzustreben Inhalt alles menschlichen Mühens ist oder sein soll, so ist der einzelne ebenso wie das Volk ein Ansatz zu diesem Ziel, und der einzelne nicht nur deshalb, weil er einem Volk angehört, sondern auch für sich — nicht nur weil er Volksgenosse, sondern weil er Mensch ist.[8]) Das Volk ist also nicht der einzige Weg der Entfaltung zu diesem Ziel hin, sondern nur ein Weg unter anderen Wegen. Wenn

wir, um diese Doppeltheit begrifflich zu fassen, zu dem bereits erwähnten aristotelischen Begriff der Entelechie unsere Zuflucht nehmen, so wäre zu sagen, daß beide, der einzelne sowohl als das Volk, Entelechien sind, das ist Zweckmäßigkeiten in sich, Organismen, in denen alle Teile sich zum Ganzen verhalten wie die Mittel zum Zweck, und der Zweck dieses Ganzen ein immer höherer Grad von Ganzheit ist.

Der theoretischen Seite dieses Zusammenhangs nachzugehen, ist nicht unsere Aufgabe. Wir begnügen uns, diese Doppeltheit zu bezeichnen. Wie die beiden Rollen in sich zusammenhängen, wie Individuum und Volk miteinander wachsen, und die Entfaltung des einen zugleich auch Entfaltung des anderen ist, wie die großen Einzelnen immer auch Träger der Volksidee und innerliche Schöpfer ihres Volkes sind, wie aller Errungenschaften der einzelnen fruchtbringender Boden das Volk ist — das alles sind überaus verwickelte theoretische Fragen, welche wir hier unerörtert lassen müssen und dürfen.

In dieser autonomen Rolle des Individuums nun entspringen diejenigen kosmopolitischen Tendenzen, welche nicht lediglich Verkleidungen der nationalen Tendenz, sondern ebenso ursprünglich wie diese selbst sind. In der Doppeltheit der Rollen des Menschen, der zugleich autonomes Individuum und als Volksgenosse Glied einer überindividuellen Individualität ist, entspringt die Zweiheit und der mögliche Gegensatz nationaler und kosmopolitischer Tendenzen.

Diesen selbständigen kosmopolitischen Tendenzen, welche die primären heißen mögen im Gegensatz zu den sekundären, hinter denen sich die nationale Tendenz verbirgt, haben wir nun nachzugehen. Solche primäre kosmopolitische Tendenzen können wir auf allen Gebieten der menschlichen Lebensäußerung antreffen. Wir trennen das ideelle vom praktischen Gebiet und wenden uns zunächst dem ersteren zu.

Für die Individuen aller Völker gibt es auf ideellem Gebiet ein gleiches Ziel. Die Wissenschaft kennt keine nationalen Grenzen. Es gibt nur Eine Wahrheit. Für Chinesen wie für Franzosen und Deutsche gilt der pythagoreische Lehrsatz. Das Mühen um

das Ideal der Wahrheit verbindet und einigt zwar nicht die Nationen, aber die an dieser Bemühung beteiligten Individuen verschiedener Nationen. Der Einzelne lernt vom Einzelnen, nicht nur innerhalb der nationalen Schranken, sondern rings um die Welt, der Franzose vom Deutschen und umgekehrt. Dies Ringen um die Wahrheit also schafft ein gemeinsames Interesse. Da alles in der Welt sich wechselseitig bedingt und miteinander verkettet ist, wird da und dort auch in dieser Gemeinsamkeit des Strebens eine nationale Konkurrenz sichtbar. Aber sie ist nicht das Wesentliche dieses Strebens. Diese Gemeinsamkeit findet in den wissenschaftlichen Gesellschaften und Akademien, in ihrer alle Länder umspannenden Verbindung miteinander, in internationalen Kongressen und dergleichen sichtbaren Ausdruck. All diesen Veranstaltungen und Einrichtungen wohnt sicherlich keine allzu große praktisch-politische Bedeutung inne. Sie mögen da und dort die nationalen Gegensätze in den Beziehungen der Individuen mildern und Einzelfreundschaften schaffen und nähren. Sie können Kriege nicht hindern und die Macht der nationalen Tendenz kaum nennenswert einschränken. Aber diese Veranstaltungen sind ja nur der äußere Ausdruck einer primären kosmopolitischen Tendenz und als solcher nur Symptom. Die Macht der Tendenz selbst ist nicht auf sie beschränkt.

Wollen wir diese Macht in ihrem ganzen Umfange fassen, so dürfen wir uns nicht nur auf die Gemeinsamkeit der wissenschaftlichen Bemühung beschränken. Ihr liegt als Allgemeineres zugrunde die Allgemeinheit der Idee und ihre Macht.

Daß es Ideen von kosmopolitischer Geltung und Macht gibt, Ideale, welche den Individuen verschiedener Völker als erstrebenswert gelten, ihr Handeln bestimmen und sie vereinigen können, wird niemand bestreiten. Die inhaltliche Bedeutung dieser Ideale mag im Wandel der Zeiten schwanken; die verschiedenen Völker mögen ihnen einen verschiedenen Sinn geben, in dessen Nuance sich die nationale Eigenart investiert. Alle diese zeitlichen Schwankungen und national bedingten Nuancen aber scheinen nur besondere Erfüllungen eines Allgemeinsten, und dieses Allgemeinste scheint ein Gemeinsames.

Die großen religiösen Synthesen, das Ideal der Menschheit und der Kultur, die absoluten Werte des Wahren, Guten und Schönen, sind alle in ihren einzelnen Erscheinungen national gefärbt und doch enthalten und bezeichnen sie ein allen Menschen gemeinsames Ziel.

In dieser Rolle, die die Ideale für die Völker und ihre nationale Tendenz, für die Individuen und ihre autonome Strebung spielen, begegnen wir wiederum jener oben charakterisierten Doppeltheit. In dem einen Falle ist die Idee, also das ethische und religiöse Ideal, Ausdruck des Entfaltungswillens des Volkes, das sich an ihm instruiert und seinen Weg bezeichnet; in dem anderen Fall ist dieselbe Idee Exponent des individuellen Strebens, ein Ideal, dem das Individuum nicht nur als Glied des Volkes, sondern auch für sich allein zustreben kann und soll. Diese Doppeltheit nun mag so erklärt werden, daß dasselbe höchste Ziel für die Völker ebenso gilt wie für die Individuen, und beides gleichsam verschiedene Wege zu ihm sind. Der einzelne, dem nur eine kurze Spanne Zeit des Strebens gegönnt ist, sucht sich ihm auf die oder jene Weise seiner Eigenart nach zu nähern, er erreicht es nicht und läßt, wie alles Lebendige, eine ewige Aufgabe unvollendet zurück. Seine Strebung und Annäherung hat einen absoluten Wert und kann auch dann für sich betrachtet und gewertet werden, wenn in anderem Zusammenhang gesagt werden müßte, daß auch das Volk in ihm strebte und erreichte, seine Leistung vielleicht für andere Stufe wurde und einer Nation den Weg wies. So ist es zum Beispiel bei den großen Genien; ebenso sicher als sie und ihre Leistung der Menschheit angehören, kann man sagen, daß sie Träger des besten Strebens ihrer Völker waren, die sich gerade in ihnen ihrer Persönlichkeit und ihres tieferen Wesens am besten bewußt wurden. Auf der anderen Seite streben die Völker, die sich aus sich selbst ewig erneuern und wohl die Möglichkeit des Todes, aber nicht seine Notwendigkeit kennen, durch die Generationen hindurch auf ihre Weise einem höchsten Ziele zu, das auch sie, weil es in der Unendlichkeit liegt, niemals erreichen. Diese Strebung der Völker, welche nur ein anderer Ausdruck ihres tiefsten Lebenswillens ist und der nationalen Ten-

denz zugrunde liegt, hat ihren eigenen Wert und Sinn; und dieser wird nicht dadurch berührt, daß es oft die Individuen sind, in denen jener Lebenswille des Volkes am stärksten und sichtbarsten wirkt und am nächsten an sein doch unerreichbares Ziel zu rühren scheint.

Der Idee nun kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle zu. Man kann sagen, daß sie die Fähigkeit hat, das Ziel vorwegzunehmen. Diese Vorwegnahme wird in der absoluten Geltung deutlich, die sie beansprucht. Alle praktischen Zwecke, die alles Lebendige ständig vor sich herträgt, scheinen relativ, sie erhalten ihren Wert immer durch ein Späteres, noch zu Erreichendes, auf das sie weisen, und drängen gleichsam ewig über sich selbst hinaus; und nur dadurch, in dem ewigen Fortschritt, in dem Drang nach immer Neuem, dem Weiterschreiten scheinen sie Sinn und Wert zu erlangen. Alles Einzelne scheint da nur Ansatz zu einem Ziel, das im Unendlichen liegt, das gleichzeitig gesucht und immer wieder weiter hinausgeschoben wird. Diesem ewig Relativen der menschlichen Zwecke stehen die Ideen und ihre Erfüllungen im Wahren, Schönen und Guten als gleichsam absolute Werte gegenüber. Sie haben eine in sich abgeschlossene Geltung, und ihr innerer Bestand wird nicht berührt durch die Frage nach dem praktischen Nutzen, den sie haben. Wir können diese theoretische Streitfrage hier nicht ausführlich behandeln, müssen sie aber berühren, um ein Verständnis der eigenartigen Rolle zu ermöglichen, welche diese Ideen, als Werte von absolutem Anspruch, auch für das politische Handeln heute ebenso spielen, wie sie sie in der Geschichte aller Zeiten für jeden, der sehen will, gespielt haben. Ohne eine solche theoretische Verankerung wäre auch eine Darstellung der praktischen Komplikationen nicht denkbar, da in allem Einzelnen alle diese Probleme vielfach verkettet wiederkehren und Begreifen doch nichts anderes heißt, als den allgemeinen Zusammenhang verstehen, in welchem alles Einzelne steht.

Das Verhältnis der relativen Zwecke zu den absoluten Werten wird hier auf folgende Weise gedacht: Alles strebend Lebendige ist Ansatz zu einem höchsten Ziel, gleichsam ein Kristallisationspunkt einer immer höheren und tieferen Einheit. Alle relativen Zwecke

setzen einen zu denkenden absoluten Endzweck voraus, aus dem ihr Wert fließt. Dieser absolute Endzweck nun, eben jenes höchste Ziel, muß als Richtungspunkt alles Strebens gedacht werden, auch wenn es unausdenkbar und unbestimmbar ist. Wenn alles Lebendige Kristallisationsansatz dieses höchsten Gutes ist, so ist die in sich abgeschlossene Idee, deren absolute Geltung keiner anderen bedarf, weil sie in ihr selbst liegt, gleichsam ein Abbild im kleinen jenes selben höchsten Ziels, zu dem das als wirklich gedachte Lebendige Ansatz ist. Den Anspruch auf absolute Geltung kann die Idee erheben, weil sie als in sich selbst ruhende Ganzheit der Form nach das Unbedingte jenes höchsten Zieles gleichsam abbildet. Dem Verhältnis der relativen Zwecke zu den absoluten Werten liegt demnach eine eigenartige Beziehung zugrunde, die als die Beziehung von Ansatz und Abbild eines höchsten Zieles bezeichnet werden kann.

Der Satz, daß zweimal zwei vier ist, bleibt, abgesehen von aller Nützlichkeit, wahr, und trägt, als innere Gesetzlichkeit, gegenüber dem in sich gebrochenen und uneinigen Irrtum einen Schimmer eines absoluten Wertes.

Demnach kommt dem Geist ein eigenartiges Vermögen zu, ein absolutes Ziel, das als Höchstes gedacht werden muß, gleichsam im Abbild vorwegzunehmen und auf seine Weise unabhängig von allem Praktischen einen Zugang zu ihm zu finden. Dieses eigenartige Vermögen möchte ich die Antizipation des Geistes nennen.

Wenn wir die kulturellen Bestrebungen der Menschheit von den Anfängen der Kultur bis in unsere Gegenwart überblicken, so sehen wir sie auf dem Gebiete des Geistes einen gemeinsamen Weg gehen, immer wieder von neuem ein Absolutes im Abbild festhaltend und von Abbildern zu Abbildern stetig vorwärts streben. An dieser Entwicklung sind alle Völker beteiligt, die einen mehr, die anderen weniger; diese Strebung geht gleichsam durch die Völker und ihre Schicksale hindurch, und wie die eine Zeit auf das zurückgreift, was eine frühere gedacht und geschaffen, eine Zwischenzeit vielleicht vergessen hat, so übernimmt das eine Volk die Leistungen des anderen; eine große Idee wird da oder dort

erdacht, alle Völker bemächtigen sich ihrer, rings um den Erdkreis schafft sie sich Anhänger und Gläubige.

Der Geist und sein Vermögen, in Kunst, Wissenschaft und Religion etwas zu schaffen, was in sich selbst Bestand hat oder wenigstens Bestand zu haben beansprucht, ist also ein Weg für sich, eine eigene Entfaltungsmöglichkeit. Wenn auch alles, was auf diesem Weg erreicht wird, immer auch eine nationale Seite hat und die Völker zu allen Zeiten sich der Leistungen ihrer Einzelnen bemächtigt haben, so wird doch dieser Weg nicht von den Völkern gesondert, sondern von der Menschheit gemeinsam begangen, und ist einem jeden Individuum offen, dem Gott die Fähigkeit gegeben, ihn zu gehen. Wenn die Individuen ihn in dem einen Sinne auch für ihre Völker gehen, so gehen sie ihn in dem anderen für sich selbst und die Menschheit. Auf ihm eilen die großen Einzelnen ihren Völkern voraus, nehmen das Ziel vorweg, gehören der Menschheit an, und können ihren Völkern überlassen, ihnen nachzuhinken.

6.

Die Möglichkeit dieser Wege nun schafft ein Sonderinteresse der Individuen, und dieses Sonderinteresse vereinigt und bindet die Individuen verschiedener Völker in dem Ringen um ein gemeinsames Ziel. Es kann nicht bestritten werden, daß diese Gemeinsamkeit der ideellen Bestrebungen die nationalen Gegensätze vielfach einschränkt und mildert und als autonome kosmopolitische Tendenz der nationalen da und dort entgegenwirkt. Es ist unmöglich, aus ihr allein das Völkerrecht zu erklären und die völkerrechtlichen Bestrebungen zu verstehen, und doch kommt sie, neben mannigfachen anderen komplizierten Faktoren, in dem Völkerrecht zu Worte. Man braucht nicht anzunehmen, daß das politische Gebaren der Staaten von allgemeinen Kulturidealen beherrscht werde, und muß doch zugeben, daß da und dort die frische Farbe der nationalen Entschließung durch die Blässe des kosmopolitischen Gedankens angekränkelt werde, daß überall das allgemeine Kulturideal in der Form, wie es die Zeit gerade zu begreifen vermag,

ein Imponderabile darstellt, das, wenn nicht den Inhalt, so doch die Form der politischen Handlung beeinflußt und das ein jeder Politiker wenigstens dadurch anerkennt, daß er versucht, es für seine Zwecke zu benutzen. Die Macht dieses Imponderabile mag nicht sehr weit gehen und mehr Einfluß auf die Worte haben als auf den Sinn. Aber auch die Phrase behält ihre Macht; und gerade diese Macht ist in unserer Zeit der Zeitungen und Parlamente vortrefflich organisiert. Es muß festgehalten werden, daß der Kampf der realen Interessen und Lebenstendenzen nicht die ganze Politik ist, sondern über und neben ihm ein Kampf der Scheinbarkeiten, mit denen die realen Interessen wirr verwachsen sind, geführt wird, und es wäre leicht, aus allen modernen Ländern Beispiele dafür anzuführen, daß da und dort ein real berechtigtes Wollen nur an der Macht nicht berücksichtigter Scheinbarkeiten zuschanden wurde. Die Atmosphäre, die die allgemeinen Ideen bilden, ist die Atmosphäre, in der sich die politische Handlung bewegen, mit der sie mehr oder weniger rechnen muß.

Indessen: weder jene allgemeine Atmosphäre noch jenes gemeinsame ideelle Band der Individuen erschöpft die politische Macht der kosmopolitischen Idee. Zum größten Teil beruht diese Macht auf einer eigentümlichen Fähigkeit, welche die Ideen haben — der Fähigkeit nämlich, Gemeinden zu bilden. Eine Gruppe von Menschen schart sich um eine Idee und organisiert sich als Gemeinde. Sie wächst und erweitert sich, ringt nach Macht, pflanzt sich fort, ist ein Organisches wie die Familie und das Volk. Das größte und deutlichste Beispiel dieser Möglichkeit bietet die Geschichte der Religionen und Kirchen. Wir sehen um einen Religionsstifter eine Gemeinde sich scharen, wachsen und sich ausdehnen über alle nationalen und staatlichen Grenzen hinweg, schneller und gewaltiger, als je Völker und Staaten gewachsen sind, und eine tiefere und dauerhaftere Macht über die Menschen und ihre Schicksale erringen, als je ein Staat errungen hat. Wir sehen religiöse Gemeinden zu Staaten werden und überall die ursprüngliche Schöpfung der Idee als realen Organismus sich gebärden, als reale Macht sich bewähren. Ja, diese Organismen können die Ideen überleben, aus denen sie doch ge-

boren sind; die Idee mag längst überlebt und innerlich gebrochen sein; die in früherer Zeit gewordene Organisation der Gemeinde ist mit den Institutionen, die sie geschaffen, mit der Macht, die sie sich angeeignet hat, mit den Menschen, die sie beschäftigt, ein in sich Lebendiges geworden. Die Religion ist das deutlichste, aber nicht das einzige Beispiel dieser Fähigkeit. Wenn sie auch nur in ihr jene gewaltigen Dimensionen annimmt, so liegt doch bei der Bildung jeder wissenschaftlichen Gesellschaft, jeder kulturellen Vereinigung das gleiche Phänomen vor.

Die Eigenart dieser aus der Idee geborenen Organismen zeigt sich nun in der Möglichkeit, die nationalen Grenzen zu durchbrechen und verschiedenen Völkern angehörende Einzelwesen zu einem überindividuellen Organischen zu vereinigen, das gleichsam als Querschicht die Längslagerung der nationalen Organismen durchbricht. So kann der Einzelne doppelt gebunden werden, als Glied des Volkes dem nationalen Staat, als Anhänger einer Kirche einer seinem Staate und seiner inneren Einheit fremden, internationalen Organisation angehören. Zwei Wesen scheinen in ihm vereinigt, und es bedarf nur einer besonderen Konstellation, daß diese beiden Wesen miteinander in Konflikt geraten und der Kampf zwischen der nationalen und der kosmopolitischen Tendenz in der Seele des Einzelnen akut wird. Der ewige Kampf zwischen Kirche und Staat, den alle Zeiten haben kämpfen, aber keine hat lösen können, ist der politische Ausdruck einer Konkurrenz, in welcher verschiedene Organismen um die Individuen als ihre Glieder ringen, und entspringt letzten Endes in jener Doppeltheit der Entfaltungsmöglichkeit, welche dem Individuum einmal als Glied des Volkes, dann als autonomem Wesen gegeben ist.

Die Erwähnung dieser Möglichkeit läßt uns einen Blick in die ungeheure Vielgestaltigkeit des politischen Geschehens tun. Volk steht gegen Volk; aber die Völker sind nicht die einzigen Träger der politischen Handlung. Ihnen stehen nicht nur die vereinzelten Individuen mit ihren Sonderzwecken gegenüber, sondern auch andere Organismen, welche quer durch die Völker hindurch die Individuen loser oder enger an sich gefesselt haben. Die Völker, welche die ihnen angehörenden Individuen als Glieder

betrachten und gebrauchen wollen, sehen diese sich streitig gemacht durch andere Organismen, die ebenfalls auf diese Individuen als ihre Glieder Anspruch machen, und sehen sich so auf Schritt und Tritt behindert und genötigt, den kosmopolitischen Zusammenhängen, auf die ihre Individuen eingestellt sind, Rechnung zu tragen. Von dem Augenblicke an, in dem eine solche internationale Organisation eine Macht über die Seelen der Individuen errungen hat, die mit der Macht der nationalen Idee in Wettbewerb treten kann, sehen die Staaten und Völker sich gezwungen, diese Organisationen zu bekämpfen oder ihren eigenen Zwecken dienstbar zu machen; und durch nichts wird die reale Macht der Idee eindringlicher bewiesen als durch die Tatsache, daß in diesem mit durchaus ungleichen Mitteln gekämpften Kampf die Machtmittel des Staats nicht immer zum Siege ausgereicht haben. Die Macht, welche die eine oder die andere Art des überindividuellen Organismus über die Menschen hat, wechselt nach den Zeiten; und nichts bezeichnet den politischen Gesamtcharakter eines Zeitalters deutlicher, als das in ihm vorherrschende Übergewicht der einen oder anderen Bindung.

Wenn also die Idee die Fähigkeit hat, Organismen hervorzurufen, welche gleichsam als horizontale Gliederung die vertikale der Völker und Staaten unterbrechen und durchsetzen, so ist die Idee doch nicht der einzige Ursprung solcher Bindungen. Wir sahen, daß diese Fähigkeit der Idee zurückgeführt werden muß auf die autonome Rolle des Individuums, dem es gegeben ist, auf eigenen Wegen einem Ziele zuzustreben, und aus dieser autonomen Rolle, aus der die Idee diese Fähigkeit schöpft, entspringt auch die Möglichkeit einer anderen Art von Quergliederung, deren praktisch-politische Bedeutung in unserer Zeit sichtbarer, wohl auch bedeutungsvoller ist.

Nicht nur auf ideellem, auch auf praktischem Gebiet besteht für die Individuen die Möglichkeit einer autonomen Entfaltung. Jeder Angehörige einer Familie ist Träger der Familieninteressen. Aber es ist leicht einzusehen, daß er überall neben diesen Familieninteressen eigene Interessen hat, welche die Familie nicht berühren, da und dort auch ihr entgegenstehen können. Sein Interesse geht

nirgends völlig im Familieninteresse auf. Er ist nicht nur Familienmitglied, sondern Individuum. Er ist vielleicht ein Künstler und fühlt, daß sein eigen Gesetz ist, zu malen und zu bilden; das Familieninteresse aber verlangt, daß er eine alte Firma übernehme und weiterführe. Wir bedürfen nicht einmal der Gegensätzlichkeit beider Interessengruppen; es genügt, wenn eingesehen wird, daß sie nebeneinander hergehen können und sich nicht decken müssen.

Nicht anders als zwischen Familie und Familienmitglied steht es zwischen Volk und Volksgenossen. Vielleicht ist das Volksinteresse das tiefste, dauerndste, allgemeinste auch des Individuums, seine breiteste, sicherste und geradeste Straße. Gewiß dient das Individuum, wenn es selbst fortschreitet, damit auch dem Volke; und von einer weiten Perspektive aus gesehen, mögen beide Wege aufs engste und harmonisch verbunden sein. In der einzelnen Komplikation aber decken sie sich beinahe nirgends völlig. Wenn der Kaufmann Handel treibt und reich wird, so arbeitet und bereichert er sich gewiß für seine Nation. Mit ihm und durch ihn wird die Nation reich und mächtig. Wenn auch beide Organismen wie das Blatt und der Baum nur miteinander wachsen zu können scheinen, der Endpunkt ihrer Strebungen also zusammenfällt, so sind doch in jedem zeitlichen Querschnitt die Wege getrennt. Der Kaufmann hat starke Interessen in allen Weltteilen, er ist vielleicht Mitglied internationaler Erwerbsgesellschaften, als solches hat er Wünsche, die mit denen der nationalen Gesamtheit nicht im Einklang stehen müssen. Er wird vielleicht am Frieden stark interessiert sein, auch in einer Zeit, in der das Interesse der Nation irgendeinen Krieg erfordert. Seine eigenen Interessen, seine autonome Wachstumsmöglichkeit wird zum Ursprung kosmopolitischer Tendenzen.

Wenn der Mensch geboren wird, wird er es als Glied einer Familie und eines Volkes. Wie das Blatt am Ast und Baum, so entsteht er in Familie und Volk. Diese mitgeborenen überindividuellen Organismen aber sind nicht die einzigen, die es gibt. Wenn der einzelne eine Familie gründet, so entsteht ein neuer Organismus. Und überall, wo ein irgendwie gemeinsames

Interesse, sei es ideeller, geschäftlicher oder unterhaltlicher Art, verschiedene Individuen zusammenführt, kann das gleiche der Fall sein. An dieser Stelle läßt uns das Gleichnis vom Blatt und Baum hinkend im Stich. Den Blättern wohnt eine Fähigkeit inne, sich mit anderen Blättern, ja sogar anderen Blättern eines anderen Baumes zu etwas zu verbinden, welches zwar kein Baum, aber doch auch eine Art Pflanze, ein Wesen mit einem eigenen Leben und einer eigenen Tendenz ist. Es ist nicht zu bestreiten und aus den täglichen Erfahrungen leicht zu bestätigen, daß auch alle solchen aus irgendwelchen gemeinsamen Interessen gegründeten Zweckvereine die Tendenz haben, sich zu selbständigen Organismen auszuwachsen und einen Lebenswillen zu betätigen, der sich nicht mehr als die Summen der gemeinsamen Interessen seiner Mitglieder auffassen läßt. Es gibt hier offenbar tausend Varianten und Abstufungen, vom Kegelklub, dem Alpenverein über die Aktiengesellschaft zur religiösen Gemeinde. Es wird in allen diesen Fällen eine Zugehörigkeit zu einem überindividuellen Organismus geschaffen, die in dem einen Fall loser, in dem anderen Fall fester ist, da ohne Zaudern, dort nur unter Konflikten gelöst werden kann.

Soweit nun in Organismen dieser Art gemeinsame, die Völker der Quere nach durchziehende Interessen, die also der autonomen Rolle der Individuen und nicht ihrer nationalen Zugehörigkeit entsprungen, verankert sind, werden diese Organismen zu Trägern und Verfechtern kosmopolitischer Tendenzen. Die aus dem Interesse des Einzelnen stammende kosmopolitische Tendenz wird in ihnen befestigt und wächst durch Summierung zu einer realen politischen Macht. Wie die aus der Idee entsprungenen Organisationen oft die Meinungen überleben, die ihnen zum Dasein verhalfen, so können auch solche aus praktischen Interessen geschaffene Organisationen die Interessen, von denen ihre Gründer sich leiten ließen, überleben, sie sind einmal da, müssen sich betätigen und schaffen sich immer neu ein Interesse, das sie trägt.

Soweit diese Organisationen sich innerhalb der Grenzen eines Staates oder einer Nation halten, gehören sie, wenn ihre Tätigkeit sich auf politisch wichtige Dinge beschränkt, in das Gebiet der

inneren Politik. Greifen sie über die Staatsgrenzen hinaus in andere Völker über, so werden sie, wenn sie einige Bedeutung erlangt haben, als Träger kosmopolitischer Tendenzen zu einem Faktor der auswärtigen Politik.

Das moderne Wirtschaftsleben, das die Erde umspannt und aus ihr ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet geschaffen hat, hat eine ungeheure Mannigfaltigkeit solcher internationaler Interessenverbindungen hervorgerufen; es hat überall quer durch die Völker hindurch Gruppen und Bindungen entstehen lassen, den einen da, den anderen dort mit fremden Interessen verbunden; es hat gleichsam die früher zumeist nationale Schichtung der Einzelinteressen wirr durcheinandergewürfelt; und wenn wir irgendein im modernen Wirtschaftsleben stehendes Individuum herausgreifen und die Verkettung seiner Interessen aufzeigen wollen, so entdecken wir eine kaum zu übersehende Komplikation: der Mann mag als Waffenlieferant an einem Balkankrieg, als Aktionär deutsch-englischer Aktiengesellschaften an Frieden und Freundschaft zwischen beiden Ländern, als Besitzer von Börsenpapieren am ewigen Frieden und so weiter interessiert, kurz, in der mannigfaltigsten Weise kreuz und quer mit seinen Interessen gebunden sein. Diese internationale Vermengung aller Einzelinteressen, die zu keiner Zeit so stark war als heute, und wie jeder sehen muß, noch immerzu wächst, scheint das Signum der Zeit. Sie ist für deren politischen Charakter von größter Bedeutung.

Nicht alle diese Interessenverbindungen wirken kosmopolitisch, es gibt solche, deren Wirksamkeit sich eher im Sinne der Feindschaft unter den Völkern als in dem des ewigen Friedens bewegt, andere, die neutral sind und überhaupt nicht ins Gewicht fallen. Aber sie können zu Trägern kosmopolitischer Tendenzen werden, und dann sind sie es, welche diesen Tendenzen erst die Möglichkeit geben, zu wirken und Macht zu gewinnen.

Wenn wir die Vereinigungen des Glaubens und die Kulturideale ausnehmen, müssen wir zwei solche internationale Organisationen als für die Politik von besonderer Bedeutung herausgreifen: das internationale Kapital und die internationale Arbeiterbewegung. Sie beide sind, neben den Ideen und ihren inter-

nationalen Gemeinden, die hauptsächlichsten kosmopolitischen Subjekte. Zu ihnen tritt, als minder wichtig, aber doch immerhin bedeutungsvoll, der internationale Zusammenhalt des über die Erde verstreuten Judentums, einer ursprünglich nationalen Gemeinschaft, welche die Evolutionen der Jahrhunderte durch eine Reihe der seltsamsten Fügungen quer gelagert haben und welche nun, wobei ideelle und praktische Motive schwer zu scheiden sind, im Sinne kosmopolitischer Tendenzen wirkt.

7.

Wir haben, soweit es möglich war, die Quellen der nationalen wie der kosmopolitischen Tendenz zu isolieren und durch diese Isolierung zu begreifen gesucht. Was wir geben konnten, war nur ein flüchtiger Umriß einer kaum faßbaren Mannigfaltigkeit. Um unsere Zeit und ihren politischen Charakter zu verstehen, wird es nötig sein, nunmehr die Frage zu stellen und zu beantworten, welche Entwicklung in unserer Zeit die einen und die anderen Tendenzen genommen haben. Ehe wir aber uns dieser Einzelbetrachtung zuwenden, wollen wir die vordem isolierten Tendenzen, die in der Wirklichkeit immer zusammen und sich mannigfach bedingend auftreten, wieder vereinigen und die Möglichkeit ihres Zusammenspiels und die Mannigfaltigkeit ihrer möglichen Verkettung einer kurzen Betrachtung unterziehen.

Beide Tendenzen mögen begrifflich isoliert werden können und müssen: sie sind in dem Individuum zu einer Einheit gebunden. Nicht den Volksgenossen oder das Sonderwesen, sondern den Menschen sehen wir handeln. Die beiden Komponenten sind nur in der einen Resultante gegeben. Was der Einzelne tut, mag Kompromiß zwischen dem Volksgenossen und dem Sonderwesen sein und muß als Kompromiß verstanden werden. Aber nur das Kompromiß ist uns in der Erfahrung gegeben. Bei dem Kampf zwischen den nationalen und den kosmopolitischen Tendenzen handelt es sich um ein Ringen um das Individuum. Was stärker an den Individuen zerrt, ist die Frage. Wenn wir unter diesem Gesichtspunkt das Individuum in den verschiedenen Zeitaltern be-

trachten, so liefert uns dieser Gesichtspunkt einen Maßstab, an dem wir die Zeitalter messen und charakterisieren können. Ebenso wie es Zeiten gibt, in denen das Individuum von einem solchen Kampf kaum berührt wird, für sich allein oder nur in ganz einfachen Familienzusammenhängen zu stehen scheint, also nur nach der einen Seite und da nur lose gebunden ist, gibt es andere, wo diese Bindung des Blutes zurücktritt hinter kosmopolitischen Bindungen der Idee, wo also die Querbindung die wesentliche zu sein und das Nationale zu schlummern scheint, und wieder andere, wo das Individuum kaum für sich allein betrachtet werden kann und ganz in den Bindungen der einen oder der anderen Art unterzugehen scheint, wo es, wenn es nicht ganz von der einen Richtung beherrscht wird, nur Schauplatz eines Kampfes der beiden Richtungen ist. Es ist nicht unsere Aufgabe, diesen Gedanken an dieser Stelle weiter zu verfolgen und im einzelnen auszuführen, wie die Zeitalter sich unter diesem Gesichtspunkt charakterisieren lassen. Es wird zugegeben werden müssen, daß die Unterscheidung ein Tiefstes in der Eigenart der Zeitalter trifft. Es läßt sich zuerst unterscheiden, bis zu welchem Grade das Individuum überhaupt unter allgemeinen Zusammenhängen, sei es der einen oder der anderen Art, steht, dann welche Zusammenhänge überwiegen und wie die Bilanz des Kampfes sich stellt. Der Raum, den die nationalen und kosmopolitischen Bindungen dem Sondertum des Individuums lassen, wechselt ebenso, als das Verhältnis der einen Bindungen zu den anderen.

In dem empirischen Menschen sind Sonderwesen, Volksgenosse und Mitglied kosmopolitischer Interessenverbände in einem vereinigt. Der Mensch handelt als Einheit. Trotzdem können und müssen wir abstrahierend unterscheiden, welcher Rolle diese oder jene Handlung zugehört. Nicht in allem, was die Regierungen tun, handelt die nationale Tendenz, das heißt der Lebenswille der Volkseinheit, dessen Organe doch die Regierungen sind; und nicht aus allem, was der Einzelne tut, spricht sein Sonderinteresse.

Das Sonderinteresse der Individuen greift durch die Individuen über auf das Handeln der Staaten, sucht sich ihrer zu

bemächtigen, und in allen Staaten, denen allen als Menschenwerken Unvollkommenheit innewohnt, gelingt ihnen dies zu einem größeren oder geringeren Teil. Der nationale Lebenswille kommt also in dem Handeln der wirklichen Staaten nie rein zum Ausdruck; er ist mehr oder weniger gebrochen durch die verschiedenartigsten Einzelinteressen, die auf die Leitung der Staaten Einfluß gewonnen haben. Dieser Umstand ist für Methode und Charakter der auswärtigen Politik von der größten Bedeutung. Er bezeichnet die Rolle, welche die innere Politik für die auswärtige spielt. Das Ideal der inneren Politik ist die Herausarbeitung einer reinen, ungebrochenen Herrschaft des Gesamtinteresses. Dieses Ideal ist nirgends völlig erreicht. Wie es Aufgabe der inneren Politik eines Staates ist, es zu erreichen, so ist es eine der wichtigsten Aufgaben der auswärtigen Politik im Frieden, welche Diplomatie heißt, die mangelhafte Erreichung des Ideals in anderen Staaten für die Zwecke des eigenen auszunutzen und auf jene Verwachsenheit der Staatsleitungen mit Sonderinteressen eine friedliche Macht über das Gebaren des fremden Staates zu begründen, die der Schädlichkeit seiner innerlich feindseligen Tendenzen Grenzen zieht. Deshalb ist die Methode, deren sich die Diplomatie zu bedienen hat, von dem Charakter der innerpolitischen Kämpfe abhängig, war zu den Zeiten der Autokratie die Hofintrige und hat sich heute bei ungleich verwickelteren Machtverhältnissen und steigender Bedeutung der Parlamente, Geschäftscliquen und der öffentlichen Meinung den Praktiken des Finanziers und Journalisten genähert.

In der Tat ist ja das Interesse des Einzelnen ein Teil des Gesamtinteresses. Zwar läßt sich das Gesamtinteresse niemals aus der Summe der Einzelinteressen errechnen, ist überhaupt, da es nicht nur die Gesamtheit der Interessen der gegenwärtigen, sondern auch die aller zukünftigen Individuen umfaßt, etwas ganz anderes als diese Summe und geht viel weiter. Es begreift die Einzelinteressen in sich. Daß der einzelne reich wird, liegt auch im Interesse der Gesamtheit. Da das Einzelinteresse dem Gesamtinteresse zugute kommt, ist der Schutz, die Vertretung, die Förderung der Einzelinteressen Aufgabe der Politik. Nicht ihre einzige

noch ihre ganze Aufgabe, aber ein Teil, und zwar einer, der in unserem Zeitalter einen sehr großen Teil der Politik ausmacht. Die friedliche Expansion der modernen Staaten ist in die Hände des Kaufmanns gelegt, der im Ausland um Reichtum, Ansehen und Macht ringt: er will selbst reich und mächtig werden und doch steht hinter ihm der Drang seines Volkes. Die Politik bedient sich des Kaufmanns. Sie hat ihm zu folgen, vielfach zeigt ihr der Kaufmann die Wege.

Diese Seite der Politik ist in unserer Zeit so wichtig geworden, daß sie vielen die Hauptsache, ja der ganze Inhalt der Politik zu sein scheint. Indessen hat die Politik doch noch ein anderes eigenes, diesem übergeordnetes Gesetz; und wenn sie sich an der einen Stelle des Kaufmanns nicht nur annehmen, sondern zu ihren Zwecken bedienen kann, so kann sie an der anderen gezwungen sein, ihn im Stich zu lassen und zu verleugnen. Sie kann sich seiner nur annehmen, wenn dadurch kein Gesamtinteresse geschädigt wird; und daß das leicht der Fall ist, läßt sich aus der politischen Tagesgeschichte an vielen Beispielen zeigen. Als die in Marokko interessierten deutschen Kaufleute die deutsche Politik zwingen wollten, ihre wirtschaftliche Expansion durch eine politische zu stützen, wurde die deutsche Politik vor die Frage gestellt, ob die Bedeutung dieser wirtschaftlichen Interessen für das Interesse der Gesamtheit schwer genug ins Gewicht falle, um die Belastung der allgemeinen politischen Situation Deutschlands mit einer exponierten und schwer zu verteidigenden Kolonie, eventuell mit einem Kriege gegen die Entente cordiale zu rechtfertigen — und als die deutsche Politik, wohl mit Rücksicht auf die strategische Lage der neuen Position und vielleicht auch in der Erwägung, daß das Land mit der Erklärung des französischen Protektorats nicht ins Meer versinkt und um den Preis eines Krieges auch später noch zu haben wäre, diese Frage verneinte und die wirtschaftlichen Interessen der Deutschen nur im Rahmen dieser allgemeinpolitischen Gesichtspunkte zu fördern unternahm, sah ein großer Teil der deutschen öffentlichen Meinung in einer solchen Haltung eine schlechte Erfüllung politischer Aufgaben.

Es ist bekannt, daß die agrarischen Interessenten Österreich-Ungarns sich seit jeher gegen jede Einverleibung Serbiens in die Donaumonarchie, wie gegen jede Zollunion ausgesprochen haben. Wenn wir annehmen, daß diese Gegnerschaft auf die Entschließungen der österreichisch-ungarischen Politik in den letzten Jahren einigen Einfluß gehabt hat, so wird man sich auch denken können, daß eine spätere Zeit, wenn ein nicht mehr zu verdauendes Großserbien zu einer Gefahr für Österreich-Ungarn werden sollte, in einer solchen Rücksicht auf die Privatinteressen der Agrarier einen politischen Fehler würde sehen können.

Diese Beispiele sollen uns zeigen, wie aus dem Widerstreit von allgemeinpolitischen und Privatinteressen politische Konflikte sich ergeben können, trotzdem die Vertretung des Privatinteresses Aufgabe der Politik ist.

Wenn auf der einen Seite die Sonderinteressen der Einzelnen den politischen Willen der Staaten von seinem eigentlichen Ziel ablenken und so verfälschen können, so können auf der anderen Seite auch die nationalen Tendenzen, die in den Individuen leben, übergreifen auf Organisationen, die ihrer Tendenz nach kosmopolitisch sind. Die gleichen Individuen, welche diese kosmopolitischen Organisationen bilden, sind gleichzeitig national gebunden. Ist diese nationale Tendenz in ihnen stark genug, so versucht eine jede der in einer solchen kosmopolitischen Organisation vertretenen Nationen die Leitung an sich zu reißen und die an und für sich kosmopolitische Organisation zu nationalen Zwecken zu verwerten. Dieser Kampf wird in unserer Zeit starker nationaler Tendenz in beinahe allen kosmopolitischen Organisationen gekämpft. Die Alliance Israélite Universelle, gewiß eine ihrer ursprünglichen Tendenz nach kosmopolitische Organisation, wird von den französischen Juden geleitet und verwendet auch die von den deutschen, italienischen, holländischen Juden beigesteuerten Gelder vielfach im Interesse des französischen Einflusses im Orient. Auch die römische Kirche ist von solchen Kämpfen nicht frei — und andere Kirchen ursprünglich kosmopolitischer Tendenz sind heute Träger rein nationaler Bewegungen.

Es kam hier nur darauf an, die vielfache Verkettung der nationalen und der kosmopolitischen Tendenzen zu illustrieren. Wir haben die einen mit den anderen verwachsen, sich kreuz und quer durchbrechend zu denken. Wir stehen vor einem unübersehbaren Wirrwarr möglicher Komplikationen, die keine Darstellung theoretisch erschöpfen kann.

Und doch haben wir, wenn wir uns nunmehr der Betrachtung der Gegenwart und der Fülle des Wirklichen zuwenden, die einen Tendenzen von den anderen abstrahierend zu trennen und können in ihr nur an der Hand einer solchen Trennung uns mit einiger Sicherheit tastend zurechtfinden. Wir haben die einen wie die anderen getrennt darzustellen und dabei den Kampfplatz zu betrachten, auf welchem die heutige Form ihres Widerstreites am sichtbarsten wird, den Typus des modernen Menschen, als des Atoms der Politik.

Zweites Kapitel

Die Entwicklung der nationalen Tendenzen in der Gegenwart

1.

Mehr als alle bisherigen Perioden der Geschichte scheint unser Zeitalter von nationalen Trieben, Ideen, Gegensätzen beherrscht. Es scheint sich um eine spezifisch moderne Bewegung zu handeln, welche, erst zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts anhebend, von da an unaufhaltsam an Macht und Stärke gewinnend und sich über die ganze Erde verbreitend, heute zum elementarsten Faktor des politischen Lebens geworden ist. In der Tat: was wir heute Nationalismus nennen, hat in dieser Form vor unserem Zeitalter die uns bekannte Geschichte des Menschengeschlechtes kaum gekannt. Ähnliches gab es zu allen Zeiten; auch früher haben die Menschen an ihrer Heimat und ihrem Volke gehangen, für ihr Vaterland und ihren Staat ihr Leben geopfert. Auch früher gab es Rassenfeindschaft und Rassenkriege, auch früher stand das Individuum in überindividuellen Zusammenhängen des Blutes und der Kultur.

Aber in früheren Zeiten waren diese Zusammenhänge nie so rein und stark ausgeprägt, sie verblieben vielfach in der Sphäre des Unbewußten und fanden nicht den stärkeren Ausdruck der Bewußtheit — und das im großen ganzen deshalb, weil Volk und Staat sich noch nicht gefunden hatten.

Dieses Sichfinden von Volk und Staat, die Entstehung der Nation und des Nationalstaates ist das tiefste Ereignis der modernen Geschichte. Auch im Mittelalter gab es Völker und Staaten. Aber zumeist führten die Staaten ebenso ein Leben

für sich wie die Völker. Das Individuum war nicht als Volksgenosse Glied des Staates, und nicht als Glied des Staates Volksgenosse. Die Zugehörigkeit zu einem Staate hatte wenig zu tun mit der Zugehörigkeit zu einem Volke. Das Individuum war zwischen beiden geteilt, und beide standen miteinander im Gegensatz. Dies war der Grund dafür, daß eine starke eindeutige nationale Tendenz sich nicht entwickeln konnte. Das wurde erst möglich, als die Seele des Volkes und der Körper des Staates sich gefunden hatten und das entstand, was wir heute Nationalstaat heißen. Man kann sagen — wenn man die nachantike Entwicklung überblickt —, Volk und Staat hatten sich durch die Jahrhunderte hindurch gesucht und erst in dem vorigen Jahrhundert eingesehen, daß sie zusammengehören und wie Körper und Seele aufeinander angewiesen sind. In der Tat sind sie es. Aber da sie verschiedene Lebensbedingungen, eine verschiedene Entstehung und verschiedene Entwicklung haben, geht es ihnen etwa wie Mann und Frau, die auch aufeinander angewiesen sind und sich doch nie ganz verstehen können. Deswegen hat es auch so lange gedauert, bis diese Ehe zustande kam, und deshalb ist sie auch heute nirgends ganz ungetrübt.

Die Entstehung des Nationalstaates bedeutet für das Verhältnis der Individuen zu den überindividuellen Bindungen, in denen es steht, eine ungeheure Umwälzung. Zwei solcher Bindungen, die sich früher durchkreuzten, sind eine geworden und durch diese Einheit zu ungeheurer Macht gelangt. Der Volksgenosse wurde zum Staatsbürger, der Staat zur äußeren Organisation der inneren Gemeinschaft, welche Volk heißt. Die Kraft, welche das Individuum an den Blut- und Kulturzusammenhang des Volkes band, und die Macht, welche die äußere Organisation des Staates besaß und beanspruchte, vereinigten sich. Die Volksidee konnte nun ganz andere Ansprüche an das Individuum stellen, denn sie hatte die Macht des Staates hinter sich; der Staat konnte seine Ansprüche verdoppeln, weil er sich auf die Idee des Volkes berufen konnte.

So entstand das, was wir heute die nationale Tendenz nennen. Sie ist seit ihrer Entstehung ständig an Kraft und In-

tensität gewachsen und wächst noch immerfort weiter. Sie hat rings um die Erde alle Völker ergriffen, hat vor Staaten wie der Türkei und China, für welche ganz andere geschichtliche Vorbedingungen gelten, nicht haltgemacht, und beherrscht überall das politische Geschehen. Auf das Individuum übertragen, kann man diese Entwicklung so ausdrücken, daß das Individuum immer mehr im Volksgenossen untergeht. Der Einzelne ist immer weniger ein wirklicher Einzelner und immer mehr Glied und Vertreter der Nation.

Diese Entwicklung ist so augenscheinlich, sie wird durch eine so eindringliche Erfahrung bestätigt, daß es sich erübrigt, sie an der Geschichte der einzelnen Völker im einzelnen nachzuweisen. Wenn wir trotzdem aus der Geschichte der einzelnen Völker Beispiele nehmen, so tun wir es nicht, um zu beweisen, sondern um zu erläutern und bei dieser Gelegenheit im Umriß darzutun, auf wie verschiedene Weise sich für die großen Völker, welche die Subjekte der Weltpolitik sind, das Problem des nationalen Wachstums stellt.

Der Krieg der Balkanvölker gegen die Türkei zeigt uns das Problem von zwei Seiten gleich deutlich. Der Lebenswille, die Lebensfähigkeit der Nationalstaaten auf der einen, die Lebensunfähigkeit, den notwendigen Verfall der nicht auf nationaler Grundlage aufgebauten europäischen Türkei auf der anderen Seite. Man sagt, König Ferdinand als vorsichtig wägender Politiker, habe den ersten Krieg nicht führen wollen, er sei von der Stimmung des Volkes und der Armee gedrängt worden. Er selbst habe in der zweifellos berechtigten Erwägung, daß seinem Bulgarien alles, was es durch Krieg gewinnen könnte, die Zukunft friedlich in den Schoß werfen würde, die Verluste an Gut und Blut und das Risiko des Krieges vermeiden wollen. Vielleicht wird eine spätere Geschichtschreibung einsehen, daß der König, wenn er so dachte, recht hatte. Der König mußte den Krieg führen, das Volk wollte die mazedonischen Brüder jenseits des Rilo- und Rodopegebirges befreit wissen; und die elementare Macht dieses Willens führte zum Siege. Wer die Schilderungen dieser Schlachten liest und über die enormen Verlustziffern nachsinnt — die Bulgaren verloren

an die 30 Prozent ihrer Armee — steht staunend vor der elementaren Gewalt der nationalen Idee. Das skeptische Europa, gewöhnt, auf diese Völker mit einem Gemisch von Mitleid und Verachtung herabzusehen, beugte sich dem Eindrucke. Kein Mensch kam auf die Idee, daß den Siegern ein Stück der Früchte ihres Sieges könnte vorenthalten werden. Man sah in den Forderungen der nationalen Idee eine Art von göttlichem Willen, erkannte das Recht der Bulgaren, Serben, Griechen auf die von ihren Volksgenossen bewohnten Gebiete an; und wo man widersprach, tat man es, um einem anderen Volke, den Albanesen, zu ihrem Rechte auf staatliche Existenz zu verhelfen. Das Argument, mit welchem die Großmächte unter sich und mit den Balkanstaaten um die Grenzen dieses Albaniens feilschten, war ebenfalls dem nationalen Ideenkreis entnommen; es hat sich immer um die Frage gehandelt, ob dies oder jenes Grenzgebiet von einer Mehrheit von Serben und Griechen oder von Albanesen bewohnt sei. Europa hat sich so sehr vor der Macht und dem inneren Recht der nationalen Tendenz gebeugt, daß es gegen die Methoden, mit denen während dieses Krieges in strittigen Gebieten nationale Mehrheiten durch Morden und Brennen hergestellt wurden, nur wenig zu entgegnen fand. Auf den ersten Balkankrieg folgte der zweite, der Krieg um die Beute. Er hat die allgemeinen Lehren des ersten nur bestätigt und unterstrichen. Das Schauspiel dieser beiden Kriege mit ihren grauenhaften Einzelheiten nationalen Hasses und elementarer Feindschaft zeigt, wie wenig vor den dunklen Mächten der Menschennatur, aus denen das Nationale quillt, die blassen Ideen eines kosmopolitischen Rationalismus besagen wollen.

Auf der anderen Seite stand die Türkei: nicht an militärischen Zufällen, sondern an moralischen Mängeln ging sie zugrunde. Vereinzeltes Heldentum ist vergeblich. Es fehlte die Idee, welche aus allen Helden macht. Es fehlte die einigende Kraft. Ein in sich zerfallendes Offizierskorps, eine aus verschiedenen Nationalitäten zusammengesetzte Armee. Das religiöse Band reichte nicht mehr aus; die junge Türkei hatte es geschwächt, indem sie begonnen hatte, Christen einzustellen. Die Türken haben sich früher

besser geschlagen, wohl weil die sie einende Idee noch mächtiger war und der ihnen entgegenstehende Nationalismus noch nicht zu gleicher Wucht herangewachsen war. Die Nationalstaaten siegten über das Völkergemisch.

Auch an der inneren Zersetzung der Türkei ist das Wachstum der nationalen Bewegung nicht unbeteiligt. Der türkische Staat war ein Gewaltstaat, in dem ein nur religiös geeinter Wirrwar von Rassen und Völkerschaften durch ein hochentwickeltes despotisches Raffinement von einer nicht sehr dichten Schicht militärischer Eroberer, den Türken, beherrscht wurde. Eine durch den Einfluß westeuropäischer Ideen ermöglichte Revolution hat diesen seiner Natur nach schwer zu modernisierenden Staat zu modernisieren unternommen, aber dabei, wie die Entwicklung bewies, in den eigentlichen Elementen seines Zusammenhaltes erschüttert. Zuerst versuchten die Jungtürken unter dem Feldgeschrei Reform und der Fahne zivilisatorischer Verbrüderung die verschiedenen Völkerschaften zu einigen. Als dies mißlang, versuchten sie ein nationales Osmanentum zu konzentrieren, ein Versuch, der an der albanesischen Frage zuschanden wurde. Als die Entente libérale die Jungtürken in der Macht ablöste, versuchte man eine Dezentralisierung, zu der es zu spät war. Der Stein war ins Rollen gekommen, die nationale Tendenz einmal entstanden, die religiöse Bindung gelockert. Auch unter den Faktoren dieser Entwicklung finden wir die nationale Tendenz. Auch in der asiatischen Türkei sehen wir seit dem Sturz des alten Regimes da und dort unter dem Einfluß europäischer Anschauung eine nationale Bewegung von den Gebildeten ausgehen und langsam Fuß fassen, und hören von Jahr zu Jahr mehr von einer syrischen oder einer arabischen Unabhängigkeitsbewegung. Der morsche Staat scheint ins Wanken gekommen. Da und dort nagt an seinen Resten eine seinem Wesen und seinen Lebensbedingungen fremde, nationale, Bewegung. Vielleicht wird eine spätere Entwicklung dazu führen, daß, wie jetzt in Europa, so später in Asien, alle von Osmanen nur unterworfenen, aber nicht durchweg bewohnten Gebiete abgestoßen werden, Syrien, Armenien und Mesopotamien verloren gehen und nur Kleinasien als Kern

eines dann auf nationaler Grundlage aufgebauten, freilich kaum lebensfähigen osmanischen Staates zurückbleibt. Daß auch ein osmanischer Nationalismus schon heute im Entstehen begriffen ist, das beweisen die Boykotte, welche seit 1908 gegen Österreich-Ungarn, Griechenland und Italien versucht wurden und ohne einen nationalen Widerhall politischer Gründe auch nicht teilweise hätten gelingen können.

2.

Von den großen modernen Kulturstaaten gibt es heute nur einen, der nicht auf die Einheit eines Volkes gestellt ist und nicht Nationalstaat ist, Österreich-Ungarn. Wenn man die moderne Zeit mit der Entdeckung der Nation und ihrer Verbindung mit dem Staatsbegriff entstehen läßt, so stünde der österreichisch-ungarische Staat in ihr als Überbleibsel des Mittelalters allein. In der Tat ist sein konstruktiver Typus für die Staaten des Mittelalters insoferne charakteristisch, als in ihnen ebenso wie in Österreich-Ungarn das Einigende die Dynastie und nicht das Nationale war. Heute ist er einzige Ausnahme und zeigt als solcher, wie neu und mächtig die Bewegung ist, welche die Nationalstaaten schuf. Die österreichisch-ungarische Monarchie umfaßt eine bunte Menge von Völkerschaften. Deutsche, Ungarn, Tschechen, Polen, Slowenen, Kroaten, Italiener, Ruthenen, Rumänen. Diese Völker sind geeint unter dem Zepter des Hauses Habsburg. Was sie zusammenhält, ist die staatliche Organisation und eine in Jahrhunderten herangewachsene und mit zweifellosem Geschick herangebildete Anhänglichkeit an eine Dynastie. Vor dem Erwachen der nationalen Bewegung in der Welt war das bunte Gemisch ohne außergewöhnliche Schwierigkeit zu regieren. Mit der Mitte des vorigen Jahrhunderts begannen die Schwierigkeiten. Das Haus Habsburg mußte seinen deutschen Einfluß an Preußen, seine italienischen Besitzungen an Piemont abgeben und so seinen Tribut an die nationalen Bewegungen zahlen, die sich in diesen Gebieten entfalteten und im Rahmen des österreich-ungarischen Staaats keine Erfüllung ihres Lebenswillens finden

konnten. Die Lombardei gravitierte nach Piemont; und gegen die natürliche Kraft dieser Bewegung war jede künstliche Gewalt machtlos. Die italienischen Grenzbezirke, die der österreichisch-ungarischen Dynastie verblieben, gravitieren auch heute noch nach Italien; und wenn dem Triester und Trienter Irredentismus, der zwar der inneren Politik der Monarchie immer steigende Schwierigkeiten macht, nicht die gleiche Bedeutung für die auswärtige Politik zukommt wie der ehemaligen lombardischen Frage, so liegt das nicht an der Schwäche der nationalen Bewegung, sondern auf der einen Seite an einer Reihe politischer Faktoren, welche das Königreich Italien und die Donaumonarchie einander näherten, auf der anderen Seite an dem geringen Raum der strittigen Gebiete, deren Bevölkerung überdies zum Teil mit Elementen anderer Nationalität durchsetzt ist. Von dem deutschen Besitz verblieben dem Hause Habsburg seine alten Stammlande, die durch Jahrhunderte treubewahrter Erinnerung wie kein anderer Teil der Monarchie mit dem stammverwandten Herrscherhause verbunden sind. Hier hat sich keine der österreichisch-ungarischen Politik irgendwie gefährliche zentrifugale Tendenz entwickelt; die Gründe dafür wird man in der partikularistischen Eigenart der Deutschen und in dem Umstande zu suchen haben, daß die große Mehrheit der österreichischen Deutschen katholisch, die Vormacht des Deutschen Reiches das protestantische Preußen ist. Zudem läßt das enge Freundschaftsverhältnis zwischen beiden Staaten, die nun schon beinahe vier Jahrzehnte in allen Fragen Schulter an Schulter stehen, einer solchen Bewegung keinen Raum. Wenn indes gesagt wird, daß das Bündnis beider Staaten nicht nur auf ihren Interessen, sondern auch auf dem nationalen Empfinden der Deutschen Österreichs ruht, und daß eine österreichisch-ungarische Regierung, welche ihre Politik gegen das Deutsche Reich orientieren würde, dabei den Beifall der deutschen Bevölkerung der Monarchie nicht finden würde, so ist damit die latente Wirksamkeit einer nationalen Bewegung auch in diesem Falle anerkannt.

Die wachsende nationale Tendenz hat Österreich-Ungarn aus Deutschland und Italien verdrängt. Seit jener Zeit ist die Auseinandersetzung mit der nationalen Tendenz zum eigentlichen In-

halt der österreichisch-ungarischen Politik geworden. Sie ist immer schwieriger geworden und ist heute schlechtweg das Problem dieser Politik. Die verschiedenen Völkerschaften, die früher unter dem Zepter Habsburgs schlecht und recht nebeneinander wohnten, sind immer unverträglicher geworden; überall haben sich die Gegensätze verschärft, die Reibungsflächen vermehrt. Des Haders ist kein Ende. Auch die Formen und Mittel des Kampfes werden schärfere. Immer neue Fragen tauchen auf oder in immer neuen Variationen die gleiche Frage. Und immer scheint sich nicht viel mehr tun zu lassen, als durch ein Kompromiß die Lösung zu vertagen. In irgendeinem der Parlamente der Doppelmonarchie ist immer irgendeine nationale Obstruktion, bald im böhmischen Landtag der Tschechen oder Deutschen, bald im ungarischen Reichstag der Kroaten oder Rumänen, bald im österreichischen Reichsrat der Slowenen, Ruthenen, Italiener. Und seit Jahren haben die Zeitungen der Monarchie täglich Gelegenheit, sich mit irgendeinem Ausgleich zu beschäftigen.

So ist die innere Politik Österreich-Ungarns, gerade weil es kein Nationalstaat ist, das eindringlichste Beispiel von der Mächtigkeit der nationalen Bewegung, die die Welt erfaßt hat. Diese Tatsache ist so unleugbar, daß es sich für unsere Zwecke erübrigt, bei den Einzelheiten dieses Schauspiels zu verweilen. Daß dieses zentrale Problem der österreichisch-ungarischen Monarchie auch ihre gesamte auswärtige Politik beherrscht und in dieser Abhängigkeit der Grund für eine gewisse Unbeweglichkeit und Passivität dieser Politik zu suchen ist, dafür bietet die Entwicklung der Balkankrise des Jahres 1913 einen schlagenden Beweis. Österreich-Ungarn konnte, wenn es den Drang zu Aktivität und Expansion in sich spürte und sich selbst für ausdehnungsfähig hielt, ohne Schwierigkeit eine der Gelegenheiten, die dieser Krieg bot, benutzen, um sich des Sandschak Novibazar und damit eines wachsenden Einflusses auf die Balkanangelegenheiten, vielleicht einer zukünftigen Hypothek auf den Weg nach Saloniki zu versichern. Es hat es nicht getan, sondern sich im Jahre 1908 mit der Annexion Bosniens als saturiert erklärt. Es hat niemals ernsthafte Pläne auf diesen vielbesprochenen Weg gehegt und

jenen berühmten Drang nach dem Osten nie verspürt. Es hat nach der Okkupation Bosniens die bosnischen Bahnen eingleisig und schmalspurig gebaut und schon dadurch gezeigt, daß ein Ausbau dieser Erwerbung nach Süden ihm ferne lag. Es hat sich im Jahre 1913 darauf beschränkt, die Entstehung eines Großserbiens durch die Ablehnung der serbischen Ansprüche auf ein Stück Adria-Küste zu verhindern und die Vergrößerung Serbiens durch die Schaffung eines notwendig serbenfeindlichen Albaniens auszugleichen. Auch dieses Motiv steht im Zusammenhang mit dem zentralen Problem der österreichisch-ungarischen Politik. Österreichische Zeitungen haben die Haltung der Monarchie in der Frage der serbischen Ansprüche auf die Adria-Küste damit begründet, daß die Existenz eines lebensfähigen Großserbiens für die Monarchie bedrohlich sei, weil dann die von Serben bewohnten österreichisch-ungarischen Landesteile, in erster Linie also Bosnien und die Herzegowina, ebenso nach diesem serbischen Nationalstaat gravitieren würden, wie einst die Lombardei nach Piemont gravitierte. Gegen dies politische Argument kann nichts eingewendet werden. Die Gegner der auswärtigen Politik der Donaumonarchie stellen die Frage, ob dieses Argument nicht die österreichisch-ungarische Politik hätte veranlassen müssen, auch die jetzige Vergrößerung Serbiens, namentlich die Entstehung der serbisch-montenegrinischen Grenze, zu verhindern; und erst die Zukunft, die zeigen wird, ob die Monarchie imstande ist, die Vereinigung der beiden stammverwandten und nun aneinandergrenzenden Länder in jedem Falle zu verhindern, kann eine solche Frage beantworten.

Das Anwachsen der nationalen Tendenzen und damit der zentrifugalen Kräfte in Österreich-Ungarn macht die österreichisch-ungarische Frage in vielen Augen zu einem internationalen Problem der Zukunft. Viele, die mit der Eigenart des Landes nicht vertraut sind, sagen unter dem Eindruck der nationalen Streitigkeiten einen baldigen Verfall voraus. Die Frage, was aus Österreich-Ungarn werden soll, scheint vielen wie ein Alpdruck auf der Zukunft Europas zu liegen. Die Möglichkeit, daß Verwicklungen der Zukunft, vielleicht ein unglücklicher Krieg, diesen Befürchtungen recht geben und das heute noch für die internationale

Politik latente Problem akut werden lassen, kann natürlich nicht bestritten werden. Diejenigen indes, die in dem steigenden Nationalismus einen inneren Zersetzungsprozeß sehen, der einen baldigen Verfall auch ohne äußere Schicksale herbeiführen muß, übersehen einen wesentlichen Faktor. Das dynastische Band allein hätte schwerlich ausgereicht, das Völkerchaos auch nur bis heute staatlich zu einigen. Es müssen andere Faktoren in zentripetaler Richtung wirken. Das sind einmal die Sonderinteressen wirtschaftlicher, ideeller, politischer Natur, welche eine große Menge von den verschiedensten Nationalitäten angehörigen Einzelindividuen an die Einheit des Staates fesseln. Aber nicht nur Sonderinteressen persönlicher Art sind mit dem Bestand der Monarchie verkettet, auch die Interessen der unter ihr geeinten Völker als Völker. Einzelne dieser Völkerschaften würden ohne die Monarchie nichts bedeuten, würden ohne sie als nationale Existenzen sich nicht halten können. Das ist zum Beispiel der Fall der Polen. Es ist bis zu einem gewissen Grade auch der Fall der Ungarn. Es ist der Fall der Tschechen. Für sie alle ist das Bestehen einer Großmacht Österreich-Ungarn nationale Existenzbedingung. Insofern ist die Steigerung des nationalen Lebenswillens der einzelnen Völkerschaften nicht gegen den Bestand der Monarchie gerichtet. Ja, man kann sagen, die stärkste und verlässigste Stütze finde die Monarchie gerade in dem Lebenswillen der nationalen Völkerschaften, ja die Existenz des Gesamtstaates ermögliche den einzelnen Völkerschaften erst, sich in gegenseitigem Hader ohne das Risiko eigenen Schadens zu entfalten und zu bewahren. Auf diesem eigenartigen Verhältnis ruht die zähe Lebenskraft dieses seiner Natur nach zwar passiven Staates, und es kann leicht sein, daß heute noch ungeborene Diplomaten diese Zähigkeit noch in einer fernen Zukunft bewundern und bestaunen werden.

3.

Der größte Russe und tiefste Repräsentant des russischen Nationalismus, F. M. Dostojewski, sagte über Rußland: „Wir Russen sind ein junges Volk, wir fangen erst an zu leben, ob-

gleich wir schon tausend Jahre alt sind, aber ein großes Schiff braucht auch ein tiefes Fahrwasser." Es ist für den Westeuropäer nicht leicht, das Wesen des russischen Nationalismus zu begreifen und durch solches Begreifen abschätzen zu können, was dieser Nationalismus für Entwicklungsmöglichkeiten hat und welche Kräfte in dem panslawistischen Lärm verborgen sind, der von Nordosten her mißtönend an unser Ohr klingt. Es ist etwas ganz eigenes um den russischen Patriotismus. Es sind Elemente und Färbungen in ihm, für die der moderne Europäer kein Organ hat. Wir haben oben [9]) eine Stelle aus den „Dämonen" Dostojewskis über das Volk und seinen Gottesglauben wiedergegeben, die vielleicht die tiefste und eindringlichste Formulierung der nationalen Tendenz in der Weltliteratur ist. Es ist charakteristisch, daß diese Formulierung aus der Feder eines Russen stammt. Es ist zunächst in dem russischen Nationalismus der unbedingte Glaube an Rußland, das russische Volk, seine welterlösende Mission. Keine Reflexion über irgendwelche Mißstände des heutigen Rußlands kann diesen unbedingten Glauben irgendwie berühren. Das kommt daher, daß der Russe felsenfest an die Ewigkeit Rußlands glaubt. Rußland ist jung, es hat erst angefangen zu leben, es hat noch gar nicht gezeigt, was es kann; was besagen da alle Mißstände? „Rußland und die Kirche," sagt Friedrich Nietzsche in einem Aphorismus seiner nachgelassenen Werke, „können warten." Das Genie hat in diesen kurzen Worten einen tiefen, für das Verständnis Rußlands und der russischen Politik beinahe grundlegenden Satz ausgesprochen. Diese Überzeugung von der ungeheuren Zeit, die der russischen Entwicklung zur Verfügung steht, liegt dem russischen Phlegma zugrunde. Diese Überzeugung ist aufgebaut auf dem Bewußtsein des ungeheuren Raumes, den das russische Reich einnimmt. Der russische Bauer steht hinter seinem Pfluge und sieht in die unendliche Ebene, die den unendlichen Himmel trägt, und alles das ist Rußland. Es ist der Himmel des russischen Gottes, er umspannt die Welt. Und überall herrscht der Zar. In der Tat hat das russische Volk mehr als alle Völker der Gegenwart Grund, an seine Ewigkeit zu glauben. Die ungeheure Masse hat ein Schwergewicht, sie kann durch keinen

Stoß von außen erschüttert werden. Das russische Reich kann Schlachten verlieren, es können ihm Provinzen entrissen werden; was verficht das? Rußland ist so groß, daß immer noch das ganze Rußland übrigbleibt. Es hat Zeit, es kann die Provinzen wiedererobern. Alle anderen Reiche des Kontinents hat Napoleon I. bezwungen und dem Untergang nahegebracht; er ist bis Moskau vorgedrungen, aber der ungeheure Raum des heiligen Rußland hat auch ihn überwunden. In der Tat müssen alle anderen Völker Europas mehr oder weniger mit der Möglichkeit ihres Untergangs rechnen. Der Russe allein kann es ablehnen, eine solche Möglichkeit auch nur zu diskutieren.

Dieser russische Glaube an Rußland hat einen sehr starken religiösen Einschlag. Die weite russische Ebene, der russische Himmel, der russische Gott, der Zar — alles dies bildet eine Einheit. Der Glaube an Rußland ist der Glaube an Gott; Rußland ist die Welt, und der Gott der Rechtgläubigen ist der Gott der Welt. Auf diesen Empfindungen des russischen Bauern ruht der russische Nationalismus. In diesen Empfindungen war er natürlich immer lebendig. Aber er war als naiver, halb bewußter Glaube des Bauern politisch nie sehr aktiv — wenn es sich nicht gerade um das Kreuz auf der Hagia Sophia handelte —, weil der Glaube an die Ewigkeit Rußlands und das aus ihm stammende Phlegma auf ihm lagen.

Von der Mitte des vorigen Jahrhunderts, der Zeit des Krimkrieges, an, also um dieselbe Zeit, da die nationale Bewegung auch in den anderen Ländern erwachte, begann dieser latente Nationalismus allmählich seiner selbst bewußt zu werden. Es setzte die panslawistische Bewegung ein, welche besser die allrussische hieße. Zunächst natürlich als eine Bewegung gebildeter Stände. Als solche hat sie seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts ständig an Ausdehnung und Intensität zugenommen. Sie ist auch heute noch, soweit sie bewußt ist und sich aktiv gebärdet, eine Bewegung der gebildeten Stände. Der Typus der russischen Panslawisten ist nicht oder noch nicht der russische Bauer. Aber der Panslawismus ruht auf den breiten Schultern des russischen Bauern, in dem er latent ist und durch die Ereig-

nisse geweckt werden kann. Je mehr dieser Nationalismus aus der Sphäre der Unbewußtheit in die Sphäre des Bewußten tritt, desto aktiver wird er und desto mehr wird er jene phlegmatische Passivität verlieren, welche heute noch wie ein Schleier auf dem Handeln der breiten Schichten des russischen Volkes liegt. Dem heutigen Panslawismus der Intellektuellen hängt jenes Phlegma nicht mehr an: sie sind von dem gleichen nervösen Lebenswillen ergriffen, der Europa beherrscht. Je mehr Rußland einrückt in die europäische Empfindungsweise, desto aktiver und bewußter wird der russische Nationalismus werden; er wird vielleicht manches von seiner religiösen Tiefe, aber auch viel von seinem mystischen Phlegma verlieren. Der moderne Panslawismus hat die Allüren einer hysterischen Suggestion; aber es wäre falsch, ihn durch eine solche Beurteilung erschöpft zu wähnen. All diese Gebärden und dieser Lärm sind nur der Schaum auf dem Kamm der Woge; die Woge geht tief und rollt langsam, stetig wachsend, heran. Wird einmal die ganze Masse des russischen Volkes sich ihres Nationalismus bewußt, dann wird die Welt die an Umfang und unverbrauchter Intensität gewaltigste Bewegung sehen. Wie bekannt, hat die deutsche Regierung ihre jüngste außerordentliche Heeresverstärkung mit dem Anwachsen des Panslawismus begründet. Der deutsche Reichskanzler hat von diesem Anwachsen mit einer sonst bei leitenden Staatsmännern selten gesehenen Offenheit geredet. Er hat von den panslawistischen Schreiern geredet, aber wohl den tieferen russischen Nationalismus gemeint, und die militärischen Vorkehrungen werden nur durch eine solche tiefere Einschätzung der allrussischen Bewegung als einer Gefahr der deutschen Zukunft verständlich.

Von besonderem Interesse ist das Verhältnis des spezifisch russischen Nationalismus zu dem eigentlichen Panslawismus, das heißt der slawischen Einheitsbewegung. Beide Bewegungen scheinen begrifflich zu trennen, und doch treten sie in der Wirklichkeit in enger Verkettung, ja als eine und dieselbe Bewegung auf. Der Panslawismus der Russen ist von dem Panslawismus der nicht-russischen Slawen zu trennen. Für den Russen ist er die Idee der russischen Führerschaft über alle Slawen. Sie alle sind

Kinder der großen Mutter Rußland, die sie zu beschirmen, aber auch zu lenken hat. Der russische Panslawismus ist also nichts anderes als der russische Nationalismus, dessen Expansivität sich in ihm äußert. Er hat nichts anderes im Auge als die Ausdehnung der russischen Herrschaft auf die nichtrussischen Slawen; die Verbrüderung, von der er spricht, ist Einverleibung. Die russische Idee wird zur slawischen erweitert, aber jene soll nicht in dieser, sondern diese in jener aufgehen. Etwas anderes ist der Panslawismus der nichtrussischen Slawen. Für sie ist er nichts weiter als das Recht und der Anspruch auf russische Hilfe. Die Serben sind Panslawisten, weil sie ohne Anlehnung an eine Großmacht politisch nicht lebensfähig sind und gegen Österreich-Ungarn ständig die russische Hilfe in Anspruch nehmen müssen. Die Bulgaren sind es, solange sie von nichtslawischen Staaten, wie der Türkei oder Rumänien, bedrängt und gefährdet sind und ein Interesse daran haben, daß die russische Politik sich ihrer annimmt. Das Manifest, das König Ferdinand zu Beginn des Türkenkrieges erließ, war in jedem Wort für panslawistische und orthodoxe Ohren berechnet.[10]) Das aber ist nicht der Ausdruck panslawistischer Empfindungen der bulgarischen Nation, sondern eine in der besonderen politischen Konstellation bedingte politische Maske. Wer durch diese Verkleidungen sich nicht täuschen läßt, hat gerade in dem bulgarischen Fall seit einiger Zeit bemerken können, daß die reale Entwicklung ganz anders läuft. Bulgarien hatte nach dem ersten Krieg seinen hauptsächlichsten Gegner, die Türkei, niedergerungen und machte Miene, den russischen Schutz entbehren zu können. Es schien von dem panslawistischen Gewand ein Stück nach dem anderen ablegen zu wollen; in schroffem Gegensatz zu dem Panslawismus schien ein rein bulgarischer Nationalismus zu entstehen, der von einer Vereinigung aller Slawen unter russischer Vorherrschaft nichts wissen will. Schon vor dem jüngsten Krieg hat die bulgarische Politik sich mehr und mehr von der russischen Bevormundung emanzipiert; während des Krieges und insbesondere bei den Friedensverhandlungen hat alle Ausnutzung panslawistischer Empfindungen der russischen öffentlichen Meinung durch die Bulgaren die russische Regierung nicht

davon abgehalten, die bulgarischen Ansprüche auf die Küste des Marmarameeres zu bekämpfen. Die nach Petersburg entsandten bulgarischen Sendlinge, der Präsident der Kammer, Dr. Danew, und der ruhmgekrönte General Radko Dimitrew wurden zwar von den Panslawisten mit lärmendem Jubel empfangen, konnten bei der Regierung aber nichts von alledem durchsetzen, um dessentwillen sie die Reise unternommen haben. Schon die russische Stellung zu der Eventualität eines bulgarischen Durchbruchs der letzten türkischen Verteidigungslinien und damit eines bulgarischen Einmarsches in Konstantinopel zeigt deutlich, daß um Konstantinopel und das Kreuz auf der Hagia Sophia ein russisch-bulgarischer Gegensatz entstehen wollte, vor dessen innerer Logik der Panslawismus sich hätte beugen müssen.

Bulgarien, obgleich ein Geschöpf der russischen Politik, schien zu groß geworden; die russische Politik muß wünschen, daß die Schützlinge dem Schutze nicht entwachsen. Denn dieser Schutz ist Instrument der russischen Expansion. Darin enthüllt sich der russische Panslawismus als russischer Nationalismus, und gerade dadurch charakterisiert er das Wesen des Nationalismus überhaupt.

Als dann während des zweiten Balkankrieges Slawen gegen Slawen standen, gab es für die russische Politik auch keine panslawistische Verkleidung mehr — und unter dem Eindruck der Ereignisse mußten die panslawistischen Redner auf einige Zeit verstummen.

Das Verhältnis Rußlands zu den slawischen Balkanstaaten ist höchst lehrreich für eine theoretisch ungemein verwickelte Frage von höchst praktischer Bedeutung: für die Frage nach den Entstehungsbedingungen der Nationen, der Gesetzlichkeit ihrer Spaltung und Vereinigung. Wir gingen von den Nationen als Organismen aus und behandelten sie als feste Gegebenheit; die Reflexion über praktische Probleme aber stellt uns da und dort die Frage, ob hier eine neue Nation entstehen, dort eine schon bestehende mit einer anderen wird verschmolzen werden können. Die Einschätzung dieser Möglichkeiten ist für die praktische politische Berechnung von dem größten Gewicht. Sie ist zum Bei-

spiel für die Beurteilung der heutigen britischen Kolonialpolitik und der Möglichkeiten des zukünftigen Größerbritanniens von ausschlaggebender Bedeutung. Wir erwähnen an dieser Stelle dies schwierige Problem, um es als Problem zu bezeichnen, können uns aber in diesem Rahmen nicht eingehender mit ihm befassen.

Diese Eigenart des russischen Nationalismus, im Verein mit den raumpolitischen Faktoren des russischen Reiches bedingen den Charakter seines Expansionsdranges. Das russische Reich umfaßt die größere Hälfte Europas wie die größere Hälfte Asiens. Land also hat es genug. Aber dem asiatischen wie dem europäischen Rußland fehlt eines: der freie Zugang zu dem Süden und seinen eisfreien Meeren. Dorthin weist die Sehnsucht. Es ist, als setze die ungeheure Masse sich langsam in Bewegung. Im Westen Konstantinopel, in Mittelasien der Persische Golf, im Osten die eisfreien Häfen Chinas. Im Osten ist es durch den Krieg mit Japan zurückgeworfen worden, im Westen ist es bisher nicht vorwärts gekommen. In Mittelasien hat es die Hand auf Nordpersien gelegt. In der Mongolei ist es in jüngster Zeit um ein großes Stück vorgerückt. Es ist etwas in dieser Bewegung wie ein Gesetz der großen Masse, die durch ihr eigenes Schwergewicht wächst, weil ihr von allen Seiten etwas zuwachsen muß. Aber es liegt auf dieser Bewegung das ganze russische Phlegma, die enorme verfügbare Zeit. Es handelt sich bei dieser Expansion nirgends um vitale Lebensfragen, die heute gelöst sein müssen, weil es morgen zu spät ist. Es gibt überhaupt noch kein Zuspät für dies Reich. Die eigentlichen vitalen Fragen liegen im Inneren. Deren Schwierigkeit lastet seit der Koinzidenz des Japanischen Krieges mit der russischen Revolution fühlbar auf der Expansivität der russischen Politik.

Es ist oft bemerkt worden, daß die bemerkenswerten kolonisatorischen Erfolge, die Rußland in seinem asiatischen Expansionsgebiet errungen hat, auf einer Verwandtschaft des russischen und des asiatischen Wesens beruhe: Diese Ansicht mag etwas Richtiges enthalten, das Wesentliche trifft sie nicht. Die Erfolge der russischen Kolonisation bestehen darin, daß die neuerworbenen Gebiete in Asien sich ohne Schwierigkeit unter die russische Herrschaft fügen.

Den wichtigsten Grund dafür wird man darin zu finden haben, daß der russische Kolonisator im allgemeinen alles beim alten läßt, also keine aktive Kolonisationsarbeit verrichtet. Die Art der russischen Kolonisation ist hierin der englischen direkt entgegengesetzt, die höchst aktiv überall schnelle und erstaunliche Umwälzungen zuwege gebracht hat. Auch auf der Art der russischen Kolonisation lastet eben jenes Phlegma und jene Geduld, die das russische Wesen kennzeichnen.

4.

Nachdem in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts nach anderthalb Jahrtausenden innerer Zerrissenheit Italien seine nationale Einheit erlangte, konnte die nationalistische Bewegung zunächst als gesättigt gelten. Ihr Ziel, die Einheit des Nationalstaates, war erreicht. In dem Lande selbst sah es schlimm aus. Hier konnten alle Hände sich rührig betätigen; die ungeheuren Aufgaben, die da zu lösen waren, schienen einem nach außen gewandten Nationalismus weder Kraft noch Zeit übrig lassen zu sollen. Es soll nicht geleugnet werden, daß das moderne Italien viel getan und vorwärts gebracht hat, daß sein wirtschaftlicher Aufschwung und seine finanzielle Konsolidierung staunenswerte Leistungen sind: und doch, im Süden veröden ganze Provinzen, auf deren fruchtbarem Boden ein regsames Geschlecht sich nähren und ausbreiten könnte; und eine ungeheure Abwanderung des besten Arbeitermaterials hat in den wirtschaftlichen Zuständen und den Agrarverhältnissen Süditaliens ihren Grund. Trotz aller Probleme, die auf der inneren Entwicklung des Landes lasten, und aller Aufgaben, die zu lösen bleiben, hat der italienische Nationalismus sich in steigendem Maße nach außen gewandt. Er war alles eher als gesättigt; er ist in den vier Jahrzehnten seit der Einigung Italiens ständig gewachsen. Wir stehen auch hier vor einer elementaren Bewegung. Italien mußte auf seine tunesischen Aspirationen verzichten; es erlitt in dem abessinischen Krieg eine empfindliche Schlappe; die Mißerfolge, welche durch Jahrzehnte schwer auf dem nationalen Empfinden lasteten, konnten

den Lebensdrang des Volkes nicht bannen. Der Druck wich von der Nation, als sie mit Leidenschaft an das tripolitanische Unternehmen ging und es zu einem guten Ende führte. Es ist heute klar, daß es nicht die Überlegung der Regierung, sondern der Expansionsdrang des Volkes war, der diesen Krieg erzwang. Man hat bei dem Beginn dieses Krieges in den Kreisen der europäischen Zuschauer sich da und dort gefragt, ob dieser Krieg notwendig und vernünftig war, ob Italien nicht besser daran täte, für seine süditalienischen Provinzen, deren Wert den Tripolitaniens um ein Vielfaches übersteigt, nur die Hälfte der Summe auszugeben, die dieser Krieg gekostet hat; die nationale Leidenschaft hat eine solche Fragestellung der Zuschauer abgelehnt; und die Idee, daß Tripolis, wenn Italien nicht zugriffe, in die Tasche eines anderen fallen könnte, genügte, um jeden Italiener von der Notwendigkeit eines solchen Krieges zu überzeugen. Europa sah staunend zu und billigte den Erfolg. Wer die italienische Publizistik dieser Zeit verfolgt hat, steht vor dem Eindruck einer imponierenden Kraft und Einmütigkeit des Empfindens; ja vor dem Eindruck der Realität eines viel weitergehenden, grenzenlosen Traumes. Der Mann aus dem Volke begründete Italiens Ansprüche auf Tripolis mit dem Erbe des Imperium Romanum, dem Tripolis einst zugehörte; und da und dort zeigte sich ein Panitalianismus mit dem Anspruch auf die Beherrschung des Mittelmeers.

Es liegt in der Natur des Nationalismus, seine Ziele immer weiter zu stecken und nirgends haltzumachen. Er ist dem Begriff nach unersättlich. Die nationale Einheit genügt ihm nicht. Er will sie ohne Unterlaß ausdehnen und erweitern.

Die italienische Entwicklung ist ein Zeugnis für eine Eigenart des modernen Nationalismus, der wir auch in anderen Ländern begegnen: er ist extensiv. Es scheint ihm weniger auf die Vertiefung, auf eine wachsende Intensität der Kultur, als auf Expansion anzukommen. Es scheint dazu zu neigen, die eine Dimension der Entfaltung, die intensive, um der anderen, der extensiven, willen zu vernachlässigen. Erinnern wir uns an das Gleichnis des Baumes, so könnten wir sagen, der Baum strebe mehr danach, seine Äste auszudehnen, als seine Wurzeln tief in die Erde zu

treiben. An Intensität hat die italienische Natur wenig gewonnen.

In der wirtschaftlichen Entwicklung des modernen Italiens spielt der Typus des Rückwanderers eine große Rolle. Der arme Italiener wandert aus und sucht in Jahrzehnten harter Arbeit und genügsamen Lebens in Nordamerika oder Argentinien ein kleines Vermögen zu erwerben. Er kommt zurück und kauft sich irgendwo in seiner ärmeren und daher billigeren Heimat ein Stückchen Land, das ihn und seine Kinder nährt. Es sind nicht Ausnahmen, sondern die Majorität der italienischen Auswanderer, die so handeln. Dieser Gewohnheit verdankt der wirtschaftliche Aufschwung und die Regeneration des modernen Italiens unendlich viel. Sie hat ihre Wurzel in einer unausrottbaren, jedem Italiener eingeborenen Liebe zur Heimat. So wird mit der Zeit auch im Süden der nationale Lebenswille des Volkes die Wunden heilen, welche die Sünden der Vergangenheit dem wirtschaftlichen Leben geschlagen haben.

5.

Italien wächst, kann seine Kinder nicht nähren und verlangt für die wachsende Bevölkerung wachsenden Raum. Hier könnte es noch scheinen, als sei die Vermehrung der Bevölkerung der treibende Faktor der nationalen Expansion. Gewiß spielt die Bevölkerungsvermehrung eine ungeheure Rolle für den nationalen Drang, aber sie kann unter keinen Umständen als seine Ursache angesprochen werden. Das moderne Frankreich ist in der entgegengesetzten Lage. Es sieht nun schon seit mehreren Jahrzehnten mit schmerzlichen Empfindungen die Fruchtbarkeitsziffer sinken und muß konstatieren, daß, wenn es nicht ärztlicher Kunst gelänge, die durchschnittliche Lebensdauer zu erhöhen, die Zahl der Franzosen nicht nur die gleiche bliebe, sondern zurückginge. In diesem Umstand konstatiert das moderne Frankreich eine Grundtatsache seiner Entwicklung, ein Schicksal seiner Zukunft. Man hat vielfach über die Ursachen dieser Entwicklung debattiert und mannigfache Mittel der Abhilfe vorgeschlagen, aber bei keinem an eine

durchgreifende Wirksamkeit zu glauben vermocht. Man steht vor einer elementaren Tatsache. Hat aber darum der nationale Lebenswille an Intensität und Leidenschaft verloren?

Der fremde, aber objektive Beurteiler, der die Lage des modernen Frankreich im ganzen zu überschauen sich bemüht, in dem Ringen der Gegenwart noch alle die Kräfte am Werke sieht, die eine große Vergangenheit geschaffen haben und heute noch um eine Zukunft sich mühen, die sie nicht mehr schaffen können, wird weder von Erschütterung noch von Bewunderung frei bleiben können. Frankreich hat einst den Kontinent geleitet; es hat Italien und Deutschland regiert, über das politische Schicksal Europas befunden und den Anspruch erheben können, daß seine Kultur die Kultur der Welt sei. Es hat seinen Willen zur Weltherrschaft nie ganz durchsetzen können, und nach vielen Fehlschlägen immer von neuem angesetzt und die größten Ansprüche an sich selbst gestellt. Es hat eine unvergleichliche Elastizität bewiesen. Es hat unter Richelieu durch politische Kunst Deutschlands Selbstzerfleischung begünstigt und den einst überlegenen Nachbar mühelos beherrscht, hat unter Ludwig XIV. um seiner Machtansprüche auf die Nachbarländer willen bis zur wirtschaftlichen und militärischen Erschöpfung blutige Kriege geführt und schließlich doch durch Zähigkeit den größten Teil dieser Ansprüche durchgesetzt; hat die Hand auf die Neue Welt gelegt und hätte sie zu halten vermocht, wenn nicht unersättlicher Machtdurst es gleichzeitig in deutsche Kriege verwickelt hätte. Den Zusammenbruch seiner nordamerikanischen Ansprüche (die Eroberung von Quebec durch die Engländer im September 1759) hat seine Teilnahme am Siebenjährigen Krieg verschuldet. In Deutschland haben wir Kanada erobert, sagte der ältere Pitt. Ohne die Unersättlichkeit der von Leidenschaft, aber nicht von kühl und vorsichtig wägender Vernunft geleiteten französischen Machtpolitik hätte die Neue Welt ein anderes Ansehen. Frankreich verlor damals und in den Napoleonischen Kriegen sein Kolonialreich und hat sich doch heute auf anderem Boden ein neues geschaffen.

Es schien sich in der Revolution in inneren Kämpfen verbluten zu wollen, schien geschwächt, verarmt und verwüstet. Ein

elementarer Zersetzungsprozeß war in vollster Entwicklung. Da begingen die Fürsten Europas, welche ihre Legitimität bedroht sahen, die Torheit, in die innere Entwicklung eingreifen zu wollen. Das erschöpfte Land erhob sich und vollbrachte von dem ersten Koalitionskrieg bis zur Schlacht von Waterloo eine der erstaunlichsten Leistungen vitaler Energie, welche die Geschichte kennt. Es errang noch einmal die Herrschaft über Europa; und abermals hätte es diese Herrschaft aller Wahrscheinlichkeit nach eine geraume Zeit zu halten vermocht, wenn an Stelle jener unersättlichen Machtgier, welche sich in Napoleon verkörpert, der kühle und klügere Machtwille Talleyrands geleitet hätte. Talleyrand hatte nach dem dritten Koalitionskrieg Napoleon einen Plan europäischer Machtverteilung vorgelegt, die sich mit den friedlichen Mitteln der Richelieuschen Politik vielleicht hätte halten lassen und Frankreich den dauernden Besitz aller Eroberungen und die Hegemonie über Europa gesichert hätte. Wenn Napoleon nicht hörte, so war es wohl nicht nur das Temperament seines Charakters, sondern auch die Einsicht, daß seine Herrschaft in Frankreich selbst ohne fortwährende, der nationalen Leidenschaft zu bereitende Opferfeste sich nicht würde halten können.

Gerade die Geschichte der Französischen Revolution beweist, wie leicht der nationale Lebensdrang sich in ein kosmopolitisches Kleid zu werfen vermag und wie wenig gegenüber dem inneren Wesen, das in allem Wichtigen immer wieder durchbricht, eine solche Verkleidung besagt. Die Ideen, welche die Französische Revolution heraufführten und trugen, sind rein kosmopolitisch. Es ist nicht einzusehen, warum die souveräne Gültigkeit der Grundsätze von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit an den Landesgrenzen haltmachen sollte. Auf dem Boden der Rousseauschen Theorie vom Staate ist für den Begriff der Nation kein Platz. Und doch hat in den Debatten der Nationalversammlung und des Konvents, in den Klubs der Jakobiner und Girondisten kein anderer Begriff eine so lebendige Bedeutung gehabt als die Nation, kein anderes Wort eine solche Zauberkraft bewiesen als „La France“. Aus dem tieferen Wesen heraus drang eine elementare Naturgewalt durch alle Begriffsgebäude ans Licht. Die Idee

der Republik, die Grundsätze von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit wurden unter ihrem Einfluß zu Instrumenten der französischen Weltherrschaft. Frankreich befreite ringsum die kleinen Nachbarvölker und umgab sich zunächst mit einem System von Republiken, welche später dann zu Satrapien der napoleonischen Dynastie wurden. In der einen wie in der anderen Rolle waren sie nichts anderes als ein integrierender Bestandteil der französischen Weltherrschaft. Die theoretische Konsequenz ihrer Grundsätze hätte die Männer des Konvents zum Freihandel verführen müssen; in praxi betrieben sie im Gegensatz zu den letzten Jahrzehnten des ancien régime eine stark nationale Schutzzollpolitik.

Von all den äußeren und inneren Kämpfen erholte sich das Land überraschend schnell. Es hatte sein Kolonialreich verloren und legte im Juli 1830 mit der Eroberung von Algier den Grundstock eines neuen. Wir sehen es unter Napoleon III. noch einmal nach der europäischen Hegemonie greifen, in die italienischen und deutschen Händel mit dem Anspruch verwickelt, beide Länder mit den Mitteln der Politik zu beherrschen. Als dann Napoleon III. von Bismarck zuerst diplomatisch überwunden, Frankreich sodann durch das aufstrebende Deutschland militärisch vollständig niedergerungen wurde und zwei seiner besten Provinzen verlor, bewies es, den meisten unerwartet, abermals die gleiche Vitalität. Es ist in den letzten Jahrzehnten in Deutschland mehrmals gesagt worden, man habe bei der Festsetzung der Kriegsentschädigung die Leistungsfähigkeit Frankreichs unterschätzt und den Fehler begangen, statt 20 Milliarden Franken nur fünf zu fordern. In der Tat hat Frankreich erstaunlich schnell die für damalige Vorstellungen enorme Summe aufzubringen vermocht. Es läßt sich wohl keine größere Anerkennung der Lebenskraft des französischen Volkes denken als die indirekte, die Bismarck durch seine Politik dem besiegten Lande gegenüber bezeigt hat. Der große Kanzler hielt es für nötig, um die Gedanken Frankreichs von Elsaß-Lothringen abzulenken, die expansive Kolonialpolitik der dritten Republik nach Kräften zu unterstützen und Frankreich in einem großen afrikanischen Kolonialreich Beschäftigung und Entschädigung zu verschaffen. Die Richtigkeit dieser Bismarckschen Politik

wird vom Standpunkt der neudeutschen Weltpolitik und der heutigen deutschen kolonialen Interessen vielfach bezweifelt. Bismarck, so sagt man, sei noch ganz in der rein europäischen Politik befangen gewesen, habe noch keinen Sinn für die Notwendigkeit einer kolonialen Weltpolitik besessen. Wie dem auch sei — setzen wir, da er doch später selbst Kolonialpolitik betrieben hat, den Fall, er hätte diesen ihm abgesprochenen Sinn besessen; er hätte wahrscheinlich Frankreich gegenüber nicht anders gehandelt. Er wollte das neue Deutsche Reich zunächst konsolidieren und schätzte die französische Gefahr hoch genug ein, um ihretwillen zuzugeben, daß mehr als ein Drittel von Afrika wirtschaftlich und politisch für deutsche Interessen gesperrt würde. Hätte er die Großmacht Frankreich für vernichtet gehalten, so hätte er wohl, auch bei gänzlicher Geringschätzung der Kolonialpolitik, anders gehandelt.

Nur im Zusammenhang mit diesen geschichtlichen und nationalen Erinnerungen kann das politische Problem des modernen Frankreich formuliert und verstanden werden. Seit jener Zeit hat sich innerhalb und außerhalb der französischen Grenzen manches geändert. Die innere Politik scheint von dem Geist des Affarismus beherrscht, ein Schauspiel, in dem persönlicher Ehrgeiz, Eitelkeit und materielles Interesse die Hauptrolle spielen; Idealismus, Begeisterung und die großen Gesten der Vergangenheit scheinen nur mehr in den Worten lebendig, deren sich die Geschäftspolitiker bedienen, und nicht viel mehr als eine prunkvolle rhetorische Verkleidung zu sein. Die ehemals führende Industrie ist aus Mangel an Regsamkeit und Wagemut hinter denen anderer Länder weit zurückgeblieben, und an die Stelle schöpferischer Unternehmungslust ist vorsichtige Sparsamkeit getreten. Die französische Abart des homo oeconomicus trägt die Züge des ängstlichen Rentners.

Wäre all dies nicht für die Oberfläche, sondern für die Tiefe des französischen Wesens wahr, wäre durch eine solche Charakterisierung die Eigenart des modernen Franzosen erschöpft, so wären die Quellen, aus denen die vergangenen Leistungen der Nation flossen, versiegt; wir stünden nicht nur vor einem Rück-

gang der nationalen Lebensfähigkeit, sondern auch vor einer Erschlaffung des nationalen Lebenswillens. So leicht und oberflächlich kann das Wesen der Völker nicht charakterisiert werden. Das Lot ist tiefer zu senken. Die Oberfläche des politischen Lebens beweist weniger, als man gemeinhin annimmt. Auch die psychologische Beurteilung des Einzelnen kann aus der Schilderung des äußeren Lebens nicht die Frage beantworten, wozu dieser oder jener Mensch unter diesen oder jenen Umständen noch fähig ist. Und Völker sind noch unergründlicher als Menschen.

Die innere Zerrissenheit und Korruption war in dem Frankreich früherer Jahrhunderte schon zu wiederholten Malen ärger als heute; und doch hat das Volk in den gleichen Zeiten sich immer wieder zu so erstaunlichen Leistungen aufgerafft. Auch in dem Preußen von 1807 sah es schlimm aus; und doch brach 1813 das Volk los. Oft wähnt man Kräfte versiegt, die in der Tiefe schlummern und nur der Gelegenheit, der Idee, des Führers harren, der sie ruft.

Es gibt nun einen Beweis für ein wirkliches inneres Versiegen der Lebenskraft: das ist der Rückgang der Geburten, das unerbittliche jährliche Memento der Statistik. Dies Memento ist für den Franzosen um so ernster und bitterer, als der Ausfall der Zahl sich für die militärische Macht einem Gegner gegenüber, der an Qualität der Soldaten und Kanonen konkurrieren kann, durch nichts wettmachen läßt. 1870 waren die Bevölkerungen Frankreichs und des Deutschen Reiches gleich. Heute erreicht Frankreich die Einwohnerzahl Preußens, das heute ebensoviele Menschen zählt als das Deutschland von 1870. Bei einem jährlichen Bevölkerungszuwachs von 850000 wird das Deutsche Reich um 1925—30 doppelt soviel Einwohner haben als Frankreich. Vor der Logik solcher Zahlen kann niemand ausweichen.

Was nun aber den Geist des modernen Frankreich charakterisiert, das ist die Energie, mit welcher die Nation das Todesurteil ablehnt, das aus diesen Ziffern zu lesen ist. Der Kampf gegen diese Ziffern, der sich gegen ihr Memento aufbäumende Lebenswille der Nation: das ist für die Charakteristik des modernen Frankreich wichtiger als Korruption, innere Zerrissenheit

und Affarismus. Hier werden die lebendigen Kräfte der Tiefe sichtbar. Das Urteil des durchschnittlichen Reichsdeutschen über das moderne Frankreich greift gerade in diesem Punkte fehl. Dieses Urteil setzt sich etwa aus folgenden Momenten zusammen: erstens aus dem Eindruck der Ziffern und dem vertrauensvollen Bewußtsein unaufhaltsam wachsender numerischer Überlegenheit, wobei ein Teil berechtigt, ein Teil die für das moderne Deutschland charakteristische Anbetung der Quantität ist. Zweitens aus der Überschätzung der Bedeutsamkeit innerer Mißstände für die Lebenskraft und Leistungsfähigkeit eines Volkes, wobei nicht berücksichtigt wird, daß eine Art der Korruption, welche in germanischen Ländern das Ende jeden Gemeingeistes bedeuten würde, von romanischen Ländern ruhig getragen wird und zu allen Zeiten dort heimisch war; drittens aus der Wertung der französischen Rhetorik als äußerlicher und verlogener Phrasenhaftigkeit und die Umdeutung des Enthusiasmus in Eitelkeit, wobei übersehen wird, daß nur für die germanische, nicht aber für die romanische Mentalität die rhetorische Form ein Einwand gegen die innere Wahrhaftigkeit ist. Wenn wir der Verführung dieser Momente ausweichen, so haben wir den Blick frei auf das Schauspiel eines im ganzen doch heroischen Kampfes, welchen der ungebrochene Lebenswille einer großen Nation gegen die sinkende Lebensfähigkeit führt.

Die vierzig Jahre der dritten Republik sind trotz der Niederlage von 1870, der Einbuße an Prestige, die sie zur Folge hatte, trotz der schweren Wunden, die der Krieg schlug, keine Zeit des äußeren Niedergangs und Verfalls geworden. Frankreich besitzt heute das zweitgrößte Kolonialreich der Welt. Seine politischen Aspirationen sind nicht geringer: es betreibt immer noch eine Weltpolitik größten Stils. Seine politische Regsamkeit ist ungebrochen; wir begegnen in allen Fragen der Weltpolitik seinen Ansprüchen und Einflüssen. Es hat sich weder im fernen noch im nahen Osten desinteressiert, hat seine syrischen Pläne nicht vergessen, nicht aufgehört, von einer führenden Rolle im Mittelmeer zu träumen, scheint auch heute kolonial noch kaum saturiert, obwohl es doch bei sinkender Bevölkerungsziffer der Kolonien

kaum bedarf. Es hat immer noch den gleichen Ehrgeiz diplomatischer Führung: und wenn auch das Verhältnis seiner realen Macht zu der der anderen Großmächte zu solcher Führung nicht mehr zureicht, so ist doch der Drang der Nation zu politischer Geltung so stark, daß die Staatsmänner der Republik, um sich zu behaupten, darauf angewiesen sind, mit dem Schein einer solchen Führung dem Ehrgeiz der Nation Genüge zu tun. Diese Notwendigkeit hat sich in den letzten Jahrzehnten als ein wesentliches Charakteristikum der französischen Politik erwiesen und hat da und dort in der Geschichte der diplomatischen Verhandlungen eine wesentliche Rolle gespielt. Der nationale Geltungsdrang hat sich mit einer erstaunlichen Biegsamkeit den veränderten Entfaltungsmöglichkeiten angepaßt. Die Weltstellung, um die Frankreich einst mit den Mitteln des Krieges und der Gewalt gerungen hat, sucht es heute durch die in den Dienst der nationalen Politik gestellte Macht des Kapitals zu erkämpfen. Auf ihr mehr als auf einer Wertung als zweitstärkster Militärmacht Europas beruht der größte Teil seines bedeutenden Einflusses in der Türkei, den Balkanländern und in Rußland. Wir stehen hier nicht etwa vor der blinden, mechanischen Wirkung eines nun einmal vorhandenen und nach Verzinsung schreienden Kapitalüberflusses, sondern vor der erstaunlichen Geschlossenheit eines nationalen Geltungswillens, der die politische Verwertung dieses nach Zinsen schreienden Kapitals erzwingt. Dazu ist namentlich in dem letzten Jahrzehnt eine andere, in Deutschland wenig beachtete Art weltpolitischer Expansion getreten: die kulturelle. Frankreich hat in seiner großen Zeit die kulturelle Führung der Welt besessen. Der halben Welt galt französisches Wesen als Muster. Durch das Aufkommen Deutschlands und die Ausdehnung der englischen Herrschaft auf ein Viertel der bewohnten Welt wurde die kulturelle Vormachtstellung Frankreichs bedeutend eingeschränkt, wenn auch in vielen Gebieten nicht gebrochen.

Das moderne Frankreich gibt sich mit dieser Entwicklung nicht zufrieden, sondern betreibt eine planmäßig organisierte kulturelle Expansion größten Stils, der kein anderer Staat etwas Ähnliches an die Seite stellen kann. Alle Zweige der Kultur sind in den

Dienst dieser Expansion gestellt. Führende Gelehrten und Literaten werden von den Organisationen, denen diese Expansion obliegt, zu Vorträgen in diejenigen Länder gesandt, auf deren Bearbeitung besonderes Gewicht gelegt wird. Das sind die kleinen europäischen Länder, Holland, Belgien, die Schweiz, die skandinavischen Staaten und Südamerika. Die Erfolge dieser Propaganda sind bedeutende. Sie wird ständig erweitert. Sie steht durchaus im Dienste der Politik. Ansehen und Geltung Frankreichs sind ihr Ziel. Sie stellt eine moderne Erweiterung der politischen Kampfmittel dar, welche ebenso von der Regsamkeit des französischen Geistes als von seiner Vitalität zeugt.

Das eindringlichste aller Zeugnisse aber ist die Tatsache und die Art des Fortbestehens der elsaß-lothringischen Frage. Diese Frage ist formell erledigt. Frankreich hat im Frankfurter Frieden endgültig auf die beiden Provinzen verzichtet. Trotzdem beherrscht diese tote Frage, die wohl seit dem Frankfurter Frieden niemals mehr Gegenstand irgendwelcher Besprechungen oder Verhandlungen zwischen den deutschen und französischen Staatsmännern war, indirekt das zentrale Problem der französischen Politik, die Beziehungen zu Deutschland und durch diese die gesamte französische Politik. Frankreich hat bisher nicht vergessen und wird, solange es lebt, nicht vergessen. Sein Verstand wird vielleicht die Idee eines Krieges, mit der seine Phantasie immer spielen wird, immer ablehnen, weil das Risiko zu groß ist, oder weil die leitenden Männer der Republik, welche über Krieg und Frieden zu entscheiden haben, damit rechnen müssen, daß ein verlorener wie ein gewonnener Krieg die republikanische Staatsform gleicherweise gefährdet. Man wird also vielleicht niemals handeln, vielleicht auch in Zeiten der Gefahr öffentlich von der elsaß-lothringischen Frage nicht einmal reden und doch immer daran denken und aus ihr halb bewußt, halb unbewußt den Angelpunkt der ganzen Politik machen. Vom Standpunkt der politischen Vernunft und kühler Abwägung gegebener Möglichkeit vielleicht ein widersinniger und unfruchtbarer Standpunkt: es ist der unbezähmbare Lebenswille, der der Vernunft verbietet, aus der gegebenen Situation richtige, aber schmerzliche Folgerungen zu ziehen. Es

ist möglich, daß ein Zusammenarbeiten mit Deutschland für die Gesamtinteressen der französischen Auslandspolitik nützlicher wäre als die jetzt betriebene Politik, bei der der Gegensatz zu dem deutschen Nachbar die Republik in eine den französischen Interessen in vielen Punkten schädliche Abhängigkeit von der russischen Politik bringt, welche diese mit Geschick auszunutzen versteht. Diese Abhängigkeit von Rußland hat sich in dem letzten Jahrzehnt immer stärker akzentuiert. Frankreich hat sich in steigendem Maße in allen Rußland interessierenden Fragen vor jeder Wahrnehmung solcher französischer Interessen, die den russischen zuwiderlaufen, gehütet. Das trat besonders bei der Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen im nahen und im fernen Osten, dort bei seinen Interessen als Gläubiger der Türkei, hier bei seiner Haltung in der Frage der Anleihe der Sechs-Mächte an China zutage. Seine Politik ist durch die elsaß-lothringische Frage gebannt. Sie ist dank dem unvergleichlichen Machtwillen der Nation die Frage schlechtweg.

Die nationalistische Literatur des modernen Frankreich bezeichnet den heutigen Zustand Europas als Hegemonie Deutschlands. Hinter diesem die tatsächliche Lage schwerlich richtig wiedergebenden Ausdruck versteckt sich das Bedauern über die verlorene Hegemonie Frankreichs, die aus alter Erinnerung jedem Franzosen unbewußt als der natürliche und gerechte Zustand gilt.

In Summa: Auch in Frankreich, trotz dem Rückgang der Geburtenziffer und sinkender realer Macht, hat der Nationalismus nicht abgenommen. Wenn es um die Jahrhundertwende unter dem Einfluß einer materialistischen Welle, die über alle Länder hinwegging, so schien, so hat seit jener Zeit der Nationalismus an Heftigkeit der Äußerungen und Nachhaltigkeit der Empfindungen wieder zugenommen; die junge Generation ist ihm verfallen, die Ideenrichtung, die den Materialismus des Genusses abgelöst hat und deren bedeutendster Ausdruck die Philosophie Henri Bergsons ist, wird von ihm getragen und nährt ihn durch den philosophischen Ausdruck, den sie ihm leiht. Das Land hat, entgegen deutschen Zweifeln, das schwere Opfer der dreijährigen Dienstzeit auf sich genommen, ohne daß außergewöhnliche Widerstände sich

gezeigt hätten. Aus der Erörterung, die diesem Beschluß voranging, geht deutlich hervor, mit welcher Energie das Land sich gegen die Konsequenz der zahlenmäßigen Entwicklung, gegen die Notwendigkeit des Eingeständnisses der eigenen Schwäche zur Wehr setzt, und wenn irgend etwas, so zeigt dieses Streben von der Unerschöpflichkeit des Willens zum Leben, der diese Nation beherrscht.

6.

Das für die Politik wichtigste Ergebnis der letzten zwei Jahrhunderte und die erste Tatsache der weltpolitischen Konstellation der Gegenwart ist die Weltherrschaft Englands. Wie sie im einzelnen entstand, kann uns hier nicht berühren. Wir haben nach der Eigenart und Intensität des politischen Willens zu fragen, der sie heute trägt. In ihm aber wirkt die Vergangenheit fort, deren Erbe er ist.

Das englische Weltreich, das ausgedehnteste, das die Geschichte kennt, das einzige, welches je den Erdkreis umspannt und in allen Erdteilen Fuß gefaßt hat, ist in den letzten drei Jahrhunderten bald langsamer, bald schneller herangewachsen; es hat im großen ganzen nur Einen wesentlichen Rückschlag erlebt, den Abfall jener Siedelungen, aus denen die heutigen Vereinigten Staaten entstanden sind, aber auch diesen schnell eingeholt: seine Entwicklung zeugt von einer wunderbaren Folgerichtigkeit und Zielsicherheit. Die Faktoren seiner Entstehung sind auch heute noch die Faktoren seiner Erhaltung und als solche die Grundlage der vergangenen und gegenwärtigen, wohl auch jeder zukünftigen englischen Politik. Diese Faktoren sind einfach: es sind die Beherrschung der Meere, und jener Zustand des kontinentalen Europas, welche wir als kontinentales Gleichgewicht zu bezeichnen pflegen. Diese beiden Faktoren geben der englischen Politik einen einfachen und einheitlichen Charakter, den sie im Laufe der Jahrhunderte unter äußerlich wechselnden Bedingungen immer bewahrt hat und dessen Grundsätze unbewußt, aber desto unerschütterlicher das politische Denken jedes Engländers bestimmen. England hat nacheinander alle see-

gewaltigen Völker bekämpft und besiegt, alle Flotten, deren es irgendwie im Krieg und im Frieden habhaft werden konnte, zerstört und, soweit es konnte, die Entstehung neuer zu hindern gesucht. Es hat im sechzehnten Jahrhundert die Armada Philipps II., im siebzehnten die Flotte der Holländer vernichtet, in den Napoleonischen Kriegen nacheinander 1793 eine französische bei Toulon, 1797 bei St. Vincent eine spanische, im gleichen Jahre bei Camperdown eine holländische, 1798 bei Abukir eine französische, bei Neapel eine neapolitanische, 1799 den Rest der holländischen, 1801 eine dänische, 1805 bei Trafalgar die französisch-spanische, 1807 durch den Überfall Kopenhagens die dänische zerstört. Es hat während der gleichen Kriege alle nicht englischen Arsenale, Werften, Häfen und Schleusen, die gefährlich werden oder zur Entstehung neuer Flotten dienen konnten, vernichtet. Nach englischen Angaben erbeuteten die Engländer während der Napoleonischen Kriege 260 große und 980 kleine Kriegsschiffe und brachten in den Jahren 1801 bis 1812 jährlich zwischen 2500 und 4000 Handelsschiffe ein, welche als tauglich in die englische Flotte eingestellt wurden. Sie taten dies in der Defensive gegen Napoleon I.; aber diese Defensive verschaffte ihnen die unbedingte Herrschaft zur See, das Welthandelsmonopol und ein ungeheures Weltreich. Wie die Gegnerschaft Frankreichs gegen Friedrich den Großen den Engländern das bis dahin französische Kanada auslieferte, so überlieferte die Zerrissenheit des kontinentalen Europas zu den Zeiten Napoleons I. den Engländern die französischen, holländischen und spanischen Kolonien. Bei all diesen Kämpfen waren die Engländer die einzigen Gewinner. Am 25. März 1807 sagte Dundas im Unterhause: „Nächst der Zerstörung der feindlichen Seemacht war es die beste Politik, die wir befolgen konnten, daß wir uns ihrer Siedelungen bemächtigten.“ Fox entgegnete: „War denn die Wegnahme von Inseln der Zweck des Krieges? Unser Zweck war, Europa vor Frankreich zu beschützen!“ Das Land war für die Regierung. Schwerlich hätte die Opposition, wenn sie an der Macht gewesen wäre, anders gehandelt. Bereits im Jahre 1793 fiel das Drittel von Indien, das damals französisch war, in die Hände Englands, im gleichen Jahre die französischen Niederlassungen in

Westindien, 1796 das Kapland und die holländischen Besitzungen in Indien, dann das spanische Trinidad und so weiter.

Was indes das englische Weltreich geschaffen hat, das waren nicht etwa in erster Linie all diese Taten der Gewalt, nicht die militärischen Siege. Freilich, ohne die siegreichen Schlachten bei Abukir und Trafalgar wäre all dies nicht möglich gewesen. Aber auch mit diesen und noch glänzenderen Siegen wäre ohne den diese Inselbewohner beherrschenden Geist, ohne eine abnorme politische Begabung und ohne eine seltene Mischung politischer Geschmeidigkeit und Energie das Werk, das wir heute bestaunen, nicht möglich gewesen. Es ist in viel höherem Grade ein Werk der Diplomatie als der Waffen. Die Kriegsgeschichte anderer Länder ist reicher an glänzenden Siegen, heroischen Taten. Was England vor anderen Staaten voraus hat, sind nicht die Siege, sondern die guten Folgen seiner Siege. Diese aber sind ein Werk der Politik.

Einem jeden Lande sind politische Genies beschieden gewesen. Man kann nicht sagen, daß der politische Genius in England häufiger und leichter entstünde. Was die Engländer vor den anderen Völkern voraus hatten und haben, das sind nicht die großen Einzelnen, die Cromwell und Pitt: es ist der politische Geist, der die Gesamtheit beherrscht, eine breite politische Oberschicht, deren eingeborene Tradition und geschlossene Denkart einen trefflichen Durchschnitt garantiert, in Ermangelung des Genius dem Talent die Führung sichert, den Pfuscher nicht duldet und immer eine große Anzahl sicher und tüchtig arbeitender ausführender Organe zur Verfügung stellt, ohne die auch die Leistung des Genius an der zähen Tücke der Objekte zuschanden wird. Jeder Engländer, sagte Novalis, ist eine Insel. Diese inselhafte Geschlossenheit des britischen Typus ist die Grundlage der politischen Leistung des Britentums. Jeder Engländer trägt sein Land mit sich herum, indem er es abbildet, und deshalb ist jeder Engländer im Ausland bewußt oder unbewußt ein Agent für die Weltherrschaft seines Volkes.

Es ist die Weltanschauung des Puritanertums, die diesen Typus erzeugt und erhalten hat. Er ist ein Ergebnis der geistigen

Entwicklung des siebzehnten Jahrhunderts. Das Puritanertum machte aus der zähen alltäglichen Arbeit des Diesseits eine Pflicht und aus solcher Pflichterfüllung eine Religion. Der Engländer des siebzehnten Jahrhunderts, der den Kontorstuhl drückte, diente auf diese Weise treu und bescheiden seinem Gott. Der Kolonist, der den jungfräulichen Boden ferner Länder bearbeitete, tat seine religiöse Pflicht und arbeitete für die Weltherrschaft Englands. Beides war ihm ein und dasselbe. Auf dem Boden dieser Tradition des siebzehnten Jahrhunderts ist jene politische Naivität des Engländers entstanden, welche dem Engländer selbst nicht bewußt ist und von den anderen Völkern in ihren Wurzeln selten begriffen wird. Für den Engländer ist Britentum und Zivilisation, die Menschheitsidee, der Weltfriede und die Idee der englischen Weltherrschaft ein und dasselbe. Die Vorherrschaft Englands scheint ihm mit dem Interesse der Menschheit gleichbedeutend. England ist die Freiheit. Der naive Engländer versteht nicht, wie es Völker geben kann, welche die Segnungen der englischen Weltherrschaft nicht begreifen wollen. Da Englands Sache ihm die Sache der Zivilisation, ja der Menschheit ist, erscheint ihm jede Bedrohung dieser Herrschaft als eine Sünde gegen die Zivilisation. Diese Stimmung ist durchaus ehrlich. Sie wird von den anderen Völkern vielfach als Falschheit und Hypokrisie empfunden. Das ist sie indes nicht. Sie ist Naivität, aber nicht Heuchelei. Wenn die englische Politik im Namen der Humanität und Zivilisation in die Streitigkeiten der anderen Völker eingreift und dabei neue Ländergewinne für die englische Weltherrschaft einheimst, so würde doch kein Engländer verstehen, wenn außerhalb Englands diese Art der Wahrung des Menschheitsinteresses als Heuchelei bezeichnet wird. Wenn auf Grund dieser Stimmung England jedem Engländer als der eigentliche Träger der Menschheitsidee erscheint, so beruht auf derselben Stimmung auch der naive Glaube des Briten an sein Recht auf Weltherrschaft. Dieses Recht erscheint dem Briten nicht etwa auf den Machtverhältnissen oder dem Übergewicht der englischen Interessen zu beruhen; es ist eine Art gottgegebenen Rechtes, an dem zu rütteln auch der Feind kein moralisches Recht hat. Daher die eigentümliche moralische Note, welche

das politische Auftreten Britanniens auch dort kennzeichnet, wo dieses Auftreten jedem, der das göttliche Recht Englands auf Weltherrschaft nicht anerkennt, als mit allen Gesetzen der Moral im Widerspruch stehend erscheint. Als die Engländer im Jahr 1807 im Frieden Kopenhagen beschossen und die dänische Flotte wegnahmen, erregte diese Tat überall außerhalb Englands einen Sturm moralischer Entrüstung; aber die Proklamation, welche England vor dieser Wegnahme an das dänische Volk richtete, begründet auch diese Maßregel in durchaus naiver Weise mit dem Interesse der Freiheit und des Friedens der Völker. Wie dieses, ließen sich aus der Geschichte der englischen Eroberungen unzählige Dokumente der gleichen Art aufzählen.

Diese Denkungsart charakterisiert den englischen Nationalismus. Sie unterscheidet ihn von dem Nationalismus aller anderen Völker der Gegenwart. Wer nach Parallelen sucht, muß in der Geschichte bis auf das Imperium Romanum zurückgehen. Gerade diese Parallele aber ist bedeutsam. Der englische Nationalismus wie der der alten Römer ist das Selbstgefühl der Besitzenden. Bei den anderen Völkern ist der Nationalismus nur das Streben nach einer Weltherrschaft, die sie noch nicht besitzen und vielleicht niemals besitzen können. Daher gebärdet sich der englische Nationalismus als Kosmopolitismus. Er ist es indes nur scheinbar. Ihm fehlt anscheinend jener Drang der Unzufriedenheit, jenes ungestüme Begehren, die Leidenschaftlichkeit, die die nationalistischen Bewegungen der anderen Länder kennzeichnet. Und doch wäre ein solches Urteil ein Irrtum. Das wird immer dann offenbar, wenn von irgendeiner Seite her die englische Weltherrschaft beeinträchtigt oder etwa gar in ihren Grundlagen gefährdet wird. Ja, die Äußerungen des englischen Nationalismus pflegen in solchen Zeiten derart zu sein, daß sie dem kontinentalen Europäer als krankhaft und hysterisch erscheinen. Das war zum Beispiel um die Mitte des vorigen Jahrhunderts infolge französischer Flottenpläne der Fall. Näher liegen unserem Gedächtnis die Gemütsbewegungen, welche die deutschen Flottenrüstungen und die Anstrengungen Deutschlands auf flugtechnischem Gebiete in England hervorgerufen haben. Die reichsdeutschen Zeitungen haben

bitteren Spott über einzelne Äußerungen dieser Gemütsbewegung, insbesondere über die Invasionsfurcht und die Luftschiffgespensterseherei ausgegossen. So sehr solche Äußerungen zum Spott reizten, und so lächerlich sie auch dem gebildeten Engländer erschienen, so legen sie doch, wenn man von ihrer Form absieht, Zeugnis ab von einer durchaus ernst zu nehmenden nationalistischen Grundstimmung und einer Höhe der Ansprüche auf Weltherrschaft, welche bereits in dem Anspruch fremder Staaten, zur See nicht von vornherein auf Gnade und Ungnade der englischen Flotte verfallen zu sein, ein Attentat auf die Grundlagen der englischen Weltherrschaft sieht.

Es ist bekannt, bis zu welchem Grade England die Flottenfrage zum Angelpunkt seiner inneren wie äußeren Politik gemacht hat, wie es auf den deutschen Flottenbau hin seine Aufwendungen für die Flotte um ein Vielfaches gesteigert hat, wobei nicht etwa die Regierung, sondern die Stimmung des Volkes die Führung hatte und meist nur darüber gestritten wurde, ob die Forderungen der Regierung ausreichen, selten aber, ob sie zu weit gehen. In allen Kundgebungen offizieller und nichtoffizieller Kreise des britischen Reiches zugunsten einer Abrüstung oder Verständigung über die Einschränkung maritimer Rüstungen hat es sich immer nur um eine Garantie der englischen Seegeltung, niemals aber um ihre Einschränkung gehandelt. Für den naiven Engländer fällt die Schuld an der Rüstungslast denjenigen Staaten zu, welche sich gegen die uneingeschränkte Seeherrschaft Englands, die dem Engländer als Recht erscheint, auflehnen wollen. Die deutsche Regierung hat bei ihren Flottenrüstungen immer wieder und nachdrücklich betont, daß diese Rüstungen rein defensiv gedacht sind, zum Schutze des wachsenden deutschen Überseehandels, und daher ihre Spitze gegen keine andere Macht kehren, eine fremde maritime Hegemonie nicht antasten und eine deutsche nicht begründen wollen, ja von den maritimen Rüstungen anderer Mächte ganz unabhängig sind. Diese Erklärungen haben auf die öffentliche Meinung Englands so gut wie keinen Eindruck gemacht; die englische Regierung hat im Gegensatz zu dieser deutschen Haltung ihre Flottenverstärkungen stets offen mit den deutschen Rüstungen begründet;

und die öffentliche Meinung Englands hat kaum begriffen, daß die deutschen Rüstungen einen anderen Zweck haben können als einen Angriff auf die englische Seeherrschaft, da der Schutz des Handels und die Freiheit der Meere doch gerade durch diese britische Seeherrschaft am besten garantiert ist.

Der englische Nationalismus bleibt Nationalismus, auch wenn er sich kosmopolitisch gebärdet, und — ohne jede Heuchelei — von Weltfriede, Freiheit und Zivilisation spricht. Ja diese kosmopolitische Gebärde zeigt nur, auf wie hoher Stufe er steht. Was ihn von dem Nationalismus anderer Länder unterscheidet, ist sein Erfolg, die Fülle dessen, was er erreicht hat.

Im Jahre 1912 erklärte der englische Staatssekretär des Äußern, Sir Edward Grey, in einer Rede über koloniale Fragen: England sei saturiert. Ist der englische Nationalismus am Ziele seiner Wünsche angekommen? Genügt ihm die Beherrschung des fünften Teils der bewohnten Welt?

Es widerspräche dem Wesen der nationalistischen Tendenz, welche unersättlich ist, wenn dem so wäre. Zunächst ist zu sagen, England ist saturiert, weil es verdaut. Es mag auf lange Zeit hinaus saturiert sein, weil es auf lange Zeit hinaus zu verdauen hat. Die Frage, welche zurzeit im Mittelpunkt seines Interesses steht, ist die Frage der politischen Organisation des ungeheuren Reiches, das größer-britannische Problem. Das Weltreich ist in einer inneren Umbildung begriffen. Das Problem dieser Umbildung absorbiert das imperialistische Interesse und würde für sich allein genügen, jenen von dem englischen Minister behaupteten Zustand der Sättigung zu erklären.

Aber auch sonst kann diese behauptete Sättigung nur relativ verstanden werden. Es ist richtig, daß das englische Weltreich sich seit einem Jahrzehnt in allen Unternehmungen, welche keinen direkten oder indirekten Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Besitzstand, seinem Ausbau und seiner Sicherung haben, eine gewisse Zurückhaltung auferlegt hat, daß England weder die Balkankrise und die türkischen Verlegenheiten für eine imperialistische Expansion zu verwerten suchte, noch in Zentralafrika an den Bestand des Kongostaates und der portugiesischen Kolonien irgendwie zu rühren

unternahm, daß es der russischen Expansion in Persien und der Mongolei nur mit diplomatischen Mitteln unter sorgsamer Wahrung guter Beziehungen zu Rußland, aber ohne Energie entgegengetreten ist, und insbesondere in Persien im großen ganzen einen langsamen Rückzug eingeleitet hat. Aber all das ist in der besonderen politischen Konstellation und den taktischen Folgerungen begründet, welche die englische Diplomatie aus ihr ziehen zu müssen glaubte, nicht aber in einer tatsächlichen inneren Sättigung des Weltreiches oder etwa gar in einem Nachlassen des nationalen Lebensdranges der britischen Nation begründet. Im übrigen ist diese Sättigung nicht alt. Vor etwas mehr als einem Jahrzehnt hat England sich die Burenrepubliken angegliedert und das ungeheure Gebiet des Sudan erworben, so daß heute schon jener einst als phantastisch beschriene Plan einer englischen Kap-Kairo-Bahn, den der große Cecil Rhodes in den achtziger Jahren faßte, zum großen Teil ausgeführt, zu seiner Vollendung nur mehr einer Auseinandersetzung mit Deutschland und Belgien bedarf.

Niemand kann dem englischen Reich solche immer neue Pläne zum Vorwurf machen. Es stellt sich heraus, daß jeder Erwerb über sich selbst hinausdrängt. Er soll ausgebaut werden, und Ausbau erfordert Erweiterung. Auch hier heißt Leben Wachstum. Ägypten erfordert den Sudan als Hinterland. England muß den Sudan beherrschen, um Ägypten zu sichern. Es wird, wenn auch wider Willen, falls der russische Drang nach dem Süden in Persien weiter fortschritte, sich Südpersiens zur Sicherung Indiens versichern. So wird England durch den Besitz selbst zu immer neuen Erwerbungen gedrängt. Es ist eine Grundeigenschaft jedes Besitzes an Geld wie an Boden, daß seine Erhaltung seine Vermehrung erfordert.

Diese Sättigung des britischen Nationalismus also ist eine nur scheinbare; sie ist das Resultat einer vielleicht früher oder später vorübergehenden Konstellation und eines politischen Instinktes der Nation, welche den aus der Konstellation sich ergebenden taktischen Folgerungen Rechnung trägt. Nur im Zusammenhang mit diesem politischen Instinkt kann die Eigenart des englischen Nationalismus verstanden werden. Diesem Nationalismus kommt

es überall auf das Wesen der Sache und nirgends auf den Schein an. Darin enthüllt sich eine alte Tradition der Macht. Der junge Nationalismus pflegt am äußeren Schein der Macht sich zu berauschen und das Prestige anzubeten; dabei kann es vorkommen, daß unter dieser Scheinbarkeit sich reale Ohnmacht verbirgt. Die Freude am Schein sich abzugewöhnen, hat der englische Nationalismus Zeit gehabt, ohne daß er dabei die reale Macht des Scheins meisterhaft zu handhaben verlernt hätte. Ein weiterer Grund für die scheinbare Sättigung des englischen Nationalismus ist darin zu finden, daß die englische Macht viel weiter geht, als der Boden sich ausdehnt, auf dem die englische Flagge weht, viel weiter auch, als die militärische Macht des Inselreiches reicht. Der englische Nationalismus sieht keine Notwendigkeit, dem englischen Reiche Gebiete anzugliedern, die dieses Reich, auch wenn sie nominell frei und unabhängig zu sein scheinen, in Wahrheit sei es durch seine Überlegenheit zur See, sei es mit Mitteln der Diplomatie oder des Kapitals zu beherrschen vermag. So ist Portugal, in vermindertem Maße auch Spanien, in Wahrheit eine Dependance des englischen Weltreiches. Japan vermag sich aus den Fesseln des englischen Geldmarktes nicht zu lösen; England braucht in Südamerika nicht Fuß zu fassen, denn dessen bedeutendster und zukunftsreichster Staat, Argentinien, wird von der Londoner Börse finanziert und so beherrscht. England hat Sorge getragen, daß die Indien umgebenden Staaten, deren Einverleibung eine englisch-russische Grenze schaffen würden, scheinbar unabhängig bleiben, in Wahrheit aber als Vorposten der indischen Festung fungieren. Die naive Freude des jungen Nationalismus, der die Macht des Vaterlandes an der Größe der Gebiete mißt, welche im Atlas die Farbe des Vaterlandes haben, ist dem englischen Nationalismus fern.

Englands Weltherrschaft ruht auf der Flotte; und doch wäre sie unhaltbar, wenn sie nur auf der Flotte ruhte. Sie reicht in Wirklichkeit viel weiter, als die Flotte. Sie hat neben der Seeherrschaft noch zwei andere Grundpfeiler: den britischen Kulturzusammenhang und die Londoner Börse.

Die Macht des britischen Kulturzusammenhangs ist ein schwer zu fassendes Imponderabile. Sie beruht auf der inneren

Stärke der Einheitlichkeit, der suggestiven Kraft des britischen Menschenideals. Es ist kaum möglich, dies Imponderabile zu überschätzen, aber sehr schwer, seine Bedeutsamkeit zu begründen. Die psychologischen Gesetze, welche diese Zusammenhänge regeln, sind wenig erforscht und schwer zu erforschen. Der britische Typus ist ansteckend. Er hat für Individuen anderer Herkunft viel Verführerisches, prägt sich leicht ein und kann leicht angenommen werden. Jeder Typus ist der Entwurf eines Menschenideals. Die Eigenschaft der Übertragbarkeit beruht auf der Eigenart dieses Menschenideals. Dieses Menschenideal ist vielleicht kein höchstes, man kann es auch als ein Durchschnittsideal brandmarken; es hat einfache, aber feste Züge und gerade darauf beruht seine Suggestivität und seine Übertragbarkeit. Es ist ein außerordentlich gesundes, in sich harmonisches und lebenstüchtiges Ideal. Pflicht, Gesundheit, vernünftiger Lebensgenuß, praktische Tüchtigkeit — ein Ideal der Masse, das auf alles Himmelsstürmen und alle Sehnsucht nach dem Unerreichbaren, vielleicht damit auch auf alles wahrhaft Große und auf das tiefste Pathos des Menschen verzichtet. Dieser Typus ist nicht das höchste Menschenideal, das entworfen werden kann, gewiß aber das politisch brauchbarste. Es begründet eine Einförmigkeit der Menschen und ihrer Interessen, welche den inneren Zusammenhalt garantiert und in politischer Beziehung ein zentripetales Moment größter Bedeutung darstellt. Diese Einförmigkeit und dieser natürliche Zusammenhalt garantiert die Unschädlichkeit der Freiheit und ermöglicht mit den moralischen Qualitäten dieses Typus jenes Verfassungsideal des Selfgovernments, das England den anderen Völkern als das Land des politischen Idealzustands, das Land der Freiheit und Zivilisation schlechtweg erscheinen läßt. Die enorme Wichtigkeit dieser Zusammenhänge zeigt die englische Kolonialpolitik. Nur weil England den Kolonien ohne Gefahr vollkommene Freiheit geben konnte, hat es die weißen Kolonien dem Weltreich erhalten können; und diese vollkommene Freiheit konnte es nur geben, weil es auf die Kraft dieses Kulturzusammenhangs, auf die Einheitlichkeit des Typus und die vernünftige Wertung der gemeinsamen praktischen Interessen zählen konnte.

Die Kraft, Geschlossenheit und Einheitlichkeit des britischen Typus läßt den kolonialen Engländer sich nicht zu einer gesonderten nationalen Individualität entwickeln. England kann sicher sein, daß der Holländer Südafrikas bei einer Verschmelzung mit dem Engländer den britischen Typus eher annimmt als ihn aufsaugt, und das gleiche gilt von der französischen Minorität Kanadas. Es kann Einwanderer aller Staaten zur Erschließung seiner weiten Kolonien verwenden, der russische Jude wird ebenso zum Engländer wie der Deutsche und Slowene. Es braucht sich deshalb nicht wie andere Länder aus Angst für die Reinheit seines Typus vor der Nationalisierung von Menschen fremder Herkunft zu scheuen; es tut es nicht und kann sich so als Hort der Freiheit und Heimat aller Heimatlosen verehren lassen. Die moderne englische Geldaristokratie, und gerade derjenige Teil von ihr, auf welcher die modernsten Methoden des Imperialismus beruhen, ist jüdischer Herkunft, aber mit den leitenden Kreisen des englischen Weltreiches vollkommen verschmolzen. Es ist dies dem Anscheine nach nur eine Frage der Institutionen und Gebräuche, in Wahrheit aber eine Frage der Kraft des nationalen Typus, der solche Institutionen und Gebräuche ermöglicht.

Es wird vielleicht eine Zeit kommen, wo Deutsch-Südwestafrika, von deutschen Einwanderern besiedelt, Selbstverwaltung nicht nur verlangen wird, sondern auch erhalten muß. Wenn das Deutschtum bis dahin nicht zum Entwurfe eines festen und geschlossenen Menschentyps gelangt, so wird aus den selbständig gewordenen Einwanderern sich sehr bald eine neue eigene nationale Individualität bilden; und die Betätigung ihrer zentrifugalen Triebe wird eine Frage des Zufalls, der Gewalt oder äußerer Interessen sein.

In Deutschland, wo wie in allen jungen Staaten die Macht der Gewalt überschätzt wird, weil man die Erfahrung Napoleons I. von der impuissance de la force zwar schon oft genug gemacht, aber noch nicht tief genug verstanden hat, wird gemeiniglich geglaubt, das englische Weltreich müsse mit der Zerstörung der englischen Flotte zusammenstürzen. Wenn es auch unmöglich ist, zu prophezeien und in solchen Dingen alles von den näheren Um-

ständen abhängt, so wird man doch sagen können, daß, wer so urteilt, die Grundlagen der englischen Macht nicht verstanden hat. Es würde vielleicht seine tropischen Kolonien verlieren, Ägypten, Indien und einen großen Teil seines Einflusses auf die nicht englischen Länder, seine Herrschaft über Australien, Südafrika und Kanada aber würde, wenn nicht im Falle Kanadas es den Vereinigten Staaten gelingt, die Kanadier zur Verschmelzung zu bekehren, schwerlich berührt werden. Die Macht jenes Kulturzusammenhangs versinkt nicht mit den Kanonen der britischen Schiffe.

Dagegen könnte der Zusammenbruch jenes Kulturzusammenhangs das britische Reich unwiederbringlich zerstören. Der englische Typus ruht auf dem Menschenideal des Puritanertums. Es ist das Ideal nüchternen Fleißes, diesseitiger Pflichterfüllung. Dies Ideal hat den religiösen Glauben, auf den es gegründet war, überdauert. Die ungläubigen Enkel haben es von den gläubigen Ahnen im Blute geerbt. Aber es ist möglich, daß ohne den Schutz des Glaubens dieses Ideal einer allmählichen Zersetzung verfallen muß. Anzeichen einer solchen Zersetzung sind in der geistigen Entwicklung des Englands der letzten Jahrzehnte vorhanden. Die Moderne weiß auf die Frage: wozu Pflichterfüllung? keine Antwort. Das eigentliche tiefste und unter einer weiteren Perspektive gefährlichste Problem der englichen Weltmacht ist die Frage, ob die Zukunft die alte Antwort des Puritaners unversehrt erhalten, neu beleben oder eine neue Antwort wird geben können, oder dem Kopfschütteln der Skepsis Recht geben wird. Dann erst wäre der Verfall des englischen Weltreiches besiegelt.

Als weiterer Pfeiler der englischen Herrschaft tritt neben diesen Kulturzusammenhang das wirtschaftliche Interesse. Beide Pfeiler stützen sich gegenseitig, wie beide wiederum von dem dritten, der Seeherrschaft, gestützt werden. Es ist kein Zweifel, daß die Zugehörigkeit zum britischen Weltreich für die Kolonien ein glänzendes Geschäft ist. Sie haben für alle ihre Unternehmungen die Londoner Stockexchange hinter sich. Wahrscheinlich hätten die englischen Kolonien als selbständige Staaten für ihre An-

leihen statt 3 bis 4, 6 bis 8 Prozent Zinsen zu bezahlen. Von London aus fließt der befruchtende Strom des Geldes. Die Zugehörigkeit zum britischen Weltreich ist in wirtschaftlicher Beziehung eine Art Anschluß an ein umfangreiches und sicher arbeitendes Bewässerungssystem. Diese materiellen Interessenzusammenhänge würden für sich allein vielleicht nicht ausreichen, um das Reich vor inneren Störungen zu bewahren. Die Zeit, in der man an die Allgewalt materieller Interessen glaubte, ist vorbei. Die Zeit hat eingesehen, daß das materielle Interesse, das sich in Zahlen berechnen läßt, zur Begründung von Staaten und Reichen nicht zulangt und im Widerstreit mit der Macht der Idee und des Gefühls, mit nationalen Imponderabilien und dem Drang zur Freiheit, vor diesen sich beugen muß. Da aber England die kolonialen Imponderabilien mit Vorsicht und geschmeidiger Klugheit zu handhaben versteht, eine unschädliche Freiheit gerne und ganz gibt und da kraft jenes starken Kulturzusammenhangs die Kolonien ideell an das Mutterland gefesselt bleiben, arbeitet der einigenden Kraft der materiellen Interessen nichts entgegen, daher sie denn ihre volle Wirkung tun können.

Wir können diese Zusammenhänge hier nur streifen, nicht aber ausführlich darstellen. Das zentrale Problem der inneren Politik des heutigen England ist der Imperialismus[11]). Die Fragestellung, deren Beantwortung die Geister scheidet, kann wie folgt formuliert werden: mit welchen Mitteln soll das ungeheure Weltreich zusammengehalten und als innere Einheit konsolidiert werden? Soll England, um die Kolonien wirtschaftlich bevorzugen zu können, zum Schutzzoll übergehen? Ist es möglich, aus den zerstreuten Ländern ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zu bilden? Wenn es möglich ist, ist es politisch nötig oder genügt der Kulturzusammenhang und das finanzielle Band?

Wie bekannt, hat der Übergang der konservativen Partei zum Schutzzoll den Liberalen die Herrschaft verschafft, welche sie heute noch innehaben. Der liberale Imperialismus hat das Schwergewicht auf den Kulturzusammenhang gelegt, und die Entwicklung der Kolonien und ihres Verhältnisses zum Mutterland hat kein Argument gegen die Richtigkeit dieser Politik erbracht. Man

kann sogar sagen, es ist der Beweis erbracht worden, daß vom politischen Standpunkt aus englische Schutzzölle mit Vorzugszöllen für die Kolonien als imperialistische Maßregel nicht nötig ist. Eine andere Frage ist es natürlich, ob das wirtschaftliche Interesse der englischen Industrie nicht über kurz oder lang Schutzzölle erfordert.

Die englische Politik ist sich der Bedeutung dieses Kulturzusammenhangs durchaus bewußt. Sie hat die Meinungsmache der Kolonien in sehr geschickter Weise in London zentralisiert. Sie ist durchaus imperialistisch gefärbt. Die australische, südafrikanische, kanadische Presse urteilt auf Grund eines Nachrichtenmaterials, das ihr aus London und nur aus London zugeht. Diese Nachrichten variieren immer neu das Thema, daß Gedeihen und Freiheit der Kolonien nur durch ein starkes England geschützt werden kann, sprechen von deutschen Plänen auf Australien und ähnlichem. Welche Bedeutung man dieser Meinungsmache zumißt, zeigen hinter den Zeilen die Verhandlungen der Reichskonferenzen über das Pressewesen. In der Geschichte der Beiträge der Kolonien zu den Kosten der englischen Flotte hat diese Meinungsmache eine wesentliche Rolle gespielt.

Die Aufwendungen, welche das kleine England für die Erhaltung seiner Kolonien machen muß, sind in dem letzten Jahrzehnt rasch und stark gewachsen. Zudem hat England sich genötigt geglaubt, den größten Teil seiner Flottenmacht in den heimischen Gewässern verfügbar zu halten. Dadurch hat sich der Glanz der englischen Seemacht in der Übersee vermindert. Die Suprematie auf dem Mittelmeer konnte nicht aufrechterhalten werden. In der Pazifik sehen sich die Australier ohne ausreichenden Schutz gegen das ihnen verdächtige Japan. Diese Entwicklung hat die englische Politik vor die Notwendigkeit gestellt, die Lasten der Reichsverteidigung von den Schultern des kleineren England auf die breiteren Größerbritanniens zu legen. Das ist, wie bekannt, zum Teil gelungen, zum anderen Teil auf dem besten Wege. Die Kolonien leisten steigende Hilfe zu den Kosten der Flotte. Sie stellen aber eine Forderung, deren Berechtigung sie aus dieser Leistung ableiten: Beteiligung an der politischen Leitung des Reiches. Man ist ihnen durch die Institution der sogenannten

Reichskonferenzen, durch Informierung der leitenden Kolonialminister entgegengekommen; eine Bewilligung dieser mit besonderem Nachdruck von Kanada betriebenen Forderung würde eine Umgestaltung der britischen Verfassung und der ganzen Reichsorganisation voraussetzen, welche auf Grundlage der parlamentarischen Institutionen Englands sich sehr schwer durchsetzen läßt. Bis zur Lösung dieses schwierigen verfassungstechnischen Problems werden menschlicher Voraussicht nach noch Jahrzehnte vergehen. Der Wunsch der Kolonien wird indes immer stärker werden, und eines Tages wird man eine Lösung finden. Dafür bürgt die politische Klugheit und Geschmeidigkeit des Engländertums. Dionys von Halikarnaß fand einst den Grund für die Erfolge Roms und den Mißerfolg des athenischen Reiches in der Elastizität der römischen Politik, welche die Staatsform den veränderten Bedingungen anzupassen verstand, während Athen die spröde Schale der Stadtverfassung nicht zu dehnen und alles Angegliederte sich nicht innerlich einzuverleiben vermochte. Alles spricht dafür, daß auch die Geschichte der Zukunft England in dieser Beziehung mit dem Imperium Romanum vergleichen wird.

7.

Unter den Großmächten der Weltpolitik ist das Deutsche Reich die jüngste. Innere Zerrissenheit und Mangel an politischer Begabung brachten das deutsche Volk während langer Jahrhunderte um jede politische Geltung. Glänzende Waffenerfolge blieben ohne politischen Nutzen. Die militärische Tüchtigkeit der Bevölkerung kam fremden Interessen zu gut. England führte seine Kolonialkriege mit deutschen Söldnern. Als dann durch die zähe Energie des preußischen Stammes und den Genius Bismarcks ein einiges Deutsches Reich geschaffen und so dem deutschen Volk die äußere Möglichkeit weltpolitischer Betätigung gegeben wurde, war es spät geworden; die besten Stücke des Erdkreises waren verteilt. Bismarck sah nach dem glücklichen Kriege gegen Frankreich die Hauptaufgabe in der Konsolidierung der errungenen Einheit. Um Frankreichs Blicke von der Rheingrenze

abzulenken, begünstigte er, so sehr er konnte, die französische Expansion in Afrika und Asien. Als er gegen Ende seiner Tätigkeit daran ging, einer zukünftigen kolonialen Tätigkeit Deutschlands einige übriggebliebene Stücke Afrikas zu sichern, vermied er es sorgsam, weiter zu gehen, als das englische Interesse vertragen konnte. Er vermied es, von Deutsch-Südwestafrika aus auf das Hinterland der Kapkolonie, das heutige Rhodesien, überzugreifen. Bismarck hielt die deutsche Weltpolitik in den Grenzen, die die Rücksicht auf die Kontinentalpolitik nach seiner Ansicht ihr ziehen mußte, stellte die Kontinentalpolitik in jeder Hinsicht über die Weltpolitik und ließ dieser nur zukommen, was jene gestattete.

Das junge Deutsche Reich aber drängte hinaus in die Welt. Die Bevölkerung wächst jährlich um 8—900 000 Menschen, und für diese neuen Massen muß Nahrung oder, was das gleiche ist, Arbeit gefunden werden. Damit das Land die wachsende Bevölkerung nähren kann, müssen die deutschen Waren steigenden Absatz im Auslande finden. Es müssen immer mehr Waren den Weg über die Grenzen finden. Der großartige wirtschaftliche Aufschwung, der der politischen Konsolidierung folgte, ist bekannt. Dank des zähen Fleißes, der Tüchtigkeit, der wissenschaftlichen Bildung, des Lebensdranges des deutschen Volkes gelang es, an Stelle der Menschen die Waren zu exportieren. Die deutsche Wirtschaft umspann mit ihren Interessen und Leistungen die Welt, sie hat sich in manchen Zweigen einen ersten, in allen einen zweiten oder dritten Platz erobert. Dem wirtschaftlichen Interesse mußte das politische folgen. Die enorme Arbeitsleistung des aufstrebenden Volkes zwingt das junge Reich zur Weltpolitik.

Die Geschichte der nationalen Empfindung verläuft parallel dieser wirtschaftlichen Entwicklung. Die Einigung Deutschlands war auf der einen Seite ein Abschluß der nationalen Entwicklung, eine Erfüllung der nationalen Wünsche. Sie war auf der anderen Seite der Beginn einer neuen Entwicklung, der Keim neuer, weitergehender Wünsche. Wie für das Streben des Individuums, so gibt es für die Begehrung der Völker keinen Abschluß und kein Ende. Mit der Entstehung weltpolitischer Interessen hat sich auch der deutsche Nationalismus weltpolitisch orientiert. Die Ansprüche

des deutschen Volkes auf Macht und Geltung, nicht nur in Europa, sondern rings um die Erde, sind schnell gestiegen. Als im Jahre 1907 die Regierung des Fürsten Bülow um einer kolonialpolitischen Frage willen den Reichstag auflöste und an das Volk appellierte, hielten Wahltechniker, die an den Erfahrungen früherer Zeiten klebten, die Wahlparole für unpopulär und eine Niederlage für unvermeidlich. Das Gegenteil trat ein. Die ältere Generation der Politiker stand erstaunt vor der elementaren Kraft des weltpolitischen Geltungswillens der Nation. Wenn man die Haltung der oppositionellen Parteien und Zeitungen zu nationalen Fragen, insbesondere zu Rüstungen zu Lande oder zu Wasser, vor zwanzig und zehn Jahren mit der heutigen vergleicht, so ist jedem offenbar, daß hier so gut wie alles anders geworden ist. Keine bürgerliche Partei kann sich in solchen Fragen eine Politik der Negation gestatten; auch die Sozialdemokratie muß bei ihrem parlamentarischen Verhalten und ihrer Agitation im Volke dem nationalen Argument von Jahr zu Jahr mehr Rechnung tragen. Die Flottenpolitik insbesondere ist getragen von einer gefühlsmäßigen Popularität, vor deren suggestiven Kraft sich mit der Zeit auch diejenigen Politiker, die aus taktischen Erwägungen die politische Nützlichkeit eines großen Flottenbaus bezweifelt haben, beugen mußten.

Diese Entwicklung der wirtschaftlichen Interessen und der weltpolitischen Empfindungen auf der einen, die Konsequenzen der kontinentalen Situation des Deutschen Reiches auf der anderen Seite begründen die Eigenart der politischen Lage des modernen Deutschlands. Deutschland ist ringsum eingeschlossen von Ländern einer entwickelten und alten staatlichen Kultur. Es grenzt an kein Gebiet möglicher kolonialer Expansion. Es liegt in der Mitte der Großmächte. Kein anderer Staat ist in der gleichen Lage. Alle seine Nachbarn haben ein mögliches Expansionsgebiet vor der Türe. Rußland hat Asien, Österreich-Ungarn den Balkan, Frankreich und Italien die afrikanische Nordküste, das meerumflossene England die Welt. Alle diese Staaten haben mehr oder weniger nur eine Seite zu verteidigen und die andere frei. Das in der Mitte Europas gelegene Deutschland ist von der politischen

Konstellation Europas abhängiger als seine Nachbarn. Es ist schwerer gegen feindliche Bündnisse zu sichern und bedarf zu solcher Sicherung einen größeren Aufwand an diplomatischen oder militärischen Machtmitteln. Auf der Erkenntnis dieser Lage beruht die Politik Bismarcks, die, im wesentlichen Kontinentalpolitik, den Notwendigkeiten dieser Kontinentalpolitik die Wünschbarkeiten der Weltpolitik unterordnete. Es ist offenbar, daß bei allen afrikanischen, türkischen, persischen, chinesischen Unternehmungen die deutsche Politik sich zunächst zu fragen hat, welche Rückwirkungen ein derartiges Eingreifen Deutschlands auf die Konstellation des europäischen Kontinents ausüben muß. Sie wird, wenn sie in der europäischen Türkei, in Persien oder in China russischen Interessen begegnet, Rußland noch enger an die Seite des unwandelbar feindlichen Frankreich heften, wird, wenn sie in Mesopotamien ein englisches Interessengebiet antastet, England auf die Seite der Gegner treten sehen. In der Tat haben die ersten weltpolitischen Unternehmungen Deutschlands derartige Wirkungen gehabt. Die deutsche Orientpolitik, die durch das Bagdadbahnunternehmen eingeleitet wurde, hat Russen und Engländern einen möglichen gemeinsamen Gegner gezeigt und zu ihrer Verständigung manches beigetragen, weswegen denn auch viele deutsche Diplomaten kontinentaler Denkart dieses Unternehmen aus Gründen politischer Taktik für durchaus verfehlt erklärten und für die Schwierigkeiten, auf welche die deutsche Politik in dem ersten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts infolge einer gegen sie orientierten Konstellation der großen Weltmächte allerorten stieß, dieses und andere Unternehmungen weltpolitischen Charakters verantwortlich machten. Als Deutschland im Jahre 1904 der kolonialen Expansion Frankreichs gegenüber von der Tradition Bismarcks abwich und dieser, die sie bisher unterstützt hatte, entgegenzutreten unternahm, war dieser Umschwung trotz der vielfachen Nebenmomente und Nebenabsichten, über deren Einfluß und Richtigkeit ein historisches Urteil noch kaum gefällt werden kann, Ausdruck und Anerkennung einer durch die wirtschaftliche Entwicklung gegebenen Notwendigkeit, zukunftsreiche Länder nicht völlig unter fremden Einfluß fallen zu lassen. Aber

gerade diese Anerkennung verdeutlichte das eigenartige Dilemma zwischen kontinentalpolitischen Rücksichten und weltpolitischen Interessen, welches die politische Situation des Deutschen Reiches kennzeichnet. Es wird behauptet, das Deutsche Reich habe wenige Jahre früher noch die Möglichkeit gehabt, gemeinsam mit England dem französischen Vordringen in Marokko Einhalt zu gebieten. Wie dem auch sei, Deutschland fand bei seiner Aktion England und Rußland auf der Seite Frankreichs, Rußland als den geldbedürftigen Verbündeten der Franzosen, England, weil es aus einer Reihe von Gründen, unter denen auch die weltpolitischen Absichten Deutschlands, seine Orientpolitik und der Flottenbau fungieren, sich Frankreich genähert und für die marokkanische Frage seine Unterstützung zugesagt hatte. Als Deutschland dann, bauend auf die rechtliche Fundierung seiner These, statt unter dem Druck seiner militärischen Überlegenheit das erschrockene Frankreich zu einem Separatabkommen zu zwingen, zu dem diplomatischen Mittel einer Konferenz griff, fand es auf dieser sich einer geschlossenen Phalanx gegenüber, vor der es, wollte es nicht in einer ungünstigen Aufstellung und gegen die Sympathien der Welt einen europäischen Krieg entfesseln, sich zu einem Vertrag verstehen mußte, der zwar nicht dem Wortlaut nach, aber praktisch die marokkanische Expansion Frankreichs ermöglichte.

Die Grenzen, die jener Vertrag dieser Expansion setzte, wurden durch die Arbeit Frankreichs und die Entwicklung, welche die Verhältnisse in Marokko selbst unter dem Einfluß dieser Arbeit nahmen, langsam verschoben und erweitert. Von der Konferenz von Algeciras 1906 bis zu dem Februarabkommen des Jahres 1909 war die deutsche Politik in folgender Lage: Frankreich erweiterte langsam die Algecirasakte und unterhöhlte allmählich die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Sultans, die diese Akte im Prinzip gewahrt wissen wollte. Deutschland hatte Handhaben genug, auf Grund der internationalen Akte gegen dieses Vorgehen einzuschreiten. So oft es dies indes tun wollte, sah es sich einer Gruppierung der Mächte gegenüber, in deren Schutz die französische Politik sich sicher glaubte und zu keinem

Nachgeben bereit war. Ja, jede deutsche Aktion mußte diese Gruppierung enger zusammenschließen. Die sogenannte Einkreisungspolitik Eduards VII. hat sich an der marokkanischen Frage herangebildet und bewährt. Die Geringfügigkeit der einzelnen Verstöße Frankreichs gegen die Algecirasakte machte es der deutschen Politik praktisch unmöglich, von dem Argument des Schwertes Gebrauch zu machen. So war die deutsche Politik in der marokkanischen Frage durch eine europäische Konstellation, welche sich an dieser Frage gebildet hatte, lahmgelegt und hatte die Folgen dieser Konstellation auch in anderen als der marokkanischen Frage zu spüren. In diesem Zusammenhang zwischen Weltpolitik und Kontinentalpolitik liegt, wenn man so will, der Circulus vitiosus der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches. Weltpolitische Unternehmungen haben Rückwirkungen auf die Kontinentalpolitik, unter deren Einfluß das Deutsche Reich sich weltpolitisch beschränken muß.

Weltpolitik indes muß getrieben werden. Die wirtschaftliche Expansion und der Lebenswille des Volkes drängen hinaus. Die deutsche Politik muß dem Circulus vitiosus entrinnen. Sie kann nicht für reine Kontinentalpolitik optieren. Die Aufgabe, die diese Situation stellt, ist das eigentliche Problem der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches. Alles, was geschieht, läßt sich als Versuch ihrer Lösung auffassen. Es ist klar, daß die weltpolitische Bewegungsfreiheit des Deutschen Reiches desto größer ist, je unabhängiger von der Konstellation der Mächte seine kontinentale Stellung ist. Daher gilt es zunächst, das Deutsche Reich von dem „Cauchemar des coalitions" zu befreien, der Bismarck bedrückte. Daher ist das erste Erfordernis der deutschen Weltpolitik, daß Deutschland auf dem Kontinent so stark ist, daß jeder möglichen Konstellation gegenüber die Chancen des Sieges auf seiner Seite sind. Nur dann wird es bei weltpolitischen Unternehmungen die Rückwirkungen auf die kontinentale Konstellation auf sich nehmen können. Ja, diese Rückwirkungen werden ausbleiben, sobald man sieht, daß Deutschland auf dem Kontinent mit Aussicht auf Erfolg auch durch Zusammenschluß seiner weltpolitischen Gegner nicht angreifbar ist. Die Entscheidung über

die deutsche Weltpolitik fällt auf dem Kontinent. Die deutsche öffentliche Meinung hat diesen Zusammenhang zwischen der militärischen Stellung Deutschlands auf dem Kontinent und seiner weltpolitischen Bewegungsfreiheit noch nicht durchweg begriffen. Ihr scheint die Flotte das erste Instrument der Weltpolitik. Und gerade weil die politische Sehnsucht der Nation weltpolitisch gerichtet ist, ist die Flotte in dem heutigen Deutschland populärer als das Heer. Indes kann man sich vielleicht eine deutsche Weltpolitik ohne eine überragende Stellung zur See, aber gewiß keine ohne eine solche Stellung zu Lande denken. So wichtig die Flotte für den realen Schutz der Interessen über See wie für die Imponderabilien der Macht ist, das Heer ist noch wichtiger. Der Einfluß der starken Stellung zu Lande ist freilich ein indirekter, der weniger in die Augen springt als die direkte und greifbare Wirkung der Stellung zur See.

Durch seine jüngste Heeresverstärkung hat Deutschland einen großen Schritt zu derjenigen Festigung seiner kontinentalen Stellung getan, welche die Grundlage weltpolitischer Bewegungsfreiheit bildet. Die Gegenmaßregeln der Franzosen zeigen der Welt, daß Deutschland der von Natur stärkere Teil ist und durch Anstrengungen der möglichen Gegner militärisch nicht mehr lahmgelegt werden kann. Damit muß sich, wenn Vernunft und Einsicht in die reale Lage die Handlungen der Menschen bestimmt, die Stellung dieser möglichen Gegner zu den weltpolitischen Unternehmungen Deutschlands allmählich ändern.

Für die allmähliche Befreiung der deutschen Politik aus dem erwähnten Circulus vitiosus wie überhaupt für die Eigenart ihrer Möglichkeiten und Bedingungen ist die zweite Phase der Marokkoaffäre besonders charakteristisch. Diese zweite Phase, welche als ihre Liquidation bezeichnet werden kann, beginnt mit dem deutsch-französischen Marokkoabkommen vom Februar 1909.[12]) Durch dieses Abkommen versprach die deutsche Politik auf der Basis der Akte von Algeciras die politische Aktion Frankreichs in Marokko nicht zu behindern, wogegen Frankreich die wirtschaftliche Gleichberechtigung Deutschlands und die Berücksichtigung seiner ökonomischen Interessen zusagte. Durch diesen Vertrag versuchte die deutsche

Politik die marokkanische Frage aus der europäischen Politik auszuscheiden und sich ihrer Rückwirkung auf die kontinentale Konstellation zu entledigen. Die marokkanische Frage hatte gleichsam ein Netz über die deutsche Bewegungsfreiheit geworfen. Aus diesem Netz suchte man sich zu befreien. Es ist gar kein Zweifel darüber, daß dieses Abkommen den Rückzug oder die Fortsetzung des Rückzuges bedeutete, den Deutschland auf der Konferenz von Algeciras angetreten hatte. Wenn sich später herausstellte, daß dieser Rückzug kein vollständiger war, sondern in der Berufung auf die Akte von Algeciras eine mögliche Wiederaufnahmestellung in sich enthielt, so kann doch nicht behauptet werden, daß dieser Rückzug schon damals nur ein Scheinmanöver war und die deutsche Politik mit einer zukünftigen Wiederaufnahme rechnen konnte. Das Abkommen erwies sich als eine richtige Berechnung. Europa fühlte sich erleichtert. Der marokkanische Druck war von der deutschen Politik gewichen. Es wurde eine Transaktion mit Rußland möglich, durch welche gegen Anerkennung der russischen Vorzugsstellung in Nordpersien, Rußland seinen Widerstand gegen die Bagdadbahn aufgab und ein deutsch-russischer Streitpunkt aus der Welt geschafft wurde. Die diplomatische Einkreisung, welche sich an der Marokkoaffäre bewährt und erhalten hatte, war durchbrochen. Nunmehr konnte die deutsche Politik den Versuch wagen, die marokkanische Frage wieder aufzunehmen und zum mindesten eine günstige Liquidation durchzusetzen. Dieser Versuch mußte, wenn nicht infolge einer solchen Wiederaufnahme die gleiche Rückwirkung auf Europa sich wieder einstellen sollte, zu einer kurzen und vollständigen Liquidation führen. Das Unternehmen wäre nicht gelungen, wenn nicht die französische Politik in der Behandlung der marokkanischen Wirren einen entscheidenden Fehler gemacht hätte. Sie verstand nicht zu warten. Hätte sie zu warten verstanden, so wäre ihr Marokko, ohne daß Deutschland Gelegenheit gefunden hätte, Entschädigungsansprüche zu stellen, langsam aber sicher in den Schoß gefallen. Sie unternahm eine Expedition nach Fez, das zwar zu erreichen, aber nicht wieder zu verlassen war. Die militärische Okkupation der Hauptstadt aber verletzte die Grundbestimmungen der Akte von Algeciras, welche die Basis

des Februarabkommens bildeten, und gab so der deutschen Politik die Freiheit des Handelns zurück. Die Entsendung zweier Kriegsschiffe nach Agadir zum Schutz der dort bedrohten Deutschen war rechtlich unanfechtbar. Frankreich wurde vor die Wahl gestellt, Deutschland auf dem Wege der Gewalt oder der friedlichen Verständigung aus Südmarokko zu entfernen. Im ersteren Fall wäre das Odium des Krieges auf die Republik gefallen. Frankreich wählte den zweiten Weg. Es ist bekannt, wie sehr die langwierigen Verhandlungen Europa erschüttert haben. Schließlich erhielt Frankreich das Protektorat über Marokko gegen die Sicherung der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in Marokko und eine quantitativ bedeutende, qualitativ zum Teil umstrittene Gebietsabtretung am Kongo. Zieht man die vorige Entwertung der marokkanischen Aktie in Betracht, so muß gesagt werden, daß Deutschland in letzter Stunde noch eine unverhältnismäßig günstige Liquidation erreichte.

Aber mit welchem Aufwand an Mühe und diplomatischen Mitteln, unter welchem Risiko war dies ermöglicht worden! Dieses Kapitel deutscher Weltpolitik illustriert wie kein anderes die Eigenart der weltpolitischen Situation des Reiches, die Begrenztheit seiner Expansionsmöglichkeiten, die Verkettung der Weltpolitik mit Kontinentalpolitik, die Kompliziertheit der Faktoren, mit denen eine deutsche Weltpolitik zu rechnen hat. Alle diese Schwierigkeiten entspringen in einer geographischen Situation, welche große Kräfte fesselt und die Bewegungsfreiheit hemmt, daher denn Deutschland, um Weltpolitik treiben zu können, einer ungeheuren Entfaltung realer Machtmittel bedarf.

An dieser Marokkoepisode aber läßt sich des weiteren die Entwicklung aufzeigen, welche der politische Geltungsdrang des deutschen Volkes seit der Reichsgründung genommen hat, und zwar nicht nur seine Zunahme an Intensität, sondern auch sein Mangel an Urteil und Zielsicherheit. Dieser Seelenzustand der Nation in bezug auf die Weltpolitik und sein Verhältnis zu den oben erwähnten Bedingungen und Schwierigkeiten weltpolitischer Betätigung charakterisiert die Eigenart der deutschen Weltpolitik.

Es ist leicht, und daher kaum nötig, nachzuweisen, daß der politische Lebensdrang des deutschen Volkes seit der Reichsgründung stark und ununterbrochen gewachsen ist. Sein Wachstum hat Schritt gehalten mit dem Wachstum der Interessen — ja, wenn man Gefühle zahlenmäßig messen könnte, müßte man wahrscheinlich sagen, er sei ihm vorausgeeilt. Der deutsche Nationalismus schäumt heute auf, wenn Gebiete, in denen es nennenswerte deutsche Interessen noch kaum gibt, einem zukünftigen deutschen Einfluß entzogen werden und zeigt, daß auch dem kosmopolitischsten aller Völker jene Grenzenlosigkeit des Strebens, welche das Wesen des Nationalismus ausmacht, nicht fremd ist.

Dieses Wachstum der nationalen Empfindung können wir überall konstatieren, wo immer wir Äußerungen des politischen Denkens aus den zwei ersten Jahrzehnten nach der Reichsgründung mit solchen aus der Gegenwart vergleichen. Am augenscheinlichsten ist wohl das Zeugnis, das der Umschwung der Haltung ablegt, die die politischen Parteien und Zeitungen gegenüber den nationalen Forderungen einnehmen. Die Kämpfe, welche die Militärvorlagen der achtziger Jahre hervorriefen, sind heute undenkbar. Keine der bürgerlichen Parteien kann es mehr wagen, eine Verstärkung der militärischen Machtmittel, die die Regierung im Interesse der auswärtigen Position des Reiches für notwendig erklärt, abzulehnen; selbst die Sozialdemokratie, welche, durch ihr Programm gefesselt, natürlich Gegner bleibt, muß in der Bekämpfung solcher Forderungen eine gewisse Vorsicht und Zurückhaltung üben und leugnet nicht, daß sie, wenn es über einer solchen Frage zu Neuwahlen kommt, einer empfindlichen Niederlage sicher ist. Das heißt nichts anderes, als daß der nationale Drang heute nicht mehr nur das Empfinden der Gebildeten, des Adels oder des städtischen Bürgertums beherrscht, sondern im Volke selbst, unaufhörlich wachsend, lebendig ist und auch da, wo er zu fehlen scheint, nur schlummernd auf den Ruf der Ereignisse wartet.

In keiner Zeit, zu keinem Anlaß hat die deutsche Regierung so heftige und leidenschaftliche Angriffe erfahren, als während der Marokkoangelegenheit und insonderheit während der Phase dieser

Angelegenheit, welche als ihre endgültige Liquidation bezeichnet werden kann. Die Entsendung zweier Kriegsschiffe nach Agadir hat auf den deutschen Nationalismus wie ein Weckruf gewirkt. Diese Kreise fühlten sich aus einer erzwungenen Passivität, in der Deutschland den weltpolitischen Fortschritten anderer Nationen neidisch zusehen sollte, selbst aber keine auf der Landkarte aufzeigbaren Fortschritte aufzuweisen hatte, zu dem endlichen Gebrauch ihrer Kräfte, deren Überlegenheit sie sich bewußt waren, gerufen. Man glaubte, die Regierung hätte nun endlich eingesehen, daß Deutschland das reiche Land, in dem man Milch und Honig fließen sah, nicht in die Hände des frechen Frankreich fallen lassen könne und ginge daran, es ihm im letzten Momente abzujagen. Als man dann erfuhr, daß die Regierung nichts weiter als eine leidliche Liquidation der leidigen Affäre durchsetzte und, wie wir annehmen müssen, durchsetzen wollte, war man enttäuscht, niedergeschlagen, fühlte sich betrogen. Die Leitung der auswärtigen Politik wurde mit einer Leidenschaft angegriffen, welche noch wenige Jahre früher bei einem solchen Anlaß undenkbar war und deren Maßlosigkeit alle Grenzen gesunder Vernunft überschritt.

Diese Maßlosigkeit charakterisiert den Seelenzustand, in welchem sich die nationalistische Bewegung des modernen Deutschland befindet. Es hat etwas Rührendes und zugleich elementar Gewaltiges, wie dieses junge, zur politischen Einheit gelangte Volk nach Jahrhunderten von Zerrissenheit, Fremdherrschaft und politischem Leid nun von der Sehnsucht zur Macht gepackt und seiner selbst innegeworden, den kosmopolitischen Schlaf und die Erinnerungen des Aschenbrödels abschüttelnd, über die Meere drängt. Aber gerade dieses Überwiegen des gefühlsmäßigen Charakters in dem deutschen Nationalismus zeigt, wie viel dieser unpolitischen Nation noch zu jenen Eigenschaften fehlt, welche die großen weltpolitischen Völker aller Zeiten besessen haben und besitzen mußten. Leidenschaft allein hat zu keiner Zeit ausgereicht. Der deutsche Nationalismus hat noch ein wenig von den Manieren eines jungen Hundes an sich, der, linkisch und schwerfällig, noch nicht weiß, wie er die noch ungelenken Glieder gebrauchen und wann er bellen soll. Der

politischen Leidenschaft fehlt der politische Sinn. Das ist nicht erstaunlich, woher sollte er kommen? Er setzt die Tradition voraus und eine lange Geschichte. Er wird in Generationen erworben, und die heutige Generation ist die erste in der Geschichte des deutschen Volkes, die vor weltpolitische Aufgaben gestellt wird. Der deutsche Nationalismus ist noch nicht frei von den Manieren des Emporkömmlings; er hat da und dort noch Einschläge von Neid und Ressentiment, welche beide schlechte Berater sind. Er sieht mehr auf die Äußerlichkeit als auf das wahre Wesen, hat einen Glauben an die Gewalt, die wohl genügt, um zu erwerben, aber nie, um zu bewahren, was sie erworben hat, weiß nicht, daß die Dinge reifen müssen und daß Geduld eine der ersten politischen Tugenden ist, sondern hat die begreifliche Ungeduld eines Volkes, das, Jahrhunderte getreten, hat warten müssen und zu wachsen angefangen hat, als die anderen den Hauptteil des Besitzenswerten bereits besaßen. Der deutsche Nationalismus sah Marokko durch das Novemberabkommen des Jahres 1911 im Meer versinken und warf der Regierung vor, daß sie es abgelehnt hatte, um den Besitz dieses Landes einen Krieg gegen Frankreich und England zu führen. So argumentiert Leidenschaft und Ungeduld; kühl rechnender Verstand muß sich sagen, daß auch die französische Herrschaft Marokko nicht vom Erdboden verschwinden machen kann, daß, wenn ein siegreicher Krieg Voraussetzung seines Erwerbes ist, dieser Krieg auch später und unter aller menschlichen Voraussicht nach günstigeren Bedingungen, also mit mehr Aussicht auf Erfolg gekämpft werden kann und dann neben anderem ein befriedetes, also ein besseres Marokko als Siegespreis winke. Gegen eine solche Argumentation ist vom Standpunkt auch des leidenschaftlichsten Nationalismus nichts einzuwenden. Und doch hat keine der reichsdeutschen Zeitungen, die sich so verzweifelt gebärdeten, so argumentiert. Auch über den überaus verwickelten Zusammenhang, in welchem für die deutsche Politik Weltpolitik und Kontinentalpolitik stehen, über die Grenzen und Rücksichten, welche dieser Zusammenhang ihr auferlegt, sind sich die deutschen Nationalisten nicht klar. Sie sind sich klar nur über ihren Willen zur Macht und weltpolitischen Geltung.

Wenn wir uns der in dem ersten Kapitel getroffenen Unterscheidung zwischen einem extensiven und einem intensiven Nationalismus erinnern, so wird nicht zu leugnen sein, daß die nationalistische Bewegung in Deutschland, wie übrigens in allen europäischen Ländern, vornehmlich extensiv ist. Das ist nicht weiter erstaunlich, denn die erklärten Nationalisten sind überall gerade die Partei und die Gruppe, welche die extensive Komponente des nationalen Lebensdranges vertreten. Der intensive Nationalismus ist ja seinem Wesen nach überall mehr kulturell als politisch gerichtet und spielt deshalb in dem politischen Leben der Nationen nicht die gleiche Rolle. Was aber eigenartig ist und in gewissem Sinne das Zeitalter charakterisiert, also der Hervorhebung bedarf, das ist, daß die extensive Komponente in unserer Zeit überall die stärkere zu sein scheint als die intensive. Das trifft nicht nur auf Deutschland, sondern auf alle anderen Länder zu, mag aber hier an dem Beispiele Deutschlands aufgezeigt werden.

Man spricht und schreibt viel mehr von einer Ausdehnung der deutschen Macht als von einer Vertiefung und inneren Bereicherung des deutschen Wesens. Man mißt mit Zahlen die wirtschaftliche Expansion und vergißt, sich zu fragen, ob diesem Wachstum in die Breite auch ein Wachstum in die Tiefe entspreche, ob sich das deutsche Wesen vertieft oder nicht etwa verflacht habe. Es wäre vielleicht leicht, durch einen Vergleich mit der kulturellen Blüte des deutschen Geistes und der deutschen Empfindung in früheren Zeiten nachzuweisen, daß das letztere der Fall ist und die Zeit eines ungeheuren Aufschwungs auf wirtschaftlichem Gebiete die Zeit einer kulturellen Verflachung sei. Es trifft ein solcher Nachweis nicht nur auf Deutschland, sondern auf alle Länder zu und charakterisiert bis zu einem gewissen Grade das Zeitalter. Die großen geistigen Konzeptionen, an denen die Eigenart der Völker und ihrer Kulturen sich gebildet hat, gehören früheren Zeiten an; unsere Zeit hat keine aufzuweisen, durch die das innere Wesen der Völker sich umgeformt, weitergebildet, vertieft hätte.

Das Problem als solches gehört nicht in den Rahmen dieser Darstellung. Aber die indirekten Folgen dieser Entwicklung greifen auf

das weltpolitische Gebiet über. Es ist möglich, daß es sich bei dieser Erscheinung um eine vorübergehende Folge einer Zeit ungeheurer äußerer Bewegung, die alle Kräfte absorbiert, handelt, und daß die Nationen über kurz oder lang das Wachstum in die Tiefe, wenn man so sagen kann, wieder aufnehmen. Dann wird vielleicht diese Umkehr als vornehmliches Interesse zunächst auf die Extensität des Nationalismus dämpfend wirken, letzten Endes aber in einer Akzentuierung der Volkspersönlichkeiten ihm für später nur noch größere Kraft zuführen. Es ist ferner möglich, daß es sich um keine vorübergehende, sondern um eine dauernde Erscheinung handele, die nur eben erst sich zu entwickeln begonnen hat. In diesem Falle erhält des Problem weltgeschichtliche Bedeutung. Es ist klar, daß, wenn wir das organische Volk, sein Wachstum und Schicksal mit dem Leben des Baumes vergleichen, die Kultur, ihre Kraft und Eigenart, die Rolle spielt, die in diesem Leben des Baumes den Wurzeln zukommt. Wurzeln und Äste müssen organisch wachsen — bleiben die Wurzeln zurück, so werden auch die überentwickelten Äste den Untergang des Baumes nicht aufhalten, ja ihn beschleunigen. Dies ist nur ein Gleichnis und wie alle Gleichnisse schief und unzutreffend. Aber es unterliegt doch keinem Zweifel, daß überall und immer in der Geschichte der Niedergang der Völker mit dem Niedergang ihrer Kulturen begonnen hat. Das, was die Völker im innersten zusammenhält, ihnen das unendliche Streben gibt und den Volksgenossen befähigt, über seine eigenen Interessen hinaus im Dienste einer überindividuellen Pflicht zu arbeiten, ja sein Leben an die Erfüllung solcher Pflichten zu setzen, das ist nicht der Blutzusammenhang allein, es ist die bewußte oder unbewußte Idee, in welcher das Wesen des Volkes sich investiert hat, der Glaube an ein Höheres, welches gerade in seinem Volke lebt und sich erfüllen soll. Ohne diesen Glauben ist jeder Nationalismus verurteilt.

Ein Niedergang der kulturellen Vertiefung bedeutet nichts anderes als den Verfall dieses Glaubens. In diesem Sinne hängt das Schicksal des englischen Weltreichs an der Frage, ob jene religiös politische Idee, die der Pflichtglaube der Puritaner einst

geschaffen hat, und die das alte England beherrscht und groß gemacht hat, in dem neuen sich wird halten können oder durch eine neue Konzeption des Ideals wird ersetzt werden können. In dem gleichen Sinne hängt das Schicksal Deutschlands an der Frage, ob der alte Idealismus in der neuen Gestaltung der äußeren Dinge sich wird halten und eine neue Form wird finden können. Wenn es aber richtig ist, daß überall die Kultur der Völker sich verflache, an Tiefe und innerem Gehalt verliere, dann ist damit gesagt, daß auch der Quell zu versiegen beginne, aus dem die Nation als überindividueller Organismus die ewige Lebenskraft trinkt — und dann halten wir in dem Beginn einer solchen Entwicklung den Beginn einer Dämmerung des Nationalismus selbst. Dann heißt das nichts anderes, als daß die Nationen aufhören, die Träger der Ideen zu sein, und dann wären sie, da das Streben der Menschheit ein ewiges und unendliches ist, bestimmt, abgelöst zu werden vielleicht von Organismen anderer Art, in welchen sich die Ideen dann investieren, und wenn diese Organismen quer gelagert wären, würde auf das Zeitalter des Nationalismus ein Zeitalter eines neuen Kosmopolitismus folgen. Aber selbst wenn die alten Völker wirklich niedergehen, wird eine solche Entwicklung immer vorübergehend sein und nie die ganze Erde umspannen, denn andere junge Völker harren noch der Reife, ja der Geburt, der Schoß der Erde wird nicht unfruchtbar werden; die nationalen Organismen haben sich immer jeder kosmopolitischen Bewegung gegenüber als das stärkere Lebensprinzip erwiesen, und wie es immer war, wird es auch in Zukunft sein.

Wir kommen nach dieser spekulativen Abschweifung auf Deutschland zurück, um zusammenfassend die Eigenart des Faktors zu kennzeichnen, den das Deutsche Reich für das Getriebe der Weltpolitik bedeutet. Ein junges Volk von enormer Arbeitskraft und Tüchtigkeit mit schnell wachsender Bevölkerung ist zur Aktivität erwacht. Es macht ungeheure Fortschritte auf wirtschaftlichem Gebiete, seine Interessen erweitern sich und greifen über die Meere. Äußere Notwendigkeit und innerer Lebensdrang zwingt es zur Weltpolitik. Eingezwängt in ungünstige Grenzen, bedarf es zur Verteidigung großer Machtentfaltung, ist in seiner weltpolitischen

Bewegungsfreiheit vielfach gehemmt. Es muß um seiner weltpolitischen Freiheit willen zu Hause gegen alle Eventualitäten gesichert sein. Es kann sich die noch offenen weltpolitischen Betätigungsgebiete nicht verbauen lassen. Ein Versuch einer solchen Verbauung wird, vielleicht von vorübergehendem Erfolg begleitet, auf die Länge an seiner realen Macht wie an seinem gewaltigen Lebensdrang scheitern.

8.

Unter ganz anderen Verhältnissen und Lebensbedingungen hat sich die Entwicklung der größten außereuropäischen Weltmacht, der Vereinigten Staaten von Amerika, vollzogen. Wer die Eigenart ihres Nationalismus und ihrer Weltpolitik verstehen will, muß auf die europäische Brille verzichten.

Zunächst handelt es sich hier um eine Nation, deren Bildung noch nicht abgeschlossen ist. Die europäischen Völker sind ihr gegenüber feste, von einer langen Vergangenheit geformte Typen. Auch ihre Eigenart bildet sich weiter und mag sich wandeln, aber ihre inneren Möglichkeiten sind vorgezeichnet und begrenzt, ihre Umrisse fester. Den Kristallisationskern der amerikanischen Nation bildeten die englischen Einwanderer des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts. Um ihre Ideenwelt, ihre Sitten, ihren Gottesglauben, ihre Zähigkeit und Organisationsbegabung hat sich die übrige und spätere Einwanderung herumgelagert. Der Typus, der sich durch die Mischung bildete, ist zwar ein wesentlich anderer geworden, hat aber doch eine große Verwandtschaft mit dem Engländertum: und diese Verwandtschaft wird durch die Sprache gehalten, die das Engländertum der neuen Nation gab. Was indes für das Verständnis der amerikanischen Nation von heute und ihre inneren Probleme von größter Bedeutung ist, ist die Erkenntnis, daß die Bildung eines amerikanischen Typus, eines spezifisch neuen Menschenideals auch heute noch nicht abgeschlossen ist. Die ungeheure Vermehrung der Einwanderung im neunzehnten Jahrhundert, ein starker Einschlag deutschen und irischen Blutes, dann die enorme wirtschaftliche Entwicklung, welche immer neue Möglichkeiten schnell wechseln ließ, haben die Konsolidierung und

ruhige innere Entwicklung eines amerikanischen Menschentypus erschwert. Die Ansätze sind überall da; in der Phraseologie des politischen Lebens scheint der Begriff des amerikanischen Bürgers, seiner Sitten und Anschauungen festzustehen; aber wenn man näher zusieht, scheint er doch erst im Umriß vorhanden. Der Präsident Roosevelt hat im Jahre 1894 in einer Schrift über den „wahren Amerikanismus" gezeigt, was da alles noch schwankend und unklar ist. Seine Schrift ist eine Philippika gegen die europäischen Neigungen und Vorlieben der alten Amerikaner, gegen die Neigung der Neueingewanderten, an ihrem Geburtsland mit ihren Erinnerungen kleben zu bleiben. Er predigt den Amerikanismus. Aber er zeigt selbst, ohne es zu wollen, die Wurzel aller Unsicherheit. Er muß den Amerikanismus definieren, den er predigt. Was er da Positives sagt, sind indes nur Selbstverständlichkeiten, die für jede nationale Idee gelten. Was er Negatives sagt, ist nur die Verurteilung jener Schwankungen und Unsicherheiten. Kein nationales Ideal läßt sich negativ bestimmen. Ideale bedürfen eines positiven Gehalts, um wirksam zu sein. Natürlich hat auch das amerikanische Menschenideal einen durchaus positiven Inhalt. Aber gerade er ist eben noch in der Bildung begriffen und schwankend. Es fließt in ihn viel ein von dem Ideengehalt der amerikanischen Verfassung, deren Grundsätze für den Amerikaner eine Art Bibel sind. Der freie Bürger, das sich selbst regierende, allen offene Volk, der freie Glaube, die Menschenrechte, der Stolz, der aus diesem Glauben fließt, und die Pflichten tüchtigster Selbstbewährung, die er auferlegt, der vorwärtsgewandte Blick, die ungeheuren Möglichkeiten, die das weite Land der tätigen Schaffensfreude bietet — alles das sind positive Elemente des Amerikanismus. Sie sind herausgewachsen aus den Anschauungen der altenglischen Einwanderer, die das freie Amerika begründet haben. Sie haben Besitz von den späteren Einwanderern germanischer Rasse ergriffen.

Und doch: der freien Entfaltung und dem weiteren Ausbau dieses Ideals trat später und tritt heute manches in den Weg. Zunächst die tatsächliche Entwicklung der wirtschaftlichen und infolgedessen der politischen Verhältnisse.

Seit Anbeginn der Welt ist das Ideal der Freiheit und alles Streben nach ihr mit einem tragischen Schicksal behaftet. Sie wird am Ende die Geister nicht los, die sie rief. Sie gebärt sich Kinder, die die Neigung haben, die Mutter zu erdrosseln. Unter ihrem Schutze und durch sie der ewig schöpferischen Menschennatur entlockt, entstehen Gebilde einer neuen Macht, die, unersättlich wie jede Macht, schließlich die Freiheit der anderen gefährdet. Die Befreiung des wirtschaftlichen Lebens von allen Fesseln früherer Jahrhunderte hat überall in der Welt das wirtschaftliche Leben zu ungeheurer Entfaltung gebracht. Aber überall sind aus dieser Entfesselung neue Bindungen hervorgegangen. Man hat die Freiheit der Konkurrenz und die Freiheit der Vertragsschließung stabiliert und muß nun wahrnehmen, wie aus der Freiheit der Vertragsschließung neue Gewalten hervorgehen, die die Freiheit der Konkurrenz, mag sie auch theoretisch und in den Gesetzen des Staates und den wirtschaftlichen Ideen der Menschen noch bestehen, praktisch nicht nur bedrohen, sondern längst auf einigen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens vernichtet, auf anderen eingeschränkt haben. In keinem Lande ist die Entwicklung so sichtbar geworden und so fortgeschritten wie in Amerika. Das Problem der Trusts ist zum Angelpunkt der inneramerikanischen Politik geworden. Wir können es in diesem Rahmen nicht behandeln, müssen aber doch, trotz seiner großen Schwierigkeit, seiner erwähnen, da seine Folgen für das amerikanische Menschenideal, mithin für die weltpolitischen Möglichkeiten des Amerikanismus, von größter Bedeutung sind. Aus dem Geist des amerikanischen Bürgertums, der Verfassung und den ideellen Grundlagen des amerikanischen Lebens heraus muß der Staat einen Kampf gegen die neuen Gewalten führen, die in den Trusts herangewachsen sind. Er muß ihn führen, wenn er sich nicht diesen Gewalten selbst ausliefern will; in dem Kampf des Staats gegen die Trusts kämpft die alte Freiheitsidee des amerikanischen Volkes den Kampf für sich selbst. Die Inhaber der Staatsgewalt werden durch die öffentliche Meinung gezwungen, den Kampf gegen die Trusts zu führen oder wenigstens zu versprechen. Die Abneigung gegen die Trusts spielt bei den Wahlen eine ausschlaggebende Rolle. Der

Kampf ist aussichtslos, ja, er kann nur mehr zum Schein geführt werden. Die Macht der Trusts über den Staat ist größer als die Macht der trustfeindlichen Wähler — die Trusts beherrschen die Realität, die Trustfeindschaft nur mehr den Schein. Die Trusts beherrschen die Wahlen, die unter der Parole der Trustfeindschaft gefochten werden. Hier offenbart sich die Tragik der demokratischen Freiheit: die Freiheit wird schließlich zu einer Welt schöner Scheinbarkeit, in die sich die Macht wirtschaftlicher Gewalten verkleidet. Wir stehen heute mitten in dieser Entwicklung, lesen von Prozessen und Programmen gegen die Trusts, von Untersuchungen und Verurteilungen, sehen zwar, daß die Machthaberschaft der Trusts da und dort die Methoden ändert, sehen aber nirgends, daß sie irgendwie erschüttert oder gebrochen würde.

Es ist offenbar, daß diese Entwicklung hinter die amerikanische Freiheitsidee ein Fragezeichen gesetzt hat. Dieses Fragezeichen ist ihr Einfluß auf das amerikanische Menschheitsideal, auf die Möglichkeiten des nationalen Typus. Die Bildung dieses Typus wird dadurch unterbrochen, aus den alten Bahnen in neue abgelenkt. Es ist heute beinahe unmöglich, die Bedeutung dieser Entwicklung, die sich in der Gegenwart vollzieht und erst in der Zukunft in einer weiteren Perspektive sichtbar werden wird, zu übersehen. Wenn wir indes, trotz der materialistischen Neigungen des Zeitalters, die Lehre der Geschichte festhalten, daß, wo immer eine Weltherrschaft gegründet wurde und von Dauer sein sollte, der Glaube an ein Menschheitsideal die Vorbedingung war, die erst die Gewalt zur Macht organisieren kann und ohne die alles zerbröckelt, dann müssen wir auch die Frage nach der ferneren weltpolitischen Zukunft der Vereinigten Staaten abhängend denken von der Frage, ob die Ansätze positiven Menschheitsideals jenseits der Atlantik sich entfalten oder verkümmern werden.

Dieser Tragödie der wirtschaftlichen Freiheit entspricht eine Tragödie der politischen Freiheit. Beide hängen ursächlich aufs engste zusammen und bilden *einen* Prozeß. Es ist die Krisis des Repräsentativsystems, welche wiederum zwar nicht auf die Vereinigten Staaten beschränkt, aber in ihnen am weitesten fortgeschritten ist. Diese Krise berührt ein anderes Element des alten

amerikanischen Ideals, die Selbstregierung des souveränen Volkes. Auch hier scheint, was früher Wahrheit war, auf dem Wege zur Scheinbarkeit zu sein. Aus den Strömungen im Volke wachsen die Parteien, als Vertreter dieser Strömungen und Meinungen, hervor. Aber auch der gläubige Anhänger der demokratischen Dogmen kann nicht leugnen, daß die so entstandenen Parteien, zu gewaltigen Organisationen geworden, sich verselbständigt und von dem Boden gelöst haben, auf dem sie entstanden. Die Parteimaschine wird zur selbständigen Macht. Wenn sie auch nicht unabhängig ist von den Strömungen im Volke, so ist sie doch nicht mehr deren getreuer Ausdruck; sie ist so mächtig und groß geworden, daß, wenn sie sich im Gegensatz zu den Strömungen im Volke befindet, nicht mehr von selbst eine Konkurrenz entsteht oder ohne weiteres leichthin aus dem Boden gestampft werden kann. Die Herrschaft über die Strömungen im Volk ist selbst zu einer komplizierten Kunst geworden, welche die Scheinbarkeiten handhabt, an denen überall die öffentliche Meinung hängt. An Stelle des unabhängigen Wählers, der zur leeren Konstruktion herabzusinken droht, tritt der Techniker der Wahlmache; und wenn die Stimmung des Wählers noch Einfluß hat auf die Programme der Parteien, so ist sie doch ohne Einfluß auf ihre Handlungen; und daß die Programme der Parteien mit ihren Handlungen übereinstimmten, ist ein Glaube, der der Vergangenheit angehört. Dieser Krise des Repräsentativsystems entspringen die Erfolge der Idee des Referendums, welches überall in den einzelnen Staaten und Kommunen siegreich vordringt, über dessen schließlichen Sieg und seine mögliche Wirksamkeit heute indes noch nicht geurteilt werden kann.

Diese innere Entwicklung, sagten wir, hat die ideelle Entfaltung und Festigung des amerikanischen Typus erschwert und zu einem Problem der Zukunft gemacht. In derselben Richtung wirkte die spätere Entwicklung der Einwanderung.

Dabei wirken zwei Momente zusammen. Die Einwandererscharen, die nach der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts nach den Vereinigten Staaten geströmt sind, sind im allgemeinen schwerer, als die früheren, von ihrer Heimat zu lösen. Sie entstammen

einer Zeit, in der die nationalen Tendenzen in dem alten Europa schon erstarkt waren; sie haben die nationale Stimmung ihres Ursprungslandes mitgenommen, und der Puls der Heimat schlägt in ihnen weiter. Sie setzen der restlosen Amerikanisierung einen größeren Widerstand entgegen und erschweren so die Vereinheitlichung des amerikanischen Volkes. Sie werden Amerikaner und bleiben doch Deutsche, Engländer, Iren, und so entsteht an Stelle des einheitlichen Amerikanertums der Typus des Deutsch-Amerikaners, des Anglo-Amerikaners, des Irisch-Amerikaners. An Stelle des Einen Typus entsteht eine Vielgestaltigkeit von Typen, die, wenn sie auch durch das gemeinsame Amerikanertum gebunden sind, doch im Rahmen dieser Gemeinsamkeit vielfach divergieren. Gegen diese Erscheinung zieht Roosevelt in der oben angeführten Schrift gegen den Amerikanismus zu Felde: „Wir heißen den Deutschen, den Iren willkommen, der Amerikaner werden will, aber wir können keinen Fremdling gebrauchen, der nicht von seiner Nationalität lassen will. Wir brauchen keine Deutsch-Amerikaner und Irisch-Amerikaner, die eine besondere Schicht in unserem politischen und gesellschaftlichen Leben bilden wollen. Wir können nichts anderes gebrauchen als nur Amerikaner, und wenn sie das ganz sind, dann kann es uns gleich sein, ob sie deutscher oder irischer Abkunft sind. Es ist in unserem gesunden amerikanischen Gemeinwesen kein Platz für einen deutsch-amerikanischen oder irisch-amerikanischen Stamm."

Wie indes jeder, der die Entwicklung der inneren Verhältnisse der Vereinigten Staaten daraufhin prüft, ohne Mühe sehen kann, helfen derartige Appelle nichts: die Rolle, die die Stammesorganisationen bei den Wahlen und sonst im öffentlichen Leben des Staates spielen, hat an Bedeutung zugenommen. Durch diesen innerhalb des amerikanischen Volkes bestehenden Partikularismus greifen die europäischen Differenzen auf das innere Leben der Vereinigten Staaten über, vor allem eine Differenz: die deutsch-englische. In Zeiten gespannter deutsch-englischer Beziehungen und heftiger Preßfehden zwischen der deutschen und der englischen Presse wird ein Teil dieses Preßkampfes in der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten ausgefochten, wobei die Fehden

zwischen deutsch-amerikanischen und anglo-amerikanischen Zeitungen an Heftigkeit hinter den Fehden der deutschen und englischen Blätter in Europa nicht zurückbleiben. Es wäre sogar ein leichtes, aus zahlreichen Beispielen der letzten Jahre nachzuweisen, daß der Streit in Amerika heftiger tobt als in Europa.

Faßt man diese Entwicklung unter einer allgemeineren Perspektive, so sieht man die Geschichte um eine Lösung eines interessanten und seltenen Problems ringen: die Neubildung einer Nation in Zeiten der Neubelebung der alten Nationen, aus denen die neue sich bilden soll. Es scheint, als ringe hier eine Zukunft, die nicht recht entstehen kann, mit einer Vergangenheit, die immer lebendiger wird. Will man diesen Gedankengang über Gebühr pressen, so könnte man sagen, Amerika sei um hundert Jahre zu spät daran; die Bildung des neuen Volkes hätte vor der Bewußtwerdung der europäischen Nationalismen beendet sein müssen.

Schließlich fällt aber dies Problem und seine Schwierigkeiten kaum ins Gewicht gegen eine andere schwerere Frage, vor die ein anderer Faktor in der Geschichte der Vereinigten Staaten die Idee der amerikanischen Nation gestellt hat.

Dieser andere Faktor ist die Tatsache, daß die germanische Einwanderung so gut wie aufgehört hat, an ihre Stelle aber eine enorme romanische und slawische getreten ist. Die germanische Einwanderung war immerhin im Grunde homogen; wenn sie sich auch nicht ganz dem alten Amerikanertum assimilierte, so doch zum größten Teil und in den wesentlichsten Punkten, und das, ohne die ideellen Grundlagen des bisherigen Amerikanismus zu gefährden; gelang ihre vollständige Verschmelzung nicht sofort, so war sie doch nicht hoffnungslos. Die neue Einwanderung aber bringt Elemente, welche nicht nur unter sich, sondern auch dem bisherigen Amerikanertum vollständig heterogen sind. Nichts verbindet sie mit der amerikanischen Ideenwelt. Die Zahlen sprechen über die Bedeutung dieser Verschiebung eine deutliche Sprache. Die Entwicklung hat erst angefangen, diese Richtung einzuschlagen, und doch macht sie schon heute, neben der Trustfrage, das schwierigste Problem der inneren Politik der Vereinigten Staaten aus. Nach der Veröffentlichung des Zensusamts über die Resultate der Volks-

zählungen von 1900 und 1910 stellt sich die Verschiebung für Neuyork wie folgt dar: Im Jahre 1900 bildete die fremdgeborene Bevölkerung ein Drittel, 1910 40% der Gesamteinwohnerschaft. Sie betrug 1910 1927000 gegen 1260000 im Jahre 1900. Unter diesen Fremdgeborenen standen 1900 die im Deutschen Reich geborenen an erster Stelle. 1910 sind die Deutschen von den Russen und Italienern überflügelt worden. In Rußland sind 483580 Neuyorker geboren, darunter zum mindesten zwei Drittel Juden. Dann folgt Italien mit 340524, Deutschland mit 279242, Irland mit 252528, Österreich (zum größten Teil Slawen und Juden) 193203, England mit 101217 und Ungarn (darunter ebenfalls viele Slawen und Juden) mit 73336. Wenn auch diese Neuyorker Zahlen nicht für das ganze Land gelten, so zeigen sie doch die Richtung an, in der die Entwicklung geht. Diese Entwicklung gefährdet nicht nur den germanischen Grundcharakter der Blutmischung und das Vorwiegen des angelsächsischen Menschentypus, sondern ebenso die protestantische Grundlage der amerikanischen Ideenwelt, also neben der Einheit der Rasse die ideelle Einheit. Der Religion nach sind die Neueingewanderten zum größten Teil Katholiken, Russisch-Orthodoxe, Juden. In Boston, dem geistigen Hauptsitz des protestantischen Lebens, sind jetzt 52% Katholiken. Dazu kommt, daß auch diese romanischen und slawischen Neueinwanderer ihren bewußten Nationalismus in die Neue Welt mitgebracht haben, ihre Erinnerungen nicht mehr aufgeben, Gruppen bilden und Fremdkörper bleiben.

Die amerikanische Regierung hat ebenso wie die geistigen Führer der Nation die in dieser Entwicklung liegende Gefahr längst erkannt. Ihre jüngste Politik in der Einwanderungsfrage stellt einen Versuch dar, diese Entwicklung zu korrigieren. Man stellt wachsende Anforderungen an die Einwanderer und macht neuerdings ihre Zulassung nicht nur von einem Minimum an finanziellen Mitteln, sondern auch von dem Nachweis des Besitzes der Schreibkunst abhängig, und will Analphabeten nicht mehr zulassen. Ob diese Vorschriften, die sich nur gegen die slawische und romanische Einwanderung, nicht aber gegen die germanische richten, viel helfen werden, steht dahin. In diesem Chaos von

Wirren kommt dann noch das alte, aber auch heute noch ungelöste Problem der Negerfrage. Da aber das prozentuale Verhältnis der Neger zu den Weißen abnimmt, so belastet dieses Problem die Zukunft nicht in höherem Grade als die Vergangenheit und Zukunft und kann für die Zwecke dieser Betrachtung außer acht bleiben.

Wird das amerikanische Leben diesem Wirrwarr der Rassen gegenüber die innere Einheit und Gemeinsamkeit der ideellen Grundlagen, soweit es sie schon hatte, wahren, soweit sie ihm noch fehlte, erringen können? Das ist das Problem des amerikanischen Nationalismus. Millionen zusammengewürfelter Menschen bilden, selbst wenn die Einheit eines Staates sie alle umfaßt, noch keine Nation. Die Stärke einer Nation liegt in ihrer organischen Einheit. Erst aus ihr kann jener Lebensdrang der nationalen Gesamtheit entstehen, der einer Weltpolitik Rückhalt und Ziel gibt.

Während wir in den Staaten Europas festen nationalen Einheiten als gegebenen Faktoren der weltpolitischen Tendenzen gegenüberstehen, stehen wir in den Vereinigten Staaten noch vor der Frage, ob eine solche sich zu Ende bilden und welcher Charakter ihr eignen wird. Erst die Zukunft wird diese Frage beantworten können. Menschlichem Ermessen nach wird früher oder später die gemeinsame politische Atmosphäre, die gemeinsame Schule, die Einheit des äußeren Lebens, die Blutmischung alle divergierenden Tendenzen überwinden. Wann indes diese Entwicklung abgeschlossen, welcher Art die zukünftige Nation sein wird, steht dahin. Zunächst wirken die schwierigen Probleme und Aufgaben, mit denen der jetzige Zustand das amerikanische Leben belastet, der Zielsicherheit des nach außen gewandten nationalen Wollens entgegen.

Die bisherige Geschichte des weltpolitischen Wollens der Vereinigten Staaten kann in der Geschichte der Monroedoktrin zusammengefaßt und überschaut werden. Ihre Entwicklung und allmähliche Umgestaltung ist die Entwicklung und allmähliche Umgestaltung der politischen Ansprüche der Vereinigten Staaten.

Der Ursprung der Monroedoktrin ist eine Erklärung des Präsidenten Monroe aus dem Jahre 1823. Im Jahre 1823

war die politische Situation des amerikanischen Kontinents die folgende: Ungeheure Gebiete waren noch unerschlossen, politisch nicht abgegrenzt, unter unsicheren Herrschaftsverhältnissen. Im Süden kämpften die spanischen Kolonien um ihre Unabhängigkeit gegen Spanien. Im äußersten Norden suchte Rußland seine Herrschaft über das sterile Alaska nach fruchtbaren Gebieten auszudehnen. Durch einen Vertrag vom Jahre 1818 hatten England und die Vereinigten Staaten ihre Streitigkeiten über den Besitz noch unabgegrenzter Gebiete im Norden vertagt und ein zehnjähriges Kondominium über diese damals noch wenig bekannten Gegenden beschlossen.

Den russischen Plänen traten England und die Vereinigten Staaten vereint entgegen. Damals erklärte der Staatssekretär Adams dem russischen Gesandten in Washington, Baron Tuyl, offen: „Wir werden Rußland das Recht auf jede territoriale Festsetzung auf diesem Kontinent bestreiten und offen das Prinzip aufstellen, daß die amerikanischen Kontinente künftighin keiner neuen kolonialen Festsetzung europäischer Staaten unterworfen werden dürfen."

Gleichzeitig suchte Spanien die Intervention der heiligen Allianz gegen seine revoltierenden Kolonien. Der Vertrag vom 20. November 1815 verpflichtete Österreich, Rußland, Preußen und England, alle revolutionären Bewegungen, welche die Völker gegen die legitimen Regierungen unternehmen könnten, zu unterdrücken. Frankreich war 1818 beigetreten. Während der diplomatischen Bemühungen Spaniens bei den Mächten der heiligen Allianz verkündete der Präsident Monroe in seiner Jahresbotschaft an den Kongreß die Grundsätze, die später den Namen der Monroedoktrin erhalten haben. Es sind zwei Grundsätze, das Prinzip der Nichtkolonisation und das Prinzip der Nichtintervention. Das erste Prinzip wird in dem § 7 der Botschaft aufgestellt und lautet: „Diese Umstände bieten eine gute Gelegenheit, als ein Prinzip, in welchem die Rechte und Interessen der Vereinigten Staaten zusammengefaßt sind, den Satz aufzustellen, daß die amerikanischen Kontinente, infolge der Freiheit und Unabhängigkeit, die sie errungen haben und festhalten, für die Zu-

kunft nicht mehr als Gegenstand irgendeiner Kolonisation seitens irgendeiner europäischen Macht zu betrachten sind."

In den §§ 48 und 49 wird das Prinzip der Nichtintervention wie folgt begründet: „An den Kriegen der europäischen Mächte anläßlich von Fragen, die diese selbst betreffen, haben wir nie irgendeinen Anteil genommen, und es verträgt sich nicht mit unserer Politik, es zu tun. Was dagegen die Bewegungen in dieser Halbkugel betrifft, sind wir notwendigerweise unmittelbarer berührt. Das politische System der verbündeten Mächte ist in dieser Beziehung wesentlich verschieden von dem amerikanischen. Wir sind daher den freimütigen und freundlichen Beziehungen, welche zwischen den Vereinigten Staaten und diesen Mächten bestehen, schuldig zu erklären, daß wir jeden Versuch ihrerseits, ihr politisches System auf einen Teil dieser Hemisphäre auszudehnen, als unseren Frieden und unsere Sicherheit gefährdend ansehen müssen. In den bestehenden Kolonien eines europäischen Staates haben wir nicht interveniert und werden wir nicht intervenieren. Was aber die Regierungen betrifft, die ihre Unabhängigkeit proklamiert und aufrechterhalten haben und deren Unabhängigkeit wir aus ernsten Gründen und nach gerechten Prinzipien anerkannt haben, könnten wir eine Intervention, welche zum Zwecke hat, diese Staaten zu unterdrücken oder auf irgendeine andere Weise eine Kontrolle über ihr Schicksal auszuüben, von seiten irgendeines europäischen Staates nicht mit ansehen, ohne sie als Bekundung einer feindlichen Gesinnung gegen die Vereinigten Staaten aufzufassen. Es ist unmöglich, daß die verbündeten Staaten ihr politisches System auf irgendeinen Teil dieses Kontinents ausdehnen, ohne unseren Frieden und unser Glück zu gefährden. Niemand kann glauben, daß unsere südlichen Brüder, sich selbst überlassen, eine fremde Intervention freiwillig annehmen würden. Es ist daher gleicherweise unmöglich, daß wir eine solche Intervention, in welcher Weise sie auch erfolge, mit Gleichgültigkeit ansehen könnten."

Um diese beiden Prinzipien kristallisierte sich der politische Wille der neuen amerikanischen Nation. Die Botschaft des Präsidenten wurde in den Vereinigten Staaten mit ungeheurem

Jubel aufgenommen. Die ideellen Grundlagen des Amerikanismus standen den Prinzipien der heiligen Allianz gegenüber. Daher wurden diese wenigen Sätze zu einer politischen Idee. Die Idee überdauerte die Umstände, die ihre Formulierung veranlaßt haben. Die heilige Allianz besteht nicht mehr, kein Mensch denkt mehr an die Möglichkeit einer Intervention, die irgendeinen Teil des amerikanischen Kontinents dem politischen System Europas unterwerfen könnte; der ganze Kontinent ist kolonisiert und aufgeteilt, die Möglichkeit einer neuen europäischen Kolonisation, gegen die sich der § 7 wendet, besteht nicht mehr. Nimmt man die Monroedoktrin in ihrer ursprünglichen Fassung, so ist sie gegenstandslos geworden. Als politischer Faktor ist ihre Idee bedeutsamer denn je.

Sie erwies sich als eine geschmeidige Formel, die sich der Entwicklung des politischen Empfindens und Begehrens in staunenswerter Weise anzupassen vermochte. Sie nahm alles, was die Vereinigten Staaten bis heute wünschen konnten, in sich auf und verlieh der politischen Aktion jenen wirksamen und nützlichen Schein eines Rechtsgrundsatzes, der, den in ihm investierten politischen Willen stützend, gegen jeden Widerstand von außen ein mächtiges Imponderabile ins Feld führte. Die Formel wurde zur politischen Doktrin, welche als fester und gemeinsamer Inhalt des politischen Denkens die Nation auf ein Ziel einigte. Sie ist geschmeidig genug, um wechselnde Interpretationen zu ertragen, sowohl um in Fällen angewandt zu werden, auf die sie nicht paßt, als um in anderen außer acht gelassen zu werden, auf die sie paßt. Die amerikanische Politik hat in den folgenden Jahrzehnten in wechselnder Praxis die Monroedoktrin stillschweigend erweitert oder stillschweigend wieder eingeschränkt. Die allgemeine Entwicklung aber ging in der Richtung ständiger Erweiterung, wobei indessen gesagt werden muß, daß diese Erweiterung, abgesehen von dem politischen Empfinden, niemals die ständige Praxis, sondern nur gelegentliche Anwendungen bestimmen konnte.

Zunächst dient die Monroedoktrin dem amerikanischen Staat dazu, Gebiete für sich zu beanspruchen, deren Eroberung sie anderen Staaten verwehrt. Damit geht der Defensivcharakter des

Prinzips der Nichtkolonisation in einen offensiven Charakter über: Europa soll nicht nur keine neuen Kolonien auf amerikanischem Boden erwerben, sondern aus seinen alten zurückweichen. Schon in der Frage des venezolanischen Grenzstreits und in der Kubafrage hatte das Prinzip keinen anderen Sinn. In analoger Weise hat das Prinzip der Nichtintervention seinen rein defensiven Sinn in einen offensiven umgedreht. Während es die Intervention der heiligen Allianz abwehren sollte, wurde es schließlich zu einem Rechtsgrundsatz, welcher eine amerikanische Intervention rechtfertigen sollte. Der Begriff der Intervention ist so dehnbar, daß schließlich jede Mitwirkung europäischer Staaten an den politischen Fragen Zentral- und Mittelamerikas unter ihn fallen konnte: Europa aber von den politischen Fragen Süd- und Zentralamerikas vollkommen ausschalten, heißt ein alleiniges Bestimmungsrecht der Vereinigten Staaten etablieren. Schließlich wird die Monroedoktrin auf ökonomisches Gebiet ausgedehnt, wird zur Begründung einer Zollpolitik angerufen, welche die europäischen Waren von den amerikanischen Kontinenten verjagen und die südamerikanischen Staaten durch ein System von Vorzugszöllen mit den Vereinigten Staaten verbinden sollte. Heute ist der Sinn der Monroedoktrin wirtschaftlich wie politisch kein anderer als der Ruf: Amerika den Amerikanern; dessen eigentlicher Sinn aber ist: ganz Amerika den Vereinigten Staaten.

Nur ein Gedanke der Monroedoktrin ist im Laufe der Zeit nicht erweitert, sondern eingeschränkt worden: das ist der Passus, welcher das Desinteressement der Vereinigten Staaten in nichtamerikanischen Fragen behauptet. Das ist aber der einzige Satz, der einen negativen Sinn hat. Demgemäß hat seine Einschränkung positive Bedeutung. In steigendem, wenngleich in langsam steigendem Maße hat die amerikanische Politik sich auch mit europäischen Fragen beschäftigt. Wenngleich diese Änderung zurzeit noch keine Bedeutung hat, so kann doch aus ihr die neue Tendenz konstatiert werden. Es ist durchaus unwahrscheinlich, daß diese Tendenz in absehbarer Zeit irgendeine Bedeutung für die europäischen Fragen selbst erlangen wird. Die Aufgabe, welche bis zur Durchführung der erweiterten Doktrin in Amerika zu lösen

ist, ist zu groß, das Gebot der Klugheit, welche, abgesehen von jeder Doktrin, die Politik der Vereinigten Staaten davon abhalten muß, sich in dem europäischen Imbroglio zu engagieren, ist zu eindringlich, als daß diese Tendenz sich ausleben könnte. Als Tendenz aber zeigt sie, daß die Schrankenlosigkeit des Machtwillens nicht bloß den Nationalismen der alten Kontinente eignet.

In der ostasiatischen Frage ist die amerikanische Politik mitten drin. Die Vereinigten Staaten haben ihre Herrschaft auf Hawai und die Philippinen ausgedehnt — also nach Osten zu die Grenzen der amerikanischen Kontinente längst überschritten. Die Erwerbung der Philippinen galt schon dem „Newyork Herald" am 6. Mai 1898 als die Erwerbung eines ausgezeichneten Beobachtungspostens, von dem aus die Vereinigten Staaten in einer zukünftigen Teilung Chinas intervenieren könnten.

Tendenz und Wachstum des amerikanischen Nationalismus sind hiermit klargelegt. Es erübrigt eine Erörterung der Mittel, über die er verfügt. Die Vereinigten Staaten haben ihre Flotte planmäßig ausgebaut. Sie verfügen heute über die drittstärkste Kriegsflotte der Welt. Sie bedürfen ihrer nicht nur um ihrer ostasiatischen Interessen willen, sondern als Rückhalt ihres Einflusses auf die zentral- und südamerikanischen Staaten. Gegen sie haben sie schon mehrfach nur durch maritime Drohungen ihren Willen durchsetzen können. Dagegen ist ihre Landmacht — an den politischen Ansprüchen gemessen, welche die erweiterte Monroedoktrin stellt — durchaus unzulänglich. Es ist durchaus fraglich, ob diese Landmacht zu einer Intervention in die mexikanischen Unruhen ausreichen würde. Noch weniger würde sie für den praktisch unmöglichen, theoretisch aber denkbaren Fall eines erneuten europäischen Eingreifens in Mexiko zulangen. Daraus ergibt sich eine Differenz der militärischen Machtmittel zu den Machtansprüchen, die für die Eigenart der amerikanischen Politik wesentlich ist.

So weit das Programm der erweiterten Monroedoktrin: Amerika den Vereinigten Staaten, einer letzten Endes unmöglichen Verwirklichung immerhin nähergerückt ist, sind es auch nicht die militärischen Machtmittel gewesen, welche diese Fortschritte er-

möglicht haben. Es sind lediglich wirtschaftliche Kräfte. Aller Einfluß der Vereinigten Staaten in Südamerika beruht auf ihrer wirtschaftlichen Überlegenheit, auf der Expansion des amerikanischen Kapitals. Sein Einfluß überwiegt schon heute in Mexiko und den kleinen Staaten Zentralamerikas, konkurriert in den südamerikanischen Staaten mit Aussicht auf Hegemonie mit den Kapitalmächten Europas; und wenn irgendeine Aussicht auf eine wirksame Beherrschung der amerikanischen Kontinente durch die Vereinigten Staaten besteht, so ruht sie in dem organisatorischen Talent des amerikanischen Unternehmers. Amerikaner haben erst in den letzten Jahren die nordargentinischen und südbrasilianischen Bahnen in ihre Hand gebracht und zu einem System vereinigt. Die politische Macht folgt der wirtschaftlichen, welche jene langsam unterhöhlt, wobei sie, um ungestört wirken zu können, den Schein der unabhängigen politischen Fassade bestehen läßt. Hierzu ist aber zu bemerken, daß der nationale Charakter dieser Kapitalsmacht, wenngleich vorhanden, doch teilweise fragwürdig ist — und in ihm eine neue, zum Teil selbständige Macht, welche mit der amerikanischen Nation nicht identisch ist, ja mit dieser selbst um die Herrschaft in der Heimat ringt, herangewachsen ist.

Der erweiterten Monroedoktrin sind Grenzen gesetzt. Die erste Grenze ist die militärische Unzulänglichkeit. Die wirtschaftliche Überlegenheit und die Expansion des amerikanischen Kapitals mag ausreichen, einen großen politischen Einfluß der Vereinigten Staaten auf die süd- und zentralamerikanischen Staaten zu gründen. Dieser Einfluß wiederum mag ausreichen, um panamerikanische Kongresse zusammenzubringen und auch Südamerikaner zu panamerikanischen Reden zu bewegen: zu der Gründung eines einheitlichen panamerikanischen Riesenreiches langt er nicht zu. Dem Panamerikanismus steht der rudimentäre Zustand des nordamerikanischen Nationaltypus, die Rassenverschiedenheit des germanischen Nordens und des lateinischen Südens, das Heranwachsen selbständiger Nationalismen in den südamerikanischen Staaten entgegen. Wenn der Panamerikanismus die Idee einer einheitlichen amerikanischen Nation bedeuten will, so ist er nicht nur für heute, sondern für alle Zeiten ein leeres Wort.

9.

Der andere Teil des amerikanischen Problems, das südamerikanische, hat für eine Untersuchung der weltpolitischen Faktoren insofern nicht die gleiche Bedeutung, als die südamerikanischen Staaten zurzeit und wohl noch auf sehr lange hinaus nur Objekt, nicht aber Subjekt einer Weltpolitik sind und sein werden. Sie kommen für die weltpolitischen Zusammenhänge nur durch die Rolle in Betracht, die sie in den weltpolitischen Plänen anderer Staaten spielen. Ihre weltpolitische Aktivität hat zurzeit noch die Form des passiven Widerstandes, den sie solchen Plänen anderer entgegensetzen.

Von besonderer Bedeutung ist die Stellung, die sie gegenüber der Weltpolitik der Vereinigten Staaten auf der einen, der der europäischen Großmächte auf der anderen Seite einnehmen.

Ein französischer Journalist hat im Jahre 1896 die Gesandten der südamerikanischen Staaten in Paris um ihre Meinung über die Monroedoktrin befragt und die Antworten im „Temps“ vom 1. Januar 1896 publiziert. Der kurze Sinn aller dieser Antworten ist der: Die Unabhängigkeit der amerikanischen Staaten ist eine Selbstverständlichkeit. Die Monroedoktrin ist kein Rechtsprinzip, sondern ein Rechtsanspruch der Vereinigten Staaten. Amerika den Amerikanern, aber nicht den Vereinigten Staaten. Die Selbständigkeit der lebensfähigen Staaten Südamerikas und ihr Wille, diese Selbständigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten zu wahren, ist in den letzten Jahrzehnten dauernd gewachsen und wird aller Voraussicht nach noch weiter wachsen. Der wirtschaftliche Einfluß des nordamerikanischen Kapitals mag wachsen, und kraft dieses wirtschaftlichen Einflusses mögen die schwachen zentralamerikanischen Staaten längst in eine reelle Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten geraten sein: auch sie sind bemüht, den Schein zu wahren und setzen da und dort den politischen Plänen der Vereinigten Staaten, so gut und so lange es geht, Widerstand entgegen. Die Interventionsversuche der Vereinigten Staaten haben auch da, wo sie, wie in Venezuela, dem Interesse des Staates dienten und zunächst mit Jubel begrüßt wurden, schließlich Mißtrauen und Unruhe

zurückgelassen. Brasilien hat den panamerikanischen Ideen auf wirtschaftlichem Gebiet manche Konzession gemacht und infolge seines Gegensatzes zu Argentinien Ursache, auf engen Anschluß an die Vereinigten Staaten bedacht zu sein; es wird, wenn dieser Gegensatz sich ausgleichen läßt und die amerikanische Freundschaft anspruchsvoller wird, sich schnell mit Argentinien und den übrigen Staaten gegen die Machtansprüche der Vereinigten Staaten zusammenschließen. Die Dinge liegen heute so, daß jeder stärkere Druck von Norden den Zusammenschluß des Südens herbeiführen muß.

Die Anzeichen dieser Entwicklung haben sich in den letzten Jahrzehnten gehäuft, worüber alle panamerikanischen Veranstaltungen nicht hinweghelfen können. Die Slawen verbindet eine gemeinsame Rasse, zum größten Teil auch ein gemeinsamer Gottesglaube: daher wird der Panslawismus, wenn auch sein wesentlichster politischer Inhalt der russische Anspruch der Herrschaft über alle Slawen ist, immer eine Realität bleiben, weil eine wirkliche Idee ihm zugrunde liegt und etwas da ist, worauf der russische Machtanspruch sich stützen kann. Der Panamerikanismus aber ist keine Realität, auch keine wirkliche Idee, sondern ein Phantom: er ist ein Machtanspruch der Nordamerikaner, und es ist nichts in den Herzen der Südamerikaner, worauf er sich stützen könnte. Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten trennt von der Bevölkerung der südlicheren Teile der amerikanischen Kontinente die denkbar größte Rassendifferenz, die der halb indianerhafte Typus des benachbarten Mexikanertums noch besonders unterstreicht. Der Rassengegensatz fällt zusammen mit der Verschiedenheit der Sprachen. Und dieser Rassengegensatz ist noch dazu nicht zu erschöpfen durch den Gegensatz der romanischen und der germanischen Rasse. Der ist verschärft worden durch das verschiedene Verhältnis beider Rassen zu den eingeborenen Indianern. Während im Norden nirgends eine Vermischung stattfand, sondern die eingeborene Rasse unterging, ist sie im Süden erhalten und zum mindesten teilweise aufgesogen worden, wodurch denn ein neues trennendes Element zu den schon vorhandenen hinzukommt.

Wenn die süd- und nordamerikanischen Staaten eine gemeinsame Gefahr gegen Europa verbände, könnte ein gemeinsames Interesse dem Panamerikanismus vielleicht einigen Halt geben. Das ist indes nicht oder längst nicht mehr der Fall. Es wird zwar von Zeit zu Zeit versucht, eine solche Gefahr zu erdichten, wozu zum Beispiel die deutsche Einwanderung in Brasilien hat herhalten müssen; aber solche Versuche sind doch zu wenig fundiert, um irgendeinen dauernden Eindruck machen zu können.

Was das Verhältnis der südamerikanischen Staaten zu Europa betrifft, so wissen diese genau, daß ihnen von dieser Seite eine politische Gefahr nicht droht. Für die politische Expansion der Weltpolitik treibenden Völker Europas spielt Südamerika keine Rolle. Niemand in Europa denkt mehr an territoriale Erwerbungen auf amerikanischem Boden. Soweit die weltpolitische Konkurrenz der europäischen Völker eine politische ist, bleibt sie auf den afrikanischen und asiatischen Kontinent beschränkt. In diese Konkurrenz sind die südamerikanischen Staaten, welche in Afrika nichts zu suchen haben und auch dem ostasiatischen Kampfgebiet noch auf lange fernbleiben werden, an keiner Stelle verwickelt. Die moderne Weltpolitik indes hat eine wirtschaftliche und eine kulturelle Seite, deren Bedeutung für die allgemeinen Ziele der Weltpolitik hinter der politischen nicht zurücksteht, und in diesem wirtschaftlichen und kulturellen Konkurrenzkampf der großen europäischen Völker spielt Südamerika eine Hauptrolle. Argentinien kann finanziell als eine von der Londoner Börse aus geleitete Kolonie gelten. In seiner Einfuhr steht England an erster Spitze, während Deutschland und die Vereinigten Staaten um den zweiten Platz ringen; Frankreich, das den Schwerpunkt seiner weltpolitischen Propaganda auf die Kultur gelegt hat, weil es durch kulturelles Übergewicht allein seiner Wirtschaft einen Anteil sichern kann, beherrscht den Nachrichtenbezug Südamerikas aus Europa, die Mode, den Geschmack, die Phrasen und die Literatur, sendet Scharen von Conférenciers nnd so weiter.

Die südamerikanischen Staaten haben keinen Grund, diesen wirtschaftlichen Kampf der europäischen Völker, der sich auf

ihrem Boden abspielt, zu hindern; sie entwickeln sich dabei, werden reich und fühlen sich gedeckt gegen die Gefahr der wirtschaftlichen Erdrückung durch die Vereinigten Staaten. Das Kapital, das Europa in dem jungfräulichen Boden Südamerikas anlegt, nimmt den Bewohnern dieses Bodens nichts, sondern befruchtet ihn und läßt sie teilnehmen an einem vervielfachten Ertrag, von dem nur ein kleiner Teil als Zins nach Europa zurückfließt.

Die größeren der südamerikanischen Staaten sind in dem letzten Jahrzehnt als Staaten beträchtlich erstarkt. In einigen ist die Zeit der ewigen Revolutionen vorbei, in anderen hat die Revolution nur mehr die Bedeutung eines Regierungswechsels. Im Norden ist die staatliche Konsolidierung weniger fortgeschritten als im Süden. Argentinien, Brasilien und Chile haben viel getan für ihr Heer und ihre Flotte, sie haben Schiffe neuesten Typs, gut gerüstete, zum Teil von europäischen Instruktoren ausgebildete Heere. Diese Rüstungen, wenngleich in erster Linie hervorgerufen durch den Gegensatz dieser Staaten untereinander, sind doch für die Machtansprüche der Vereinigten Staaten ein wichtiger Faktor: das argentinische Heer ist dem der Vereinigten Staaten heute zweifellos überlegen und wenn die Staaten sich gegenüber den mexikanischen Unruhen so zurückhaltend zeigen, so hat bei dieser Haltung gewiß die Erkenntnis wenigstens mitgesprochen, daß das Bundesheer auch der Aufgabe, dieses heute so erschütterte Land zu pazifizieren, kaum gewachsen ist.

Schneller noch als Staaten von achtunggebietender Macht sind in Südamerika Nationen mit starkem Lebenswillen und innerer Eigenart herangewachsen. Sie sind noch in Bildung begriffen; aber die Typen beginnen bereits sich schärfer voneinander abzuheben. Welche Faktoren in diesem Entwicklungsprozeß wirksam sind, die Umwelt, verschiedene Nuancen der Rassenmischung oder der Einfluß der staatlichen Verhältnisse, ist in diesem Zusammenhang ohne Belang; genug, daß festgestellt werde, daß die nationale Grundtendenz, die die Individuen an Völker bindet, auch Südamerika erfaßt hat und wachsend beherrscht.

10.

Wenn wir bisher bei Betrachtung der einzelnen Völkerindividualitäten und ihrer politischen Eigenart überall ein Anwachsen der nationalen Tendenzen haben feststellen müssen, so waren es doch durchweg Völker der weißen Rasse, Kinder Europas, Bestandteile des christlichen Kulturkreises. Daß indes diese Stärkung der nationalen Tendenzen nicht aus der Eigenart der weißen Rasse oder der christlichen europäischen Kulturkreise, sondern der menschlichen Natur selbst fließe, lehrt uns die Betrachtung der beiden Nationen gelber Rasse, von denen die eine mit einer beispiellosen Aktivität, die andere mit einer zwar noch passiven, aber ungeheuren Masse in das weltpolitische Geschehen einzugreifen begonnen hat.

Japan hat sich im Laufe eines halben Jahrhunderts aus einem mittelalterlich rückständigen, von aller Welt abgeschlossenen, in Bürgerkriegen und Adelskämpfen zerfallenen Staatsgebilde in eine moderne Großmacht verwandelt. Erst im Jahre 1858 schloß es den ersten Handelsvertrag, der den Vereinigten Staaten eine Reihe von Häfen öffnete, und erst zehn Jahre später nach heftigen inneren Kämpfen, die gerade durch diese Änderung in der Abschließungspolitik gegen die Fremden hervorgerufen wurden, gab es die Abschließung endgültig auf und trat in freien Kontakt mit der europäisch-amerikanischen Welt. Die Entwicklung, die sich dann vollzog, steht in der uns bekannten Geschichte einzig da. Die Japaner zeigten sich imstande, die Machtmittel der europäischen Zivilisation sich im Laufe weniger Jahrzehnte anzueignen, ihre wirtschaftliche und politische Organisation nach dem Muster Europas umzugestalten. Das Erstaunliche dabei ist, daß durch eine so rapide Umgestaltung des ganzen Lebens der nationale Organismus nicht innerlich erschüttert und geschwächt wurde, wie in allen anderen Fällen, in denen ein vorher abgeschlossenes Volk mit einem Male eine fremde Kultur, Ideenwelt und Wirtschaftsorganisation übernahm. Japan gelang es sogar, die europäischen Machtmittel gegen Europa selbst und mit Erfolg zu gebrauchen: nachdem es China besiegt hatte, drängte es Rußland in einem

siegreichen Kriege unter glanzvollen, vielbewunderten Kriegstaten von dem japanischen Expansionsgebiet ab und rückte damit nicht ganz vier Jahrzehnte, nachdem es sich der modernen Zivilisation geöffnet hatte, in die Reihe der Weltmächte ein. Der äußere Verlauf dieser Entwickluug ist bekannt, die inneren Faktoren aber, die sie möglich gemacht haben, sind schwer zu fassen. Sie interessieren uns hier insoweit, als sie ein Urteil über das Japan von heute, die Triebkräfte seines Imperialismus und seine Zukunft ermöglichen.

Man kann diese inneren Gründe nirgend anders als in der Eigenart der japanischen Rasse suchen und neben der Geschlossenheit und Einheit dieser Rasse und ihrer Kultur, neben der relativen Kleinheit des Landes, die die Verwandlungsfähigkeit erleichtert und eine durchgreifende und schnelle Wirkung staatlicher Maßnahmen ermöglicht, die alten soldatischen Eigenschaften der Japaner, ihre Gelehrigkeit, Geschmeidigkeit, zähe Energie zur Erklärung heranziehen. Das Wesentliche wird man in der Qualität der Rasse, dem elementaren Lebenswillen der Nation, kurz der Kraft der nationalen Tendenz zu suchen haben. Von dem Augenblick an, da das japanische Volk, dessen unbewußter Nationalismus sich bislang in der Abschließung und Feindschaft gegen alles Fremde Genüge getan hatte, zu begreifen anfing, daß es auf diese Weise seine Existenz gefährde, warf es sich mit derselben Leidenschaft, mit der es bisher alles Fremde abgelehnt hatte, auf seine Nachahmung: und gegen diese Erkenntnis der praktischen Notwendigkeit verschwanden in erstaunlich kurzer Zeit alle einem solchen Umschwung entgegenstehenden Überlieferungen, Dogmen, Bedenken, Ideen. Es ist ein Volk, dessen Lebenswille höchst real orientiert ist, das dem realen Streben nach Macht alles andere unterordnet. Diese Richtung des Lebenswillens, seine Geschlossenheit und seine Kraft haben das schnelle Aufsteigen des kleinen Japan zu einer imperialistisch orientierten Weltmacht ermöglicht. Der heutige japanische Nationalismus unterscheidet sich wenig von dem europäischen. Er mag in der Zeit der Abschließung noch wesentlich asiatisch gewesen sein — auch er ist heute europäisiert.

Wie bekannt, hat sich dieser Nationalismus von Anfang an gegen außen gerichtet. Er war schon bald nach seinem Entstehen imperialistisch und extensiv. Japan beherrscht heute an neuen Erwerbungen Korea, die Halbinsel Liaotang, Formosa, die Insel Sachalin bis zum 50. Breitegrade; die südliche Mandschurei ist eine kaum noch bestrittene Domäne seines Einflusses. Das bedeutet für das kleine und arme Land eine enorme Expansion. All das hat es durch das Schwert errungen und beherrscht es durch das Schwert. Es ist bekannt, welche Befürchtungen diese schnelle japanische Expansion rings an den Küsten des Pazifik, in Australien, Kalifornien, Mexiko hervorgerufen hat. Sogar die Vereinigten Staaten fühlen sich nicht nur im Besitz der Philippinen und Hawais, sondern auf dem amerikanischen Festland selbst bedroht und mancher sieht die Japaner schon in Mexiko, Kalifornien, Ekuador Fuß fassen, Kohlenstationen, Flottenstützpunkte begründen. Alle diese Befürchtungen werden genährt durch die Eigenart des japanischen Auswanderers, seine Emsigkeit, Zähigkeit, Arbeitskraft und seinen schrankenlosen Patriotismus. Diese Art des Auswanderers trägt die Heimat mit sich, der er den Rücken gekehrt hat. Es ist gar kein Zweifel, daß diese Befürchtungen übertrieben sind. Es ist schon in den letzten Jahren immer deutlicher geworden, daß die expansive Entwicklung zum mindesten ihr Tempo wird verlangsamen müssen und schon verlangsamt hat. Das heutige Japan krankt an seinen Erfolgen. Es war vielleicht gezwungen, eine so überschwengliche auswärtige Politik zu treiben, namentlich die russischen Pläne auf sein bestes Expansionsgebiet nicht zu dulden, aber es hat die Folgen seiner Siege noch nicht überwunden. Es muß sich wirtschaftlich und finanziell ganz anders konsolidieren, ehe es nur an einen kleinen Teil des Ehrgeizes denken kann, der ihm zugeschrieben wird. Ein zu frühes Wachstum kann zwar zu äußeren Erfolgen, auch vielleicht zu der Begründung eines Imperiums führen, dessen Macht und Ausdehnung sich auf der Landkarte bestaunen läßt — eine wirkliche und dauernde Herrschaft aber bedarf eines anderen Fundaments. Damit aber kommen wir auf die Hauptschwäche des heutigen, vielleicht auch des zukünftigen japanischen Imperia-

lismus. Das japanische Volk hat seine Erfolge durch seine kriegerischen Eigenschaften errungen. Sein Imperialismus ist ein Imperialismus der Gewalt. In unserer Zeit überaus komplexer Zusammenhänge und Lebensbedingungen aber kann die Gewalt allein nicht halten, was sie erwarb. Der wahre Imperialismus, der das Erworbene nicht nur äußerlich beherrscht, sondern innerlich sich aneignet, setzt eine Menge von Fähigkeiten voraus, die mit dem Gebrauch des Schwerts nichts zu tun haben. Was Japan bisher in der Beherrschung der neuerworbenen Gebiete fremder Rasse in Korea und in Formosa geleistet hat, berechtigt nicht zu dem Glauben, daß es über diese Eigenschaften verfügte. Es hat den Anschein, als fehlte ihm ein Unentbehrliches, die kulturelle religiöse Kraft. Es ist seltsam, aber unleugbar, daß zwar nicht die Gründung, aber dauernde Erhaltung der großen Imperien ein Werk der Idee war. Japan hat keine solche Idee. Es bringt der Welt keine neue Religion, keinen neuen Idealismus, kein neues Menschenideal, das zu sich verführte. Dem japanischen Imperialismus fehlt die religiöse Fundierung. Vielleicht offenbart sich hierin die Kehrseite seiner Europäisierung. Es scheint, als hätte es der Welt nichts mehr Neues, Eigenes zu sagen — nur japanische Nuancen der Meinungen Europas, das nach wie vor die Mutter der Ideen bliebe. Vielleicht wird es in Zukunft diese Meinung desavouieren, die von englischen Kennern Japans, die als Engländer über die kulturellen Vorbedingungen des Imperialismus am besten Bescheid wissen, ausgesprochen wurde.[13])

11.

Die andere ostasiatische Macht, China, kann noch keine Weltpolitik treiben. Sie ist zurzeit nur Objekt, nicht Subjekt, der Weltpolitik, aber von allen Objekten das größte, seltsamste, dunkelste. Sie ist das größte nicht nur wegen des ungeheuren Raumes, wegen seines Reichtums an Bodenschätzen und seiner Fruchtbarkeit — sondern in erster Linie wegen der beispiellosen Masse von Menschen. China zählt vierhundert Millionen Einwohner. Menschen aber sind der

größte Reichtum. Zudem haben diese vierhundert Millionen eine Fruchtbarkeit sondergleichen. Wenn schon quantitativ das chinesische Problem mit keinem anderen verglichen werden kann, so erst recht qualitativ. Es ist von einer so unnahbaren Eigenart und Komplexität, daß ein jeder, dem es nicht gegeben ist, schlechthin und ohne Selbstprüfung zu urteilen und zu kombinieren, seine Unzuständigkeit bescheiden eingestehen muß. Kenner Chinas haben bemerkt, daß das Problem immer vielgestaltiger und unfaßbarer erscheine, je mehr man sich in dem Lande selbst mit ihm befasse. Dann aber ist es vermessen, zu glauben, man könne aus der Ferne in kurzen Strichen seine Umrisse zeichnen. Ein solcher Anspruch wird hier nicht erhoben. Es sollen nur einige Momente, die für das allgemeine Problem der nationalen Tendenz bedeutsam scheinen, herausgegriffen und dabei unter allem Vorbehalt die Möglichkeiten berührt werden, die das chinesische Problem der Entwicklung der modernen Weltpolitik bietet.

Es ist kein Zweifel, daß auch das moderne China seine nationale Tendenz hat. Es liegen eine Reihe von Äußerungen dieser Tendenz vor, Boykottbewegungen, Parteiprogramme, die Haltung der auch in China in dem letzten Jahrzehnt entstandenen Presse. So typisch diese Äußerungen auch sind, so berechtigen sie doch nicht dazu, diese Masse von vierhundert Millionen Menschen sich in dem gleichen Sinne national determiniert und zusammengefaßt zu denken, in dem die Völker des europäisch-amerikanischen Ideenkreises, zu dem das moderne Japan bereits zu zählen ist, es sind. Man muß immer berücksichtigen, daß die Bewegung, die das chinesische Volk in dem letzten Jahrzehnt ergriffen hat, nur einen Bruchteil der vierhundert Millionen umfaßt, nämlich den, der mit Europa in nähere Beziehungen gekommen ist, der weitaus größte Teil aber in den Banden des alten China verharrt, vielleicht von allen Veränderungen und Umwälzungen der letzten Jahre noch keine oder nur eine gänzlich falsche Kenntnis erlangt hat. Das alte China ist immer noch der Hauptfaktor des modernen.

Das alte China nun war kein eigentlich nationales Reich. Es war durch Jahrhunderte hindurch an eine Fremdherrschaft

gewöhnt. Kriegerische Völker aus dem Norden brachen immer wieder in das fleißig und still bebaute, fruchtbare Reich ein, bemächtigten sich der Herrschaft, wurden allmählich durch die überlegene Kultur der Beherrschten überwunden. Das chinesische Volk nahm dies Schicksal hin als den Willen Gottes. Gott offenbart sich durch den Erfolg. Wer Erfolg hatte, war der von Gott Begnadete, „als Sohn Gottes behandelte", der Himmelssohn — auch wenn er ein Fremder war. Hatte die herrschende Dynastie Mißerfolge, war das Volk unter ihrer Herrschaft von Überschwemmung, Hungersnot, Pest heimgesucht, so war das ein Zeichen, daß der Himmel seine Gnade von ihr zurückgezogen hatte, so durfte sie gestürzt werden. Des Volkes Unglück war Schuld der Herrscher. Der Thronwechsel durch Revolution war Institution. Dieser Ideenwelt ist der nationale Gedanke fern. Es ist eine Art Universalmonarchie, die am Erfolge klebt, an der das Volk gar keinen Anteil hat, in der der Herrscher verpflichtet ist, das Volk glücklich zu machen und sich versündigt, wenn das Volk unglücklich wird. Dabei werden die Herrscher gestürzt, weil sie nichts taugen, nicht aber, weil sie fremde Eroberer sind. Dazu kommt die ideelle Grundlage des Konfuzianismus. Der Konfuzianismus ist der strikteste Gegensatz zu der modernen europäisch-amerikanischen Ideenwelt, zu ihrem Individualismus, ihrem unruhigen, grenzenlosen Lebensdrang, ihrem Glauben an ein unendliches Ziel, ihrer Sehnsucht nach immer Neuem. Für den Konfuzianer haben die Denker und Staatsmänner der ältesten chinesischen Geschichte schon alles Denkbare gedacht, alle Weisheit gefunden, alle Grenzen ausgemessen. Es gilt nur, ihre Tradition zu bewahren, ihre Einrichtungen festzuhalten, ihre Weisheit zu erforschen und dafür zu sorgen, daß alles bleibe, wie es ist, oder wieder werde, was es war. Auf dieser Grundlage gibt es keinen modernen Nationalismus. Der sucht das ewige Neue, ist immer unzufrieden in die Zukunft gerichtet, will grenzenlos wachsen, lehnt die Vergangenheit ab und betrachtet die Gegenwart als Stufe einer besseren Zukunft. Für das alte China muß unsere Welt ebenso unbegreiflich sein als für uns ein Zustand der Versteinerung, in dem die Philologen, die besten Kenner der alten Schriften und ihres

Stiles, als die berufenen Staatsbeamten gelten und die politische Karriere durch philologische Examina geöffnet wird.

Natürlich haben auch die Chinesen ihre Vaterlandsliebe, ihre Liebe zur Heimat. Die aber ist noch nicht national. Sie ist in China lokal orientiert, hängt an der Provinz und nicht an dem Reich, das als Universalreich jenseits der Vaterlandsliebe liegt. Dieser provinziale Patriotismus ist ein nicht zu übersehender Faktor, der in den Kämpfen der letzten Jahre mehr zentrifugale als zentripetale Kraft bewiesen hat.

Diese so disponierte ungeheure Masse nun ist in Berührung mit der europäisch-amerikanischen Zivilisation und dadurch langsam in Bewegung gekommen. Welches Entsetzen muß durch diese Welt gegangen sein, als der Kaiser Kuanghsü im Jahre 1898 sich zu einem Edikt entschloß, in dem es hieß: „Die Kenntnis der Klassiker allein befähigt noch nicht zur Bekleidung eines wichtigen Amtes. Wichtiger ist heute, daß jemand die Welt kennt." Wir greifen aus allen Einzelheiten der chinesischen Reformation und Revolution diese unscheinbare Bemerkung heraus, weil sie knapp und schlicht die grandiose Tragik des alten China enthüllt. Wenn es sich einfach darum handelte, ein besseres Neues an die Stelle eines schlechteren Alten zu setzen! Wir Europäer aber dürfen nicht vergessen, daß der gebildete Chinese ein gewisses Recht hat, daran zu zweifeln, daß das Alte ein Schlechteres, das Neue ein Besseres ist, daß für ihn der europäisch-amerikanische Geisteszustand etwas Minderwertiges ist, etwas, das China schon vor Jahrtausenden überwunden hat — daß es ihm scheint, als gäben die alten chinesischen Weisen auf die ungestümen Fragen des Europäers überlegen lächelnd eine uralte, etwas müde, aber sehr weise Antwort. Europa kennt keinen letzten Schluß der Weisheit, China glaubt ihn seit alters zu besitzen. Japan hat eine ähnliche geistige Kultur nicht besessen, was es davon besaß, war chinesischen Ursprungs — daher es sich denn bei der japanischen Umwälzung um eine bloße Umwandlung, bei der chinesischen aber um eine Tragödie größten Stiles handelt.

Das heutige China ist Republik, hat eine Verfassung, ein Parlament, einen Präsidenten, ein Kabinett, Parteien, Zeitungen,

Eisenbahnen und so weiter. Das alles ist das Resultat weniger Jahre. Die Entwicklung ist in vollem Gange, ein Zurück unmöglich. Und doch wäre es falsch, daraus zu schließen, daß die Tragödie abgeschlossen, das Problem gelöst wäre. China hat die Form, aber noch nicht das Wesen. Von den vierhundert Millionen sind nur einige wenige in Bewegung geraten. Die Frage, die uns hier angeht, ist noch nicht beantwortet: es ist die Frage, ob aus dem ungeheuren Reich nach dem, wie es scheint, unvermeidlichen Verlust der Außenprovinzen, ein lebensfähiger Nationalstaat im europäischen Sinne, also eine chinesische Nation, die nicht nur Objekt, sondern auch Subjekt einer Weltpolitik sein könnte, hervorgehen wird, oder ob der Patriotismus eine provinziale Erscheinung bleiben, das ungeheure Reich, unfähig, als Ganzes im europäischen Sinn zu pulsieren und zu leben, sich teilen und zerfallen, provinzweise noch eine leidliche Selbständigkeit fristen wird, um dann irgendwann einmal stückweise der europäisch-amerikanisch-japanischen Expansion zu verfallen?

Diese Frage ist heute noch so unbeantwortbar, daß auch unter allen Vorbehalten jede Antwort Vermessenheit wäre. Es scheint, als wollte sich ein moderner Nationalismus herausbilden. Der Einbruch der fremden Kultur hat ihn geschaffen. Aber er ist aus der Negation geboren, gebärdet sich zunächst als Feindschaft gegen das Fremde, ist passiv und negativ, und wo er mehr ist, scheint er an den Provinzen zu kleben. Für Jahrzehnte bleibt China Objekt der Weltpolitik der im Osten interessierten Mächte, ein ungeheures Objekt, gegen die politische Expansion leidlich geschützt durch die Rivalität der Anwärter und den wirtschaftlichen Grundcharakter ihrer Interessen. Wird es aber einst ein Nationalstaat in unserem Sinne, mit dem grenzenlosen Lebensdrang eines solchen, dann wird es mit seinen Menschenmassen und Reichtümern, dem Fleiß, der Genügsamkeit, Geschicklichkeit seiner Einwohner den Keim ungeheurer Möglichkeiten in sich tragen.

Nachdem wir in großen Umrissen die Eigenart der nationalen Tendenzen, die die Träger der heutigen Weltpolitik beherrschen, zu skizzieren versucht haben, verbleibt uns die Aufgabe, eine allgemeine Frage zu stellen, die für die politische Entwicklung der

Zukunft von größter Bedeutung, aber allerdings kaum beantwortbar ist. Wenn es richtig ist, daß die nationalen Tendenzen überall im Wachsen sind, wie steht es dann mit der Möglichkeit der Neubildung von Nationen, der Teilung der bestehenden? Die gegenwärtig bestehenden Nationen sind einmal entstanden. Werden auch in Zukunft neue entstehen oder ist das heutige System der Nationen relativ beharrlich? Es ist klar, daß dies Moment die Wahrscheinlichkeiten der Zukunft determiniert.

Dabei handelt es sich freilich um Abschätzung von Faktoren, die dem menschlichen Urteil kaum zugänglich sind. Nichts ist so dunkel, als die Entstehung der Nationen. Es scheint, als wäre unsere Zeit national so determiniert, daß Neubildungen wenig wahrscheinlich sind. Wo neue nationale Bewegungen entstanden sind, handelt es sich nur um ein Wachwerden alter nationaler Zusammenhänge, nicht aber um eine Entwicklung neuer. Wenn Völker wie die Flämen, Bulgaren, Araber sich ihrer nationalen Zusammengehörigkeit bewußt werden, so ist das ein Erwachen. Die Entstehung der jüngsten Nationen, der südamerikanischen, fällt noch in die Zeit vor dem Beginn der allgemeinen nationalen Bewegung. Wir haben gesehen, wie sehr die Bildung der nordamerikanischen Nation durch die nationale Determinierung der späteren Einwanderer behindert ist. In den beiden großen Weltreichen, in denen eine Teilung in verschiedene Völker überhaupt denkbar wäre, Rußland und dem britischen Reiche, haben wir keinerlei Anzeichen dafür, daß die Verschiedenheiten der Teile sich vergrößerten, die nationale Tendenz eine partikularistische Wendung nähme. Im Gegenteil, die Tendenz scheint dahin zu gehen, die partikulare Eigenart zwar zu entwickeln, ihr aber jede zentrifugale Wendung zu nehmen, und in gleichem Maße die Anziehung des größeren Rahmens zu stärken. Daher neigen wir dazu, anzunehmen, daß unsere Zeit zwar dem Wiederaufleben alter Nationen günstig, der Entstehung neuer aber ungünstig und im wesentlichen determiniert sei. So betrachten wir die bestehenden Nationen als gegebene Faktoren und lassen die Denkbarkeit von Neubildungen außer acht.

Drittes Kapitel

Die Entwicklung der kosmopolitischen Tendenzen in der Gegenwart

1.

Nach diesem Überblick über die nationalen Tendenzen und ihr Wachstum wenden wir uns der Betrachtung der kosmopolitischen Tendenzen, oder vielmehr denjenigen unter ihnen zu, welche als autonom bezeichnet werden können. Wir sehen also zunächst von jedem solchen Kosmopolitismus ab, welcher als Verkleidung nationalistischer Tendenzen der Konstellation der nationalen Interessen entspringt. Diese echten kosmopolitischen Tendenzen können, wie wir sahen, Querlagerungen ideeller wie materieller Interessen sein. Sie sind von ungeheurer Vielgestaltigkeit. Aus beiden Gebieten sind zwei vor allem bedeutsam: die Religion und das Kapital.

Wenn wir mit dem ideellen Interessengebiet beginnen, stellen wir die Religion, als die in gläubigen und ungläubigen Zeiten größte ideelle Macht voran. Das Problem stellt sich in folgender Form: welche kosmopolitische Macht kommt in dem gegenwärtigen Getriebe der Politik den Religionen und jenen Organismen, die ihre Träger sind, zu? Vergleichen wir unsere Zeit mit früheren Jahrhunderten, so müssen wir antworten: eine sehr geringe. Sehen wir von einem solchen Vergleiche ab, so müssen wir eingestehen, daß auch diese geringe Macht noch politisch bedeutsam ist und die Art ihrer Wirkung wie die Gründe ihres Niedergangs manches zur Kennzeichnung unseres Zeitalters beitragen können.

Wenn wir zunächst die christlichen Konfessionen und Kirchen gesondert betrachten, springt in die Augen, daß zwei von ihnen

jede kosmopolitische Wirkung und Tendenz gänzlich abgestreift oder nie besessen haben. Der russisch-orthodoxe Glaube ist durchaus national. Er wirkt der nationalen Tendenz des russischen Reichs nicht entgegen, sondern verstärkt sie. Der Glaube an den russischen Gott, der der Gott aller Slawen ist, ist der Glaube an die russischen Ansprüche, zunächst auf die Vaterschaft über alle Slawen, und weiter auf die Herrschaft der Welt. Er ist ein Instrument der russischen Politik. Auch in den Balkankämpfen spielen die verschiedenen Kirchen eine nationalistische Rolle. Auch keine kleinste Spur einer innerlich kosmopolitischen Rolle ist da zu entdecken.

Dem Protestantismus entspricht keine international organisierte Kirche. Soweit er kosmopolitisch wirkt, wirkt er als Idee. Dieser Idee wird eine Wirksamkeit kosmopolitischer Richtung nicht abgesprochen werden können. Der gemeinsame Ideengehalt der Reformation bildet ein Band, das die diesem Bekenntnis ergebenen Völker geistig verbindet und manches zu einer wenigstens kulturellen Annäherung beigetragen hat. Wenn auch der Protestantismus und seine Ideenwelt sowohl in der Geschichte Preußens als in der des britischen Weltreichs eine durchaus nationale Rolle gespielt, wenn auch gerade die Einheit dieser Ideenwelt viel zur Bildung der nationalen Persönlichkeiten, zu der Einheit der Nationen beigetragen hat, so kann man doch heute, wo eine weltpolitische Rivalität diese beiden Völker trennt, sagen, der gemeinsame Glaube an die Reformation bilde ein Moment der Annäherung und einen Hemmschuh der divergierenden Tendenzen. Seine Bedeutung ist schwer einzuschätzen. Sie reicht jedenfalls nicht aus, die beiden Völker politisch aneinander zu binden. Man kann also sagen, die kosmopolitische Wirksamkeit des Protestantismus sei eine engbegrenzte.

Im Gegensatz zu diesen beiden Kirchen scheint die römisch-katholische Kirche die kosmopolitische Organisation *κατ᾽ ἐξοχήν*. Daß sie es theoretisch ist, steht außer Zweifel. Wie es mit diesem Kosmopolitismus praktisch bestellt ist, ist die Frage. Es ist offenbar, daß die Macht der katholischen Idee, die die Völker unter der geistigen Herrschaft Roms vereinigen will, in all den Ländern, in welchen eine starke katholische Minorität einer anders-

gläubigen Majorität gegenübersteht, der nationalen Einheit des betreffenden Landes und der nationalistischen Tendenz entgegenwirkt. Das ist der Fall Deutschlands. Die politische Organisation der reichsdeutschen Katholiken, das Zentrum, wird von den Nationalisten als international gesinnt bekämpft; es ist jedenfalls von jedem Chauvinismus frei und wirkt zum Beispiel in der Polenfrage von jeher für eine Politik der Versöhnung und des Ausgleiches. Bismarck sah bekanntlich in den internationalen Tendenzen der katholischen Kirche eine Gefahr für das eben geeinte Reich. Er mag dazu bei der Hinneigung des Vatikans zu Frankreich und der Macht der Klerikalen in diesem Lande berechtigt gewesen sein. Er versuchte den Kampf und unterlag. Seit jener Zeit aber hat sich von Jahresfünft zu Jahresfünft deutlicher gezeigt, daß der Katholizismus nicht die Kraft hat, das politische Denken und Empfinden der ihm anhängenden Deutschen international zu instruieren. Die ganze Entwicklung der Zentrumspartei ist eine Bekehrung zur nationalen Idee. Wenn deutsche Katholiken noch in den achtziger Jahren, dem Interesse Roms folgend, ein deutsch-italienisches Bündnis bekämpft haben, so ist ein derartiger Versuch heute undenkbar. Die Zentrumspartei hat die ganze Rüstungspolitik, die maritime wie die militärische, des letzten Jahrzehntes mitgemacht, ja ohne sie wäre diese Politik parlamentarisch kaum möglich gewesen. Sie kann heute mit Recht den Zweifel an ihrer nationalen Gesinnung als Beleidigung ablehnen. Was hat sich geändert? Das Machtverhältnis der internationalen Idee des römischen Katholizismus und der nationalen Idee des Deutschtums zugunsten der letzteren. In dem deutschen Katholiken ist der Katholik auf das rein religiöse Gebiet zurückgedrängt worden, das politische Denken beherrscht der Deutsche. Die heutige Zentrumspartei ist weder in ihren Führern gewillt noch gegenüber ihren Wählern imstande, auf den Wink Roms eine in nationalen Fragen ablehnende Haltung einzunehmen. Diese Entwicklung, deren Beurteilung die sich mit ihr befassende Parteipolemik erschwert, beweist nichts anderes, als daß der politische Kosmopolitismus Roms gegenüber dem nationalen Gedanken an Macht verloren hat.

In den rein katholischen Nationalstaaten liegen die Dinge ganz anders. Hier kann von einer kosmopolitischen Wirkung des Katholizismus überhaupt nicht gesprochen werden. In Frankreich und Spanien war unter allerchristlichsten und allerkatholischsten Königen der Katholizismus nicht mehr als ein Instrument einer nationalen Weltpolitik. Man bediente sich seiner, um nationale Machtansprüche ideell zu begründen und stellte die ideelle Macht der Kirche in den Dienst der nationalen Politik. Spanien tat dies zur Zeit seiner Weltherrschaft, Frankreich tat es seit jeher im Orient; und das heutige antiklerikale Frankreich bedauert, wenn es an seine auswärtigen Interessen denkt, den Bruch mit Rom, und wird vielleicht eines Tages um der Orientpolitik willen sich dem Vatikan wieder nähern wollen.

In Österreich-Ungarn dagegen bewährt der Katholizismus eine die verschiedenen in diesem Staate verbundenen Nationalitäten einigende Kraft. Diese Kraft war früher größer als sie heute ist; daß sie den Kräften des Nationalismus, die in diesem Staate zentrifugal wirken, hemmend entgegentritt, wird niemand leugnen. Es wäre leicht, das aus tausend Einzelheiten des Nationalitätenkampfes zu beweisen.

Man wird also berechtigt sein, dem Katholizismus nicht nur eine kosmopolitische Tendenz, sondern auch eine gewisse kosmopolitische Macht zuzuschreiben. Sie war indes auch in der Vergangenheit beschränkt, ist in der Gegenwart im Abnehmen begriffen, und wenn sie da und dort eine kleine Wirkung erzielen kann, so hat sie doch keinerlei Aussicht auf durchgreifenden Erfolg.

Bei ihrer Würdigung aber ist nicht zu übersehen, daß wir es hier nicht nur um die Macht einer Idee, sondern um die einer internationalen Machtorganisation zu tun haben. Es ist der Machtwille des Imperium Romanum, der den Zusammenbruch des Weltreichs überlebt hat und sich heute geistiger Mittel bedient. Es handelt sich also in diesem Sinne um einen Kosmopolitismus, der auf dem Boden eines durch ungeheure nationale Energie gegründeten Weltreichs gewachsen ist, also um einen jener Kosmopolitismen, in der der zur Weltherrschaft gelangte Nationalismus zu münden pflegt. Aber wie dem auch sei und wo auch die

Quellen ihrer Kraft entspringen, heute ist diese Weltorganisation eine internationale. Ihr Ziel ist die Macht des Vatikans. In den Jahren der Kämpfe um das Separationsgesetz in Frankreich hat der Vatikan entgegen den Interessen der französischen Katholiken und den Absichten des französischen Episkopats seiner Machtpolitik und dem Wunsch, Frankreich zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu zwingen, die religiösen Interessen der französischen Katholiken geopfert.[14]) Die römische Kirche als Machtorganisation bedient sich unter Umständen auch der nationalen Staaten und ihrer nationalen Tendenzen, wie diese sich zu ihren Zwecken der Organisation der römischen Kirche bedienen. In diesem Hinundher scheint bald der Staat sich der Kirche, bald die Kirche sich des Staates zu bedienen, doch wird man sagen können, daß die moderne Entwicklung in der Richtung eines Überwiegens der ersten Fälle über die zweiten geht. Das ererbte politische Programm der römischen Machtpolitik ist die Wiederherstellung des Kirchenstaates. Wenn man auch hinter den Mauern des Vatikans und ohne Fühlung mit der Eigenart der Zeit heute noch an diesem Traum festzuhalten scheint, so ist doch kein Zweifel, daß er überlebt ist und die Zerschmetterung des italienischen Nationalstaats in der Zeit des Nationalismus eine Unmöglichkeit ist, der in Zukunft weder ein dem Klerikalismus wiedergewonnenes Frankreich noch das Haus Habsburg um der vatikanischen Interessen willen nachjagen werden.

Auch der Islam ist eine kosmopolitische Macht. Auch er hat einst die Völker verschiedenen Blutes, die ihm anhingen, geeint und auf die Macht der religiösen Idee eine Weltherrschaft zu gründen versucht. Aber auch diese völkerverbindende Kraft ist im Schwinden begriffen. Überall in der islamitischen Welt haben sich in den letzten Jahrzehnten die nationalen Gegensätze schnell verschärft. Albanesen, Türken, Kurden, Araber bildeten früher in viel höherem Grade eine homogene Masse. Der Zerfall der Türkei beruht zu einem sehr wesentlichen Teil darauf, daß die religiöse Idee nicht mehr genug Macht hat, die zentrifugalen Tendenzen der verschiedenen Rassen und Völker zu bändigen. Das letzte Jahrzehnt hat die Erkenntnis geliefert, daß jenes Gespenst

des Panislamismus, von dem in den Jahren nach der Jahrhundertwende soviel die Rede war, nicht die Macht hat, die man ihm, um vor deutschen Plänen zu warnen, in jener Zeit, da die deutsche Politik Miene zu machen schien, sich seiner zu bedienen, zuschreiben wollte. Die kosmopolitische Macht des Islams begründet keine Staaten mehr. Sie kann mit Mühe den bestehenden Staat der Türkei noch zusammenhalten, neues Leben wird sie auch ihm nicht mehr einflößen. Dabei zeigt sich ein Charakteristikum, das die politische Wirksamkeit der religiösen Idee in unserem Zeitalter überhaupt kennzeichnet: sie ist mehr passiv als aktiv. Sie hat keine spontane Energie und Aktivität mehr, sie bewegt sich nicht mehr von selbst, ist untätig, wenn sie in Ruhe gelassen wird. Einst trieb das Wort Mohammeds die Völker des Orients erobernd und unterwerfend nach Westen; heute rühren sie sich nicht mehr, wenn man ihren Glauben und ihre religiösen Gebräuche in Frieden läßt. Die Macht des Islams ist rein defensiv. Sie mag latent vorhanden sein; aber sie wird nur wirksam, wo der Glaube angegriffen wird. Wird nur der Glaube respektiert, dann stößt die politische Aktivität der europäischen Völker in den Ländern des Islams nirgends auf außergewöhnliche Widerstände. Frankreich, England und Rußland, welche in Nordafrika, Indien, Ägypten und dem Kaukasus viele Millionen mohammedanischer Untertanen zu beherrschen haben, haben, wie die Geschichte erwiesen hat, solange sie den Glauben in Frieden lassen, nichts zu fürchten.

Wenn also auch die Macht des Islams gegen frühere Zeiten zurückgegangen ist und weiter zurückgeht und ihr Charakter ein vornehmlich defensiver ist, so spielt doch die religiöse Organisation dieses Glaubens und seine Zentralinstanz, das Kalifat, in den weltpolitischen Problemen des Zeitalters eine bedeutende Rolle: freilich mehr als Objekt, denn als Subjekt der Politik. Die ideelle Macht, die noch an der Idee des Kalifats hängt, ist immerhin ein Faktor, um den zu mühen sich lohnt. Sie reicht nicht mehr aus, für sich allein Staaten zu begründen und zu erhalten. In den Händen eines Staates aber kann sie zu seiner Festigung und Verankerung von großem Wert sein. Die nieder-

gehende Türkei klammert sich an Konstantinopel; sie kann nicht ohne Gefahr schwerer Erschütterung das Kalifat aus dem Glanz und Ruhm der jetzigen Hauptstadt und ihrer religiösen Aureole lösen und irgendein politischen Begehrungen weniger ausgesetztes, aber aller religiösen Erinnerungen entbehrendes kleinasiatisches Dorf zu ihrer Hauptstadt machen. Konstantinopel steht aus der Geschichte früherer Jahrhunderte her in idealer Konkurrenz mit Mekka, dem Glaubenszentrum aus den Zeiten der arabischen Führung. Wenn heute ein arabischer Nationalismus gegen die türkische Vorherrschaft sich zu bilden beginnt und ein alter Rassenhaß wieder lebendig zu werden anfängt, so bemächtigen sich diese Strömungen der Idee eines arabischen Kalifats und die religiöse Organisation wird zum Kampfobjekt der Rassen. England, das ein arabisches Reich nur unter englischer Vorherrschaft dulden kann, hat von Ägypten aus in den letzten Jahren mehrfach den Anschein erweckt, als erfreue sich die Idee des arabischen Kalifats seines besonderen Wohlwollens, und in der Tat muß es von einer Beherrschung eines den Kalifen bergenden Mekka eine ungeheure Stärkung seiner Stellung in Indien, Ägypten, ja in der ganzen muselmanischen Welt erwarten. So sind die aus früheren Jahrhunderten in unsere Zeit hineinragenden Machtreste eines einstigen Kosmopolitismus Kampfpreis nationaler Tendenzen geworden.

2.

Ehe wir die Betrachtung der ideellen kosmopolitischen Faktoren verlassen, haben wir einen zwar schwer faßbaren, aber den kosmopolitischen Religionen an Wichtigkeit nicht nachstehenden Faktor, nämlich den kosmopolitischen Gehalt des allgemeinen modernen Kulturideals, zu prüfen. Schon die Existenz eines solchen allgemeinen Kulturideals ist, wie wir oben sahen, ein kosmopolitischer Faktor. Ein internationales Ideal bedeutet eine internationale Gemeinde: es verbindet da und dort Angehörige verschiedener Nationen in gemeinsamem Streben aneinander. Unter dem allgemeinen Kulturideal nun verstehe ich diejenigen Wertungen, welche international heißen können und die allgemeine Signatur

des Zeitalters ausmachen. Im Zentrum all dieser Wertungen, die kaum als eine einheitliche Weltanschauung angesprochen werden können, sondern aus den verschiedensten Quellen der Vergangenheit und Gegenwart das Denken und Fühlen oder wenigstens die Sprechweise des Zeitalters beherrschen, steht die ungeheure Schätzung des menschlichen Lebens als eines absoluten Gutes. Es hat Zeitalter gegeben und gibt heute noch Völker, wie die Chinesen, welche das Leben an und für sich für kein Gut halten, sondern den Wert des Lebens erst in der Art des Lebens sehen. Diese Auffassung beherrschte die Antike. Der Glaube der modernen Zivilisation sieht in dem Leben schlechtweg ein Gut. Daher wertet sie alles, was das Leben erhält. Alle Völker verbindet der Kampf gegen den Tod; der Kampf gegen die dem Menschen feindliche Natur ist international organisiert, er ist ein Kampf der Menschheit geworden. Wir wollen weder den internationalen medizinischen Gesellschaften noch den Verträgen, welche einzelne Staaten zur Bekämpfung einzelner Krankheiten miteinander abgeschlossen haben, politische Bedeutung beimessen, sondern verzeichnen nur die gemeinsame Arbeit an einem Menschheitsideal. Auf die Wertung des Lebens als eines Gutes aber geht ferner zurück die moderne Verdammung des Krieges als eines Übels. Auch sie haben nicht alle Zeiten geteilt. Wer sie heute nicht teilt und etwa den Krieg nicht nur für etwas Notwendiges, sondern auch unter Umständen für etwas Gutes hält, muß den Mut haben, sich in Gegensatz zu dem durchschnittlichen Empfinden seines Zeitalters zu setzen. Auf dieser Wertung beruht der Pazifismus. Dieser Pazifismus ist in unserer Zeit eine organisierte Bewegung geworden; sie hat ihre Zeitschriften, Kongresse, Vereine und ihren Nobelpreis. Sie hat ihr Programm, Schiedsgerichte, Abrüstung und den ewigen Frieden. Es gibt in jedem Parlament der Großmächte parlamentarische Gruppen, die in ihrem Wirkungskreis dieses Programm propagieren und unterstützen sollen und untereinander zu der sogenannten interparlamentarischen Union verbunden sind. Diese parlamentarischen Gruppen sind in Amerika und England nicht ohne Einfluß, und auf diesen Einfluß pflegen die Regierungen wenigstens durch den äußeren Aspekt ihrer Handlungen

und durch ihre Redeweise Rücksicht zu nehmen. Man braucht die pazifistischen Bestrebungen nicht zu überschätzen und nicht etwa anzunehmen, sie würden mit der Zeit ihr Programm wirklich durchzusetzen vermögen, muß aber doch zugeben, daß sie schon manches zuwege gebracht, daß die Schaffung und Ausgestaltung der modernen Schiedsgerichtsverträge letzten Endes auf ihren Anstoß zurückgeht, das Problem der Abrüstung wenigstens eine aktuelle Frage bleibt und im ganzen doch eine ideelle Atmosphäre geschaffen ist, auf welche die Regierungen allerorten durch stete Betonung ihrer Friedensliebe Rücksicht nehmen müssen. Es mag auch sein, daß diese ideelle Atmosphäre die Regierungen auch praktisch insofern an die Sache des Friedens bindet, als die Inszenierung, diplomatische Vorbereitung und Rechtfertigung eines gewollten Krieges durch sie erschwert wird. Nur muß man sich hüten, in der modernen Friedensphraseologie, deren sich die Regierungen bedienen, lediglich einen Einfluß jener ideellen Atmosphäre zu sehen, sie ist mitbedingt durch das Interesse, das infolge der gegenwärtigen Konstellation die Staaten selbst im allgemeinen an der Betonung ihrer Friedensliebe haben.

Mit der modernen Schätzung des Lebens ursächlich enge verkettet ist eine ebenfalls typisch moderne Erscheinung, welche die Internationalität des Mitleids genannt werden könnte. Das Mitleid ist international geworden. Es war es nicht immer; wie es überhaupt mitleidlose Zeiten gab, so gab es auch solche, wo das Mitleid durch Raum, Blutverwandtschaft oder Religion begrenzt war. Dies internationale Mitleid ist ein Erbstück des christlichen Kosmopolitismus: aber es beherrscht heute auch das Empfinden des modernen Ungläubigen durchschnittlicher Denkungsart. Es spielt seine Rolle bei der eben erwähnten Verdammung des Krieges und im besonderen bei der Bedeutung, welche die Kunde von fernen Greueltaten seit den Gladstoneschen Atrocities für die Politik erlangt hat. Gegenüber solchen Greueltaten regt sich ein Gesamtempfinden der Welt, dessen sich die Staaten oft zur Rechtfertigung letzten Endes nationaler Unternehmungen bedienen können, dem sie sich aber auch unterwerfen müssen. Das internationale Mitleid bringt eine das moderne politische Fühlen

charakterisierende gefühlsmäßige Parteinahme für den Schwächeren mit sich. Diese durchaus moderne Parteinahme für den Schwächeren lag allen früheren Zeiten völlig fern. Sie ist nicht in allen Nationen gleich groß: die einen verteilen ihre Sympathien nach Interessen, die anderen mehr nach Gefühlsgründen. Diese Neigung ist also bei einigen Nationen schwächer, bei anderen stärker; sie ist zum Beispiel eine der wesentlichen Eigenarten der deutschen öffentlichen Meinung. Diese Eigenart hat gelegentlich, so bei dem Burenkrieg, dem Tripoliskrieg, aktuelle politische Bedeutung erlangt.

Die allgemeine politische Bedeutung dieser internationalen Sympathie für den Schwächeren liegt aber in dem ideellen Schutz, den durch sie die Kleinstaaten gegenüber ihren großen Nachbarn genießen. Die Geltendmachung der rohen Überlegenheit wird von der internationalen Moral verdammt — diese Moral wird von den Zuschauern vertreten, und wenn es auch keine moralischen Hemmungen sind, die von ihrer Geltendmachung abhalten, so ist es doch die Rücksicht auf die Zuschauer, die dank der allgemeinen politischen Konstellation des Zeitalters im allgemeinen nicht vernachlässigt werden kann.

In der politischen Phraseologie des Zeitalters wird das allgemeine Kulturideal meist in den vagen und vieldeutigen Formeln Zivilisation, Humanität zusammengefaßt. Sie liegen jederzeit bereit, um ein Zusammengehen der Staaten und Nationen zu rechtfertigen, und ihre Herrschaft über die internationale Meinung erschwert wenigstens die moralische Rechtfertigung der Feindschaft zwischen den großen zivilisierten Staaten. Damit aber ist ihre kosmopolitische Bedeutung erschöpft. Gegenüber den nichtzivilisierten Staaten werden sie zu Formeln, welche nationale Expansion und koloniale Eroberung rechtfertigen.

Die kosmopolitische Wirkung des allgemeinen Kulturideals liegt also in der Existenz gemeinsamer ideeller Bestrebungen, in einer das Zeitalter beherrschenden ideellen Atmosphäre, der sich die äußere Form der Handlungen, ihre Interpretation, die politische Redeweise anpassen müssen. Durch die Beherrschung der äußeren Form mag diese Atmosphäre einen gewissen Einfluß auf die Hand-

lung ausüben, indem sie den Umkreis der in unserer Zeit möglichen Handlungen begrenzt. Weiter geht ihr Einfluß nicht; die dem menschlichen Geist gegebenen Interpretationskünste lassen der Handlung selbst weitesten Spielraum. Diese Notwendigkeit, die Handlung mit jener ideellen Atmosphäre in Einklang zu bringen, gibt dem diplomatischen Stil der Epoche das Gepräge.

Man darf sich über die Dünne und Blutleere dieses allgemeinen Kulturideals nicht täuschen. Es gibt freilich Leute, die ihm mit Feuer und Begeisterung anhängen. Für den europäischen Durchschnittsmenschen aber handelt es sich nur um eine Phraseologie, deren er sich gewohnheitsmäßig bedient. Es ist wie ein Gewand, das man nun einmal anzuziehen gewohnt ist. Auf die innere Natur hat dieses Gewand keinen Einfluß. Es hat in anderen Zeiten andere Ideale gegeben, für welche allerorten Massen von Menschen mit Leidenschaft und Freude in den Tod gingen. Es gibt auch in unserer Zeit solche Ideale. Aber sie liegen nicht auf dem politischen Gebiet des allgemeinen Kulturideals. Schon gegen die lebendige Kraft der nationalen Ideale gehalten, verblaßt seine Leuchtkraft. Es ist mehr Rauch als Feuer. Die Kräfte und Ideen, die das Menschenleben beherrschen, sind anderer Art. Sie sind heute so lebendig wie früher. Nur herrschen sie mehr in der Tiefe. Die Oberfläche der internationalen Phraseologie liegt wie ein Schleier auf ihnen. Aber es bedarf nur der Gelegenheit, um sie aus der Tiefe zu rufen, und der Schleier zerreißt.

Wir haben in diesem Zusammenhang noch einer anderen geistigen Erscheinung zu gedenken, die international und nicht ohne kosmopolitische Bedeutung ist. Es ist dies die allgemeine Erschlaffung des Idealismus überhaupt, der skeptische Zweifel gegen alle Ideale, die Wertung des persönlichen Genusses — kurz, jener ganze Umkreis von Gedanken, Gefühlen und Wertungen, welcher gemeinhin als Materialismus bezeichnet wird. Es handelt sich hier um ein negatives Kulturideal,[15]) dessen kosmopolitische Bedeutung darin liegt, daß es allen starken und vorwärts treibenden Kräften, die in Idealen Ausdruck und Richtungspunkt finden, mäßigend und erschlaffend entgegenwirkt, und daß diese Wirkung nicht

nur das allgemeine Kulturideal, sondern auch die viel stärkeren besonderen Ideale, in denen sich der nationale Lebenstrieb verankert hat, trifft. Durch den theoretischen Materialismus werden trotz aller Versuche, auf ihn eine Ethik zu gründen, alle über den persönlichen Genuß des Einzelnen und die Vorbedingungen dazu hinausgehenden Wertungen bedroht, das religiöse Ideal ebenso, wie das wissenschaftliche Ideal der Wahrheit und nicht minder das Ideal der Nation als eines Weges zur Menschheit. Er ist der Ausdruck einer gewissen Müdigkeit des Zeitalters. Wären die Seelen der Menschen innerlich von den Theorien beherrscht, welche die Köpfe bergen oder die Münder nachreden, so wäre die Gleichzeitigkeit einer Herrschaft materialistischer Theorien und der ungeheuren Entwicklung nationaler Leidenschaft undenkbar.

Der modernsten kosmopolitischen Idee, des internationalen Sozialismus, werden wir nach der Betrachtung der kosmopolitischen Mächte des Wirtschaftslebens gesondert gedenken.

3.

Von allen kosmopolitischen Mächten scheint die mächtigste und die von dem Charakter des Zeitalters selbst vornehmlich begünstigte: das Kapital. Die Phraseologie der Zeit spricht auf der einen Seite von der Internationalität des Kapitals, auf der anderen von der großen Rolle, die es für die nationale Expansion spielt, die sich teils seiner bemächtigt, teils von ihm benützt wird. Es hat also offenbar zwei Gesichter, ein kosmopolitisches und ein nationalistisches. Beide, den kosmopolitischen und den nationalistischen Faktor im Kapital und ihr Verhältnis zueinander, haben wir zu untersuchen.

Die Entwicklung des modernen Wirtschaftslebens, deren Träger und Ausdruck das Kapital ist, hat dem Kapital eine gewisse Bodenständigkeit, die ihm in früheren Zeiten anhaftete, genommen, es beweglicher und unabhängiger gemacht. Das Kapital kann heute seinen Beruf, Zinsen zu tragen, überall erfüllen. Die Möglichkeit der Kapitalsanlage ist internationalisiert. Dadurch sind die wirtschaftlichen Interessen des Kapitalisten von dem

wirtschaftlichen und politischen Schicksal des Landes, dem er angehört, lösbar geworden. Es steht dem französischen Rentier frei, von der Sicherheit oder Zukunftsmöglichkeit deutscher Industriewerte mehr zu halten als von den französischen Werten und sein Geld in deutschen Papieren anzulegen; der Deutsche kann, wenn er will, den englischen Konsols mehr trauen als den deutschen Renten, oder durch Ankauf amerikanischer Papiere sein Geldinteresse nach dem neuen Kontinent verlegen. Theoretisch besteht die Möglichkeit einer vollkommenen Lösung des einzelnen Kapitalbesitzes von der Heimat. Und doch ist es sehr fraglich, ob man das Recht hat, unserem Zeitalter gegenüber früheren Zeiten eine zunehmende Internationalisierung des Kapitals zuzuschreiben. Die im Auslande angelegte Kapitalsumme der großen europäischen Kapitalländer wächst von Jahr zu Jahr und, wenn man von den durch das Aufundab des Wirtschaftslebens hervorgerufenen Schwankungen absieht, stetig. Dieses Wachstum aber betrifft zunächst nur die absoluten Zahlen, nicht die Prozentsätze der Nationalvermögen. Deren Wachstum zu konstatieren, fällt der Statistik überaus schwer, da die Ziffern der Nationalvermögen selbst von ihr nur sehr ungenau und unsicher zu erfassen sind. Im allgemeinen wird man sagen können, daß immer der weitaus größte Teil des Kapitals an die Heimat, und zwar unlösbar, gebunden bleibt. Vom Standpunkt des einzelnen Rentners aus ist das Kapital, das heißt sein eigenes Kapital, international beweglich: aber es wäre falsch, von diesem Standpunkt aus auf die Eigenschaften des Kapitals schlechtweg zu schließen. Denn die Voraussetzung für die Verschiebbarkeit des einzelnen Privatkapitals ist das Beharren der großen Masse des nationalen Kapitals. Alles zusammen oder auch nur ein erheblicher Teil läßt sich niemals ohne eine enorme Entwertung ins Ausland verschieben.

Auf die Mobilität des einzelnen Kapitalbesitzes also läßt sich die Internationalität des Kapitals nicht gründen. Eine Untersuchung über den Kosmopolitismus des modernen Kapitals muß überhaupt von vornherein zugeben, daß in allen Staaten, auch in denen, deren Wirtschaftsleben am modernsten entwickelt ist, der weitaus größte Teil des Kapitals national gebunden, das heißt auf Gedeih und

Verderb mit der Heimat, ihrem wirtschaftlichen Wohlergehen und ihrem politischen Schicksal verkettet bleibt. Wenn dagegen eingewandt wird, daß auch dieses so gebundene Kapital im großen ganzen ein Interesse an einer ruhigen und friedlichen Entwicklung habe und daher einer nationalistischen Expansionspolitik widerstrebe, so ist das richtig, genügt aber nicht, um auch diesem Kapital eine kosmopolitische Tendenz zuzuschreiben. Dieses Interesse und Widerstreben richtet sich nämlich nur gegen eine spezielle Form des nationalen Kampfes, den Krieg, nicht aber gegen den nationalen Kampf schlechtweg. Dieser wird auch von diesem Kapital gefordert, ja selbst unternommen und geführt: und der mäßigende Einfluß, den das kapitalistische Interesse auch in diesem Zusammenhange auf die Gegensätze der Nationen auszuüben scheint, richtet sich in Wahrheit gar nicht auf die Gegensätze selbst, sondern nur auf die Form ihres Austrags. Jenes Interesse ist für das allgemeine politische Gebaren des Zeitalters von besonderer Bedeutung; da aber nicht ohne weiteres Frieden und Kosmopolitismus auf der einen, Krieg und Nationalismus auf der anderen Seite gleichzusetzen sind, scheidet er aus einer Betrachtung über Kosmopolitismus und Nationalismus des Kapitals aus, um an einer Stelle, wo von den Formen des politischen Kampfes der Gegenwart zu handeln wäre, seinen Platz zu finden.

Dieser größte Teil des Kapitals bleibt nicht nur negativ, das heißt in dem Sinne an die Heimat gebunden, daß es die Leiden der Heimat mitzuspüren bekommt, sondern auch positiv: in ihm selbst schlägt der Puls des nationalen Lebens, seine Arbeit ist nationale Arbeit, ja es ist vielfach der leidenschaftlichste und rührigste Träger der nationalen Expansion. Wer die Geschichte der kolonialen Expansion der europäischen Großmächte in den letzten Jahrzehnten unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, wird ohne Mühe finden, daß alle Kriege der letzten Zeit, an denen europäische Großmächte beteiligt waren, wenn nicht von dem Kapitalsinteresse angezettelt, so durch das Kapitalsinteresse eingeleitet worden sind. In der russischen Expansion in der Südmandschurei, die zum Kriege mit Japan führte, spielten die russischen Spekulationen in Yaluwaldungen eine damals viel diskutierte Rolle;

auch in der Vorgeschichte des Burenkrieges, den französischen Marokkounternehmungen, der tripolitanischen Aktion Italiens stößt man vielfach auf das Kapital, wenn nicht als treibenden, so doch als beteiligten Faktor. Ein großer Teil des modernen Kampfes der Nationen ist ein Kampf der Kapitalien um Arbeitsgelegenheit und höhere Zinsfrucht. Das Kapital ist nicht nur Instrument, sondern Träger des nationalen Kampfes. Ja, es ist nicht nur national, es kann auch nationalistisch sein, und wie wir oben davon sprachen, daß die Hauptmasse des an die Heimat gebundenen Kapitals an der friedlichen Form der Entwicklung interessiert bleibt, können wir hier erwähnen, daß in allen Ländern ein freilich kleiner Prozentsatz des Kapitals auch ein Sonderinteresse an Kriegen und politischen Verwicklungen haben kann.

Das Kapital, für sich allein betrachtet, ist also nicht kosmopolitisch; wenn es kosmopolitisch sein kann, so kann es auch national, ja nationalistisch sein; es ist also, für sich allein betrachtet, weder das eine noch das andere, sondern indifferent. Erst durch eine bestimmte Verbindung und Verwendung wird es Träger nationaler oder kosmopolitischer Tendenzen.

Seine mögliche kosmopolitische Rolle, deren Prüfung an dieser Stelle unsere Aufgabe ist, spielt es in unserer Zeit auf folgende Weise: Das moderne kapitalistische Wirtschaftsleben hat eine ungeheure Verflechtung der wirtschaftlichen Interessen aller und in erster Linie der wirtschaftlich fortgeschrittensten Nationen mit sich gebracht. Die Welt ist ein einziges, in sich zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet geworden. Es gibt in der zivilisierten Welt weder für Geld noch für Waren einen isolierten Markt. Was an der einen Stelle sich ereignet, wird an allen anderen Stellen fühlbar. In Neuyork werden Exekutionen für einen fallierten Börsenspekulanten vorgenommen; die Börsen von London, Paris und Berlin verzeichnen am nächsten Tag das Ereignis durch eine Abschwächung der Kurse. Nirgends kann mehr ein neues Absatzgebiet, eine neue Produktionsquelle von Rohmaterialien erschlossen werden, ohne daß das gesamte Weltwirtschaftsgebiet in irgendeiner Weise davon berührt würde. In allen Zweigen des Wirtschaftslebens zeigt sich die gleiche Erscheinung. Wollen wir diese

Verflechtung der Interessen uns in einem Bilde klarmachen, so können wir dem lichten Walde, in welchem die Bäume nur leise mit den Spitzen der Äste einander berühren, die dicht verwachsene Hecke gegenüberstellen, in der an jeder Stelle Zweige vieler Stämme untrennbar verschlungen und verbunden sind.

Diese Verflechtung der materiellen Interessen der zivilisierten Welt, die Entstehung einer einzigen Weltwirtschaft ist eine der Grundtatsachen der modernen Politik. In ihr haben wir die stärkste Stütze des Kosmopolitismus zu suchen. Nicht als ob sie selbst aus kosmopolitischen Tendenzen geboren wäre: im Gegenteil, es war ja gerade die nationale Wachstumstendenz, die die Bäume ineinander wachsen ließ, die sich zu ihren Zwecken der wirtschaftlichen Expansion bediente, die Schiffe, die Waren und die Kapitalien über die Meere sandte. Aus der nationalen Konkurrenz ist die Verflechtung entstanden, sie ist selbst gleichsam ein ungeheurer Ringkampf der Nationen, der immer noch weiter gekämpft wird. Aber dank der spezifischen Eigenschaften des Kampfinstrumentes, dessen sich die Kämpfer bedienten, nämlich des modernen Kapitals, ist aus dem Ringen selbst ein Zustand hervorgegangen, der nunmehr die Kämpfer aneinander bindet und sie in eine Art Gesamtorganisation zwingt, die, wenngleich dem nationalen Lebenswillen entsprossen, doch seine Bewegungsfreiheit hemmt. Diese Gesamtorganisation wirkt kosmopolitisch. Die nationale Tendenz scheint sich hier gleichsam gefangen zu haben.

Nun ist diese Gesamtorganisation noch nirgends völlig vollzogen, aber sie ist überall im Entstehen begriffen. Gegen frühere Zeitalter gehalten, scheint sie ungeheuer fortgeschritten. Gegen eine denkbare Vollendung gehalten, ist sie noch überall in den Anfängen. Einen Grad Selbständigkeit haben sich noch alle nationalen Wirtschaften erhalten; aber die Entwicklung scheint darauf auszugehen, diesen Grad zu verringern. Die moderne Schutzzollpolitik ist in diesem Zusammenhang eine Reaktionserscheinung, in ihr setzt sich der nationale Wille gegen diese Bedrohung seiner Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit zur Wehr. Mit unterschiedlichem, aber nur relativem Erfolge. Die Verflechtung ist

zu weit vorgeschritten, nirgends ist das Ideal der wirtschaftlichen Autarkie noch erreichbar.

Diese entstehende Gesamtorganisation wird Quelle und Rückhalt kosmopolitischer Tendenzen. Was da entstanden ist, ist eine wirtschaftliche Interessengemeinschaft der zivilisierten Welt. Diese Interessengemeinschaft geht quer durch alle wirtschaftlich hochentwickelten Nationen, sie ist also Querschichtung und kosmopolitisch. Das gemeinsame wirtschaftliche Interesse bindet die Völker aneinander. Kraft des einen weltwirtschaftlichen Zusammenhangs trifft das wirtschaftliche Leid, das dem einen Volke geschieht, mehr oder minder die anderen mit. Alle haben auf diese Weise ein gemeinsames Interesse an aller Wohlergehen. Für den schrankenlosen Nationalismus muß des einen Schaden des anderen Nutzen sein. Diese Denkart ist gegenüber dem gemeinsamen Interesse, das die Weltwirtschaft geschaffen hat, nur mehr in engen Grenzen haltbar. Es ist in jedermanns Erinnerung, wie bei der Diskussion der politischen Gegensätze zwischen wirtschaftlich hochentwickelten Ländern, wie zum Beispiel zwischen Deutschland und England, immer wieder die aufgeregten Gemüter an die Tatsache erinnert werden, daß Deutschland für soundsoviel Millionen Waren von England bezieht und umgekehrt, an wie vielen Unternehmungen Deutschland und England gemeinsam beteiligt sind, und welchen Nutzen der eine Staat aus der Blüte des anderen zieht. Das Argument ist schlüssig. Seine direkte Wirkung ist freilich noch nicht kosmopolitisch. Es richtet sich ja nicht gegen den nationalen Kampf schlechtweg, sondern zunächst nur gegen die kriegerische Form, in der dieser Kampf etwa ausgetragen werden mag. Seine nächste Wirkung ist nur die einer Mäßigung der Kampfform; die nationale Kampftendenz bleibt in ihrer Leidenschaftlichkeit und Begehrlichkeit bestehen. Indirekt aber greift die Wirkung dieser Verflechtung doch weiter. Die Gemeinsamkeit der Interessen ist nicht dadurch erschöpft, daß der Kampf sich in relativ unschädlichen Formen abspielt, sie ist nicht rein negativ, sondern wird überall da positiv, wo die Kapitalien verschiedener Länder zu gemeinsamen Zielen in gemischten Unternehmungen zusammenarbeiten. Hier sind Organismen mit wirklich kosmopolitischer

Tendenz entstanden, welche den zentrifugalen nationalen Tendenzen positiv entgegenarbeiten. Hier ist das Kapital von seinem nationalen Boden losgelöst. Vielleicht auch da nicht völlig: die nationalen Gegensätze mögen innerhalb der Verwaltungen solcher Gesellschaften fortbestehen und weiter ausgetragen werden, da es ja doch überall dieselben Menschen sind und diese in solche internationalen Stellungen ihr nationales Empfinden mitbringen; aber es besteht doch hier die Tendenz, solche Gegensätze auszugleichen und zurückzustellen. Indessen zeigt sich auch hier die Beschränkung der kosmopolitischen Tendenz und die Kraft der nationalen: überall, wo derartige, mit internationalem Kapital arbeitende Gesellschaften für den politischen Kampf ins Gewicht fallen, erweist sich der kosmopolitische Charakter als zu schwach, entspinnt sich ein Kampf um den Besitz der Aktienmajorität, und die einer fremden Minorität verbleibenden Anteile sollen von jedem Einfluß, der den nunmehr nationalen Charakter des Unternehmens beeinträchtigen könnte, ausgeschaltet werden. Dieser Kampf um Aktienmajoritäten ist mit der Zeit ein wesentlicher Teil des politisch-diplomatischen Kampfes geworden. Alle wirtschaftlichen Unternehmungen von direkter politischer Bedeutung, zum Beispiel Eisenbahnen, Kanalgesellschaften und so weiter, sind heute, auch wenn ihr Kapital ursprünglich oder der Form nach international ist, national determiniert.

Aber diesen politischen Unternehmungen, in denen die nationale Bedeutsamkeit das Kosmopolitische der Form zurückdrängt, steht eine große Masse politisch indifferenter Gesellschaften gegenüber, in denen die rein geschäftlichen Rücksichten ohne Störung durch politische Nebeninteressen wirken können; und diese sind es, die in ihren Leitern und Anteilseignern einen breiten Grundstock von in geschäftlicher Beziehung kosmopolitisch orientierten Menschen liefern. Als Geschäftsleute sind diese Menschen Kosmopoliten: damit ist aber nicht gesagt, daß nicht in Zeiten hoher politischer Erregung auch hier der Bürger und Volksgenosse den Geschäftsmann zurückdrängt und auf dem Weg über die ideellen Interessen der nationale Gedanke auch in diesen Schichten über die kosmopolitische Tendenz den Sieg davonträgt.

Hier aber wird offenbar, daß es schließlich von dem ideellen Zustand einer Epoche und eines Staatenkreises abhängt, bis zu welchem Grade die diesen materiellen Interessen und ihrer Verflechtung innewohnende kosmopolitische Tendenz sich ohne Hemmungen frei zu entfalten vermag. Nehmen wir den Geschäftsmann, sei es, daß er an jenen national indifferenten oder gemischten Unternehmungen oder kraft jener Verflechtung des Wirtschaftslebens an dem Wohlergehen fremder Staaten interessiert sei, als kosmopolitisch orientiert; wir können theoretisch den Geschäftsmann von dem Volksgenossen und dem Menschen trennen; in Wirklichkeit ist er einer, und erst die Frage, ob in ihm der Geschäftsmann oder der Volksgenosse mächtiger ist, entscheidet über die reale kosmopolitische Macht der Geschäftsinteressen. Die Antwort auf diese Frage aber liegt auf ideellem Gebiet. Aber gerade die ideellen Faktoren, die in den Entschließungen der Menschen die eine oder die andere Rolle überwiegen lassen, sind außerordentlich schwer greifbar, schwankend und flüssig. Es ist der allgemeine Gehalt eines Zeitalters nicht an formulierten Ideen, sondern an oft noch unbewußt ideellen Motiven, die latent einer Gelegenheit warten, die sie oft plötzlich zu Bewußtsein und Wirksamkeit erweckt. Im allgemeinen wird man sagen können, daß der günstigste Boden für ein Überwiegen des Geschäftsmannes über den Volksgenossen von dem materialistischen Rationalismus bereitet worden ist, der in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts allmählich zur Weltanschauung des modernen Durchschnittsmenschen geworden ist.[16]) Für diese Weltanschauung gibt es keine ewigen und absoluten Werte, für die zu arbeiten, zu leiden und eventuell auch zu sterben sich lohnt: das allein wahre Ziel alles Strebens ist der Genuß und der höchste aller Schätze das Universalmittel, gegen das man alle Genüsse eintauschen zu können glaubt: das Geld. Der moderne Hedonismus ist eminent kosmopolitisch. Er ist es, weil er individualistisch ist. Er hat den Menschen und sein Streben aus all den überindividuellen Zusammenhängen der Familie, der Nation, der religiösen Gemeinschaft gelöst, das Individuum auf sich selbst gestellt und ihm aufgegeben, sein Leben zu genießen. Das dergestalt aus den überindividuellen Zusammenhängen los-

gelöste Individuum aber ist immer dem Kosmopolitismus verfallen. Es erkennt nur die Werte an, die sich genießen lassen. Es muß, da das Geld das erste und notwendigste Mittel zum Genuß ist, das Geld über alles schätzen. In dem Geschäftsmann oder Rentier, dessen Weltanschauung so orientiert ist, wird das geschäftliche, das heißt kosmopolitische Interesse im Konfliktsfalle über den Volksgenossen siegen. Wir kennen alle diese Weltanschauung und sind ihr alle in Theorie und Praxis hundertmal begegnet. Sie schien tatsächlich die letzten Jahrzehnte zu beherrschen. Aber wie bei jeder Weltanschauung, so ist es auch bei dieser überaus fraglich, in wie tiefe Schichten der menschlichen Seele sie eingedrungen ist. Wenn sie nur die Oberfläche beherrscht, so wird sie in dem Leben der Menschen und in ihren indifferenten Handlungen sich entfalten, bei Gelegenheiten aber, wo tiefere und sonst schlummernde Seiten des menschlichen Empfindungslebens in Mitleidenschaft gezogen sind, ohne Macht sein. Es hat den letzten Jahrzehnten an jenen großen Erregungen gefehlt, welche den geistigen Aspekt eines Zeitalters oft plötzlich umgestalten: wir wissen nicht, ob nicht alle diese Materialisten, wenn eine große Gelegenheit an tiefere Schichten ihrer Empfindung appelliert hätte, allen ihren Theorien zuwider fähig gewesen wären, sich den von ihnen geleugneten ewigen Werten zu opfern. Daß jener Materialismus und seine hedonistische Wertlehre nicht allzu tief in den Seelen der Menschen sitzt, können wir daraus schließen, daß die Zeit seiner höchsten Blüte auch die Zeit einer ungeheuren Zunahme des instinktiven Nationalgefühls war, obwohl für dieses in seiner Weltanschauung kein Platz ist. Dieser Nationalismus wächst eben aus unbewußten und ungreifbaren Tiefen der Menschennatur über jenen flachen Materialismus hinweg, der auch in den Zeiten seiner üppigsten Entfaltung nur die äußere Redeweise der Menschen beherrscht hat. Die Geheimnisse der Menschenseele sind so leicht nicht zu formulieren und nicht zu ergründen — nicht, was die Menschen reden noch was sie unter gewöhnlichen Umständen tun, berechtigt dazu, darüber zu urteilen, welche Leidenschaft und Kraft vielleicht außergewöhnliche Umstände dem unfruchtbaren, weil unbebauten, Boden abzuringen vermögen. Immerhin wird man im allgemeinen

sagen können, daß der noch herrschende Materialismus der Weltanschauung und Empfindungsweise des modernen Menschen die kosmopolitische Wirkung der internationalen Kapitalverflechtung stärkt und unterstützt. Völlig undurchsichtig aber ist die Frage, ob dieser Materialismus in Zukunft noch an Macht gewinnen oder überwunden werden wird. Nach manchen Anzeichen hat es den Anschein, als wäre das letztere das Wahrscheinlichere. In den klassischen Ländern des materialistischen Rationalismus, in England und Frankreich, haben die letzten Jahre eine tastende Rückkehr zu tieferen Lebensauffassungen, eine Suche nach neuen und befriedigenderen Wertungen gebracht; überall scheint ein neues religiöses Bedürfnis sich zu regen, scheinen die Antworten, die die Naturwissenschaften auf die großen und ewigen Fragen des Lebens nicht zu geben vermochten, der schon als unnütz verdammten Philosophie neues Leben zu geben; und wenn die Erfahrung der Reichen, daß die für Geld einzutauschenden Genüsse flüchtig sind und nicht Befriedigung und Halt gewähren, sich zunächst in einem snobistischen Bemühen um edlere Kulturgüter unsicher und unsympathisch äußert, so mag auch dies als Anzeichen dafür verzeichnet werden, daß die Zeit von dem Materialismus weg zu neuen ideellen Motiven drängt, welche, wenn sie erst einmal ersehnt sind, wohl auch ihren Ausdruck finden werden.

4.

Die kosmopolitische Kraft der Verflechtung der wirtschaftlichen Interessen äußert sich in dem Anteil, den diese Verflechtung an der Entstehung und dem Ausbau einer rechtlichen Gesamtorganisation der Welt gehabt hat und weiter hat. Diese rechtliche Gesamtorganisation, die das Völkerrecht wie das internationale Privatrecht umfaßt, wird gemeinhin als der eindringlichste Beweis der Kraft der unsere Zeit beherrschenden kosmopolitischen Tendenzen aufgefaßt. Sie ist indes weniger das Erzeugnis kosmopolitischer Tendenzen, als, einmal entstanden, ihr stärkster Rückhalt. Sie sucht aus den Beziehungen der Völker die Gewalt auszuscheiden und durch das Recht zu ersetzen; und

indem sie über alle Feindschaften und Kontroversen ein allgemein gültiges Recht, dem auch die Staaten sich zu beugen haben, aufrichtet, scheint sie auf einen Kosmopolitismus nicht nur hinzustreben, sondern ihn zu begründen: denn was kann unter Kosmopolitismus anders verstanden werden, als die Einheit einer alle Menschen verbindenden rechtlichen Gemeinschaft?

Für die Frage nach dem Wesen und der Kraft des modernen Kosmopolitismus wird daher die Prüfung dieser internationalen Rechtsorganisation, ihrer Haltbarkeit, der Grenzen ihrer Materien und ihrer Wirksamkeit von grundlegender Bedeutung sein. Wir sind in diesem Rahmen nicht imstande, dieses praktisch und theoretisch überaus schwierige Problem mehr als zu umreißen: es kann sich für uns nur um eine Skizzierung der Grundzüge handeln.

Aus dem Gesichtspunkt des Gegensatzes zwischen nationalen und kosmopolitischen Tendenzen heraus, der für unsere Fragestellung maßgebend bleiben muß, gliedern sich die Materien, die das gesamte internationale Recht umfaßt, auf der einen Seite in rechtliche Abmachungen, Regeln und Grundsätze, welche für die Austragung oder Schlichtung von Streitigkeiten der Staaten untereinander maßgebend sind oder sein sollen, auf der anderen in solche, welche nur die rechtlichen Beziehungen zwischen Angehörigen verschiedener Staaten, also die Sicherung und Regelung der Beziehungen zwischen privaten Personen verschiedener Staatsangehörigkeit, im Auge haben.

Unter die erste Gattung, das eigentliche Völkerrecht, das heißt das internationale öffentliche Recht, fallen das Landkriegsrecht, das Seekriegsrecht, die vertragliche Schaffung von Schiedsgerichten. Sie betreffen durchweg die international rechtliche Regelung der Formen, in welchen Streitigkeiten zwischen den Staaten ausgetragen werden sollen. Dabei handelt es sich indes nicht nur um die allgemeinen oder besonderen Konventionen, welche zwischen Staaten ausdrücklich vereinbart und kodifiziert worden sind, sondern um eine Fülle von Gewohnheiten, welche als Recht, sei es anerkannt, sei es nur ausgegeben worden, kurz und gut, um jenen Komplex kodifizierter oder nicht kodifizierter Regeln, Verhandlungsmethoden, Grundsätze und Gebräuche, an die das Benehmen

der Staaten gegeneinander durch eine ausgesprochene oder stillschweigende Übereinkunft aller gebunden ist oder gebunden sein soll. Obwohl dieser Teil des internationalen Rechts nicht in den engeren Zusammenhang gehört, in dem wir hier an dieses Problem herangetreten sind, so müssen wir doch auch hier der Vollständigkeit halber diesen Teil der Frage in Kürze behandeln.

Vorweg ist zu sagen, daß die ideelle Atmosphäre, von der dieser Komplex von Regeln und Gewohnheiten umgeben und getragen ist, kosmopolitische Züge trägt. Bei dieser ideellen Atmosphäre handelt es sich noch nicht um den wahren ideellen Charakter, der diesen Dingen innewohnt, sondern zunächst nur um die Interpretation und Phraseologie, mit denen von ihnen in der durchschnittlichen Öffentlichkeit geredet wird. Diese Phraseologie ist durchaus kosmopolitisch. Es handelt sich nach ihr um den friedlichen Fortschritt aller Nationen, die Siege der Zivilisation und Humanität, die Sache des Friedens und der Menschheit, die Vermeidung von Elend, Grausamkeit und Unrecht. Es ist kein Zweifel, diese ideelle Atmosphäre ist für sich allein, auch wenn sie schließlich nur Scheinbarkeit und eine Seifenblase ist, eine reale Macht. Auch Scheinbarkeiten sind reale Mächte, zumal in der Politik. Es handelt sich um eines jener Imponderabilien, vor denen sich oft bewußt oder unbewußt der Handelnde beugt, um die Macht einer Suggestion, gegen die nur der Stärkere sich auflehnt; es ist mit dieser ideellen Atmosphäre, die das Völkerrecht umgibt, gleichsam ein zartes und unsichtbares Netz über die Politiker der zivilisierten Welt geworfen, das es den meisten erschwert, aus geringeren Anlässen gegen diese Regeln und Gewohnheiten zu verstoßen, und alle zwingt, diese Verstöße zu verdecken und in der Form abzuschwächen. Dadurch wird der Kampf verfeinert und verlangsamt, das Raubtier gezähmt.

Mit dieser ideellen Atmosphäre und ihrer Wirksamkeit aber ist der im eigentlichen Sinne des Wortes kosmopolitische Charakter des Völkerrechts erschöpft. Zunächst befaßt sich sein Hauptinhalt, das Land- und Seekriegsrecht, nur mit den Formen des Kampfes, richtet sich also nicht gegen den Kampf als solchen. Das leitende und bei der Schöpfung dieses Rechts treibende Motiv ist die

Gemeinsamkeit des Interesses, das die Kämpfenden an der Mäßigung der Schrecken des Krieges ohne Beeinträchtigung der Zwecke des Krieges haben. Der andere Teil des Völkerrechts, die in besonderen Verträgen zwischen einzelnen Staaten vorgesehene vertragliche Schaffung von Schiedsgerichten, beschäftigt sich freilich mit der Beseitigung von Streitigkeiten. Aber auch hier wird ja der nationale Kampf nicht beseitigt, sondern nur seine Form verändert und der Soldat durch den Juristen ersetzt. In allen generellen und speziellen Schiedsgerichtsverträgen hat es sich bisher immer um solche Streitigkeiten gehandelt, an deren friedlicher Erledigung beide Staaten ein Interesse haben. Ein solches gemeinsames Interesse begründet keinen echten Kosmopolitismus. Es steht in keinem irgendwelchen Gegensatz zu der nationalen Idee, sondern ist begründet in einer Konstellation, welche beiden Teilen den kriegerischen Austrag des Streites zurzeit nicht ratsam erscheinen läßt. Diese Konstellation ist freilich, wie wir gesehen haben, für den politischen Charakter unseres Zeitalters charakteristisch, in dem die meisten Staaten noch Raum haben, sich nebeneinander national zu entfalten und durch einen Krieg mehr zu verlieren als zu gewinnen haben. Diese typische Konstellation begründet einen scheinbaren Kosmopolitismus, der dann wieder in der diplomatischen Phraseologie zum Ausdruck kommt: aber hier handelt es sich nur um eine Scheinbarkeit, und das, was dieser real zugrunde liegt, kann als Organisation des Aufschubs der nationalen Kämpfe bezeichnet werden. Im großen ganzen dient das Instrument der Schiedsgerichte nur dazu, den Ausbruch ungewollter Kriege, die aus unvorhergesehenen Zwischenfällen, in denen es sich nicht um nationale Lebensinteressen handelt, entstehen konnten, zu vermeiden; aber noch nie und nirgends sind nationale Lebensfragen durch Schiedsgerichte geregelt oder gewollte Kriege durch Schiedsgerichte vermieden worden. Daran wird auch der von einigen Staaten propagierte Gedanke des obligatorischen Schiedsgerichts nichts ändern können. Die von diesen selben Staaten vorgeschlagenen Schiedsgerichtsverträge heißen zwar obligatorisch, aber nehmen entgegen dem Sinne dieses Wortes die Fälle, in welchen das nationale Lebensinteresse und die nationale Ehre berührt sind, von der Obligation aus oder machen die An-

wendung des Vertrags in jedem einzelnen Fall von besonderen Bedingungen abhängig, über die schließlich das Belieben des betreffenden Staates entscheidet.[17])

Für das Problem des Gegensatzes zwischen kosmopolitischen und nationalen Tendenzen handelt es sich also bei dem modernen Völkerrecht um eine Mäßigung der Kampfformen, um die Vermeidung ungewollter Kriege, um eine in der Konstellation bedingte Gemeinsamkeit des Interesses an der Erhaltung des Friedens, genauer, an dem Aufschub der offenen Feindschaft, also um lauter Dinge, welche nichts mit dem echten Kosmopolitismus zu tun haben und der nationalen Tendenz, aus der auch sie letzten Endes entwachsen sind, in keiner Weise entgegengesetzt wirken. Kosmopolitisch ist allein die ideelle Atmosphäre und die Suggestion, die sie auf die Gemüter der Menschen ausübt.

Wir kommen auf den Zusammenhang zurück, in dem wir das Thema des internationalen Rechts aufgenommen haben. Wir sagten, die kosmopolitische Rolle jener Interessenverflechtung, die das moderne Wirtschaftsleben mit sich gebracht hat, werde am deutlichsten durch den Anteil, den diese Interessenverflechtung an einer rechtlichen Gesamtorganisation der Welt gehabt hat und hat. Dieser Anteil betrifft die zweite Gattung internationaler Rechtsbestimmungen, nämlich diejenige, die es mit den Rechtsverhältnissen, sei es zwischen privaten Personen verschiedener Staatsangehörigkeit, sei es zwischen Staaten und den in ihrem Gebiet lebenden oder interessierten Personen anderer Staatsangehörigkeit zu tun hat. Eine rechtliche Ordnung dieses ganzen Interessengebietes scheint die Vorbedingung für die Möglichkeit der volkswirtschaftlichen Interessenverflechtung. Sie scheint erst den Boden geschaffen zu haben, auf dem der ganze internationale Geschäftsverkehr sich entwickeln konnte. Und doch wäre eine solche Auffassung, die die Entstehung der Rechtsordnung vor die Interessenverflechtung setzte, gründlich unhistorisch. Beides ist in engstem Zusammenhang in steter Wechselwirkung herangewachsen. Wie in primitiven Zeiten die Notwendigkeit von Handel und Verkehr dem Bellum omnium contra omnes die ersten primitiven Formen des Fremdenrechts abrang, auf diesen fußend dann ein lebhafterer Verkehr

sich entwickelte, der wieder fortgeschrittenere Formen des Rechts hervorrief, weil er sie benötigte, so bildet sich auch in unserer Zeit auf der bestehenden Rechtsgrundlage durch die stetig fortschreitende Verflechtung ein wachsendes Bedürfnis, das eine Verfeinerung der Rechtsformen herbeiführt, mit deren Hilfe dann wieder die Verflechtung weitere Fortschritte machen kann. Diese Entwicklung hat ihr Tempo in unserem Zeitalter, zumal in der jüngsten Zeit, ungeheuer beschleunigt. Es handelt sich zum großen Teil um schwierige und verwickelte Materien, welche, weil ohne Zusammenhang mit der aktuellen Politik, außerhalb des Interesses der nicht direkt beteiligten Kreise liegen, daher denn die moderne Entwicklung auf diesem Gebiete und ihre allgemeine Bedeutung in der Öffentlichkeit wenig beachtet und gewürdigt wird. Auf diesem ganzen Gebiet werden in unserer Zeit alle Jahre einige prinzipiell und praktisch wichtige Verträge abgeschlossen, das Gebiet selbständig erweitert und neue Materien einer internationalen rechtlichen Regelung unterworfen, ohne daß davon viel Aufhebens gemacht und die politische Eigenart und Bedeutung dieser Entwicklung erkannt würde. Wir skizzieren den Umfang dieses Gebietes in unserer Zeit, ohne indes in diesem Rahmen auf die einzelnen Materien näher eingehen zu können. Dazu gehören zunächst alle diejenigen Verträge, welche sich auf Gegenstände der Rechtspflege beziehen, also die Konsularverträge, Rechtshilfeverträge, Auslieferungsverträge, Kunst- und Literaturverträge, Niederlassungsverträge, die Grundsätze über das Ausweisungsrecht der Staaten, über die Übernahmepflicht der Hilfsbedürftigen, also ein umfangreicher Apparat rechtlicher Ordnungen, durch den die Rechtspflegen der einzelnen Staaten dergestalt miteinander verbunden sind, daß ein gemeinsames Funktionieren für die Fülle der übergreifenden Fälle ermöglicht wird. Durch diese Verbindung unterscheidet sich unser Zeitalter von allen früheren Zeiten, in denen im großen ganzen die Rechtsordnung und Rechtspflege in jedem Staatsgebiet durch die Grenze begrenzt war, deren Überschreitung den Verbrecher in Sicherheit brachte. Heute bedeutet die Grenze für den nichtpolitischen Verbrecher kein Entrinnen mehr. Die über die ganze zivilisierte Welt gespannte internationale Organi-

sation der Rechtspflege kann ihn überall fassen. Ferner gehören in dieses Gebiet die Abkommen über das internationale Privatrecht, zum Beispiel über Eheschließungen, Ehescheidungen, das eheliche Güterrecht, die Nachlaßverträge, die internationale Regelung der Luftschiffahrt, das Haager Wechselrechtsabkommen vom Jahre 1913 und andere. Die Entwicklung der Zeit geht durchaus dahin, daß immer größere Gebiete, daß immer mehr Gebiete des Privatrechts einer internationalen Regelung verfallen. An Stelle der schwankenden Interpretationen der bisherigen völkerrechtlichen Gewohnheiten will das Bedürfnis des internationalen Verkehrs feste Grundsätze sehen. In dies ganze schwankende Gebiet soll durch große zusammenhängende Verträge und Kodifikationen Klarheit und Bestimmtheit gebracht werden. So ist die internationale Wechselordnung, der alle Staaten, außer den beiden nicht kontinental denkenden angelsächsischen Ländern, England und den Vereinigten Staaten, beigetreten sind, nichts Geringeres als ein internationales Gesetzbuch, also eine dem Wesen und der Idee nach eminent kosmopolitische Errungenschaft von großer prinzipieller Bedeutung. Auf dem Gebiet des internationalen Privatrechts verpflichten sich die vertragschließenden Staaten, in den betreffenden Verträgen die Regeln der Konvention auf ihrem Gebiete als Gesetz einzuführen; es handelt sich also um den Anfang einer internationalen Vereinheitlichung des Privatrechts.

Die kosmopolitische Bedeutung dieser Entwicklung liegt auf der Hand: der theoretische Anhänger des Kosmopolitismus kann in ihr sein Programm auf dem Wege zur Erfüllung, eine Rechtsgemeinschaft der Staaten entstehen sehen. Ob dieser Weg allerdings bis zum Ende wird gegangen werden und gegangen werden können, ob nicht in weiterem Verfolg unüberwindbare Hindernisse dieser Entwicklung ein Ziel setzen, diese Frage bleibt offen — sie unbedingt zu verneinen oder unbedingt zu bejahen, wäre gleich vermessen. Es scheinen ihr Grenzen gesetzt: alles, was bisher auf diese Weise international geordnet wurde, sind für den nationalen Kampf indifferente Gebiete: sie lassen ihm das Feld offen. Sie begünstigen die weitere wirtschaftliche Verflechtung, aber diese ist selbst eine Form der wirtschaftlichen Konkurrenz der Völker und

das Resultat eines Ringens. Und dann: diese ganze Rechtsordnung läßt die nationalen Staaten bestehen, ja, setzt sie voraus und fußt auf ihnen; der Wille, der sie schuf, kann sie zerstören. Es gibt in dem ganzen internationalen Recht keine Instanz, die den Verstoß gegen die Verträge bestraft, die einzige Instanz sind die Vertragschließenden selbst. Wenn diese Verträge gehalten werden, so ist es nicht die Macht oder die Autorität einer übergeordneten Instanz, sondern das Interesse der Vertragschließenden selbst, die Rücksicht auf die Zuschauer und die ideelle Kraft der Rechtsidee selbst. Die Wirksamkeit dieser drei Punkte aber ist abhängig von der Konstellation und der Bedeutung des einzelnen Falles: sie wird in ruhigen Zeiten, wo der eine auf den anderen angewiesen bleibt, das Wohlwollen der Zuschauer von Wert ist und die Völker noch in einem leidlichen Nebeneinander sich entwickeln können und in allen denjenigen Fällen, wo kein Lebensinteresse bedroht ist, genügen; in einer aufgeregten Zeit aber, wo ein Volk um seine Existenz zu kämpfen hat, wird der nationale Lebenswille weder auf das moralische Verdammungsurteil der Zuschauer achten noch der Suggestion der Rechtsidee sich schwer entziehen, sondern die Verträge halten und brechen, wie sein Interesse gebeut. Das ist ganz einfach die Lehre der Geschichte. In den napoleonischen Kriegen wurden alle Konventionen über den Haufen geworfen; und die Interpretationen, mit denen beide kriegführenden Teile, England wie Frankreich, sich über die das Recht der neutralen Schiffe festlegenden Verträge hinwegsetzten, werden jeden Pazifisten, der auf internationale Verträge einen Weltstaat des ewigen Friedens bauen zu können glaubt, in seiner Überzeugung wankend machen können. Auch in modernen Kriegen hat das Bedürfnis, ein militärischer oder politischer Vorteil manchen Haager Paragraphen interpretierend außer Kraft gesetzt, ohne daß die Zuschauer ihre flüchtige Indignation den Verbrecher anders als durch ein paar verflatternde Zeitungsartikel hätten spüren lassen.

Ob der Ausbau des Völkerrechts dem Kosmopolitismus je den Sieg über die nationalen Tendenzen, in denen ewige Feindschaft der Völker begründet liegt, bringen kann, bleibt fraglich.

Vielleicht kann weniger in der Heiligkeit der Verträge, den Friedenskongressen, Schiedsgerichten und Konventionen als in anderen Umständen eine Möglichkeit eines solchen Sieges gesehen werden. Die internationale Interessenverflechtung, die jene Rechtsordnung hervorgerufen hat und durch ihren Ausbau noch weiter gestärkt wurde, mag das Individuum mit der Zeit mehr und mehr aus dem nationalen Interessenverband und seiner heute noch überwiegenden Macht lösen und seine Interessen an das Wohlergehen der gesamten Menschheit knüpfen, also sozusagen den Aggregatzustand der Menschheit dergestalt ändern, daß das bisher an das Gebilde der Nation geknüpfte Atom, das Individuum heißt, aus dieser Verbindung gelöst und mit anderen Atomen anderer Gebilde direkt an die Menschheit geknüpft wird. Ferner mag die gleiche internationale Interessenverflechtung dazu beitragen, daß die Interessen der Staaten sich dergestalt ineinander verwickeln, daß sie nicht mehr zu trennen und zu scheiden sind, ohne daß alle von einer solchen Trennung in ihrem Bestande bedroht wären, dergestalt also, daß man sagen könnte, das wirtschaftliche Ringen habe die Ringer so enge ineinander verstrickt, daß sie nun, wie aneinander gefesselt, sich nicht mehr frei zum Kampfe rühren könnten, der unendliche Drang zu wachsen, der die nationale Tendenz ausmacht, habe die Stämme mit ihren Ästen dergestalt ineinander hineinwachsen lassen, daß nun keiner gefällt werden kann, ohne die anderen mit sich zu reißen, oder fallend, wenigstens grünende Äste anderer Bäume mit sich zu nehmen.

5.

Nachdem wir so die kosmopolitischen Mächte der Idee auf der einen, des Wirtschaftslebens auf der anderen Seite wenigstens in ihren Grundzügen umrissen haben, haben wir eine für den politischen Charakter des Zeitalters typische Erscheinung zu untersuchen, in der die kosmopolitische Macht der Idee wie die des Wirtschaftslebens vereint wirken: den internationalen Sozialismus. Die allgemeine Sachlage ist bekannt. Es gibt in allen der

modernen Zivilisation erschlossenen Ländern sozialistische Parteien, welche die Interessen der Arbeiter vertreten und in ihren Programmen mit größerer oder geringerer Energie und Starrheit das Heil der Welt von einem alle Nationen umfassenden sozialistischen Weltstaat erwarten, also kosmopolitisch sind. Die gemeinsame Losung heißt: Proletarier aller Länder vereinigt euch! Oder in der hier gebrauchten Terminologie ausgedrückt: Die Gemeinsamkeit des Klasseninteresses der Proletarier, hervorgerufen durch die allgemeine Ähnlichkeit der Organisation des Wirtschaftslebens in den modernen Kulturstaaten, hat eine durch alle Kulturstaaten hindurchgehende Querschicht entstehen lassen. Auf dieser Querschicht baut sich eine kosmopolitische Organisation und eine kosmopolitische Idee auf.

Diese echte kosmopolitische Erscheinung steht der Idee nach in striktem Gegensatz zu der nationalen Tendenz: dieser Gegensatz muß praktisch allerorten die Form des Kampfes annehmen. Diesen Kampf, seine Aussichten und seine Bedeutung für den politischen Gesamtcharakter der Zeit haben wir zu untersuchen. Dieser Kampf zwischen kosmopolitischen und nationalen Tendenzen wird zunächst auch hier wie bei dem Kampfe zwischen der internationalen Kirche und dem nationalen Staat um die Seele des Individuums geführt. Soll das Atom, das Individuum heißt, dem Körper Klasse oder dem Körper Nation angehören? Soll es in die eine oder die andere Schichtung eingeordnet werden? Die auf das Individuum reduzierte Form des Kampfes ist der Kampf zwischen dem Menschen als Arbeiter und dem Arbeiter als Volksgenossen. In nuce steckt in diesem Kampf das ganze Problem, ließe sich an ihm aufzeigen und aus ihm herausentwickeln. Gelingt es dem internationalen Sozialismus, den Arbeiter innerlich ganz aus dem Gefüge der Nation zu lösen und zu einem bloßen Glied der Klasse zu machen, so hat er gesiegt; denn die Mittel der reinen Gewalt, mit denen der Nationalstaat dann noch versuchen kann, den Arbeiter an sich gefesselt zu halten, müssen für sich allein auf die Dauer unhaltbar sein. Gelingt dies indes dem internationalen Sozialismus nicht, bleiben, wenn auch nur unbewußt, innere Bande bestehen, die den Arbeiter an den Organismus knüpfen,

der Nation heißt, so bleibt der Sieg des internationalen Sozialismus so lange fraglich, als diese Bande bestehen, und wird zur Niederlage, wenn sich herausstellen sollte, daß diese Bande letzten Endes die stärkeren sind. Dem klassischen Sozialismus, in dem die reine Idee und Tendenz der ganzen Bewegung klarer, deutlicher, weil ungebrochener, zum Ausdruck kommt als in den modernen Abarten, liegt zugrunde der Glaube, daß der moderne Staat ein Produkt des modernen Wirtschaftslebens sei und sein Wesen durch den Begriff des kapitalistischen Staates richtig und vollständig bezeichnet werde, daß ferner überall die Lage der arbeitenden Klassen eine immer verzweifeltere werde, die Klassengegensätze also sich zuspitzen würden. Diese Auffassung des Staates und der Klassenentwicklung wie auch das ganze Zukunftsbild und Zukunftsideal des Sozialismus stammen mit ihren ideellen Keimen aus einer Zeit, in der die moderne nationalistische Bewegung eben erst begonnen hat. Den ideellen Begründern des Sozialismus blieben auch diese Anfänge verborgen. Keiner von ihnen hat den modernen Begriff der Nation innerlich erleben können. Auf ihn nimmt die ganze Theorie des modernen Sozialismus keine Rücksicht, für ihn ist in dem ganzen Gebäude kein Platz. So ist denn auch die Auseinandersetzung mit diesem Begriff und den Realitäten, die ihn haben erstehen und erstarken lassen, das eigentliche Problem des modernen Sozialismus, soweit er in der Theorie noch international ist. Die ideelle Situation der Theorie war in Zeiten ihrer Entstehung am stärksten, später mußte sie sich mit neuen, ihr entgegengesetzten Ideen auseinandersetzen. Zunächst ist durch die Entwicklung und Erstarkung der nationalen Tendenzen der Staat, den der Sozialismus als den kapitalistischen bezeichnet hat, immer mehr zum Nationalstaat geworden. Auch in den Ländern, in denen er in der Entstehungszeit der sozialistischen Theorie noch von den oberen Klassen allein beherrscht wurde, denen die breite Masse der arbeitenden Stände ohne Anteil an der Macht gegenüberstanden, hat er sich in der Folgezeit immer mehr auf die Gesamtheit des Volkes gestellt. Die vorausgesagte Verelendung der Arbeitermassen, die Zuspitzung der natürlichen Klassengegensätze ist nicht eingetroffen. Die Klassen-

gegensätze haben sich im allgemeinen nicht erweitert, wenngleich ihre von dem Sozialismus organisierten Äußerungen und Kampfmittel dies so erscheinen lassen könnten. Da die gemeinsame Verelendung ausblieb, ist die internationale Gemeinsamkeit des Klasseninteresses nicht stärker, sondern schwächer geworden. Gleichzeitig hat die ungeheure Erstarkung des nationalen Empfindens in allen Ländern die ideellen Bande, die auch den Angehörigen des vierten Standes bewußt oder unbewußt an die Nation binden, fester geknüpft. Ferner hat die wirtschaftliche Entwicklung, der verstärkte wirtschaftliche Konkurrenzkampf zwischen den Nationen mit seinen zollpolitischen Formen und deren Folgen gezeigt, daß auch das wirtschaftliche Wohl und Wehe des Arbeiters als Arbeiter aufs engste mit dem wirtschaftlichen und politischen Gedeihen der Nation zusammenhängen. Alle diese Momente haben zwar nicht auf den Sozialismus im ganzen, wohl aber auf seinen kosmopolitischen Charakter dämpfend eingewirkt. So kann man sagen, daß zwar die sozialistische Bewegung seit jener Zeit einen ungeheuren Aufschwung genommen hat, daß zwar in allen Ländern die sozialistischen Parteien an Macht und Einfluß gewaltig zugenommen haben, das internationale Moment der Bewegung aber in der gleichen Zeit nicht nur nicht mitgewachsen ist, sondern an Bedeutung und Stoßkraft verloren hat. Man darf sich darüber nicht dadurch täuschen lassen, daß diese Entwicklung in den offiziellen Programmen der modernen sozialistischen Parteien nicht überall zum Ausdruck kommt.[18]) Die Programme wurzeln in den festen Dogmen der ersten Theorie. Es wohnt ihnen wie allen Theorien eine gewisse Starrheit, ein Mangel an Elastizität inne; sie tragen zumeist nur zögernd, verspätet und unter heftigen Kämpfen einer veränderten Sachlage Rechnung. In Deutschland, wo die Theorien die größte Zähigkeit haben, toben diese Kämpfe seit mehr als einem Jahrzehnt. In England, dem ältesten Nationalstaat, hat ein gesunder, nüchterner, politischer Sinn die große Masse der Arbeiter nie dem Internationalismus verfallen lassen; in den meisten slawischen Ländern und in Italien fiel die Entstehung sozialistischer Parteien in die Zeit nationaler Kämpfe und Bewegungen, die den Internationalismus der klassischen

Theorie von vornherein nicht haben aufkommen lassen. Die italienische sozialistische Partei, die tschechische, die polnische sind durchweg national, zum Teil nationalistisch. Auch in Deutschland hat sich schon manches, wenn auch nicht in der Theorie, so doch in der Praxis geändert. Die Wahlkämpfe der letzten Jahrzehnte haben immer deutlicher gezeigt, daß jede Betonung der nationalen Fragen durch die Gegner die Zugkraft der sozialdemokratischen Bewegung mindert und die sozialistische Agitation selbst gezwungen ist, vor den Wählern die internationale Seite ihres Programmes zu verdecken oder abzuschwächen. Damit erkennt die deutsche Sozialdemokratie an, daß in dem erwähnten Kampf um die Seele des Arbeiters, den das nationale Interesse mit dem Klasseninteresse auszufechten hat, die nationalen Bande die stärkeren sind. Die Partei war überall gezwungen, ihren Internationalismus praktisch einzuschränken und zu verklausulieren. Sie hat bei keiner der großen Rüstungsvorlagen des letzten Jahrzehnts eine heftige Agitation zu entfalten gewagt und die Opposition, zu der sie theoretisch verpflichtet ist, mit einer gewissen Vorsicht betrieben. Sie hat die Behauptung der Gegner, die Sozialdemokratie werde im Falle eines Krieges die von ihr abhängigen Arbeitermassen veranlassen, ihre Waffen gegen ihre Führer zu kehren und gemeinsam mit den französischen Sozialisten auf diese Weise einen Krieg zu verhindern versuchen, mit Entrüstung zurückgewiesen, ja behandelt sogar den Vorwurf mangelnden Patriotismus als Beleidigung. Sie erkennt dadurch, ob nun diese Vorwürfe zu Recht bestehen oder nicht, die Macht der nationalen Tendenzen an. Sie verbeugt sich vor ihnen.

Die moderne sozialistische Literatur zeigt, wie schwer dem theoretischen Sozialismus klassischer Observanz diese Auseinandersetzung mit der nationalen Tendenz fällt, deren Recht und Macht er anerkennen muß und doch nicht anerkennen darf: die Frage steht im Mittelpunkt der Diskussion, sie bildet geradezu die Crux des Sozialismus. Hier kann auch das geistvollste Kompromiß nicht bestehen: über alle Versuche hinweg stellt das Problem sich immer neu. Wo es eine klare Lösung fand, war dies nur durch die völlige Niederlage des Internationalismus möglich. Besonders

eindringlich ist das Problem in den kolonialen Neuländern gestellt worden. In dem Westen Amerikas, den Bergwerksgebieten Südafrikas, in Australien, wo überall der weiße Arbeiter sich gegen die billigere Konkurrenz einer fremden Rasse behaupten muß, sind die Arbeitermassen die eigentlichen Träger der Rassenfeindschaft und des Nationalismus — vor der Wucht dieser Empfindungen verblassen alle Worte über die Gemeinsamkeit der proletarischen Interessen und den völkereinigenden Weltstaat der Zukunft; und diese Erfahrungen sind es denn auch, welche die fähigeren Köpfe des theoretischen Sozialismus in Europa seit langem nachdenklich gestimmt haben.

Indessen: Ideen haben ihr eigenes Leben. Sie lösen sich los von den Verhältnissen, aus denen heraus sie erzeugt wurden, und können sie lange, sehr lange überleben. Seit es einen kontinuierlichen Kulturzusammenhang gibt, waren alle Zeitalter voll von Ideen, die in überwundenen Verhältnissen ihren Ursprung hatten und doch Kraft und Macht über die Menschen sich bewahrt haben. Wenn es auch richtig ist, daß der Internationalismus der sozialdemokratischen Theorie durch die Entwicklung selbst desavouiert wurde und in einer weiteren Zukunft noch immer deutlicher desavouiert werden wird, so bleiben doch die alten Theorien, in denen das Denken und die Redeweise breiter Massen sich bequem, wie in gewohnten Bahnen, bewegen, und bewahren eine gewisse Macht vielleicht nicht über die tiefere Schicht der Seele, so doch über die äußere Schicht des Denkens und Redens der Menschen. Die Kraft des Internationalismus der sozialdemokratischen Theorie kann längst innerlich gebrochen sein, so werden doch die sozialistischen Parteien an der Phraseologie noch lange kleben, sich wohl auch gelegentlich auf Kongressen verbrüdern und zu irgendwelchen internationalen Dogmen parallele Manifeste erlassen. Das geschieht auch heute und wird noch in Zukunft geschehen. Die Frage ist nur, welche aktuelle Bedeutung diesen Manifestationen für das politische Geschehen und die politischen Entschlüsse der Völker und ihrer Leiter innewohnt. Für alle Staaten starken Nationalgefühls eine sehr geringe. Im allgemeinen kann man wohl sagen, daß die Regierungen in allen Fragen,

in denen sie an das Nationalgefühl der Nation appellieren können, auf den Internationalismus ihrer sozialistischen Parteien keinerlei Rücksicht zu nehmen brauchen, daß bisher kein nationaler Krieg mit Rücksicht auf die Kriegsfeindlichkeit des Sozialismus unterblieben ist, noch in Zukunft aus solchen Gründen unterbleiben wird. Die Regierungen mögen durch die Rücksicht auf die Friedenstheorien des Sozialismus vielleicht veranlaßt sein, bei ihren Unternehmungen sorgfältig auf die Deckung durch das nationale Gefühl bedacht zu sein, wobei sich nichts in der Sache, sondern nur manches in der politischen Form und der Technik ändert, deren sich die moderne Politik zu bedienen hat. Vielleicht wird die Bewegungsfreiheit der Staaten auch sachlich in solchen Angelegenheiten um ein kleines eingeschränkt, in denen es sich um solche Fragen handelt, bei denen ein nationales Interesse entweder nicht aufzeigbar oder aber überhaupt nicht vorhanden ist; das letztere mag in den Zeiten der heiligen Allianz und des Überwiegens rein dynastischer Fragen möglich gewesen sein, wird heute aber, wenigstens in den Nationalstaaten, kaum in Frage kommen; und wenn es in Frage kommt, so würde diese Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch den Sozialismus nur eine Stärkung und Sicherung der nationalen Tendenz gegen Abirrung der Machthaber, also das Gegenteil einer kosmopolitischen Wirkung bedeuten.

Es handelt sich bei dem klassischen Sozialismus um eine echte kosmopolitische Bewegung, man kann sagen, um den reinen Typ einer solchen. Wir finden die Querschichtung der Interessen, die internationale Idee, den Weg zur Menschheit nicht durch die Nation, sondern ohne und gegen sie. Wenngleich in ihren Ursprüngen und Triebkräften modern, scheint sich doch an ihr die gleiche Entwicklung zu vollziehen, die wir bei den aus der Vergangenheit übernommenen kosmopolitischen Ideen religiösen Charakters festgestellt haben: sie scheint nirgends gegen die überall siegreiche nationale Tendenz an Boden zu gewinnen, ja sich nur mit Mühe zu behaupten.

Der internationalen Interessengemeinschaft der proletarischen Klassen steht in der Theorie und müßte in der Praxis als Gegen-

stück gegenüberstehen die internationale Interessengemeinschaft der herrschenden Klassen, die, wenn nichts sonst, doch die gemeinsame Gegnerschaft gegen den Sozialismus, die Furcht vor der Revolution einigen sollte. In der Tat war diese Interessengemeinschaft der Herrschenden einmal einer der Grundfaktoren der internationalen Politik: in der Zeit der heiligen Allianz und des Legitimitätsprinzips. Die ideellen Reste dieser politischen Anschauungen ragen noch in die Zeit hinein, in der der internationale Sozialismus entstand, und haben bei seiner theoretischen Fundierung noch eine gewisse Rolle gespielt. Heute ist die Idee der heiligen Allianz nicht nur überlebt, sondern tot. Der Nationalismus, die Entwicklung des Staates zum Nationalstaat haben ihr vollends den Garaus gemacht. Gewiß ist die Gemeinsamkeit monarchischer Interessen auch heute noch ein Moment, auf das sich freundschaftliche Beziehungen zwischen einzelnen monarchischen Staaten gründen lassen. Dieses Moment aber ist heute durchaus lokal, es hat nicht wie in den Zeiten der heiligen Allianz kosmopolitische Bedeutung. Gerade derjenige europäische Staat, der am meisten und eigentlich allein Grund hat, die Revolution zu fürchten und eine Gemeinsamkeit monarchischer Interessen zu betonen, ist der einzige, der ein formelles Bündnis mit der französischen Republik, dem Land der Revolutionen und der Wiege revolutionärer Ideen, hat. Daß dies möglich ist, beweist, daß heute für die Beziehungen der Staaten untereinander ganz andere Kräfte und Faktoren bestimmend sind, inmitten derer jener Gemeinsamkeit monarchischer Interessen im besten Falle eine sekundäre Bedeutung zukommt.

Wir bringen hier die Erörterung der echten kosmopolitischen Motive zum Abschluß. Wir konnten in dem weitverzweigten und in sich vielgestaltigen Gebiet nicht alles berühren, und von dem, was wir berühren konnten, nicht alles gründlich behandeln. Worauf es in diesem Zusammenhange zunächst ankam, war lediglich, zu zeigen, aus welchen Quellen die der nationalen Tendenz entgegenstehende kosmopolitische Tendenz in der Gegenwart und nach menschlichem Ermessen in der näheren Zukunft ihre Kraft hat. Der Kampf beider Tendenzen ist der allgemeine Inhalt der

Politik. In der größten Allgemeinheit kann man sich diesen Kampf nach einer Analogie aus dem Gebiete der Chemie vorstellen, als einen Kampf verschieden gerichteter Kräfte um den Aggregatzustand der Menschheit. Verschiedene Schichtungsmotive gehen durcheinander und ringen um die Zuordnung des Atoms, das in der Politik Individuum heißt. Natürlich handelt es sich hier nur um eine Analogie, die nicht erklären, sondern nur verdeutlichen kann. Aber wir glauben, daß in der formalen Abstraktion, die dieser Analogie zugrunde liegt, alle Teilfragen des weiten politischen Geschehens ihren Platz finden.

Alles einzelne politische Geschehen aber wird durch die Tendenzen, die in ihm wirken, nicht ausreichend bestimmt. Wie die Tendenzen im einzelnen sich äußern, ob sie durchdringen oder unterliegen, das alles ist selbst wieder abhängig von einem anderen Faktor, den wir ganz allgemein die Konstellation nennen wollen. Der Betrachtung dieses Faktors wenden wir uns nunmehr zu.

Zweiter Teil

Konstellation und Methode

Erstes Kapitel

Die Grundzüge der Konstellation

1.

Das physikalische Geschehen wird von den Kräften und ihren Gesetzen beherrscht. Um indes bestimmen zu können, wie diese Kräfte und Gesetze in dem einzelnen Geschehen sich äußern werden, dazu bedarf ich neben der Kenntnis dieser Kräfte und Gesetze der Kenntnis der jeweiligen Konstellation, die der Betätigung dieser Kräfte zugrunde liegt. Sind mir Konstellation und Kräfte völlig bekannt, so vermag ich den Verlauf des physikalischen Geschehens eindeutig zu bestimmen. Auf dem Gebiete der Politik vermag die Theorie solche Ansprüche nicht zu erheben. Die politischen Tendenzen sind keine physikalischen Kräfte; die Konstellationen sind nicht durch das Experiment herstellbar, ihre einzelnen Faktoren nicht isolierbar — es ist immer die unendlich verkettete, vielgestaltige Welt; daher ist die Kenntnis der Konstellation niemals erschöpfbar, keine feste Rechnung möglich. Die Zweiheit der beiden Faktoren Tendenz und Konstellation aber hat das politische Geschehen mit dem physikalischen gemeinsam. Ehe wir indes an die Betrachtung der allgemeinen Grundzüge der der modernen Weltpolitik zugrunde liegenden Konstellation gehen, haben wir noch, um Mißverständnissen vorzubeugen, das logische Verhältnis zu erklären, in welchem die beiden Grundfaktoren Tendenz und Konstellation zueinander stehen. Ihre Isolierung ist nur Abstraktion. In Wirklichkeit stehen beide in engster Wechselwirkung. Die eine bedingt die andere. Die Äußerungsform der Tendenzen, deren allgemeines Wesen freilich aus den ewigen Tiefen der Menschennatur fließt, ist abhängig von der Konstellation, kann in der ein-

zelnen Einstellung nur aus ihr verstanden werden. Die gegenwärtige Konstellation hinwiederum ist das Ergebnis der Arbeit, welche die Tendenzen der Vergangenheit an den vergangenen Konstellationen geleistet haben: und diese Wechselwirkung mag, wen spekulatives Interesse verführt, zurückverfolgen bis zu einer Anfangskonstellation, aus der die Tendenzen der Jahrtausende die Konstellation, mit der wir zu rechnen haben, haben heranwachsen lassen. Da wir aber gesehen haben, daß die einzelne Einstellung der Tendenz ein Ergebnis der Konstellation ist, wird es uns nicht weiter wundernehmen, wenn wir bei Betrachtung der Konstellation vielfach auf die Tendenzen zurückgreifen müssen, die manchmal in ihrer Eigenart und Stärke erst aus ihr begreiflich werden. Das gilt insbesondere von den unechten kosmopolitischen Tendenzen, die wir oben erwähnten und deshalb unechte nennen, weil ihr kosmopolitischer Charakter nur eine in der Konstellation begründete flüchtige Einstellung, also ein nur scheinbarer ist.

Es handelt sich für uns hier zunächst um die allgemeinen Grundzüge der politischen Konstellation unseres Zeitalters, um das, was die einzelnen politischen Konstellationen der Gegenwart miteinander gegenüber dem Charakter der politischen Konstellationen anderer Zeiten gemeinsam haben. Diese allgemeinen Grundzüge sind es, welche zusammen mit der Eigenart der Tendenzen der modernen Politik ihren spezifischen Charakter geben.

Was die moderne Politik am greifbarsten von der Politik aller anderen Zeiten unterscheidet, ist, daß sie Weltpolitik ist, das heißt, daß die Welt ein politisches Einheitsgebiet geworden ist, daß alles, was irgendwo politisch geschieht, auf alles andere zurückwirkt oder wenigstens zurückwirken kann, daß es nicht mehr möglich ist, irgendein räumliches Gebiet, irgendeine spezielle Frage völlig isoliert zu betrachten. Dieser Zustand ist durchaus neu: er ist kaum älter als ein halbes Jahrhundert. In früheren Zeiten gab es isolierte Gebiete, deren Geschehen sich nicht berührte, ja, die kaum etwas voneinander wußten. Als dann zu Beginn der Neuzeit die koloniale Expansion der weißen Rasse einsetzte, begannen diese isolierten Gebiete sich zu verringern, die einzelnen Geschehenskreise sich immer häufiger zu berühren. Europa spürte

immer öfter die Rückwirkung dessen, was in Amerika, später auch dessen, was in Asien geschah. In unserer Zeit sind die letzten isolierten Gebiete geschwunden. Daher kann man sagen, quantitativ sei die Entwicklung des politischen Geschehens zu der Einheit eines weltpolitischen Geschehenskreises an ihre Grenze gelangt. Wichtiger indes ist die qualitative Seite. Die kausalen Zusammenhänge, in denen sich auch früher die einzelnen politischen Kreise gelegentlich berührten, sind nicht nur häufiger, sondern intensiver geworden. Die Verkettung ist heute eine engere, die Rückwirkung eine stärkere. Es ist offenbar, daß diese Entwicklung noch nicht zum Abschluß gelangt ist. Sie geht in der Richtung einer immer engeren Verkettung weiter. Der heute erreichte Zustand, die Einheit des weltpolitischen Geschehenskreises, ist also ein relativer. Es gibt immer noch relativ abgeschlossene Gebiete, deren politische Ereignisse in ihren Folgen nicht überall mit der gleichen Intensität verspürt werden. Eine solche relative Abgeschlossenheit hat sich zum Beispiel aus besonderen Gründen, die mit der Monroedoktrin zusammenhängen, Amerika bewahrt. Diese Relativität ist begreiflich: wirft man einen Stein ins Wasser, so verflachen sich die so hervorgerufenen Wellen desto mehr, je weiter sie sich entfernen.

Auf die Gründe dieser Entwicklung brauchen wir nicht näher einzugehen; sie sind in der ungeheuren kolonialen Expansion der modernen Großstaaten, in den Möglichkeiten, die das moderne Wirtschaftsleben den nationalen Wachstumstendenzen gegeben hat, leicht zu finden und wurden an anderer Stelle schon berührt. Die so erzielte weltwirtschaftliche Interessenverflechtung bildet die Grundlage der weltpolitischen Interessenverflechtung.

Aber auf die Ursachen kommt es hier nicht an, sondern auf die durch diese Eigenart der Konstellation für den allgemeinen Charakter der modernen Politik sich ergebenden Folgen. Es ist klar, daß aus einer solchen Lage sich eine ungeheure Verwickeltheit der politischen Probleme, eine Vielgestaltigkeit der politischen Interessen und Rücksichten ergeben muß. Man versetze sich in die Lage eines Leiters der auswärtigen Politik einer modernen Großmacht. Der Mann hat die Interessen seines Reichs auf dem europäischen Kontinent, im Mittelmeer, in Amerika, Afrika,

im nahen oder fernen Orient wahrzunehmen. Die Haltung, die er in der einen Frage einnimmt, wirkt, kraft der weltpolitischen Verkettung, auf die politische Lage in anderen Gebieten zurück. Die Gruppierung der Interessen der einzelnen Mächte ist aber nicht in allen Gebieten die gleiche: es liegt überall eine andere spezielle Konstellation vor. Die Rücksicht auf die ostasiatischen Interessen kann zum Beispiel eine Politik als wünschenswert erscheinen lassen, die den europäischen Interessen zuwiderläuft und so fort. Es stehen also Rücksichten gegen Rücksichten. Sie müssen miteinander in Einklang gebracht werden. Die Interessen auf dem einen Gebiet müssen verfolgt, die auf den anderen Gebieten sollen dadurch nicht geschädigt werden. Das läßt sich nicht immer durchführen. Vieles von der Eigenart des modernen diplomatischen Geschäftes läßt sich auf die Notwendigkeit, sich in diesem Labyrinth von Interessen durchzuwinden, zurückführen. Zunächst der schillernde und nicht klar abgegrenzte Charakter der modernen Allianzen, Ententen, Freundschaften und gelegentlichen Kombinationen zwischen den Großmächten. Die verschiedenen Gebiete erfordern oft verschiedene Kombinationen. Die Interessen zweier Mächte, in Europa entgegengesetzt, können im nahen oder fernen Orient die engste Zusammenarbeit erfordern. Wird diese Frage des nahen oder fernen Orients plötzlich aktuell, in das grelle Licht der allgemeinen Aufmerksamkeit gerückt, so sehen wir plötzlich zu unserem Erstaunen die Diplomatie zweier Mächte, die wir uns nur als einander feindlich vorstellen können, in vollem Einvernehmen Hand in Hand an einem gemeinsamen Ziele arbeiten. Das war zum Beispiel bei Gelegenheit früherer Balkankrisen der Fall Deutschlands und Frankreichs — bis dann während der letzten Balkankrise Frankreich die Rücksicht auf die Freundschaft Rußlands allen anderen Rücksichten, namentlich der auf die türkischen Rentenbesitzer, überzuordnen schien. So hat zum Beispiel die chinesische Frage immer ihre ganz besonderen Kombinationen erfordert und eine Zeitlang die an einer Erhaltung Chinas interessierten Mächte England, Deutschland, Frankreich und die Vereinigten Staaten diplomatisch gegen Rußland und Japan stehen sehen, obwohl England mit Japan, Frankreich mit

Rußland verbündet ist und in jener Zeit Deutschland mit England nicht besser stand als mit Frankreich. Die Diplomatie muß das Kunststück fertig bringen, in verschiedenen Weltteilen ein verschiedenes Gesicht zu zeigen. Aber die Geschmeidigkeit hat doch ihre Grenzen: der Versuch, die diplomatische Konstellation lokal zu isolieren, kann nur zeitweise und in beschränktem Maße gelingen. Die Wirkung solcher Konstellationen auf die anderen Gebiete läßt sich ebensowenig verhindern, als sich vermeiden läßt, daß die Rücksichten auf die Interessen anderer Gebiete wieder übergreifen und die lokale Konstellation stören.

Natürlich hat diese Vielgestaltigkeit der Rücksichten einen großen, mäßigenden Einfluß auf die Gegensätze der Großmächte untereinander. Dieser mäßigende Einfluß ist ein überaus wichtiger Faktor der modernen Politik. Es liegt auf der Hand, daß bei dieser wirren Verkettung der Interessen, der Vielgestaltigkeit der speziellen Konstellation, kaum der Fall eintritt, daß die Interessen zweier Mächte rings um die Welt einander feindlich gegenüberstehen. Wenn zwei Mächte durch eine Frage getrennt sind, so führt eine andere, bei der die Interessen anders gelagert sind, sie wieder zusammen. Dabei muß man mit den Imponderabilien der Menschenseele rechnen. Wenn die leitenden Staatsmänner zweier Länder sich in einer Frage in schroffer Feindschaft, ohne den Glauben an eine mögliche Verständigung gegenüberstehen, in einer anderen Frage aber ein gemeinsames Aktionsprogramm einträchtig vereinbaren können, so wird dadurch jene schroffe Feindschaft gemildert, vielleicht ein neuer Glaube an eine mögliche Verständigung geweckt werden. So sahen wir denn auch in dem politischen Geschehen des letzten Jahrzehnts Spannungen mit Entspannungen schnell wechseln. Deutschland und England, noch im Herbste 1911 gefährlich verfeindet, wurden durch die Zusammenarbeit während der Orientkrise 1912/13 einander genähert, und diese Zusammenarbeit hat an Stelle des alten Mißtrauens eine Atmosphäre des Vertrauens entstehen lassen, die die Verständigung ermöglicht. Andere Beispiele der gleichen Art wird ein jeder ohne Mühe finden können.

Die Vielgestaltigkeit der zu nehmenden Rücksichten hemmt die Bewegungsfreiheit der modernen Politik. Der Idee nach

steht ein jeder Staat letzten Endes jedem anderen in absoluter Feindseligkeit gegenüber. Es ist aber bei der allgemeinen Verkettung überaus schwer, diese Feindseligkeit in offenem Konflikt hemmungslos zu betätigen. Die Interessen der Staaten und Staatengruppen stehen sich nicht klar abgegrenzt auf allen Gebieten gleichmäßig gegenüber, der frische Entschluß in der einen Frage wird durch die Bedenken angekränkelt, die seine vielverzweigte Rückwirkung auf andere Fragen wecken muß. Auch diese Hemmungen, auf die wir noch in anderem Zusammenhang zu sprechen kommen werden, gehören zu der Eigenart der modernen Politik.

Nun ist allerdings das heutige Europa in zwei Lager geteilt. Dem Dreibund, der Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien verbindet, steht die sogenannte Tripelentente gegenüber, die aus einer franko-russischen Allianz und zwei Ententen beider Mächte mit England besteht, Ententen, deren lokalen Charakter die britische Presse gelegentlich unterstreicht, die französische zu verwischen sucht. Wer aber überall in den politischen Fragen nur den Gegensatz dieser Gruppierungen sucht und weil er ihn sucht, in die Dinge hineinschaut, zeigt dadurch, daß er der Suggestion eines Schemas unterlegen ist. Die Klarheit dieser Scheidung wird vielfach durch die Fäden beeinträchtigt, welche von den einzelnen Mächten der einen Gruppe zu einzelnen der anderen Gruppe führen. Das ist oft betont worden, ist von den Diplomaten der verschiedenen Staaten da und dort zur Rechtfertigung solcher Verbindungen als wünschenswert, ja als notwendig hingestellt worden. Es hat sich auch bei allen speziellen politischen Problemen der letzten Jahre herausgestellt, daß diese Gruppierungen nie getrennt funktionieren, ja sich überhaupt nur äußerst selten in ganz reiner Scheidung gegenüberstehen. In amerikanischen und ostasiatischen Fragen kommt die Scheidung überhaupt kaum zum Ausdruck: in den Fragen des nahen Orients haben wir in den letzten Jahren Deutschland und England, Frankreich und Deutschland, Rußland und Italien zusammenstehen sehen. Stellt man sich auf den Standpunkt der reinlichen Scheidung, so kann man mit der bekannten Wendung des Fürsten Bülow sagen, die ganze diplomatische Geschichte der letzten Jahre ist voll von Extratouren. Die Komplexität der Rücksichten geht

auch daraus hervor, daß kaum, wenn die Gegensätze zwischen den beiden Gruppierungen in einer Frage schärfer hervorgetreten sind, aus dem Bedürfnis anderer Fragen heraus der Ruf nach einer Détente zwischen der Tripelentente und der Tripelallianz ertönt — ein Ausdruck, der bereits zu einer gebräuchlichen Formel der internationalen Phraseologie geworden ist. Die Realität und Bedeutung dieser Gruppierung soll natürlich nicht geleugnet werden: sie hat ihren Ursprung und Rückhalt in dem europäischen Problem, aber keinen eigentlich weltpolitischen Charakter. Freilich beeinflußt durch sie das europäische Problem die diplomatische Aufstellung der Mächte auch in den weltpolitischen Fragen. Daß aber mit Rücksicht auf diese das System immer wieder modifiziert und gelegentlich ausgeschaltet werden muß, beweist gerade jene Vielgestaltigkeit der Interessenkombinationen, die die Weltpolitik kennzeichnet. Inmitten der vielfachen Konflikte zwischen ihren eigenen Interessen sind die Diplomaten allerorten gezwungen, zwischen vitalen und nichtvitalen Interessen zu unterscheiden und um jener willen gelegentlich auf die Wahrnehmung dieser zu verzichten; und da, dank der Eigenart des europäischen Problems, für die europäischen und insbesondere für die kontinentalen Staaten die vitalen Interessen die europäischen sind, ist die Weltpolitik dieser Staaten immer ein Kompromiß mit der Kontinentalpolitik und so in ihrer Bewegungsfreiheit vielfach gehemmt.

In diesem Zusammenhang können wir einer Erscheinung gedenken, die in ihm begründet ist und mehr oder weniger in allen modernen Großstaaten auftritt. Alle modernen Großstaaten haben eine nationalistische Opposition, die bei allen möglichen Anlässen über die Vernachlässigung irgendwelcher Interessen Klage führt. Die Existenz einer nationalistischen Bewegung ergibt sich aus der nationalen Tendenz selbst mit Notwendigkeit. Der Charakter dieser Bewegung aber, ihre Ungeduld, ihr mehr oder minder großer Gegensatz zu den Regierungen, die Art ihrer Vorwürfe hängen mit der erwähnten Eigenart der allgemeinen Konstellation zusammen. Die Regierungen können sich nicht auf alle Aufgaben mit einem Male stürzen; sie müssen ihre diplomatische Aktionskraft bald hierin, bald dorthin verlegen und infolge der Ver-

schiedenheit der einzelnen Konstellationen und der aus ihnen sich ergebenden Verhaltungsweisen oft die eine Aufgabe hinter der anderen zurückstellen, über einen Teil der weltpolitischen Interessen hinweggleiten, sie scheinbar vernachlässigen, um sich ihrer später wieder anzunehmen. Der Nationalismus aber, dem die Empfindung und der Drang zu wachsen näher steht als die komplizierten Argumente taktischer Rücksichten, ist damit wenig zufrieden. Ihm folgen die Kreise, die an der Betreibung der gerade in den Hintergrund gedrängten Frage besonders interessiert sind; daraus ergibt sich eine Opposition in Fragen der auswärtigen Politik, die in allen Ländern mehr oder weniger häufig auftritt. In der Blütezeit des japanisch-englischen Bündnisses haben die an dem chinesischen Handel interessierten englischen Handelskreise sich heftig über die geringe Unterstützung beklagt, die die englische Regierung ihren Interessen hat zuteil werden lassen. Ein jeder beurteilt die Politik seines Landes aus dem Gesichtswinkel, der ihm durch Empfindung, Erfahrung oder Interesse am nächsten steht: die unglückliche Gesamtleitung aber sieht sich außerstande, alles zu gleicher Zeit zu leisten, muß Wesentliches vom Unwesentlichen sondern, sich entscheiden und solche Angriffe auf sich nehmen.

Für die moderne Vielgestaltigkeit der politischen Rücksichten nur ein Beispiel. Es ist oft bemerkt worden, daß die englische Politik der Türkei gegenüber seit langem eine schwankende und unsichere Haltung einzunehmen scheint. Diese schwankende Haltung beruht auf der Komplexität der englischen Orientinteressen, sie ist in sich durchaus konsequent: die Schwankungen registrieren treu das wechselnde Überwiegen verschiedener Momente und Rücksichten. England darf die Türkei nicht zu stark wünschen, es hätte sonst Schwierigkeiten in Ägypten zu befürchten. Betreibt es indes aus dem ägyptischen Motiv heraus eine klar antitürkische Politik, so hat es Rückwirkungen auf das Verhalten zu den indischen Mohammedanern zu fürchten. Es darf die Türkei aber auch nicht zu schwach wollen, denn dann würde sie die Rolle des Portiers an den Dardanellen nicht mehr spielen können; die schwierige Frage, die Konstantinopel heißt, könnte England zwingen, selbst gegen Rußland auf dem Plan zu erscheinen. Es bedarf der

Türkei auch, um ein russisches Vordringen zum Persischen Golf hintanzuhalten. Zu all den Rücksichten kommen dann noch die eigenen Aspirationen auf Arabien, die Pläne des arabischen Kalifats in Mekka, die wirtschaftlichen Interessen und so weiter. Die Vereinigung und Befriedigung aller dieser Rücksichten ist natürlich eine unlösbare Aufgabe. Je nachdem die aktuelle Lage die einen oder die anderen Rücksichten überwiegen läßt, muß die Politik schwanken und kann so den Eindruck der Unsicherheit machen.

2.

Nächst der Komplexität der Konstellation, der Verflechtung der Interessen und der aus beiden sich ergebenden Vielgestaltigkeit der politischen Rücksichten finden wir ein weiteres, nicht minder wichtiges Charakteristikum der allgemeinen politischen Konstellation der Zeit in der Möglichkeit einer parallelen Expansion. Jedes nationale politische Gebilde hat die Tendenz, zu wachsen. Dieses Wachstum der verschiedenen staatlichen Gebilde kann nebeneinander oder gegeneinander erfolgen. Das Überwiegen der einen oder anderen Grundkonstellation entscheidet über den politischen Grundcharakter der Zeiten. In den Zeiten des Altertums und des Mittelalters hat bis auf die kurzen Perioden kolonialer Expansion in der frühgriechischen Entwicklung das Gegeneinander überwogen — weil aller Kampf sich um den Besitz des damals nicht vermehrbaren Grund und Bodens drehte. Heute ist das anders geworden. Einmal ist durch die Erschließung Asiens, Australiens und Afrikas der für die Expansion verfügbare Boden, das heißt der freie Platz für das Wachstum, ungeheuer vermehrt worden. Ferner sind durch die wirtschaftliche Entwicklung Wachstumsmöglichkeiten gegeben worden, welche die politische Eroberung, also das Gegeneinander, nicht zur unbedingten Voraussetzung haben. Man kann das letztere Moment auch so formulieren, daß die Staaten nun nicht nur Platz, nebeneinander sich zu entfalten, sondern auch die Möglichkeit haben, ineinander zu wachsen. Es liegt auf der Hand, daß, solange die Wachstumsbestrebungen nebeneinander sich betätigen können, das direkte Gegeneinander hintangehalten oder eingeschränkt wird. Die Wachstums-

tendenz wird in die Richtung des geringsten Widerstandes gedrängt. In der gesamten Natur ist das nicht anders; man braucht nur an die Eigenschaften der Explosivkräfte zu denken. Die Möglichkeit der parallelen Expansion muß nun also dem politischen Charakter der Zeit das Gepräge friedlichen Nebeneinanderarbeitens, friedlicher Lösungen entstehender Konflikte geben. Wenn Konflikte zwischen zwei Staaten entstehen, so haben, solange die Möglichkeit paralleler Expansion besteht, beide Staaten ein Interesse, sich zu vertragen: weil bei einem Kompromiß beide noch profitieren können. Es entsteht seltener die reine Situation des Gegeneinander, das „Entweder Ich oder Du!" Die allgemeine Konstellation unserer Zeit läßt zumeist die Antwort zu: „Wir beide! Du das und ich das!" Es ist dies auch der normale Verlauf der politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart. Da die Interessen aller Großmächte über die ganze Erde verteilt sind, werden Konflikte, die an der einen Stelle entstehen, dadurch beglichen, daß andere Gebiete in die Auseinandersetzung mit hereingezogen werden und für das Nachgeben auf dem einen Gebiet Kompensationen auf dem anderen Gebiet verlangt und gegeben werden. Jeder weiß, welche Rolle in der diplomatischen Geschichte der letzten Jahrzehnte dieser Terminus der Kompensation gespielt hat. Ein Staat, der sich durch erlangte Vorteile eines anderen benachteiligt glaubt, schreit zunächst nach Kompensationen. Das ist der getreue Ausdruck der Konstellation des Nebeneinander. In einer Zeit des Gegeneinander würde er nach Wiederherstellung des früheren Zustandes, nach Rache, rufen. Dann müßte er Krieg führen, jetzt kann er verhandeln. England und Frankreich haben ihre Gegensätze durch ein Abkommen beglichen, in welchem die französischen Ansprüche und Interessen in Ägypten gegen die englischen in Marokko kompensiert, die afrikanischen Interessengebiete durch eine Reihe kleiner Abtretungen und Grenzberichtigungen abgerundet wurden. Rußland und Japan haben sich nach dem Kriege durch Abmachungen wieder genähert, in denen die Erlaubnis zu einer russischen Expansion in der Mongolei die Gegengabe gegen die Regelung eines Teiles der mandschurischen Streitfragen im Sinne Japans bildete. Frankreich hat die italienische Zu-

stimmung zu seiner marokkanischen Expansion durch das Zugeständnis einer italienischen Anwartschaft auf Tripolis erkauft. Deutschland hat es dem französischen Minister Delcassé übelgenommen, daß er über Deutschland ohne das Anerbieten von Kompensationen hinweggehen zu können glaubte; es sah darin eine zu geringe Einschätzung seiner Weltmachtstellung, bereitete dem marokkanischen Unternehmen Frankreichs erhebliche Schwierigkeiten, bis dann im Novembervertrag des Jahres 1911 Frankreich sich zur Bewilligung der von Deutschland geforderten Kompensationen verstand. Auch hier wurde ein Stück Afrika gegen ein anderes kompensiert. Diese Beispiele ließen sich weiter durch andere vermehren. Es scheint heute, als würde auch der nach allgemeiner Ansicht tiefste und gefährlichste Gegensatz der Zeit, der jahrelang auf der gesamten Politik wie ein Albdruck gelastet hatte, der deutsch-englische, jetzt durch ähnliche Abmachungen seines gefährlichen Charakters entkleidet. Bei den vielen Punkten und Gegenden, wo die deutschen und englischen Interessen sich berühren, muß die diplomatische Aufgabe, durch ein System von Kompensationen und Interessengemeinschaften eine Verständigung zu erzielen, lösbar sein.

Das alles wäre nicht möglich ohne die Existenz großer, noch unerschlossener Gebiete, die erst in neuerer Zeit in den Kreis der Politik einbezogen werden konnten. Diese Gebiete bietet Afrika und Asien. Hier haben noch alle großen Nationen die Möglichkeit der Expansion, ohne sich gegenseitig in ihrer Existenz zu bedrohen, finden nebeneinander Gelegenheit zur Arbeit. Alle die politischen Verständigungen der letzten Jahre erfolgten auf Kosten dieser Weltteile. Wir leben immer noch in der Zeit der Verteilbarkeit neuer Länder.

Wenn auch alle Teile von Afrika sich heute in europäischen Händen befinden, so sind doch alle diese Gebiete mit ihren Herren noch nicht so verwachsen oder nicht alle diese Hände so stark oder an dem Festhalten ihres Besitzes so interessiert, daß nicht auch in Zukunft noch Transaktionen möglich wären — ganz abgesehen von der langen Arbeit, welche die Völker friedlich nebeneinander leisten müssen und können, um diese ungeheuren Ländermassen zu

erschließen. Es hat im großen ganzen jeder in seinem Gebiet reichlich zu tun.

In Asien liegen die Dinge etwas verwickelter. Die asiatischen Gebiete, die zum großen Teil eine alte politische Kultur haben, lassen sich nicht in gleicher Weise auf der Landkarte verteilen. Aber auch hier besteht im großen Ganzen die Konstellation des Nebeneinander. In China tritt an Stelle der politischen Teilung, die mit Ausnahme von Japan und Rußland keine der großen dort interessierten Mächte wünschen kann, die Trennung wirtschaftlicher Interessengebiete, die Aufgabe gemeinsamer Erschließung und die Erhaltung des ungeheuren Reiches zu aller Nutzen. Ähnlich liegen die Dinge in der Türkei. Sollte in einer ferneren Zukunft die Unmöglichkeit der Erhaltung beider Reiche sich ergeben, so wird auch hier, dank der Größe des zu verteilenden Erbes, trotz aller Rivalität und Feindschaft eine friedliche Teilung wahrscheinlicher sein als der offene Konflikt.

Wenn diese Konstellation des Nebeneinander von der Verfügbarkeit freier oder noch nicht endgültig verteilter Flächen abhängt, so kann sie natürlich, da die freien Teile der Erdoberfläche nicht vermehrbar sind und die Verteilung eines Tages beendet sein muß, nur vorübergehend sein. Allmählich muß das Nebeneinander sich wieder in das Gegeneinander kehren. Ehe wir aber diese Zukunftsmöglichkeit, ihre Wahrscheinlichkeit und ihre Folgen ins Auge fassen, haben wir den anderen Faktor der Konstellation des Nebeneinander zu untersuchen.

3.

Dieser Faktor ist darin zu sehen, daß infolge der Entstehung der modernen Industrie der Grund und Boden nicht mehr die ausschließliche Vorbedingung der Expansion ist. In früheren Zeiten hieß Wachstum schlechtweg Eroberung von Grund und Boden. Das ist heute anders geworden. Neben die politische Expansion ist die wirtschaftliche getreten. Ein Land kann wachsen an Reichtum, an Macht und an Menschen, mit der Quantität und Qualität der Waren, die es herstellt und für die es Absatz findet. Ein

Industrieland kann seine wachsende Bevölkerung halten, ohne den Grund und Boden zu vermehren. Die europäischen Industrieländer bergen viel mehr Menschen, als ihr Boden auch bei intensiver Bewirtschaftung ernähren kann. Statt der Menschen werden Waren exportiert: mit dem Erlös dieser Waren werden die Menschen aus den Nahrungsüberschüssen fremder Länder verpflegt. In beschränktem Maße haben natürlich auch frühere Zeiten diese Möglichkeit gekannt. Doch niemals in dem gleichen Umfange und in einer Allgemeinheit, die für den politischen Gesamtcharakter der Zeit ins Gewicht fiel. Erst in unserer Zeit ist aus dem Kampf um den Grund und Boden zu einem wesentlichen Teil ein Kampf um die Absatzmärkte geworden. Zudem war in früheren Zeiten viel mehr als heute die direkte politische Beherrschung des fremden Landes Vorbedingung für die wirtschaftliche Ausnutzung seines Marktes. Auch heute ist die politische Beherrschung hierfür von größter Bedeutung, aber nicht mehr unerläßliche Voraussetzung. Einzelne Staaten mit einer nicht ganz konkurrenzfähigen Industrie kommen allerdings nur unter dem Schutze politischer Herrschaft weiter: der Fall Frankreichs. Frankreich bringt seinen Handel nur in den Ländern vorwärts, die es direkt oder indirekt politisch beherrscht. Es kann seine eigenen Kolonien nur dadurch für sich selbst nutzbar machen, daß es sie gegen fremden Handel und Unternehmungsgeist durch ein System von Zöllen und Schikanen schützt. Andere Länder mit einer leistungsfähigeren Produktion erringen auch ohne politische Beherrschung wirtschaftliche Fortschritte. Die Güte der Waren setzt sich durch.

Der Kampf um die Absatzmärkte unterscheidet sich nun von dem Kampf um den Grund und Boden dadurch, daß er kein schroffes Gegeneinander des unausweichlichen Gegensatzes notwendig macht, sondern ein Nebeneinander der friedlichen Rivalität zuläßt — aus dem einfachen Grunde, weil der Boden ein starres und nicht vermehrbares Objekt ist, das nur der eine oder der andere besitzen kann, während die Aufnahmefähigkeit des Absatzmarktes sich steigern läßt, und, solange sie gesteigert werden kann, der Erfolg des einen mit dem Erfolg des anderen sich verträgt. Das ist nun das Neue, das der wirtschaftliche Charakter der Zeit

der Konstellation des Nebeneinander hinzufügt, daß die Erfolge zweier Rivalen nicht nur nebeneinander hergehen, sondern ursächlich aufs engste miteinander zusammenhängen, dergestalt, daß die Erfolge des einen auch dem anderen zum Vorteil gereichen können. Wird ein neues Wirtschaftsgebiet der Zivilisation erschlossen, so schafft die von der einen Nation geleistete Erschließungsarbeit auch für alle anderen direkt oder indirekt neue wirtschaftliche Möglichkeiten. Das neue Land verbraucht steigende Mengen von Waren, schafft wachsenden Kapitalien eine sich immer mehrende Gelegenheit, Zinsen zu tragen: und mögen sich auch die Einzelnen streiten und in erbitterter Rivalität um dies oder jenes Geschäft ringen, so verdienen doch schließlich Alle. Ein großer Finanzier soll einmal das Wort geprägt haben: „Les affaires, c'est l'argent des autres." Aber nur auf den kleinsten Teil des modernen Geschäfts trifft dieses Wort zu. Gerade das Gegenteil ist das eigentlich Charakteristische. Das Wesentliche ist gerade, daß das, was der eine verdient, nicht einem anderen abgejagt werden muß. Die vorhandene Wertsumme ist weder begrenzt noch festgelegt; ein neues Unternehmen schafft neue Werte aus dem Nichts, und indirekt fließt der Nutzen aus diesen neuen Werten der ganzen Wirtschaft zu. Aus dem wirtschaftlichen Aufschwung Argentiniens ziehen die Vereinigten Staaten, England, Deutschland, Italien reichen Nutzen; und was der Eine verdient, ist nicht des Anderen Verlust. Wird irgendwo in einem Teil der Welt eine Bahn gebaut, so kommt der Nutzen aus den nun wirtschaftlich aufblühenden Gebieten mehr oder weniger allen in diesen Gebieten handeltreibenden Nationen zu, ob sie nun am Bahnbau beteiligt sind oder nicht. Die Rivalität dreht sich nur um den Prozentanteil am Gewinn: es liegt auf der Hand, welch tiefer und wesentlicher Unterschied diese Art der Rivalität von dem strikten Gegeneinander trennt, bei dem der Vorteil des Einen den Nachteil des Anderen bedeutet. Hier geht das Nebeneinander sogar in ein Miteinander über. Dazu kommt nun das Ineinander: jeder Staat ist nicht nur an dem Gedeihen der neuerschlossenen Gebiete über den Meeren, sondern auch an dem wirtschaftlichen Gedeihen der Konkurrenten mitinteressiert. Er kann sich wirtschaftlich in

das Gebiet des Gegners selbst ausdehnen. Bei den Erörterungen über die deutsch-englischen Differenzen ist immer wieder gesagt worden: Deutschland ist Englands, England Deutschlands bester Kunde. Der wirtschaftliche Niedergang des einen Landes muß das andere auf das schwerste schädigen. Wenn auch nicht alle Folgen, die aus einem derartigen Argument gezogen werden, vor einer mit größeren Zeiträumen rechnenden Perspektive stichhalten dürften, so enthält das Argument doch den richtigen Kern, daß, bei der allgemeinen Verflochtenheit der wirtschaftlichen Interessen, der Niedergang des einen Landes große wirtschaftliche Interessen des anderen zunächst in Mitleidenschaft ziehen muß, daß ein Teil der Gewinne, die der Eine aus seinem wirtschaftlichen Aufschwung zieht, dem Anderen zugute kommen. Aus diesem Nebeneinander, Miteinander und Ineinander der Interessenlagerung zieht natürlich auch die kosmopolitische Bewegung eine mächtige Unterstützung — wenngleich die kosmopolitische Tendenz, die hier entspringt, nur eine der Konstellation angepaßte Verkleidung der nationalen Wachstumstriebe ist und daher nicht unter die echten, autonomen kosmopolitischen Tendenzen gehört.

Der Kampf, der um die Anteile an den Gewinnen von Neuerschließungen gekämpft wird, ist natürlich nur zum Teil ein wirtschaftlicher Kampf. Er wird nicht allein durch die Güte der Waren, die Anpassungsfähigkeit der Industrien, die Findigkeit der wirtschaftlichen Vertretungen ausgefochten. Zum anderen Teil ist er ein Kampf um den politischen, zum Teil auch um den kulturellen Einfluß.

Der politische Einfluß ist hier der Weg zum wirtschaftlichen Gewinn, weil durch ihn der Anteil an den Gewinnen der Erschließung über den der reinen wirtschaftlichen Leistung entsprechenden Prozentsatz gesteigert werden kann. Zunächst folgen alle großen Geschäfte, die Staatslieferungen, die Anleihen, die Eisenbahnbauten dem politischen Einfluß. Er ist nötig zur Erlangung von Konzessionen, kann dazu dienen, die Handels- und Zollgesetzgebung und die Art und Weise ihrer Handhabung in den zu erschließenden Ländern so zu beeinflussen, daß sie dem Konkurrenten von Nachteil, dem eigenen Kaufmann von Nutzen ist. Diese

Ausnutzung des politischen Einflusses zu wirtschaftlichen Zwecken ist der halbe Inhalt der modernen Weltpolitik — zumal in den politisch neutralen und unabhängigen Neuländern, zum Beispiel in Südamerika. Das Ziel ist natürlich auch hier die politische Beherrschung, die wirtschaftliche Monopolstellung unter Verdrängung der Konkurrenz. Dieses Ziel aber ist bei der allgemeinen Konstellation der Weltmächte zueinander nicht mehr erreichbar. Alle sind auf den Anteil an der Erschließung der noch neutralen Länder angewiesen; gegen die Gefahr der Monopolstellung eines Staates schließen sich die anderen zusammen. Dann haben die kleinen neutralen Länder, wenngleich auf das Kapital und die Erschließungsarbeit der großen Weltmächte angewiesen, doch das Bestreben, ihre Unabhängigkeit zu wahren, und tun das am besten, wenn sie eine Ausschließung der Konkurrenz nicht dulden, sich keinem völlig ausliefern und einen Gleichgewichtszustand der Konkurrenten erstreben. Das ist die natürliche Politik aller der Länder, die zunächst nur Objekte der Weltpolitik der Großmächte sind. Die Türkei und China verstehen es trefflich, die Interessenten gegeneinander auszuspielen und inmitten der allgemeinen Rivalität sich eine relative Unabhängigkeit zu wahren Die südamerikanischen Staaten schützen sich vor dem Dollar durch die Investierung europäischer Interessen. Wo immer eine Macht eine wirtschaftliche Monopolstellung in einem Lande zu erringen droht, löst diese Gefahr ohne weiteres eine Gegenbewegung in dem Lande aus, das seine Unabhängigkeit zu erhalten wünscht: diese Gegenbewegung äußert sich in einer Begünstigung und Ermutigung der Konkurrenz.

Der Kampf um die politische Vorherrschaft führt aus dem einfachen Grunde nicht zum Kriege zwischen den konkurrierenden Staaten, weil auch ohne diese Vorherrschaft eine parallele Expansion möglich ist. Da man noch vorwärts kommt, wenn man sich bescheidet und auf die Alleinherrschaft verzichtet, bescheidet man sich eben: man begnügt sich damit, die Gefahr der politischen Vorherrschaft der Konkurrenz hintanzuhalten. Das Programm heißt dann: Freiheit des Handels für alle Mächte. Diese Forderung heißt das Prinzip der offenen Türe. In dieser Formulierung

tritt die Forderung mit den Allüren eines Rechtsgrundsatzes auf. Alle handeltreibenden Staaten gebärden sich, als hätten sie einen Rechtsanspruch auf die offene Türe. Sie können das, weil die Forderung allgemeine Forderung ist. Jeder Staat hat schon bei irgendeiner Gelegenheit die offene Tür gefordert. Was der eine hier fordert, kann er dort nicht abschlagen. So wird der Grundsatz der offenen Tür zu einem Recht, für dessen eventuelle Aufgabe man Kompensationen verlangt.

Es ist allgemein bekannt, welche Rolle dieser Grundsatz in der diplomatischen Geschichte der letzten Jahrzehnte gespielt hat. Immer und überall stoßen wir auf ihn. Er steht im Mittelpunkt der ostasiatischen Frage, bildet den Hauptpunkt der chinesischen Politik aller Großmächte. Rußland und Japan sind bei dem Versuch, die Mandschurei der Geltung dieses Grundsatzes zu entziehen, bei den anderen Mächten auf Schwierigkeiten gestoßen. Deutschland hat seinen Widerstand gegen die marokkanische Expansion Frankreichs auf die Gefährdung der Handelsfreiheit gestützt und sich in komplizierten Verträgen die offene Tür und die Gleichberechtigung seines Handels garantieren lassen; es hat in Persien zwar auf Geltendmachung politischer Interessen verzichtet, aber das Prinzip der offenen Tür verteidigt. Die Formel der offenen Tür wird zum Bollwerk gegen die wirtschaftliche Ausnutzung einer politischen Vorherrschaft, die vielleicht nach Lage der Machtfaktoren oder spezieller politischer Interessen einem Staate zugestanden werden muß. Also auch in solchen Fällen, in denen der Kampf um die politische Expansion in einem bisher umstrittenen neutralen Gebiete zugunsten des einen der kämpfenden Teile entschieden ist, wird für die wirtschaftliche Expansion durch das Prinzip der offenen Tür die Möglichkeit des Nebeneinander offengehalten. Wie groß freilich der Anteil ist, den dieses Prinzip und die Abmachungen, in denen es stabiliert wird, einem Staate, der den politischen Einfluß aufgegeben hat, an dem Erschließungsnutzen läßt, hängt von dem Charakter der Verträge, dem allgemeinen Machtverhältnis zwischen den beiden Staaten, der Loyalität und Weitsichtigkeit des Besitzers der politischen Macht ab. Das schwankt vielfach: während den einen Staaten

gegenüber Verträge genügen, scheinen den anderen gegenüber alle Verträge nichts zu helfen; während man in Deutschland sich nie über Schikanen in englischen Kolonien beklagt hat, behauptet man, daß auch die so genau spezifizierten Verträge, durch die die deutsche Politik ihre wirtschaftlichen Interessen in Marokko zu schützen unternahm, gegen die vielfachen Schikanen des französischen Beamtentums auf die Dauer nichts werden ausrichten können.

Da das Prinzip der offenen Türe die Möglichkeit einer parallelen Expansion wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiete aufrechterhält, ist es für den Gesamtcharakter der Weltpolitik, für die mögliche Dauer der gegenwärtigen Konstellation des Nebeneinander von größter Bedeutung. Es ist offenkundig, daß ein großer Teil der neu erschlossenen Gebiete ihre politische Unabhängigkeit nicht für alle Zeit wird wahren können. In der Tat hat sich der Kreis der von einer Großmacht politisch unabhängigen Länder in dem letzten Jahrzehnt zusehends verkleinert. Bald da, bald dort ist ein Land in engere oder losere Abhängigkeit von einer Weltmacht geraten. Mit Marokko und Tripolis ist Afrika verteilt — die zentralamerikanischen Staaten ringen aussichtslos, die südamerikanischen mit Aussicht auf Erfolg mit der Macht des Dollars. Das freie China hat in der Mandschurei eine der reichsten Außenprovinzen so gut wie verloren und ist auf dem Wege, in der Mongolei, vielleicht auch in Tibet, zwei weitere zu verlieren. Ob der Rest auf die Länge sich durch die Rivalität der Großmächte in leidlicher Unabhängigkeit halten kann, ist eine Frage, deren Beantwortung heute nicht weniger vermessen wäre, als die Beantwortung der Frage, ob die asiatische Türkei sich auf die Länge konsolidieren und halten läßt. Denkt man diese Entwicklung weiter fortgesetzt, so würde die Konstellation des Nebeneinander auf dem Wege sein, sich in eine solche des Gegeneinander zu kehren, wenn nicht die wirtschaftliche Freiheit und damit die Möglichkeit paralleler Expansion wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiete gewahrt bliebe. Für Deutschland zum Beispiel stellt sich das weltpolitische Problem in folgender Form: Es exportiert keine Menschen, sondern an Stelle der Menschen Waren, mit deren Erlös es die wachsende Bevölkerung ernährt.

Es braucht daher zweierlei, Absatzmärkte und solche Rohstoffbezugsgebiete, die von der Konkurrenz unabhängig sind. Es bedarf keiner Siedelungskolonien, ja kann solche zurzeit und wohl auf lange hinaus gar nicht besiedeln. Es bedarf der Kolonien nur insoweit, als sie Absatzmärkte und Rohstoffbezugsgebiete sind, deren Unabhängigkeit durch die politische Beherrschung garantiert werden. Natürlich sind Kolonien, das heißt die politische Expansion, immer erstrebenswert. In dem Maße aber, in dem die freien Absatzmärkte und Rohstoffgebiete sich verringern oder gefährdet werden, wird die politische Expansion Vorbedingung der wirtschaftlichen und damit notwendiger, bis sie schließlich zur Lebensfrage wird. Die deutsche Politik hat bisher jeden Fetzen Landes, das dem freien Handel irgendwo verloren zu gehen schien, mit Hartnäckigkeit verteidigt; es hat die rein wirtschaftliche Expansion in den Mittelpunkt seiner Weltpolitik gestellt, auch auf diesem Gebiete, wie sein rapide steigender Handel beweist, große und unbestrittene Erfolge errungen. Dagegen hat die Leitung seiner auswärtigen Politik die politische Expansion wohl mit Rücksicht auf die Kontinentalpolitik nur in beschränktem Maße erstrebt und dessentwillen heftige Angriffe auf sich genommen. Es hat seine Politik im nahen und fernen Orient auf die Erhaltung der Türkei und Chinas eingestellt und nirgends eine politische Teilung betrieben. Es hat sich nur immer, wenn die Gefahr einer Aufteilung auftauchte, gemeldet, hat Kiautschau besetzt, die berühmten Fühlhörner an den Kongo gestreckt, sein Interesse an einem eventuellen Verkauf der portugiesischen Kolonien bekundet. Es ist klar, daß Deutschland keiner weiteren Verkleinerung der freien Gebiete zusehen kann, daß es durch die Einschränkung der wirtschaftlichen Expansion in die politische Expansion getrieben werden muß.

4.

In diesem Zusammenhang haben wir einen Faktor zu erwähnen, der praktisch mehr ins Gewicht fällt als das politische Schicksal der noch neutralen Gebiete. Das ist der englische Freihandel. England und der größte Teil des englischen Kolonial-

reichs sind wirtschaftlich freies Gebiet, sie sind dem ungehinderten Konkurrenzkampf der Nationen offen. Es ist klar, wie viel die Herrschaft des Prinzips der offenen Tür in diesen weiten, reichen und gut entwickelten Gebieten für die Ausdehnung der Konstellation des Nebeneinander ins Gewicht fällt. Das englische Weltreich läßt, nicht aus Edelmut, sondern aus wohlverstandenem eigenem Interesse, aber jedenfalls ohne Zwang von außen die anderen Völker an dem wirtschaftlichen Ertrag der weiten, von ihm beherrschten Länder partizipieren. Es ist dies — das kann und muß auch von nicht englischer Seite anerkannt werden — das grandioseste Beispiel einer weitsichtigen Mäßigung, das die Geschichte der großen Weltreiche zu verzeichnen hat. Es ist richtig, daß England bei diesem System selbst die besten Geschäfte macht, daß der größte Teil der von den anderen Völkern in seinen Kolonien geleisteten Arbeit indirekt auch ihm zugute kommt, daß es dieses System nur deswegen beibehält, weil es dabei selbst die besten Geschäfte zu machen sich bewußt bleibt. Aber es ist schon Weisheit, sein eigenes Interesse nicht durch jene menschliche Habgier zu schädigen, die nur daran denkt, dem Rivalen alles vorzuenthalten. England kann das im Vertrauen auf die Konkurrenzfähigkeit seiner eigenen Arbeit in Handel und Industrie. Frankreich würde durch die Einführung des gleichen Systems — die gleiche Loyalität und „Fairneß" der Handhabung vorausgesetzt — seine eigene Produktion aus seinen eigenen Kolonien verdrängen helfen.

Die Engländer, die instinktiv die englische Weltherrschaft mit der Herrschaft von Zivilisation, Freiheit und Humanität gleichsetzen, nehmen in einer naiven Ehrlichkeit, die keineswegs Heuchelei ist, an, daß die anderen Völker gar keinen Grund und deshalb auch kein Recht haben, mit der britischen Expansion unzufrieden zu sein, da ja doch England nur im Interesse aller sich ausbreite und seine Sache die Sache aller sei. Solange England an dem Freihandel festhält, birgt dieser naive Glaube einen Kern von Wahrheit. Deutschland zum Beispiel hat seine wirtschaftlichen Interessen in England und einem großen Teil der englischen Kolonien frei und ungehindert entfalten können und hat Grund, mit

der Art, wie England seine politische Herrschaft gebraucht, zufriedener zu sein, als mit der Art aller anderen Staaten. Ohne diese Mäßigung des Drucks, den die englische Weltherrschaft auf die Gegner ausübt, wäre ihre Aufrechterhaltung sicher nicht möglich gewesen. Solange diese Weltherrschaft durch die Art ihrer Ausbeutung den Gegnern Raum und Gelegenheit zu eigener Expansion läßt, also ein Nebeneinander gestattet, können die anderen trotz ihr noch vorwärtskommen und daher mit ihr sich abfinden.

Die liberale Partei in England, die an dem Freihandel nicht rütteln lassen will, ist sich dieser Zusammenhänge wohl bewußt. Seit der Blütezeit der Einkreisungspolitik hat sich die Stellung der öffentlichen Meinung Englands zu einer deutschen Expansion verschoben. Bald nach der politischen Krise des Jahres 1911, die in beiden Ländern auch weiteren Kreisen die Augen über die Gefährlichkeit und Schädlichkeit des herrschenden Mißtrauens geöffnet zu haben scheint, hat man in England begonnen, die Frage der Notwendigkeit und Zulässigkeit einer kolonialen Expansion Deutschlands verständig und objektiv zu erörtern. Einige wenigstens haben eingesehen, daß eine solche Expansion notwendig und natürlich, daher auf die Länge nicht zu verhindern ist, und auch nicht unter allen Umständen dem britischen Interesse zuwiderlaufen muß. In einem Aufsatz des Chefredakteurs der führenden liberalen Zeitung, der „Westminster Gazette", J. Alfred Spender, heißt es darüber: „Selbst vom rein egoistischen Standpunkt können wir es als ein allgemein gültiges Prinzip formulieren: es ist weit gefährlicher, auf die Dauer berechtigte deutsche Expansionsbestrebungen zu durchkreuzen, als gelegentlich das Risiko zu übernehmen, Deutschland ein Stück Küstenland oder einen Hafen erwerben zu lassen, der vielleicht, aber durchaus nicht unbedingt, im Kriegsfalle einen Kreuzer beherbergen oder als Kohlenstation dienen könnte. Vom politischen Standpunkt ist die Erhaltung des Friedens davon bedingt, daß Deutschland Raum zur Expansion erhält, ohne darum kämpfen zu müssen, das heißt gute Kolonien oder wirtschaftliche Einflußsphären, mit Zugang zum Meere." Der gleiche Autor ist sich auch darüber klar, welcher allgemeine Zusammen-

hang zwischen der Haltbarkeit der englischen Weltherrschaft und dem Freihandel herrscht. Er nimmt mit Recht an, daß der Versuch Englands, sein Weltreich gegen die anderen Staaten abzuschließen, den Druck der englischen Vorherrschaft um vieles härter würde empfinden lassen.

„In der Theorie läßt es sich eben nicht verteidigen, daß eine Macht die Herrschaft zur See ausübt, aber praktisch können wir beweisen, daß unsere Herrschaft niemand zum Schaden gereicht.

Oder, um ein praktisches Beispiel zu geben: Was würde wohl ein kluger englischer Staatssekretär des Auswärtigen einem Botschafter antworten, der ihm die Einwände des Auslands gegen eine britische Herrschaft zur See darlegte? Etwa folgendes:

1. hat England keine Armee, mit der es irgendeine andere Macht ernstlich bedrohen könnte. Keine Macht braucht eine englische Invasion zu fürchten, während wir (England) einer Invasion ausgesetzt wären, sobald wir die Herrschaft zur See verlieren;

2. daß wir die wirtschaftlichen Vorteile, die wir kraft unserer Seemacht erwerben, freiwillig mit aller Welt teilen infolge unserer Politik des Freihandels und der offenen Tür. Wenn wir irgendwo in der Welt neue Länder der Kultur öffnen, so können alle unsere Nachbarn dort Handel treiben unter denselben Bedingungen wie wir selbst, wenn man von den unbedeutenden Ausnahmen der Preferenzialzölle in einigen Kolonien absieht. Wir tun das allerdings nicht aus irgendwelchen Don-Quichotte-Idealen, sondern weil wir der Überzeugung sind, damit am besten unseren eigenen Interessen zu dienen. Aber dennoch können wir wohl verlangen, daß man uns diesen aufgeklärten „Eigennutz" zugute hält, da er auch unseren Nachbarn zugute kommt.

Entrüstet werden mich nun unsere Tarifreformer und „Wehrpflichtler" fragen, ob wir, England, uns etwa vom Ausland vorschreiben lassen sollen, was für ein Heer und was für eine Handelspolitik für uns gut wäre. Über diese Entrüstung hat man manche schwungvolle Rede gehalten. Ich denke natürlich nicht daran, uns irgend etwas vom Auslande vorschreiben zu lassen; und wenn ich glauben würde, daß allgemeine Wehrpflicht und Zolltarif für England gut wären, würde ich dafür stimmen und mich nicht im

geringsten um das Ausland kümmern. Aber gleichzeitig würde ich als verständiger Mann die Konsequenzen erwägen und damit rechnen, daß aller Wahrscheinlichkeit nach dieser Wechsel in unserer Politik die Rivalität in den Seerüstungen noch verschärfen und der Gegnerschaft gegen unsere Seeherrschaft eine stärkere Berechtigung verleihen würde.

Die Frage ist einzig und allein, wie englische Interessen und Verpflichtungen dabei fahren würden; welche Folge es für uns haben würde, wenn wir, die größte Seemacht, bei der ganzen Welt den Argwohn erregten, daß wir uns mit gewaltigen militärischen Plänen tragen und die Absicht haben, unsere Machtstellung dazu auszunützen, um aus unserem weiten Länderbesitz ein wirtschaftliches Monopol zu machen."

Das ist die Stimme eines Liberalen, der in der heute England beherrschenden Partei eine angesehene Stellung einnimmt. Nehmen wir an, es sei die Auffassung der weitblickenden und objektiv denkenden Männer in der liberalen Partei. Wird diese Auffassung dauern? Wird sie an der Macht bleiben?

Die Antwort, die die Zukunft auf diese Frage geben wird, ist für die Dauer der allgemeinen Konstellation das Nebeneinander, in der der englische Freihandel eine so große Rolle spielt, von größter Bedeutung. Wir können in diesem Zusammenhang die verwickelte Frage nach den Chancen eines Systemwechsels nicht behandeln. Wir erinnern nur nochmals an die Anzeichen einer möglichen Veränderung.[19]) Das jetzige System beruht auf der Konkurrenzfähigkeit der englischen Produktion, es ist aus dem Glauben an ihre Überlegenheit entstanden. Dieser Glaube ist heute kein unbezweifelbares Dogma mehr. In dem Maße, in dem der englische Produzent wahrnimmt, daß ihm die Güte seiner Waren und Handelsvertretungen nicht mehr unzweifelhaft den Löwenanteil an der Erschließung der überseeischen Besitzungen Englands sichert, wird er versucht sein, gegen den wirtschaftlichen Konkurrenten den Schutz und die Hilfe der politischen Macht zu requirieren. Die Gegenwart zeigt, wie jedem bekannt ist, Anzeichen dieser Entwicklung, wenn es auch durchaus ungewiß ist, in welchem Maße und nach welcher Zeit die Zukunft diesen An-

zeichen recht geben wird. Die Kolonien zeigen das Bedürfnis nach einer eigenen Industrie, die sie auf der Basis des Freihandels nicht zu schaffen vermögen — sie gehen also aus eigener Initiative zum Schutzzoll über. Damit ist das Freihandelssystem für die Kolonien tatsächlich durchbrochen. Die Kolonien, finanziell, kulturell und militärisch abhängig vom Mutterlande, gewähren dem Mutterlande Vorzugszölle, müssen also ihre Zollmauer so hoch bauen, daß ihre Produktion auch bei Gewährung solcher Vorzugszölle an das Mutterland noch bestehen kann: das heißt, das System der Vorzugszölle bedeutet de facto eine Erhöhung der Zölle gegen die nichtenglischen Produktionsländer. Diese Entwicklung ist in Kanada, Australien, Südafrika, also in den reichsten und fortgeschrittensten Siedelungskolonien in vollem Gange. Die englischen Schutzzöllner fordern nun nach dem Chamberlainschen Programm Schutzzölle für England selbst, weil England nur wenn es Schutzzölle hat, den Kolonien die Vorzugszölle vergelten kann, die es von den Kolonien fordert. Dies Chamberlainsche Schutzzollprogramm ist bisher bei den Wahlen nicht durchgedrungen: es ist aber durchaus möglich, daß es trotz der inneren Fehler, die die Rechnung hat, in Zukunft einmal durchdringen wird. Sein Sieg würde den Versuch bedeuten, aus dem ungeheuren britischen Weltreich ein relativ abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet zu machen; und auch wenn dieser Versuch nur in beschränktem Maße gelänge, so würde er doch das Ende jener Konstellation des Nebeneinander in den von England beherrschten Gebieten bedeuten und damit das Herrschaftsgebiet jener Konstellation beträchtlich einschränken.

5.

Die Konstellation des Nebeneinander hat noch eine weitere Stütze. Dem Prinzip der offenen Tür in den neuerschlossenen Gebieten entspricht die Meistbegünstigungsklausel in den Handelsverträgen der alten Länder. Durch die allgemein wirtschaftliche Verflechtung können die Nationen nicht nur nebeneinander wirtschaftlich wachsen, sondern, wie wir gesehen haben, gleichsam ineinander hineinwachsen. Gegen diese Entwicklung des Ineinander

haben sich die meisten Staaten durch ein Schutzzollsystem zur Wehr gesetzt. Die Schutzzollpolitik bedeutet eine Reaktion gegen die zunehmende Interessenverflechtung. Natürlich beabsichtigt ein jeder Staat mit seinen Schutzzöllen nur, das Eindringen der fremden Produktion bei sich zu erschweren, eventuell auch seine eigene Produktion so zu stärken, daß sie mit mehr Aussicht auf Erfolg in andere Länder einzudringen vermag. Da aber jeder Staat sich gegen die Schutzzölle des anderen durch eigene Schutzzölle zur Wehr setzt, so wird überall nur der erste Teil der Absicht erreicht. Das Verhältnis des Ineinanderwachsens bleibt im großen ganzen das gleiche, nur sein Umfang wird eingeschränkt. Das Ringen um dies Verhältnis des Ineinanderwachsens vollzieht sich nun bei dem Abschluß der Handelsverträge in überaus verwickelten und undurchsichtigen Formen. Position wird gegen Position gesetzt, mit Zöllen um Zölle gefeilscht. Wer dies Ringen betrachtet, gerät in Gefahr, bei der ungeheuren Vielgestaltigkeit der modernen Warenproduktion in den Details zu versinken, ohne den allgemeinen Sinn dieses Ringens noch überschauen zu können. Die allgemein wichtigste Klausel dieser modernen Handelsverträge, nach der man das System dieser Verträge überhaupt benennen kann, ist die sogenannte Meistbegünstigungsklausel. In ihr sichern sich die vertragschließenden Staaten zu, in den einzelnen Artikeln keinem anderen Staat einen geringeren Zoll zu gewähren — wenn also in einem anderen Vertrag eine Position ermäßigt wird, so kommt diese Ermäßigung auf Grund des Meistbegünstigungsrechtes auch allen den Staaten zu, die dieses Recht sich ausbedungen haben. Es ist klar, was diese Meistbegünstigungsklausel für die Konstellation des Nebeneinander bedeutet. Sie gibt allen in einem Lande importierenden anderen Ländern ein relativ gleiches Recht, stabiliert also gleiche Konkurrenzbedingungen der anderen und beschränkt das System der Zollbegünstigungen auf den eigenen Staat. Dieses gleiche Recht ist nur relativ, weil die Spezifikation der Zolltarife bei der Verschiedenheit der Positionen, an denen die einzelnen importierenden Staaten interessiert sind, die Möglichkeit gibt, bei dem Entwurfe des Zolltarifs selbst den Import eines Landes höher zu belasten als den eines anderen — daher denn auch die

Zolltarife, wenngleich innere Angelegenheiten der Länder, Gegenstand der auswärtigen Politik geworden sind. Freilich ist diese Einschränkung, die der Sinn der Meistbegünstigung durch die Spezialisierung der Tarife erhält, an gewisse Grenzen gebunden, einmal, da die Spezialartikel, die nur von einem Lande importiert werden, im großen ganzen nicht allzu ins Gewicht fallen, und da eine solche spezielle, gegen einen Staat gerichtete Belastung den davon getroffenen Staat zu einem analogen Vorgehen veranlaßt. Immerhin sind die Zolltarife in beinahe allen Ländern immer mehr spezialisiert worden, aus dem Bestreben heraus, immer bessere und geschmeidigere Waffen aus ihnen zu machen; und dieser Drang zur Spezialisierung verrät ohne Zweifel eine gegen die Bedeutung der Meistbegünstigungsklausel und das Nebeneinander gerichtete Tendenz.

Durch diese Spezialisierungen wird der ursprüngliche Sinn der Meistbegünstigung allmählich unterhöhlt. Dazu kommen die Anzeichen, welche auf eine Umgehung der Meistbegünstigungsklausel und das Aufkommen eines neuen Typus von Verträgen hindeuten. Wir können das komplizierte System, das die Vereinigten Staaten in verschiedenen Abarten versucht haben, hier nicht eingehend erörtern; es kommt auch nur darauf an, festzustellen, daß die Zollpolitik der Vereinigten Staaten wiederholt versucht hat, die Meistbegünstigung zu umgehen oder einzuschränken. Das geschah durch einen Beschluß, wonach der Präsident der Vereinigten Staaten das Recht erhielt, im Falle der undue discrimination amerikanischer Waren durch einen anderen Staat diesem Staat den Genuß des Minimaltarifs zu entziehen und seinen Import einem Maximaltarif zu unterwerfen. Da über die undue discrimination der Präsident entscheidet, bedeutet dieser Ausspruch, wenn er erhoben wird, eine Entziehung der Meistbegünstigung. Die Amerikaner haben dann weiter versucht, an Stelle der reinen Meistbegünstigung Reziprozitätsverträge zu setzen. Sie interpretieren die Meistbegünstigung dahin, daß ein durch Zugeständnis erkauftes Zugeständnis einem dritten Staat nur dann zugestanden werden soll, wenn er selbst ein dem Kaufpreis entsprechendes Zugeständnis macht.

Das wesentliche also ist folgendes: die Meistbegünstigung als allgemeines Prinzip setzt die Staaten auf relativ gleichen Fuß, und erhält ein relatives Nebeneinander. Ein Übergang von der Meistbegünstigung zu dem System der Reziprozitätsverträge würde eine neue Ära der Gruppenbildung und des Kampfes um die Gruppenbildung eröffnen. Wenn die Vereinigten Staaten Kanada Vorteile gewähren und von Kanada erlangen, an denen weder England noch ein anderer Staat kraft einer Meistbegünstigung teilhat, so würde hierdurch Kanada völlig aus dem englischen Wirtschaftskreis in den amerikanischen gezogen, und an Stelle einer nebeneinander konkurrierenden Rivalität das Gegeneinander der Gruppenbildung treten. Es ist schwer, sich heute den Zustand auszumalen, den die allgemeine Einführung des Systems der Reziprozitätsverträge für den Gesamtcharakter der wirtschaftspolitischen Kämpfe haben muß. Die Verhältnisse sind zu verwickelt, die Faktoren zu mannigfaltig. Eines aber ist sicher: es würde nicht nur eine außerordentliche Verschärfung der Kämpfe, sondern auch eine Verewigung der zollpolitischen Verhandlungen, vielleicht der Zusammenbruch des relativen Ruhezustandes folgen, den das heutige System langfristiger Meistbegünstigungsverträge doch immerhin garantiert.

Bei der Erörterung der einzelnen Elemente der Konstellation des Nebeneinander sind wir auf Faktoren gestoßen, die die Dauer dieser Konstellation zu beschränken und ein Gegeneinander heraufzuführen drohen. Ehe wir aber diese Faktoren zusammenfassen und uns in eine Spekulation darüber einlassen, ob sie in ihrer Gesamtheit das Überwiegen des Nebeneinander bedrohen und der allgemeinen Konstellation mit der Zeit den Charakter des Gegeneinander aufdrängen werden, haben wir die politischen Folgen des überwiegenden Nebeneinander noch näher zu untersuchen.

Diese Folgen zeigen sich am deutlichsten in all den Fragen, in denen aus besonderen geographischen und ethnographischen Gründen von alters her sich die Gegensätze schroff gegenübertreten, also die Konstellation des Gegeneinander von der Natur, die die Länder und Meere trennte, selbst gegeben ist. Es sind dies die eigentlichen politischen Fragen, die immer wieder anders, aber

selten dauernd gelöst werden, und unter den verschiedensten Umständen die Jahrhunderte beschäftigen. Zu diesen Fragen gehört die Meerengenfrage, das Mittelmeerproblem, die europäische Frage. Wenn auch durch die moderne Entwicklung der Zusammenhang des politischen Geschehens die Erde umspannt und diese gleichsam ein gemeinsamer Schauplatz geworden ist, so haben doch manche Gebiete aus besonderen ethnographischen oder geographischen Gründen eine gewisse Geschlossenheit ihrer politischen Problemstellung, eine gewisse eigene Gesetzlichkeit gewahrt. Die Gegensätze, die sich auf Grund dieser spezifischen Problemstellung solcher Sondergebiete herausgebildet haben, werden durch die Ausdehnung des politischen Geschehens auf die gesamte Erde nicht behoben. Sie liegen in der besonderen Eigenart dieser Gebiete begründet. Das ist zum Beispiel da der Fall, wo die geographische oder ethnographische Lage zwischen die Lebensinteressen zweier Völker ein Objekt stellt, das nur dem einen oder nur dem anderen gehören kann, also ein dauerndes Kompromiß und ein Nebeneinander nicht zuläßt. Ein solches Objekt ist zum Beispiel der Besitz der Meerengen, Elsaß-Lothringen, die strategischen Ausgänge der Adria, die Beherrschung des Mittelmeers. In allen diesen Fragen gibt es ein natürliches und ewiges Gegeneinander. Auf sie greift die Konstellation des Nebeneinander nicht über — sie bleiben von ihr für immer ausgeschlossen.

Die besondere Bedeutung des überwiegenden Nebeneinander liegt nun darin, daß in allen solchen Fragen die Auseinandersetzung aufgeschoben wird. Die Gegensätze werden nicht gelöst, nicht aus der Welt geschafft; ihre Austragung wird vertagt. Die Expansion nimmt die Richtung des geringsten Widerstandes. Solange ein Nebeneinander auf dem einen Gebiete möglich ist, schlummert das Gegeneinander auf dem anderen Gebiet. Europa, als politisches Einheitsgebiet betrachtet, kennt nur ein Gegeneinander. Alles ist verteilt; was der eine hier gewinnen will, muß der andere verlieren. Dank der Weltpolitik nun hat jeder der europäischen Staaten die Möglichkeit einer überseeischen, sei es wirtschaftlichen, sei es politischen Expansion. Diese Möglichkeit gibt Europa eine gewisse Ruhe; die europäischen Gegensätze bleiben

aufgeschoben. Solange sich Rußland in der Mongolei und Persien mit geringer Mühe ausbreiten kann, wird sein Expansionstrieb sich nicht gegen Österreich-Ungarn, den Balkan und Konstantinopel richten. Solange der französische Lebenswille in Afrika ein Kolonialreich begründet, kann die elsaß-lothringische Frage in den Gemütern schlummern oder nur Gegenstand gelegentlicher Reden sein. Solange die Blicke Italiens auf das Mittelmeer gerichtet bleiben, wird Triest, Nizza und Trentino nur Gegenstand von Demonstrationen sein. Das ganze Gewebe von Gegensätzen, aus dem die europäische Frage zusammengesetzt ist, bleibt, wie es ist. Es ist daran, wenn man den Südosten ausnimmt, der eine Frage für sich bildet, in den letzten vier Jahrzehnten so gut wie nichts geändert worden. Diese vier Jahrzehnte aber waren die einer ungeheuren kolonialen Expansion; hier liegt nicht nur ein zeitliches Zusammentreffen, sondern ein ursächlicher Zusammenhang vor.

Für den Einfluß, den eine Einschränkung der Möglichkeiten paralleler Expansion auf die Schärfe dieser Gegensätze ausüben muß, bietet die Mittelmeerfrage ein lehrreiches Beispiel. Durch die Expansion Frankreichs in Marokko und die Italiens in Tripolis ist die Möglichkeit paralleler Expansion im Mittelmeerbecken, wenn man von der Möglichkeit einer Liquidation der asiatischen Türkei absieht, zum Abschluß gelangt. Die Küsten sind verteilt. Es ist unbestreitbar, daß mit diesem Abschluß das Mittelmeerproblem als politische Frage an Aktualität gewonnen hat. Der Lebenswille der Mittelmeervölker steht jetzt erst direkt vor dem Ziele einer Hegemonie auf dem Mittelmeere. Er war vordem durch andere Aufgaben absorbiert. Ein französisch-italienischer Gegensatz um die Vorherrschaft scheint sich anzukündigen. In Zeitungen und in Reden ist das Ziel mehr oder minder offen bezeichnet worden. Auch die anderen Mächte scheinen sich allmählich zu gruppieren, ein künftiges Gegeneinander sich zu organisieren. Frankreich umwirbt Spanien und Griechenland; die englische öffentliche Meinung diskutiert die Schwäche der bis vor kurzem vernachlässigten Mittelmeerstellung Englands; die englische Admiralität sieht sich gezwungen, die Mittelmeerflotte zu verstärken. Es ist wahrscheinlich, daß diese Entwicklung sich in

dem Grade akzentuieren wird, als die kolonisatorischen Aufgaben, die die Mittelmeerländer noch zu erfüllen haben, zurücktreten.

Hier kündet sich langsam eine neue Zeit des Gegeneinander an. Wenn es auch vermessen ist, die Nebel durchdringen zu wollen, die dem menschlichen Geiste die Zukunft verhüllen, so muß doch jede Betrachtung der Gegenwart, die nicht nur beschreiben will, was ist, sondern die wirkenden Kräfte aufzuzeigen sich bemüht, auch eine Aufhellung der Zukunft versuchen; denn diese bleibt doch das freilich unerreichbare Ziel der Bemühung. In der bisherigen Geschichte ist die Konstellation des kolonialen Nebeneinander immer wieder von einer Konstellation des Gegeneinander abgelöst worden. Der Lebenswille der Nationen kennt kein Ende und keine Grenze: ist das Nebeneinander nicht mehr möglich, so muß es, wenn die Menschheit in Nationen zerfallen bleibt, sich in ein Gegeneinander kehren. Dieser Wechsel beherrscht die Geschichte. Es hätte also eine Spekulation über den politischen Charakter der Zukunft zwei Fragen zu beantworten: Werden die Möglichkeiten des Nebeneinander sich verringern und schließlich erschöpfen? Wird zu dem Zeitpunkt, da dies eingetreten sein wird, der Aggregatzustand der Menschheit noch der gleiche, also von den nationalen Trennungen beherrscht sein, oder werden kosmopolitische Querschichtungen die Gefüge der Nationen durchsetzt und erschüttert haben? Beide Fragen sind abhängig von so undurchsichtigen und vielgestaltigen Faktoren, daß auch ein Vielleicht zur Unbescheidenheit wird.

Zur ersten Frage können wir nach den in unserem Zeitalter sichtbaren Anzeichen nur sagen, daß der zur parallelen politischen Expansion verfügbare Raum in den letzten Jahrzehnten schnell abgenommen hat und aller menschlichen Voraussicht nach in absehbarer Zeit erschöpft sein wird. Südamerika und Afrika sind ausgeschieden, China hat die Außenprovinzen verloren. Was verbleibt, wird, ebenso wie die Türkei, entweder ein selbständig lebensfähiger Staat werden oder einer Teilung in Interessensphären verfallen; in beiden Fällen kommt es als Gebiet paralleler politischer Expansion nicht in Betracht. Am Ende dieser Entwicklung stehen sich die politischen Expansionsgelüste der Groß-

mächte, ohne die Möglichkeit eines Parallelismus, direkt gegenüber. Die Zeit, die diese Entwicklung beanspruchen wird, entzieht sich jeder menschlichen Voraussicht. Völlig undurchsichtig ist die Zukunft des wirtschaftlichen Nebeneinander. Die wirtschaftlichen Expansionsmöglichkeiten sind nicht wie die politischen beschränkt. Sie sind mit der Verteilung der Räume nicht erschöpft. Denn die wirtschaftliche Produktion kennt ein Wachstum an Intensität. Es ist wohl theoretisch denkbar, daß der Nahrungsbedarf der steigenden Erdbevölkerung einmal die Grenze der äußersten Produktion an Nahrungsmitteln übersteigen wird. Praktisch aber hat diese Denkbarkeit auch für eine sehr ferne Zukunft keinerlei Bedeutung. Aus ihr läßt sich also ein zukünftiges Gegeneinander nicht wohl ableiten. Dagegen ist offenbar, daß die wirtschaftspolitischen Kämpfe sich überall zu verschärfen angefangen haben, daß die Zeit dazu neigt, die politischen Gegensätze immer mehr in das Wirtschaftsleben hineinzutragen, die politische Macht immer mehr und schroffer gegen die wirtschaftlichen Konkurrenten auszunutzen. Es ist dies eine natürliche Folge der Verschärfung der wirtschaftlichen Konkurrenzkämpfe; je schärfer die Konkurrenzkämpfe, desto mehr wird die Ausnutzung jedes Vorteils gefordert. So wird die Politik in steigendem Maße zur Waffe im Konkurrenzkampf. Die Verschärfung der Konkurrenzkämpfe und ihre Verquickung mit der Politik bedeutet nichts anderes, als daß auch das wirtschaftliche Nebeneinander auf dem Wege ist, in ein politisches Gegeneinander überzugehen.

6.

Die Frage aber, ob aus dieser Entwicklung in einer näheren oder ferneren Zukunft eine neue Ära von Kriegen hervorgehen und den relativen Friedenszustand ablösen werde, der unser Zeitalter charakterisiert, ist dadurch nicht beantwortet. Wir haben zwar bei der Erörterung der nationalen Tendenzen überall in der Welt ein Anwachsen des Nationalismus konstatieren müssen, und bei der Untersuchung der echten kosmopolitischen Tendenzen nirgends eine kosmopolitische Schichtung in der Entstehung begriffen sehen,

die stark genug sein oder werden könnte, jene nationalen Tendenzen abzulösen. Wenn wir also auch nicht erwarten können, daß bis zu jenem Zeitpunkt, zu welchem die Konstellation des Nebeneinander sich in eine solche des Gegeneinander gewandelt haben würde, die Kraft der nationalen Tendenzen gebrochen und ein neuer Kosmopolitismus den Aggregatzustand der Menschheit verwandelt haben wird, so müssen wir uns doch fragen, ob nicht bis dahin die allgemeine Interessenverflechtung die Nationen und Staaten so ineinander verkettet haben wird, daß gegen eine gewaltsame Form der Austragung von Gegensätzen das nationale Interesse selbst aufstehen wird. Es läßt sich sehr gut denken — und das ist der Umstand, von dem allein ein relativer Friedenszustand der künftigen Welt sich erhoffen läßt —, daß sich gleichsam die Kämpfenden selbst so in einen Knäuel verwickelt haben werden, daß keiner mehr imstande ist, sich aus diesem Knäuel zu lösen, um mit der Faust gegen den Gegner auszuholen. Das aber würde nicht das Aufhören der nationalen Kämpfe, sondern nur die Ausschaltung des Krieges, als einer gleichsam veralteten Kampfform, bedeuten.

Die heutige Politik der Großmächte kann ganz allgemein als die Politik des Aufschubs kriegerischer Auseinandersetzungen bezeichnet werden. Die Organisation des Aufschubs kann als der Sinn der meisten Abmachungen gelten, die in den letzten Jahrzehnten zwischen den Großmächten abgeschlossen wurden. Diese Politik des Aufschubs ist natürlich begründet in der allgemeinen Möglichkeit einer parallelen Expansion. Das aber ist nicht ihr einziger Grund. Ein weiterer liegt in der allgemeinen Interessenverflechtung, die eine kriegerische Auseinandersetzung erschwert, und ein dritter, vielleicht der wesentlichste, Grund in der Eigenart der modernen Kriege selbst. Was sich gegen früher verschoben hat, das ist, wenn man so sagen darf, die Kalkulation der Kriege, das Verhältnis der Aufwendungen und des Risikos auf der einen und des möglichen Nutzens auf der anderen Seite. Die Kriege früherer Jahrhunderte wurden mit viel geringerem Aufwand an Menschen und Geld geführt und griffen viel weniger tief in das gesamte Leben des Volkes ein. Die modernen Staaten setzen

Millionenheere in Bewegung und geben Milliarden aus. Sie rühren, wenn sie Kriege führen, an die Grundlagen ihres verwickelten Wirtschaftslebens; über die wirtschaftlichen Folgen eines modernen Krieges zwischen Großmächten besitzt das Zeitalter noch so gut wie keine Erfahrung. Die Meinungen gehen auseinander; die Komplexität der Faktoren macht jede Kalkulation unmöglich. Übereinstimmung aber wird darüber herrschen, daß die Lasten eines modernen Krieges die aller früheren ceteris paribus um ein Vielfaches übersteigen werden. Dagegen sind die diesen Lasten gegenüberstehenden Siegespreise nicht in gleichem Maße gewachsen. Es ist natürlich unmöglich, diese Siegespreise generell einer Messung zu unterwerfen. Schaltet man indes zunächst die Kriegsentschädigung aus, so ist zu sagen, daß auch den modernen Kriegen nur die gleichen Siegespreise winken, die in vergangenen mit soviel geringerem Aufwand errungen werden konnten — ja, daß die Erwerbung fremden Bodens in dem Zeitalter des Nationalismus unter Umständen ein fragwürdiger Gewinn sein kann. Moderne Kriegsentschädigungen freilich werden proportional den Lasten bemessen werden. Im ganzen hat sich aber doch wohl durch diese Entwicklung die Kalkulation der Kriege verschoben. Das Risiko ist stärker gewachsen als der Nutzen.

Wesentlich auch ist die Rücksicht auf den Dritten. Dank der allgemeinen Verflechtung der Interessen haben von einem modernen Kriege nicht die Sieger, sondern die Zuschauer den größten Gewinn. Ihr Handel und ihre Industrie, wenngleich zunächst durch die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge, namentlich die Einheit des Geldmarktes, mitbetroffen, können sich der von den Kämpfenden notgedrungen verlassenen Positionen bemächtigen und ein reiches Erbe antreten. Einmal im Besitz dieser Positionen, sind sie nur mit erneuten Anstrengungen daraus zu werfen. Auch diese Rücksicht belastet die Kalkulation der Kriege.

Die Kalkulation hat den im Falle der Niederlage unvermeidlichen Verlusten den Überschuß der im Falle des Sieges zu erwartenden Vorteile über die auch im Falle des Sieges notwendigen Lasten und Schädigungen gegenüberzustellen. Wenn

nun schon diese Überschüsse im Falle des Sieges im großen ganzen geringer geworden sind, so ist das Kalkül noch mehr durch die enorme Steigerung der Verluste im Falle der Niederlage umgestaltet. Für alle europäischen Großmächte bedeutet ein verlorener Krieg gegen eine Großmacht, menschlicher Voraussicht nach, den politischen und wirtschaftlichen Ruin, wenn nicht besondere Nebenumstände eintreten und zum Beispiel die Zuschauer den Sieger zu einer besonderen Schonung zwingen. Von dieser Regel ist im besten Fall nur Rußland ausgenommen, das durch seine Langlebigkeit und seine räumliche Größe gegen den nationalen Ruin geschützt ist, im Falle einer Niederlage höchstens den Sieg der Revolution und eine Verlangsamung seiner Entwicklung zu fürchten hat. Frankreich hat sich zwar nach dem Kriege von 1870/71 überraschend schnell erholt und seine Großmachtstellung wiedererringen können. Diese erstaunliche Leistung wird aber auch die Vitalität des französischen Volkes nicht wiederholen können, zumal in einem neuen Kriege Frankreich den Verlust seiner Kolonien riskiert und ein neues Kolonialreich sich voraussichtlich nicht wieder wird gründen lassen. Japan krankt, wie man weiß, noch heute an den Folgen seines Sieges über Rußland. Eine Niederlage, die der Feind hätte ausnutzen können, hätte wohl alle Hoffnungen des aufstrebenden Landes nahezu vernichtet.

Alle modernen Großmächte, so läßt sich diese Kalkulation zusammenfassen, haben heute ungleich mehr zu verlieren, als zu gewinnen. Unter solchen Umständen werden Kriege im allgemeinen wohl nur geführt, wenn die Chance des Sieges sehr groß, das Risiko der Niederlage sehr klein ist.

Das nun ist die militärische und militärpolitische Hälfte des Gesamtkalkuls. Um es gleich vorweg zu sagen: auch diese Seite der Kalkulation hat sich in unserem Zeitalter insofern verschoben, als der oben bezeichnete Fall in unserer Zeit nur unter außergewöhnlichen Kombinationen und Umständen eintreten wird. Hier führt uns die Erörterung der allgemeinen Kalkulation in zwei Probleme der aktuellen Politik: die Rüstungen und die Gruppierungen der Großmächte.

7.

Das Rüstungsproblem ist vielleicht das am meisten erörterte, eindringlichste und schwierigste Problem der Politik der Gegenwart. Ganz allgemein wird ein Zustand, in dem ein jeder Staat den möglichen oder mutmaßlichen Gegner in Rüstungen zu überbieten sucht, ein jeder gegen einen solchen Versuch des Gegners sich wieder durch Rüstungen zur Wehr setzt, und so ein allgemeines Wettrüsten einsetzt, als drückend empfunden. Der kosmopolitisch orientierte Teil der Zeitgenossen spricht von einem Rüstungswahnsinn, sieht die Staaten sich finanziell in Rüstungen verbluten; auch andere, die der Meinung sind, durch das Rüsten werde, da Rüstungen durch Rüstungen beantwortet werden, an den Kräfteverhältnissen nichts geändert, beklagen das Wettrüsten, weil sie es für vergeblich halten. Bekanntlich hat dieser Zustand und die Summe finanzieller und persönlicher Lasten, die er den Individuen auferlegt und um die angeblich die Sache des kulturellen Fortschritts der Menschheit geschädigt wird, eine organisierte Gegenbewegung hervorgerufen, die sich die Abrüstung oder wenigstens die Einschränkung der Rüstungen zum Ziele setzt. Aber diese Bewegung hat, obwohl sie in verschiedenen Parlamenten über Einfluß verfügt, praktisch bislang nicht das geringste ausrichten können: die Regierungen sind ihr wohl gelegentlich in öffentlichen Reden der Minister, noch nie aber in Handlungen entgegengekommen. Die Erscheinung des allgemeinen Rüstens scheint also zu tief in den Verhältnissen verankert, als daß ihr durch solche Bewegungen beizukommen wäre.

Das rührt nun daher, daß sie den notwendigen Ausdruck des grenzenlosen Lebenswillens der Nationen auf der einen Seite, der allgemeinen Konstellation, die der Entfaltung dieses Lebenswillens heute gegeben ist, auf der anderen Seite darstellt. Alle Nationen fassen das Nebeneinander als eine Vorbereitung des Gegeneinander, als einen Aufschub der Feindschaft. Wie wir sahen, hat das Nebeneinander das Gegeneinander nicht aus der Welt geschafft, sondern zurückgedrängt. Die großen Gegensätze, auch die speziellen politischen Fragen, in denen unausweichliche Gegen-

sätze liegen, zum Beispiel die elsaß-lothringische Frage, bestehen fort; sie werden nur, solange die Möglichkeit paralleler Entfaltung vorliegt, nicht ausgetragen. Sie sind auch im Schlummer lebendig; und ihre Lebendigkeit beweisen sie eben in den Rüstungen. Die Rüstungen sind die moderne Form des Aufschubs.

Alle Staaten betonen den defensiven Charakter ihrer Rüstungen. Es wäre oberflächlich, anzunehmen, daß diese Betonung nichts weiter wäre als Heuchelei. Es will allerdings so scheinen, als beanspruche zwar jeder Staat den Glauben an die Ehrlichkeit seiner rein defensiven Absichten für sich, verweigere aber denselben Glauben dem möglichen Gegner, gegen dessen eventuelle Angriffe er sich eben rüste. In der Tat aber sind wohl alle modernen Großmächte kriegerischen Auseinandersetzungen durchweg abgeneigt und würden sich nur im Falle der Not zu solchen entschließen. Der Fall der Not ist aber eben der Fall der Verteidigung. Der Widerspruch löst sich dadurch, daß, wenn ein Staat heute ohne Rüstungen dastünde, sich dieser Fall der Not sehr bald herausstellen würde, auch ohne daß der gerüstete Gegner einen reinen Eroberungskrieg unternähme. Die Nationen leben nicht getrennt nebeneinander und bebauen nicht nur, eine jede in ihrem Gebiet, ihre Felder. Ihre Interessen berühren, begegnen, kreuzen sich allerorten. Jederzeit sind eine Unzahl kleinerer und größerer Interessenkonflikte zu verhandeln und zu lösen. Ein schutzloser Staat wäre genötigt, gegenüber einem gerüsteten Gegner in allen solchen Fragen immerzu nachzugeben, er würde sehr bald Schritt für Schritt so weit zurückgedrängt sein, daß der Fall der Not für ihn eintritt, ohne daß der gerüstete Gegner etwas anderes getan hätte, als seine Interessen hartnäckig zu vertreten. Es ist überaus leicht, Verteidigung und Angriff in Worten zu unterscheiden, aber überaus schwer, in der Praxis einwandfrei zu entscheiden, wer der Angreifer, wer der Verteidiger ist. Bei beinahe allen Kriegen der letzten Jahrzehnte wie früherer Zeiten hielten sich beide Teile für den Angegriffenen. Die Frage, wo bei der Angelegenheit, die den Anlaß zum Kriege bot, das objektive Recht war, wird eben von beiden Teilen verschieden beantwortet. Es gibt keine andere Instanz dafür, was ein Staat als sein Recht beanspruchen

darf, als das Interesse der Staaten selber: wenn dieses Interesse Rücksicht zu nehmen hat auf die Grundsätze des Völkerrechts und das Kulturempfinden der Zeit, so sind doch sowohl dieses Kulturempfinden als jene Grundsätze so vage und voller Widersprüche, daß sie der Interpretation weitesten Spielraum lassen und schließlich nur die Methode, nicht aber das Ziel des Vorgehens beeinflussen. Letzten Endes wird ja auch die Gültigkeit des Völkerrechts nur getragen durch die Rüstungen der Staaten, die die Abmachungen geschlossen haben.

Man kann also ruhig an den defensiven Charakter der modernen Rüstungen glauben, wenn man darunter versteht, daß nirgends die Absicht auf kriegerische Eroberung hinter ihnen lauert. Die modernen Staaten bedürfen ihrer, um bei der Konkurrenz des Nebeneinander der Stimme ihrer Unterhändler Gewicht zu verleihen, um auf ein mögliches Gegeneinander, das sie, solange die Konstellation des Nebeneinander dauert, vermeiden wollen, vorbereitet zu sein. Daher ist unser Zeitalter das der größten Kriegsrüstungen und des längsten Friedens. Dieser eigenartige Zustand erscheint vielen als widersinnig, ist es aber nicht. Es ist nicht wahr, daß die modernen Großstaaten zwar rüsten, aber von ihren Rüstungen keinen Gebrauch machen. Die Kriege werden zwar nicht mehr gefochten, aber kalkuliert — und das Ergebnis der Kalkulationen entscheidet heute, wie früher das Ergebnis der Schlachten, über die Vorteile, die der eine erringt, oder die Beeinträchtigung, die der andere auf sich nehmen muß. Die Kanonen schießen nicht, aber sie reden mit in den Verhandlungen. Die Abschätzung der eigenen militärischen Macht und der des Gegners entscheidet — zusammen mit den verwickelten Faktoren der diplomatischen Gesamtlage — über das Maß der Zugeständnisse, das man selbst zugestehen oder vom Gegner zu fordern vermag. Diese Abschätzung aber ist die Kalkulation des Krieges. Die Rüstungen nun haben den Zweck, die Kalkulation des Krieges, das heißt diesen bei den Verhandlungen so wichtigen Faktor, zu eigenen Gunsten und zu Ungunsten des Gegners zu verschieben. Die Überlegenheit wird erstrebt, weniger um siegreiche Kriege kämpfen, als um sie denken und vom Gegner denken lassen zu können. Da

aber jeder Staat das gleiche Streben hat, wird das Rüsten ein allgemeiner Wettlauf.

Das Paradoxon, daß in unserer Zeit an Stelle der Kriege die Rüstungen getreten seien, enthält also einen Kern Wahrheit. Das Kalkül des Krieges setzt sich aus zwei Rechnungen zusammen. Die eine Rechnung betrifft das Verhältnis der Vorteile eines Sieges zu den Kosten eines Sieges auf der einen, den Kosten einer Niederlage auf der anderen Seite. Die zweite Rechnung betrifft das Wahrscheinlichkeitsverhältnis des Sieges zur Niederlage. Die Rüstungen sind der Versuch, die zweite Rechnung möglichst günstig zu gestalten. Hier aber tritt das Eigentümliche ein — und das ist das wahre Dilemma des Wettrüstens —, daß dieser Versuch, den zweiten Faktor günstig zu gestalten, auf die Gestaltung der ersten Rechnung in einer für den Frieden günstigen Weise zurückwirkt. Die erste Rechnung nämlich setzt sich aus zwei Elementen zusammen, den Vorteilen des Sieges und seinen Kosten an Gut und Blut. Das erste dieser beiden Elemente ist konstant. Das zweite aber, für den Frieden sprechende, wird durch das allgemeine Wettrüsten in seinem Gewicht vermehrt, da mit der Steigerung der Rüstungen die Schädigungen der Kriege auch für den Sieger wachsen. Je mehr gerüstet wird, desto mehr verschiebt sich das Mißverhältnis zwischen den Vorteilen eines Krieges und seinen Nachteilen zugunsten der letzteren und damit zugunsten des Friedens. Eine Kalkulation kann also nur dann die Nützlichkeit eines Krieges ergeben, wenn das Mißverhältnis in der ersten Rechnung ausgeglichen wird durch ein entsprechendes Überwiegen der Siegeschancen über das Risiko der Niederlage in der zweiten Rechnung. Oder: je mehr gerüstet wird, desto größer muß die Überlegenheit des einen über den anderen sein, wenn die Kalkulation zugunsten eines Krieges sprechen soll.

Es mag scheinen, als handle es sich bei dieser Argumentation um ein Spiel mit Rechnungen. Natürlich ist diese ganze Rechnung eine Abstraktion — in Wahrheit sind immer eine Unmenge von Nebenumständen in Betracht zu ziehen, und nirgends wird eine solche Kalkulation rein angestellt. Und doch liegt sie irgendwie unbewußt zugrunde. Dies Gerippe, so schematisch es ist, ist

für das Verständnis der inneren Eigenart der modernen Politik sehr wesentlich.

Es kann nämlich unter den gegebenen Verhältnissen nur äußerst selten der Fall eintreten, daß die Kalkulation die Nützlichkeit eines Krieges ergibt. Die Kosten auch der siegreichen Kriege wachsen durch die Rüstungen und den Gesamtcharakter der wirtschaftlichen Entwicklung, während die Spannung zwischen den Siegeschancen und dem Risiko der Niederlage dank der Allgemeinheit der Rüstungen und dem noch zu behandelnden Faktor der Bündnissysteme nirgends weit genug wird, um unter jenen Umständen einen Krieg zu rechtfertigen. Daraus ergibt sich für den politischen Gesamtcharakter der Zeit folgendes: Kriege zwischen Großmächten werden nicht mehr um der durch sie zu erringenden Vorteile willen begonnen, sondern nur mehr aus Not. Der Fall der Not tritt für eine Großmacht nur mit sehr geringer Wahrscheinlichkeit ein, da kein Gegner da ist, der ein Interesse daran hat, diesen Fall der Not herbeizuführen. Es ist für die modernen Konflikte zwischen Großmächten durchaus typisch, daß keiner der beiden streitenden Teile ein Interesse an einer kriegerischen Lösung hat. Bei den Verhandlungen und der unausgesprochen entscheidenden Kalkulation handelt es sich immer um die Frage, wer von beiden Teilen den Krieg, den beide nicht wollen, mehr zu fürchten hat und wer ihn im Notfall leichter ertragen kann, also nicht mehr um die Frage zwischen Nützlichkeit und Schädlichkeit des Krieges, sondern um die Grade der Schädlichkeit für den einen und für den anderen Teil. In dieser Fragestellung aber liegt der Grund dafür, daß in der diplomatischen Geschichte unseres Zeitalters der Bluff eine so große Rolle spielt, wie in keiner früheren Zeit. Er ist das Hauptrequisit der diplomatischen Methode geworden. Der Charakter des diplomatischen Spiels hat sich geändert. Wenn zwischen zwei streitenden Teilen niemand den Krieg will, so wird nicht immer der Mächtigere, das heißt der, der den Krieg leichter vertragen kann, siegen, sondern derjenige, der mit der Behauptung, daß er bereit sei, loszuschlagen, länger aushält, also mehr Ruhe, Haltung, Hartnäckigkeit und Geschmeidigkeit hat. Wenn auch im großen ganzen der Mächtigere über eine dieser

Eigenschaften in höherem Grade verfügen wird, so bietet doch das diplomatische Spiel und die Fülle der Nebenumstände im einzelnen auch dem Schwächeren die Möglichkeit des Erfolges — eben dank des Umstandes, daß, so wie die Dinge heute zwischen den Großmächten liegen, auch der Mächtigere ungern das Schwert zieht. Aus der Eigenart dieser Methode ergibt sich nun das Moment, das für unsere Zeit die größte Gefahr des Krieges enthält. Es ist nicht so, daß das Handeln der Staaten immer ein reiner Ausdruck der Rechnung wäre, daß die Regierungen immer imstande oder immer gewillt wären, das dem Interesse der Nationen Entsprechendste zu tun. Hat eine Regierung sich, durch die Methode des Bluffs verleitet, zu weit vorgewagt oder, wie man sagt, festgeblufft, so ist sie vielleicht nicht mehr imstande, einen Rückzug, auch wenn er sachlich richtig wäre, anzutreten — die Rücksicht auf persönliche Interessen, der Ehrgeiz der Regierungen oder der zu erwartende Entrüstungssturm der Nationalisten kann einen Krieg herbeiführen, den das sachliche Interesse allein nie gerechtfertigt hätte. Daher liegt die Kriegsgefahr unserer Zeit in der inneren Politik solcher Länder, in der eine schwache Regierung einer starken nationalistischen Bewegung gegenübersteht.

8.

Nun bezieht sich aber dieses Schema der Kalkulation, das wir oben aufgestellt haben, nur auf einen Gegensatz zweier von der übrigen Welt isolierten Staaten, also auf einen Fall, der in der Wirklichkeit, oder wenigstens zwischen den europäischen Großmächten, nicht vorkommt. Dank der allgemeinen Verflechtung, die alle Großmächte an allen Angelegenheiten mehr oder weniger interessiert hat, stehen sich in keiner wichtigen Frage zwei Großmächte allein gegenüber. Überall, wo ein Konflikt entsteht, sind dritte Mächte interessiert. Diese Verkettung findet ihren Ausdruck in dem Netz von Bündnissen, das über die Welt gespannt ist.

Ebenso wie die Rüstungen der Großmächte mit defensiven Rücksichten begründet werden, behaupten auch alle bestehenden Bündnisse, rein defensiven Zwecken zu dienen. Auch diese Behauptung ist nicht Heuchelei. In den Augen des französischen

Nationalismus ist die Allianz mit Rußland zwar ein Mittel der Rückeroberung Elsaß-Lothringens, aber bisher hat sich Rußland nicht nur in Worten gegen jede derartige Interpretation gewehrt, und tatsächlich ist das Bündnis in der Zeit seines Bestehens niemals für die elsaß-lothringische Frage eingesetzt worden. Die Bündnisse mögen dazu dienen und verwendet werden, einen Gegner diplomatisch lahmzulegen und zu besiegen, Eroberungsabsichten aber liegen ihnen nicht zugrunde. Sie dienen, wie die Rüstungen, weniger zu Kriegen, die geführt werden sollen, als zu den Kriegen, die in den Köpfen der unterhandelnden Staatsmänner gedacht werden und deren kalkulierte Chancen das Maß der zu verlangenden oder zu gewährenden Nachgiebigkeit in allen Streitfragen bestimmen. Die Bündnisse sind also wie die Rüstungen ein Versuch, diese Kalkulation günstig zu verschieben. Bündnisse können Rüstungen entbehrlich machen, und da, wo zu einer Verstärkung der Rüstungen die Menschen oder das Geld fehlt, die Rüstungen ersetzen. Es wäre an und für sich denkbar, daß das Wettrüsten allein schließlich zu einer unzweifelhaften und erdrückenden Übermacht des Einen, die den Anderen zum Aufgeben des aussichtslosen Rennens veranlassen müßte, führen könnte. Die den Nationen zur Verfügung stehenden Mittel und Möglichkeiten sind so verschieden, daß eine solche Entwicklung sogar wahrscheinlich wäre — man braucht dabei nur an die neuesten Resultate des deutsch-französischen Rüstungswettkampfes zu denken. Nun wird indes die Entstehung sehr bedeutender Differenzen der militärischen Kräfte zweier Großmächte in ihrer Wirkung korrigiert durch die Verbindung mehrerer Großmächte zu einer Gruppe. Naturgemäß sucht das schwache Land Bündnisse. Nun sind die dritten Mächte in der Regel daran interessiert, daß keiner zu mächtig wird und daher bestrebt, keine allzu große Differenz aufkommen zu lassen. Es ist klar, daß Deutschland mit Rücksicht auf seine eigene Sicherheit und Zukunft nicht dulden kann, daß Österreich-Ungarn von Rußland erdrückt werde, und Österreich-Ungarn wiederum alles Interesse daran hat, Deutschland stark zu wissen und so weiter. Insbesondere England hat mit einer unerbittlichen Konsequenz seit dem Mittelalter sich gegen die stärkste Macht auf dem Kon-

tinent mit den schwächeren Mächten verbündet, um ein Gleichgewicht auf dem Kontinent herzustellen, und sich von kontinentalen Bündnissen nur in den Zeiten zu einer splendid isolation zurückgezogen, in denen es das Gleichgewicht auf dem Kontinent als hergestellt ansah. Es ist klar, daß, solange die Konstellation des Nebeneinander dauert, alle Mächte eine Tendenz zu einem Gleichgewicht haben, das ihnen die Ruhe der parallelen Entfaltung sichert. Auf diese Tendenz zum Gleichgewicht ist das komplizierte Bündnissystem der Zeit gegründet. Es sind nicht Sympathien der Völker und der Regierungen, sondern gewisse, gleichsam statische Gesetze, die sich um jene Sympathien nur wenig kümmern. Alle Kordialität, mit der die Entente cordiale gefeiert wird, kann nicht an die Kluft rühren, die das französische Wesen vom englischen trennt. Die franko-russische Allianz wurde durch die Kluft, die die politische Atmosphäre der französischen Regierungskreise von der der russischen trennt, nicht verhindert; sogar Österreich-Ungarn und Italien sieht die Welt seit nunmehr dritthalb Jahrzehnten verbündet. Die Bündnisse in Europa haben sich um die zwei großen Gegensätze, den deutsch-französischen und den österreichisch-russischen, herum kristallisiert, wobei eine gewisse Gesetzmäßigkeit der Bildung mehr mit der Tendenz zum Gleichgewicht, die in den dritten Mächten lebendig war, als mit den Sympathien und Antipathien der Völker zu tun hat.

Es liegt auf der Hand, wie sehr ein so kompliziertes und vielgestaltiges Bündnissystem die Vorausberechnung kriegerischer Erfolge erschweren muß. Es vervielfältigt die zu berücksichtigenden Faktoren. Wenn es schon schwer ist, angesichts der Entwicklung der modernen Kriegstechnik in einem mit Millionenheeren geführten Krieg zwischen zwei Staaten eine ausreichende Wahrscheinlichkeit der Siegeschance zu berechnen, so ist dies vollends unmöglich, wenn ein solcher Krieg zwischen zwei Bündnissystemen geführt werden soll. Die Bündnissysteme verdunkeln also jede Kalkulation und sind schon deshalb eminent friedenerhaltend. Dazu kommt, daß bei der allgemeinen Interessenverflechtung eine Streitfrage niemals zwischen den Bündnissystemen als solchen, sondern immer zwischen einzelnen Staaten auftaucht und die

Bündnisse nur durch die beteiligten Staaten in Mitleidenschaft zieht. Es gibt keinen direkten allgemeinen Interessengegensatz zwischen der Tripelentente als solcher und dem Dreibunde als solchem. Es gibt nur Interessengegensätze zwischen einzelnen Mächten der Tripelentente und einzelnen des Dreibunds. Es ist dies ein praktisch sehr wesentlicher Unterschied. In ihm kommt zum Ausdruck, daß bei keinem Streitfall die Mächte eines Bündnissystems gleich stark interessiert sind. Dank der Komplexität der Interessen berühren sich sogar häufig die Interessen einer Macht enger mit denen einer dem anderen System angehörigen Macht als mit denen des Bundesgenossen. Aber schon die Tatsache der ungleichen Stärke der Interessen genügt, um in einem Streitfall den weniger interessierten Bundesgenossen zu veranlassen, sich um die Vermeidung des offenen Konflikts zu bemühen. Die russische Diplomatie wird ebenso sicher in Frankreich immer dann dämpfend auf die Revanchegelüste einwirken, wenn diese zu einem Krieg zu führen drohen, als die französische Politik immer dann, wenn die russische den Frieden zu bedrohen schien, ihren Einfluß in Petersburg für die Sache des Friedens eingesetzt hat. Je mehr Faktoren für die Nützlichkeit eines Krieges gegeben sein müssen, desto unwahrscheinlicher wird der Krieg. Gelegenheiten, bei denen alle Staaten eines Bündnissystems einen Krieg für nützlich halten, werden noch seltener sein als die Gelegenheiten, bei denen ein Staat zum Kriege bereit sein wird. Die Bündnissysteme stellen keine starren Bindungen dar, sie haben eine gewisse Elastizität, geben bei Spannungen gleichsam etwas nach, und auch das ist ein friedenerhaltendes Moment.

9.

Aus der Eigenart dieser politischen Konstellation des Zeitalters, die wir in dem vorigen Abschnitt zu skizzieren versucht haben, der Möglichkeiten, die sie dem nationalen Entfaltungstrieb gibt, der Fesseln, die sie ihm auferlegt, ergibt sich der spezifische Charakter der modernen Politik, der hier noch einmal im Zusammenhang umrissen werden soll.

Wir leben in einer Zeit der Geduld und des Aufschubs. Die Nationen sind mit ihren Interessen so ineinander verwachsen, die einzelnen Teile der politischen Konstruktion der Welt so ineinandergefügt, daß nirgends eine größere Bewegung ausgeführt werden kann, ohne daß das ganze andere Gebäude auch in Bewegung geriete. Da indes, wenigstens solange die Konstellation des Nebeneinander dauert, keine Nation ein Interesse daran hat, das ganze Gebäude ins Wanken zu bringen und ein jeder ohne einen solchen Zusammenbruch noch zu viel zu gewinnen hat, um Gefahr laufen zu wollen, alles zu verlieren, werden wenigstens von den Großmächten heftige Bewegungen gemeinhin nach Möglichkeit vermieden. An den Bewegungen, die ausgeführt werden, haftet eine gewisse Langsamkeit und Weichheit. Jede Nation sucht da und dort eine allmähliche Verschiebung der Lage zu ihren Gunsten. Diese Verschiebung soll ohne Erschütterung des Gesamtgebäudes vor sich gehen. Es mag in besonderen Fällen ein plötzlicher Entschluß und eine heftige Gebärde angezeigt sein: und doch ist die Zeit der Handstreiche vorbei. Viele kleine, unmerkliche Vorteile sollen aneinandergereiht zusammen den Erfolg ergeben; die Verschiebung soll gleichsam erst wahrgenommen werden, wenn sie bereits erfolgt ist, nicht mehr oder nur mehr durch Gewalt rückgängig gemacht werden kann. Unter solchen Umständen geht die Politik darauf aus, die Anwendung von Gewalt nach Möglichkeit zu vermeiden oder den Entschluß dazu dem Gegner zuzuschieben. Der Entschluß ist schwer, schwerer als in allen Zeiten, von denen die Geschichte berichtet, und wird vom Gegner aller Wahrscheinlichkeit nach nicht gefaßt werden, wenn es sich nur um eine kleine, die Lebensinteressen nicht berührende Verschiebung handelt.

Alle Staaten haben sich mit größerem oder geringerem Geschick dieser Methode langsamer und leiser Bewegungen bemächtigt. Wenn wir die einzelnen territorialen Verschiebungen der letzten Zeit betrachten, wie schleppend hat sich alles vollzogen! Frankreich hat sich beinahe ein Jahrzehnt Zeit lassen müssen, um Schritt für Schritt seine marokkanische Position zu einem Protektorat auszubauen, und hat heute noch nicht das unbeschränkte ökonomische Nutzungsmonopol der Neuerwerbung; es ist von

Vertrag zu Vertrag mehr geschlichen als geschritten, immer bestrebt, den Sinn der Verträge lansam und unmerklich zu erweitern. Es hat sich zu einer schnellen Bewegung, dem Zug nach Fes, hinreißen lassen und hat diese Ungeduld mit einem Teil der Kongokolonie bezahlen müssen. Wie langsam geht die Entwicklung in Persien vor sich! In China schien sie um die Jahrhundertwende plötzlich in ein schnelles Tempo zu geraten — aber seitdem hat sie sich, wenn man von der Mandschurei absieht, für die eine besondere Konstellation in Betracht kommt, ständig verlangsamt. Auch Rußland zieht sogar in der Mongolei, wo es doch kaum Konkurrenz hat, die langsameren Bewegungen vor. Eine Ausnahme sehe ich nur in Tripolis — aber hier war ein nationaler Drang, der nach kräftiger Betätigung verlangte, mehr beteiligt als die kühle Berechnung, die vielleicht auch hier vorgezogen hätte, die Zeit arbeiten zu lassen und Gut und Blut zu sparen. Aber auch hier bedurfte die internationale Seite einer langjährigen und vorsichtigen Vorbereitung. Die internationale Seite der Verschiebung war schon erledigt, ehe die militärische Aktion begann.

Die Phraseologie, mit der diese Tendenz zur Langsamkeit und Stille der Bewegungen bekleidet wird, gruppiert sich um den Terminus „status quo". Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß alle Mächte für die Erhaltung des Status quo eintreten. Der Terminus ist schon so kompromittiert, daß er sogar für die Witzblätter verbraucht ist. Europa ist während der Balkankrise immerzu für den Status quo eingetreten und hat alle Änderungen akzeptiert. Es hat dadurch aber eigentlich nur seiner Abneigung gegen heftige Veränderungen Ausdruck gegeben. Die Lächerlichkeit, der der Status quo verfallen ist, ist leicht zu begründen. Genau genommen gibt es überhaupt kein Festhalten am Status quo. Die Entwicklung schreitet fort, das Werden kennt kein Halt, und ebensowenig, wie man, nach dem Wort des Heraklit, zweimal in denselben Fluß steigen kann, ist in irgendeinem Moment der Status quo ante noch gewahrt. Wenn man nun auch unter der Aufrechterhaltung des Status quo praktisch nur die Nichtverschiebung der politischen Grenzen versteht, so kann es eben doch nicht ausbleiben, daß die allmähliche Entwicklung der gesamten Verhältnisse einen Staat

so unterhöhlt, daß mit einem Male auch die äußere Gestalt zusammenbricht. Dann gibt es auch keinen Status quo der politischen Grenzen mehr. So hat Frankreich die Integrität und Souveränität des marokkanischen Staats, kurz den Status quo, so lange mit Emphase verkündet, bis infolge der allgemeinen Entwicklung und einer langen Minierarbeit der Staat und mit ihm der Status quo von selbst zusammenbrach.

Der Status quo ist also ein Terminus, hinter dem nichts weiter steckt als die Langsamkeit und Vorsicht der politischen Bewegungen unserer Zeit. Auch er ist deshalb keine Heuchelei. Er gibt den tatsächlich vorhandenen konservativen Grundcharakter der modernen Politik, der Abneigung gegen alle heftigen Veränderungen einen getreuen Ausdruck. Wo immer in einem neuen, noch nicht erschlossenen Gebiet oder einem alten, baufälligen Staatengebilde die Weltmächte, sei es um ihren Einfluß, sei es um ihren Anteil an einem eines Tages herrenlosen Gute rivalisieren, spielt sich der ganze Kampf unter dem Deckmantel einer von allen erstrebten Aufrechterhaltung des Status quo ab. Unter diesem Deckmantel wird langsam, zäh und stetig gearbeitet, um die Interessen auszudehnen, den eigenen Einfluß auszubauen, da und dort ein Stück irgendeiner rechtlichen Position oder den Schatten einer solchen zu erringen. Solange der Kampf unentschieden bleibt, haben alle, in der Hoffnung, ihre Position in Zukunft zu verbessern, ein Interesse an dem Status quo. Die Schwächeren haben dieses Interesse desto mehr, je mehr der Vorsprung des Gegners wächst. Tritt die Rivalität in ein akuteres Stadium, so taucht regelmäßig das Streben nach Abgrenzung von Interessensphären auf, durch die das bisherige Ergebnis der Rivalität gleichsam festgelegt und der offene Konflikt vermieden werden soll. Als um die Jahrhundertwende China zu wanken schien, begannen die interessierten Mächte sofort, sich möglichst viele Interessensphären abzustecken. Das gleiche wird eintreten, wenn einmal die asiatische Türkei, an deren Erhaltung alle europäischen Großmächte, mit Ausnahme von Rußland, ein vitales Interesse haben, ins Wanken geraten sollte. Auch Rußland, das da unten am längsten Hebel sitzt, hält in dem Grade am Status

quo fest, als andere Mächte für den Fall des Zusammenbruches Ansprüche anzumelden beginnen.

In einer solchen Zeit gehört der Sieg der stetigen, zähen, langsamen Arbeit, die einen kleinen Erfolg nach dem anderen in Stille zu erringen weiß, den äußeren Erfolg nicht zu früh ernten will, ihre Bewegungen mit Kraft, aber ohne Heftigkeit ausführt. Diese Methode, die in der Eigenart der Konstellation gegeben ist, steht in einem gewissen natürlichen Gegensatz zu der Eigenart der nationalen Bewegungen. Der Nationalismus, das heißt eben die Richtung und Partei, die in jedem Lande die extensive Komponente der nationalen Wachstumstendenz vertritt, ist seiner Natur nach nicht nur unersättlich, sondern auch ungeduldig: er will weder von den Kompromissen und Halbheiten etwas wissen, mit denen die politische Aktion sich in einer solchen Zeit immer vorläufig zufrieden zu geben scheinen muß, noch von den leisen und stillen Allüren, die in einer solchen Zeit die erfolgreicheren sind. Er verlangt nach kräftigen Freuden und lauten Bestätigungen, nach vollen Erfolgen und dem Glanz der Tat, je mehr, desto schwächer in einem Lande die politische Bildung, die Einsicht in das komplizierte Getriebe der auswärtigen Politik ist. Namentlich die Nationalismen der neueren Weltmächte haben eine gewisse Sehnsucht nach einer robusteren Methode, während das ältere und gebildetere England sich an die Sache hält.

Aber nicht nur die wirtschaftliche und koloniale Expansionspolitik in überseeischen Ländern, auch die sogenannte hohe Politik der Großmächte wird durch die Langsamkeit der Bewegungen, durch das Streben nach einer stetigen, daher erst nach ihrem Eintritt wahrnehmbaren Verschiebung gekennzeichnet. Auf dem Gebiete der Rüstungen, die ja aus innerpolitischen Gründen öffentlich verhandelt werden müssen und einer etwas lärmenden Inszenierung bedürfen, ist diese Eigenart weniger deutlich als auf dem Gebiet der Bündnisse und Freundschaften, dieser eigentlichen Domäne der hohen Politik. Das bestehende Bündnissystem neigt dazu, den Charakter einer dauernden Institution anzunehmen. Es sind da sensationelle und plötzliche Änderungen nicht zu erwarten. Sie liegen nicht im Charakter der Zeit. Die Kündigungstermine

der einzelnen Bündnisse werden gemeinhin nur zu Erneuerungen, höchstens zu kleinen Änderungen, Erweiterungen oder Beschränkungen der Verpflichtung verwandt. Die Verschiebungen, die trotzdem vor sich gehen, erfolgen ganz langsam, kaum merklich. Jeder Staat bestrebt sich, die eigenen Bündnisse und Freundschaften ebenso langsam auszubauen und zu befestigen, als die der möglichen Gegner unmerklich so zu untergraben, daß sie zwar zum Scheine bestehen bleiben, aber bei der Probe auf das Exempel zusammenbrechen müssen. Wie hat die französische Politik sich bemüht, Italien langsam aus dem Dreibund zu lösen! Diese ganzen Bemühungen der Großmächte, ihre gegenseitigen Beziehungen zu verbessern, sich bald da, bald dort zu nähern, sind Versuche, die allgemeine Konstellation, die in den Bündnissen und Freundschaften nur in den groben Zügen zum Ausdruck kommt, langsam zu verschieben, wobei dann ein jeder die stillen Bemühungen des Gegners ebenso stille zu durchkreuzen versucht und ein allgemeines Hinundherlavieren das äußere Ergebnis zu sein scheint. So ist auch die hohe Politik ohne sensationelle Gebärde und gerade der Erfolg an die Stille geheftet. Wo die sensationelle Gebärde vorkommt und irgendeine Verschiebung laut verkündet wird, sind es mehr Gründe der inneren als solche der äußeren Politik und gerade dann ist eine solche Inszenierung ein Einwand gegen die Echtheit des Erfolges. Es ist nicht die Zeit der Prestigepolitik, zu der zwar um ihrer persönlichen Stellung willen immer diese oder jene Regierungen — aber nicht zum dauernden Vorteil ihrer Staaten — neigen werden.

Diese langsamen Verschiebungen, die den inneren Gehalt der politischen Geschichte der Gegenwart ausmachen, sind keine reinen Schöpfungen der Diplomaten. Sie werden in ihrem wesentlichsten Teil, den Verschiebungen der militärischen, wirtschaftlichen, moralischen Kräfteverhältnisse von den Diplomaten nur inszeniert und ausstaffiert, aber nicht erzeugt. Der Hauptteil des Kampfes wird von den Völkern selbst geführt. Während die einen, noch verborgene jugendliche Kräfte entwickelnd und entfaltend, langsam aufsteigen, wachsen an Reichtum, Bevölkerungszahl, Einheit des Lebenswillens und kultureller Kraft, gehen andere zurück, sei es,

daß ihr Lebenswille erschlafft, ihre Kultur zurückgeht, sei es, daß ihre Bevölkerung stagniert oder die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht fortschreitet. Wenn es sich auch nicht oft um einen Gegensatz zwischen Fortschritt und Rückgang handelt, so doch um Verschiedenheiten, teils im Tempo des Fortschritts, teils in seiner Nachhaltigkeit — und diese Verschiedenheiten sind es, die unter dem ganzen Gewebe der Diplomatie über die fernere Zukunft der Völker entscheiden. Die Quellen, aus denen aller Fortschritt fließt und die Völker sich jung und stark bewahren, rein zu halten, zusammenzufassen, nutzbar zu machen, das alles ist Aufgabe der inneren Politik; die äußere kann, wenn die allgemeine Volksentwicklung aufwärts geht, nichts tun, als sie vor Störungen zu bewahren und die äußeren Bedingungen ihrer Betätigung zu schaffen. Freilich macht es für die Aufgabe der Diplomatie einen wesentlichen Unterschied aus, ob sie die Interessen eines vorwärtsschreitenden oder eines stehenbleibenden Volkes vertritt. Im ersten Fall ist sie in der glücklichen Lage, die Zeit für sich arbeiten lassen zu können und nur dafür sorgen zu müssen, daß die Arbeit der Zeit nicht verlangsamt und gestört werde; sie kann in ruhiger Sicherheit Konflikte verschieben und sich sagen, daß die Position ihres Volkes sich mit einer elementaren Naturnotwendigkeit immer verbessern muß. Im zweiten Fall ist sie in schlechterer Lage. Sie kann den eigenen Fortschritt nicht erzwingen und nur trachten, den des Gegners aufzuhalten und zu stören, um so das schon vorhandene und sich stetig erweiternde oder noch drohende Übergewicht zu verringern, zu beseitigen oder wenigstens aufzuschieben. In einer solchen Situation wird die Diplomatie, wenn sie sich nicht vornherein bescheidet oder bescheiden muß, wesentlich unruhiger, nervöser, schwankender sein. Ihr müßte auch die Verführung, offene Konflikte herbeizuführen, naheliegen, wenn sie gewohnt wäre, mit größeren Zeiträumen zu rechnen. Es ist aber eine allgemeine Erfahrung und eine menschlich begreifliche Erscheinung, daß die Politik, wenngleich sie in der Theorie die Sorge um die Interessen der noch ungeborenen Menschen heißen könnte, in der Praxis nur mit verhältnismäßig kurzen Zeiträumen rechnet. Sie wird von Menschen gemacht, die dazu neigen, nur

dort zu säen, wo sie selbst ernten oder die Ernte hereinbringen sehen können. Zudem ist das politische Geschehen zu verwickelt, die Zukunft zu dunkel, als daß man sich gern den Kopf zerbräche über Dinge, die noch nicht eingetreten sind und nur vielleicht eintreten werden. Sind sie aber erst eingetreten, zeigen sich die ungünstigen Resultate der allmählichen Verschiebung, so ist das Risiko des Konfliktes zu groß geworden, der günstigste Zeitpunkt ist verpaßt. Dieses Zuspät ist die eigentliche Crux dieser Diplomatie. Es ist in der Zeit der langsamen, unmerklichen Verschiebungen ein häufiges Schicksal.

In die Zukunft dringt kein Auge: menschlicher Voraussicht nach gehört unter solchen Umständen der größeren Volkskraft der schließliche Sieg.

Zweites Kapitel

Die Methoden

1.

Nachdem wir versucht haben, die Grundzüge der in der gegenwärtigen Politik wirkenden Tendenzen auf der einen, der diesen Wirkungen zugrunde liegenden Gesamtkonstellation auf der anderen Seite zu umreißen, bleibt uns zur Gesamtcharakteristik der Weltpolitik unserer Zeit die Aufgabe, die Eigenart ihrer vielgestaltigen Methoden wenigstens in den Umrissen zu kennzeichnen.

Wir haben schon bei der Schilderung der Konstellation da und dort einige Grundzüge der Methode streifen müssen; manches, was über die Methode zu sagen wäre, ist oben schon implizite gesagt worden und kann hier übergangen werden. Wir können davon absehen, noch einmal von dem Faktor der Rüstungen, der Rolle der unbenutzten Bajonette bei den Verhandlungen, der Kalkulation der Kriege zu sprechen. Dagegen bedürfen einige andere Punkte, die oben nicht berührt oder nicht in einen Gesamtzusammenhang gerückt werden konnten, besonderer Behandlung.

Wir haben gesehen, wie durch die wirtschaftliche Entwicklung unseres Zeitalters den Nationen neue Wachstumsmöglichkeiten, neue Expansionsrichtungen erwuchsen, wie die Völker, nunmehr befähigt, sich mit ihren Waren und Interessen zu durchdringen und gleichsam ineinanderhinein zu wachsen, zu ganz neuen Arten der gegenseitigen Bekämpfung sich anschicken mußten. Wirtschaftsleben und Politik sind so enge miteinander verquickt, daß es kaum möglich ist, zu unterscheiden, ob die wirtschaftliche Expansion in unserem Zeitalter ein Instrument und vielfach das wichtigste einer verschleierten politischen Expansion geworden ist, oder ob

die politische Expansion selbst in unserer Zeit nur mehr als Vorläufer und Mittel einer wirtschaftlichen Expansion gelten kann. So gestellt ist die Frage nicht zu beantworten. Das Dilemma löst sich leicht, wenn man im Auge behält, daß weder die politische noch die wirtschaftliche Expansion letzte Zwecke, sondern beide nur verschiedene Wege, sich gegenseitig bedingende und unterstützende Entfaltungsweisen des nationalen Lebenswillens sind. Je nach der Lage vertauschen sie untereinander die Rollen von Mittel und Zweck. Im Vergleich zu früheren Zeiten wird ganz allgemein behauptet werden können, daß das Gewicht der wirtschaftlichen Zwecke ungeheuer gewachsen ist, daß diese wirtschaftlichen Zwecke sich vielfach neue Methoden geschaffen, auch die politische Methode umgestaltet und ebenso auf neue Weise der politischen Expansion zu dienen, als sich ihrer zu ihren Zwecken zu bedienen gelernt haben.

Aus dem vielgestaltigen und kaum übersehbaren Gebiete greifen wir als Beispiel nur zwei Erscheinungen heraus, die in der Weltpolitik der Gegenwart eine besondere Rolle spielen. Das sind die Anleihen und die Bestellungen. Alle neuerschlossenen Gebiete, alle jungen aufstrebenden Völker und Staaten und dazu einige der politisch alten, wirtschaftlich aber noch unentwickelten oder wieder zurückentwickelten Gebiete bedürfen fremden Kapitals. Dieses Kapitalbedürfnis wird von den kapitalkräftigen Staaten, die in der Lage sind, es zu befriedigen, politisch ausgebeutet. Das war wohl auch in früheren Zeiten da und dort gelegentlich der Fall, schon der attische Bund, Karthago, Rom haben sich gelegentlich zu Zwecken der politischen Macht ähnlicher Mittel bedient. Erst in unserer Zeit der Weltwirtschaft aber wurde aus einem gelegentlichen Mittel eine organisierte Methode. Da die Vereinigten Staaten aller flüssigen Gelder selbst bedürfen, ja noch dauernd große Summen von Europa benötigen, sind es im wesentlichen England, Frankreich und Deutschland, die in der Lage sind, der Übernahme fremder Anleihen in großem Stile als eines politischen Machtmittels sich zu bedienen. Auch Rußland tut es, wenngleich es selbst in größtem Maßstabe fremden Geldes bedarf, mit kleinen Beträgen seinen zentralasiatischen Vasallen-

staaten gegenüber, aber dies fällt für das Gesamtbild ebensowenig ins Gewicht als die gelegentliche Beteiligung Hollands und Belgiens an internationalen Emissionen. Österreich-Ungarn ist noch auf fremde Gelder angewiesen, Italien war es bis vor kurzem, es hat zwar eben zu aller Verwunderung den tripolitanischen Krieg ohne Appell an den Geldmarkt des Auslands zu finanzieren vermocht, wird aber als Geldgeber noch auf einige Zeit hinaus nicht in Betracht kommen.

Der größte Geldgeber ist immer noch London. Wenn man, abgesehen von südamerikanischen und chinesischen Anleihen, nur von wenigen Beteiligungen Englands an politisch bedeutsamen Anleihen vernimmt, so kommt das daher, daß die Londoner Börse zunächst die gesamten Anleihebedürfnisse der in raschem Aufschwung begriffenen ungeheuren britischen Kolonialgebiete zu befriedigen hat, und, wie wir gesehen haben, die Übernahme von Anleihen bereits innerhalb des britischen Weltreiches einen sehr wesentlichen Teil der Machtmittel ausmacht, durch die das Mutterland sich seiner Kolonien versichert hält. Vor allen anderen fremden Anleihen muß die Londoner Börse die Ansprüche der Kolonien befriedigen, und da diese Ansprüche stetig wachsen, sind die Gelder, welche England für außerbritische Anleihen zur Verfügung hat, beschränkt. Sein Gebaren ist indes politisch durchaus planmäßig sein großer Einfluß in Südamerika, insbesondere in Argentinien, ruht auf der Emissionstätigkeit der Londoner Börse; desgleichen ein Teil der Vasallenschaft Portugals und seines überwiegenden Einflusses in Spanien; und wenn auf der anderen Seite England im allgemeinen sich auf einigen gefährlichen Gebieten des Kontinents, insbesondere von dem Balkan und der Türkei, finanziell freizuhalten versucht, so gibt es auch dafür politische Gründe. Dazu kommt, daß England da und dort der Macht des Geldes entbehren kann, weil die Macht der meerbeherrschenden Flotte überallhin reicht.

Am reinsten ist die Methode des finanziellen Imperialismus durch das moderne Frankreich ausgeprägt worden. Frankreich ist nicht durch größeren Reichtum, aber durch größere Liquidität zum Bankier der Welt geworden. Deutschland, England, die Vereinigten Staaten sind heute bei weitem reicher; aber keines dieser

reicheren Länder hat so viel liquides, anlagesuchendes Kapital als Frankreich. Diese größere Liquidität hat im wesentlichen zwei Ursachen, die beispiellose Sparsamkeit des französischen Bürgers, man kann sagen, seine Sparwut, und den geringen Geldbedarf des französischen Wirtschaftslebens. Beide Ursachen zeugen eher von einer Schwäche als einer Stärke des französischen Lebens — aus der Wirkung aber hat Frankreich eine große Stärke zu machen gewußt. Es hat es verstanden, aus der Übernahme fremder Anleihen ein Hauptinstrument seines politischen Einflusses zu machen. Den Ländern, die auf das billigere französische Geld angewiesen sind (Spanien, die Balkanstaaten mit Ausnahme von Rumänien, die Türkei), wird die politische Freundschaft zu Frankreich, die in diesem Falle eine mehr oder minder sanfte Abhängigkeit bedeutet, auferlegt. Es ist für andere Großmächte ganz ausgeschlossen, diese Gebiete dem französischen Einfluß zu entziehen, ohne ihre Finanzierung zu übernehmen. Während der französisch-spanischen Differenzen über Marokko ist der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches da und dort in reichsdeutschen Zeitungen der Vorwurf gemacht worden, daß sie die Gelegenheit, Spanien in einer antifranzösischen Richtung festzuhalten, nicht wahrgenommen habe. Diese Gelegenheit hat nie existiert, da das Deutsche Reich nicht daran denken konnte, die finanziellen Bande, die Spanien an Frankreich knüpfen, zu lösen und die Finanzierung des geldbedürftigen Landes zu übernehmen. Österreich und Ungarn gegenüber hat Frankreich immer mehr oder minder offen zu verstehen gegeben, daß es die Schuld der Freundschaft zu dem Deutschen Reich und dem Dreibund sei, wenn die Pariser Börse dem Geldbedürfnis der beiden Staaten nicht ohne Schwierigkeiten offen stehe.

Auf der anderen Seite zeigt das Beispiel Rußlands, daß im politischen Leben der Macht des Gläubigers Grenzen gesteckt sind und diese Methode auch ihre Gefahren hat. Solange das Geldbedürfnis Rußlands anhält, wird Petersburg freilich für gutes Wetter in Paris zu sorgen haben; es läßt sich aber auch, namentlich wenn es sich um einen gegen äußere Gefahren so geschützten Staat wie Rußland handelt, ein Zustand denken, bei

dem die Sorge des Gläubigers um die vielen geliehenen Milliarden stärker auf dem Gläubiger lastet, als die Sorge, noch mehr zu leihen, auf dem Schuldner. Jedenfalls ist der ganzen europäischen Konstellation nach Rußland Frankreich gegenüber so stark, daß man eher von einer Abhängigkeit der französischen Politik von der russischen, als von einer Abhängigkeit der russischen Politik von der französischen wird sprechen können.

Frankreich gebraucht indes dies wirtschaftliche Mittel nicht nur zu politischen Zwecken. Die Bedingungen, an die offen oder versteckt die Übernahme einer Anleihe geknüpft wird, sind in den meisten Fällen wirtschaftlicher Art. Anleihen werden gegen Bestellungen eingetauscht. Man sorgt dafür, daß ein möglichst großer Teil des hergeliehenen Geldes dem eigenen Wirtschaftsleben zugute kommt, indem es in der Form von Bestellungen zurückfließt. Mit dem Angebot von Anleihen wird um die Staatsaufträge gekämpft. Es sind zumeist Aufträge für die Waffenindustrie, Eisenbahnen und so weiter. Auch gegen allerlei Konzessionen bewilligt man Anleihen, und eben erst in jüngster Zeit hat Frankreich von der Türkei die Gewährung großer Konzessionen gegen das Versprechen einer großen Anleihe eingetauscht. Den Grund dafür, daß Frankreich diese Methode am reinsten und großzügigsten ausgebildet hat, wird man darin zu suchen haben, daß die industrielle Produktion Frankreichs mehr als die der konkurrierenden Staaten der Unterstützung durch die politische Macht bedarf und ohne sie in dem freien Wettbewerb leicht hinter den Erfolgen der Konkurrenz zurückbleiben könnte.

Wenn das Deutsche Reich seinen weltpolitischen Einfluß noch wenig auf die Übernahme von Anleihen gestellt hat, so liegt das in erster Linie daran, daß es zwar reicher als Frankreich, aber noch nicht gleich liquide ist. Zudem vollzieht sich sein wirtschaftlicher Aufschwung in einem so schnellen Tempo, daß der Kapitalbedarf des eigenen Wirtschaftslebens schneller wächst als die Kapitalbildung, also die größte Masse der verdienten und freigewordenen Kapitalien immer wieder zu neuen eigenen Unternehmungen oder Erweiterungen der alten verwandt, also im eigenen Lande benötigt werden. Die Wirkung dieser Umstände

wird verstärkt durch eine im Verhältnis zu Frankreich geringe Neigung zur Sparsamkeit in der Bevölkerung. Daher sind die Beträge, die der deutsche Geldmarkt für auswärtige Staatsanleihen zur Verfügung zu stellen hat, geringer, die Ansprüche an die Verzinsung, die der Käufer fremder Renten in Deutschland stellt, im allgemeinen größer. Trotzdem ist natürlich auch der deutsche Markt imstande, erhebliche Beträge fremder Anleihen zu übernehmen, und hat dies in steigendem Maße getan. Die Türkei hat des öfteren an deutschen Banken eine Stütze gegen die von Frankreich gestellten politischen Nebenbedingungen der Anleihen gefunden; und bei Rumänien, Ungarn und in anderen Fällen war es ebenso. Im allgemeinen wird man sagen können, daß die Abwehr des von Frankreich betriebenen finanziellen Imperialismus die deutsche Politik ähnliche Wege zu beschreiten veranlassen muß.

2.

Die Umgestaltung der diplomatischen Methoden durch die moderne Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens erstreckt sich nicht auf die Anleihen. Sie ist eine so umfassende, daß eine auch nur einigermaßen erschöpfende Schilderung in diesem Rahmen nicht unternommen werden kann. Das ganze weite und vielgestaltige Gebiet der Weltwirtschaft ist Gegenstand der Politik geworden. Der moderne Diplomat hat sich nicht nur mit Anleihen, mit den verwickelten Zusammenhängen des internationalen Geldmarkts zu befassen; er hat nicht nur, gleich dem Vertreter einer Firma, seinem Heimatland Bestellungen zu ergattern, die großen verkehrspolitischen Fragen zu verfolgen und zu trachten, daß da und dort das Land, das er vertritt, einen kleinen Vorteil dieser Art an den anderen reiht; hat die sich immerzu komplizierenden handelspolitischen Verträge zu schließen, den Kaufleuten die Wege zu ebnen — kurz, auf diesem ganzen ungeheuer verwickelten Gebiet zu Hause zu sein. Nur wenige geben sich darüber Rechenschaft, was diese Umgestaltung des diplomatischen Geschäfts bedeutet. Es ist eine ganz allgemeine Erscheinung, daß heute eine Unmasse von

Fragen, die noch vor wenigen Jahrzehnten den Diplomaten nichts angingen, in sein Betätigungsgebiet fallen. Nicht nur, weil das Wirtschaftsleben sich so entwickelt hat, sondern weil die internationale Konkurrenz sich überall verschärft hat und die wirtschaftliche Expansion in steigendem Maße ein Teil der politischen geworden ist. Infolgedessen wird auch die politische Vertretung eines Landes viel mehr als früher von den wirtschaftlichen Interessenten in Anspruch genommen. Wie die Formen des politischen Kampfes sich geändert haben, so haben sich auch die Methoden geändert, und mit ihnen der Typus der Beamten, der diese Methoden anzuwenden hat. Trotzdem ist das alte rein politische Geschäft nicht etwa in dem wirtschaftlichen untergegangen, sondern besteht neben ihm fort; und von dem gleichen Vertreter, der dafür zu sorgen hat, daß sein Land durch die Art der Ausschreibung von Submissionen für öffentliche Arbeiten nicht benachteiligt wird, muß verlangt werden, daß er die komplexen Verhältnisse der politischen Konstellation überschaue und in dem rein politischen Schachspiel die Blößen des Gegners zu erspähen vermöge. Es ist klar, daß diese Umwandlung des diplomatischen Typus im allgemeinen langsam vor sich gehen wird, und da und dort die wirtschaftlichen Kreise, sei es über die veralteten Methoden der Diplomatie, sei es über die wirtschaftspolitisch unzulängliche Befähigung Klage führen. Ebenso klar aber ist, daß die Vielgestaltigkeit und Verschiedenheit der Obliegenheiten und der ihnen entsprechenden Befähigungen es den einzelnen Ländern nicht leicht macht, diese Ankläger zufriedenzustellen.

Was indes die diplomatische Methode wie den Typus der modernen Diplomaten ebenso stark beeinflußt hat, als die Umgestaltung des Wirtschaftslebens und seine Verquickung mit der Politik, das ist die Verschiebung der innerpolitischen Machtfaktoren. Das Ziel der äußeren Politik ist überall Einfluß und Macht. Die Methoden, Einfluß und Macht zu erlangen, hängen ab von der Eigenart der Machtträger und der Machtverteilung in den einzelnen Ländern, also von dem Charakter der inneren Politik. Die Umwälzung, die dieses Gebiet in dem letzten Jahrhundert erfahren hat, ist eine ungeheure. Früher war die Macht-

verteilung eine relativ einfache. Die Macht lag in den Händen der Monarchen und ihrer Umgebung, der Beichtväter, Mätressen von Fürsten und Ministern, und das Instrument, mit dem man Macht und Einfluß gewinnen konnte, war die Hofintrige. Wer dieses Instrument mit Meisterhand zu handhaben vermochte, galt als guter Diplomat und war es. Diese Verhältnisse haben den traditionellen Typus des Diplomaten erzeugt. Die Vorstellung dieses Typus hat sich fortgepflanzt und eine gewisse Macht bewahrt, um so mehr, als die Eigenschaften, die diesen Typus zieren, auch heute noch da und dort manches zuwege bringen mögen.

Gegenüber dieser einfachen Struktur der Machtverteilung in früheren Zeiten liegen die Verhältnisse unseres Zeitalters ungeheuer verwickelt. Auch da, wo der Schein der Macht nur an wenigen Persönlichkeiten und Körperschaften haftet, ist die Verteilung der realen Macht eine breitere, infolgedessen unfaßbarere geworden. Wo man es früher nur mit den Interessen, Vorlieben, Eigenarten, Eitelkeiten eines Fürsten, weniger Minister, vielleicht einiger Frauen zu tun hatte, handelt es sich heute um die Interessen, Eigenarten, Eitelkeiten einer Reihe von parlamentarischen Führern, von Ministern und von solchen, die es werden wollen, von Zeitungsbesitzern, Redakteuren, Finanziers und der Vertreter jenes modernen Typus des stillen Machthabers, der auf den Schein der Macht verzichtet hat und sich begnügt, von seinem telephongezierten Schreibtisch aus die Drähte zu ziehen und als Regisseur die anderen im hellen Licht der Rampe und des Tagesruhmes sich bewegen zu lassen. Die Macht also ist ungreifbarer geworden, die Methoden, sie zu erlangen, haben sich verwickelt, sie erfordern einen anderen Typus.

Da die Macht sich auf eine viel größere Anzahl von Persönlichkeiten verteilt, ist sie überhaupt von den Persönlichkeiten mehr und mehr auf die Verhältnisse übergegangen. Eine einzelne Persönlichkeit konnte früher durch einen Entschluß weit mehr in Bewegung setzen als heute, wo auch der Mächtigste in den sich durchkreuzenden Machtanteilen und Strebungen der anderen, kurz, in den Verhältnissen, allerorten auf eine Mauer stößt, die seiner Bewegungsfreiheit enge Grenzen zieht.

Diese Zerbröckelung der Macht und ihr Übergang von den Persönlichkeiten auf die Verhältnisse gehört mit zur Charakteristik der modernen Politik. Es ist nicht die Zeit, in der ein Mann weit ausschauende Pläne konzipiert und an ihre Verwirklichung geht; die wenigsten Regierungen handeln frei in ihren Entschlüssen, vermögen zu wählen, ob sie aus dem Interesse der auswärtigen Politik heraus etwa eine Annäherung an ein Land betreiben wollen, dem ihre Heimat bisher in Feindschaft gegenüberstand. Die Verhältnisse, das ist die Machtverteilung der inneren Politik, erlauben es nicht. Viele Regierungen unserer Zeit haben nur wenig Freiheit, Kriege zu planen oder zu vermeiden. Die italienische Regierung hätte, auch wenn sie gewollt hätte, das tripolitanische Unternehmen nicht ablehnen können; in der inneren Politik Frankreichs spielt die Gegnerschaft gegen Deutschland und die Macht der Empfindungen, von der sie getragen ist, eine so große Rolle, daß jedes Ministerium, das nicht diese Macht der Empfindungen von den Gegnern gegen sich ausnutzen lassen will, darauf bedacht zu sein pflegt, sich gegen den Verdacht besonderer Hinneigung zu Deutschland zu schützen.

Dieser Übergang der Macht von den Persönlichkeiten auf die Verhältnisse, die Einschränkung der Bewegungsfreiheit der formellen Machtträger ist nun freilich in den einzelnen Ländern eine ganz verschiedene. In manchen ist sie größer und deutlicher, in anderen geringer und undeutlicher; vergleicht man indes unsere Zeit mit früheren Zeitaltern, in denen andere Staatsformen bestanden, so wird man zugeben, daß diese Erscheinung trotz aller graduellen Verschiedenheiten in den einzelnen Ländern heute eine allgemeine ist. Darin aber liegt begründet, daß jener Einfluß auf ein fremdes Land und den Gang seiner Politik, wie ihn in früheren Zeitaltern ein geschickter Diplomat auf Hintertreppen über Frauen und Beichtväter wohl gelegentlich hat erringen können, heute weder auf diese noch eine andere Weise, sondern überhaupt nicht mehr errungen werden kann. Er ist keine mögliche Aufgabe mehr. Die möglichen Aufgaben des bei modernen Staaten beglaubigten Diplomaten unserer Zeit sind neben der Führung der diplomatischen Verhandlungen und der Regelung

der laufenden Fragen die Beurteilung und Beobachtung des Landes, seiner Möglichkeiten, seiner wahrscheinlichen Entwicklung, seiner zu erwartenden Aktionen und Reaktionen, die Erringung kleiner Vorteile politischer und wirtschaftlicher Art, aus deren Häufung große Erfolge entstehen können. Mit dem Übergang der Macht von den Persönlichkeiten auf die Verhältnisse ist die Diplomatie aus einer Frage des Geschicks und der Schlauheit auch eine solche der Bildung und der Urteilskraft geworden.

In allen modernen Staaten ist neben die Macht der Regierung und des Staatsoberhauptes die Macht der gesetzgebenden Körperschaften und die öffentliche Meinung getreten. Die Macht der Regierung bewegt sich im allgemeinen in den weiteren oder engeren Grenzen, die die Macht der Parlamente und die öffentliche Meinung ihr lassen. Frägt man nach der realen Macht, so läßt sich die Macht der Parlamente nicht von den Interessen der Parteien, den Einflüssen und Gruppen, die hinter den Parlamentariern stehen, isolieren. Auch das Parlament ist wieder von der Macht der öffentlichen Meinung abhängig. In einzelnen Detailfragen mag diplomatische Geschicklichkeit auf den Machtfaktor des Parlaments da und dort einmal Einfluß gewinnen können; derjenige Machtfaktor in einem Lande aber, um den die Diplomatie des Auslandes planmäßig sich bemühen kann und zu bemühen pflegt, ist die öffentliche Meinung, das heißt diejenige Institution, von der die öffentliche Meinung, die ja auch keine letzte gegebene und faßbare Größe ist, ihrerseits wieder abhängt oder abzuhängen scheint: die Presse.

Es ist jedem, der die Zeitungen verfolgt, bekannt, daß jede diplomatische Kontroverse, jeder politische Gegensatz, ja jede wirtschaftliche Rivalität in unserer Zeit in der Presse ihren Widerhall findet. Die Rolle der Presse aber ist nicht die der Felswand, die nur immer das Echo des Streitlärmes widergibt, sie steht selber mitten im Streit, der mit ihr und durch sie gekämpft wird, ist eine der wichtigsten Waffen oder Waffengattungen. Der ganze vielfältige Kampf, den die nach Weltgeltung ringenden Nationen heute um ihre Position miteinander kämpfen, wird, mag es sich nun um die wirtschaftliche, politische und kulturelle Stellung

der Konkurrenten handeln, zu einem großen Teil mit der Feder des Journalisten geführt. Kein Staat und kein Staatsmann, er mag die Existenz dieses grotesken, unheimlichen, unfaßbaren Ungeheuers Presse noch so verwünschen, ist heute imstande, diesen Kampf nicht zu kämpfen, auf diese Waffengattung zu verzichten. In unserer Zeit ist nun einmal die Macht oder ein großer Teil der Macht, auf dies Ungetüm, das öffentliche Meinung heißt, oder vielmehr auf die Menschen übergegangen, die mit diesem Ungetüm am besten umzugehen vermögen. Den Verschiebungen der Macht folgt die Methode der Politik. Dies neue Instrument der Presse, das unser Zeitalter der Politik in die Hand gegeben hat, wird zu allen möglichen Zwecken und auf die verschiedenste Weise benutzt. Jeder Staat hat da seine verschiedenen Methoden und auch seine verschiedenen Fähigkeiten. Es ist nicht unsere Aufgabe, uns hier in den mannigfaltigen Einzelheiten zu verlieren. Im Umriß ist zu sagen, daß auf der einen Seite das Instrument der Presse von den Staaten, ebenso wie von den privaten Interessenten allerorten verwandt wird, um irgendeine bestimmte politische Aktion, irgendein wirtschaftliches Interesse in irgendeiner Einzelheit zu unterstützen, zu schmeicheln oder zu drohen, das Interesse der öffentlichen Meinung auf eine falsche Fährte zu lenken oder sachte vorzubereiten. Auf der anderen Seite aber wird von allen Staaten heute eine umfangreiche Propaganda allgemeiner Art im Auslande betrieben, eine Art Expansion der Idee oder der Stimmungen, nicht zu bestimmten umgrenzten Zwecken einer einzelnen Aktion, sondern zu dem Behufe, für alle Aktionen, gegenwärtige wie zukünftige, politische, wirtschaftliche, kulturelle, einen günstigen Boden zu bereiten, sich mit einer Atmosphäre der Macht, der wirtschaftlichen, finanziellen Leistungsfähigkeit, des kulturellen Ansehens, kurz, mit Prestige zu umgeben. Nachdem einmal der politische Kampf nicht mehr zwischen den Regierungen gekämpft wird, sondern zwischen den Völkern und auch der Kampf der konkurrierenden Firmen zum Teil ein Kampf der Nationen geworden ist, bedarf eine um Weltgeltung ringende Nation zu politischen wie zu wirtschaftlichen Zwecken den Glauben der Masse an ihre Vorzüge. Nun genügt es nicht mehr, mächtig zu sein:

man muß mächtig scheinen. Es ist nicht mehr ausreichend, gute Waren zu fabrizieren; man hat dafür zu sorgen, daß überall die Menschen an die Güte der Waren glauben. Natürlich hatte auch in früheren Zeiten der Schein seine Bedeutung. Es genügte aber, vor wenigen zu scheinen, und die Inszenierung des Scheines war einfacher. Heute ist sie unendlich kompliziert geworden, daher denn die politische Kunst in unserer Zeit zu einem guten Teil eine Kunst der Inszenierung ist. Viel mehr als früher kommt es auf die Fassade an. Manche Staaten haben aus der Behandlung ihrer eigenen Fassade eine ganz besondere Kunst gemacht, in der sie allen anderen voran sind. Da scheint die Fassade mehr zu versprechen, als das Haus hält; und da es in unserem Zeitalter aus den bei Erörterung der Konstellation erwähnten Gründen nicht leicht dazu kommt, daß das Haus selbst auf die Festigkeit seiner Konstruktion geprüft wird, so mag sich mit einer solchen glänzenden und mächtigen Fassade, wenn sie auch nur aus elendem Stuck besteht, eine Zeitlang eine ganz leidliche Politik machen lassen. Wieder andere Staaten gibt es, die es nicht verstehen, einem soliden Gebäude eine solche Fassade zu geben und daher in den Meinungen der Menschen allerorten auf Hemmnisse stoßen. Mit der Macht der öffentlichen Meinung ist in die Politik eine ungeheure Macht des Scheins eingeführt worden. Da die öffentliche Meinung aber nichts Festes, sondern etwas ist, das sich schaffen und erzeugen läßt — denn eigentlich hat die Öffentlichkeit gar keine eigene Meinung, sondern im besten Falle eine Art Stimmung, das ist eine Disposition zu Meinungen —, so ist aus der Handhabung all der vielfältigen Künste, mit denen sich öffentliche Meinung machen oder beeinflussen läßt, eine regelrechte Kunst geworden, deren Notwendigkeit den allgemeinen Aspekt der diplomatischen Methode verändert hat.

Jener allgemeine Weltkrieg, der trotz aller Rüstungen mit den Waffen nicht ausgetragen wird, wird in den Zeitungen auf eine zwar heftige, aber für die Sache der Menschheit nicht allzu schädliche Weise ohne Unterlaß gekämpft. Diese Art Krieg hört nie auf. Es lassen sich kleine und vorübergehende Vorteile über den Gegner erringen und aufeinanderhäufen, aber der Gegner

kann nicht vernichtet werden. Überblickt man die Gesamtheit dieser Preßfehden, so ist sie ein Bellum omnium contra omnes, mit Gruppierungen, die mit den Gelegenheiten wechseln. Er ist der uralte Kampf, mit dem die Menschheitsgeschichte begonnen hat, nur in neuer, sublimerer Form und mit neuen, durch die veränderten Verhältnisse veränderten Mitteln. Dieser Kampf ist unschädlicher, aber nicht ohne weiteres moralischer, wie überhaupt die Verfeinerung der Kampfmittel nicht ohne weiteres ihre Moralisierung bedeutet.[20])

Soweit dieser Kampf nicht zu den speziellen Zwecken irgendeiner einzelnen Aktion durch gelegentliche Artikel oder Notizen, sondern um die allgemeine Atmosphäre von Meinungen gekämpft wird, in der alle Politik sich zu bewegen hat, haben die beiden ältesten weltpolitisch orientierten Großmächte der Gegenwart, England und Frankreich, einen natürlichen Vorsprung. Nicht nur, weil ihre Sprachen schon Weltsprachen waren, lange, ehe unser Zeitalter begonnen hat, weil ihre Kultur sich schon seit lange Weltgeltung erkämpft hat, sondern auch aus einer Reihe von speziellen Gründen, deren Erörterung hier zu weit führen würde. Die wichtigsten dieser Gründe sind die ererbte Beherrschung des Nachrichtenhandels in dem größten Teil der Welt und eine gleichfalls ererbte Befähigung in der Behandlung fremder Mentalitäten.

Dieser Kampf um die Meinungen wird nicht nur mit den Mitteln der Presse, sondern auf alle mögliche Weise ausgefochten: durch Bücher, Professorenaustausch, Vorträge, Ausstellungen und vornehmlich durch die Schulen. Alle modernen Großstaaten unterhalten Schulen im Auslande und suchen so, um die Meinungen der Männer für sich zu haben, schon die Meinungen der Kinder zu bilden.

Es ist klar, daß der Kampf mit diesen Waffen desto mehr an Bedeutung gewinnt, je weniger von den Waffen des Kriegs Gebrauch gemacht wird und gemacht werden kann. Je mehr die Welt davon abkommt, die Probe aufs Exempel zu machen, die Häuser selbst auf ihre Solidität zu prüfen, desto mehr gewinnt die Kunst zu scheinen, die schöne Fassade an Bedeutung.

Es läßt sich also sagen, daß die politische Methode unserer Zeit sich von der Methode früherer Zeiten durch zweierlei unterscheidet. Das erste ist die politische Ausnutzung der vielgestaltigen, durch die moderne Entwicklung des Wirtschaftslebens geschaffenen Abhängigkeiten und Einflußmöglichkeiten, das andere das Ringen um die Meinungen der Menschen.

Beide Momente aber schließen ein gemeinsames Charakteristikum ein, das den politischen Kampf unserer Zeiten von dem früherer Zeiten unterscheidet. Der Kampf wird heute nicht mehr diplomatisch zwischen den Regierungen oder militärisch zwischen den Soldaten, sondern zwischen den Völkern selbst unter ständiger Beteiligung aller Volksgenossen ausgefochten. Er beherrscht nicht nur das Leben der regierenden Kreise, der politischen Beamten und der Soldaten, sondern das Leben aller, die alle mehr oder weniger, aber immer irgendwie, an ihm beteiligt sind. Kein Winkel bleibt von ihm verschont. Er dringt bis in die Kleinigkeiten unseres Lebens. Seine Methoden sind derart, daß sie nur dann siegreich sein werden, wenn ein jeder an seinem Platze ständig das seine tut, ganz gleich, ob er Produzent oder Konsument, Gelehrter, Kaufmann, Matrose oder Journalist ist. In diesem Kampf ist jeder, der ins Ausland geht, Soldat, je nachdem ein guter oder ein schlechter, ob er will oder nicht will, seine Sünden und Vergehen werden seinem Lande ebenso angekreidet wie seine Tugenden und Vorzüge; wie er sich benimmt, ob er, wenn es heiß wird, zu früh die Hemdsärmel sehen läßt, wie der Deutsche, oder auch dann die kühle Würde zu wahren weiß, wie der Engländer, ob er gut zu reden weiß, höflich zu Frauen ist, die Würde seines Landes mit sich herumträgt oder die Heimat verleugnet. Nichts ist gleichgültig; fällt auch der einzelne Fall nicht ins Gewicht, so ist doch die Gesamtwirkung die Summe aller einzelnen Fälle. Ergibt diese Summe das Vorzeichen Minus, so kann der größte Staatsmann mit dem stärksten Heere keine Weltpolitik treiben. Nicht nur, wer ins Ausland geht, ist Soldat in diesem Kampfe; auch jeder, der im Inlande bleibt, in allem, was er tut.

Daher gehört auch in unserer Zeit der dauernde Erfolg nicht mehr der einzelnen kühnen Tat, auch nicht mehr dem Genius des

einzelnen Staatsmannes, sondern der stillen, Kleines auf Kleines häufenden Arbeit der Millionen. Politik ist, nicht an dem einzelnen Erfolg, sondern an dem schließlich bleibenden Resultat gemessen, eine Arbeit der Gesamtheit; und letzten Endes entscheidet der bessere Durchschnitt. Die Tat des Einzelnen verschwindet hinter der großen Zahl. Diese Entwicklung ist das Pendant zur Entwicklung des Staates. Sie entspricht dem Werden und Wachsen des Nationalstaats.

So werden schließlich in diesem vielgestaltigen Kampf, der Weltpolitik heißt und dessen Umrisse wir hier zu zeichnen unternommen haben, diejenigen Nationen am besten vorwärts kommen, welche mit der größten sachlichen Leistung, dem Fleiß, der Tüchtigkeit und Begabung jedes Einzelnen die größte Vaterlandsliebe und die höchste Idee von der Würde und dem Berufe ihrer Nation verbinden, diejenigen also, die der Idee der Nation und des Nationalstaats, als eines in sich geschlossenen, aber im höchsten Grade lebendigen, allseitig belebten und sich entfaltenden Organismus am nächsten kommen.

Anmerkungen

[1]) Für die theoretische Seite dieser Frage sei hier auf ein jüngst erschienenes Buch verwiesen: Kurt Riezler, Die Erforderlichkeit des Unmöglichen, Prolegomena zu einer Theorie der Politik. Georg Müller, München 1913.

[2]) Kurt Riezler, a. a. O. S. 202 f.

[3]) Ratzenhofen, Wesen und Zweck der Politik. Leipzig 1893, S. 13

[4]) Schultze-Gaevernitz, Der britische Imperialismus, S. 29. Vgl. auch Max Weber, Archiv für soziale Gesetzgebung 1905.

[5]) Vgl. weiter unten S. 147.

[6]) Vgl. Kurt Riezler, a. a. O. S. 82, 165, 204 und Anmerkung dazu.

[7]) Vgl. weiter unten S. 191.

[8]) Vgl. dazu: Kurt Riezler, a. a. O. S. 162 ff., 175 ff.

[9]) Vgl. oben S. 9.

[10]) Das Manifest vom 18. Oktober 1912 hatte folgenden Wortlaut: Bulgaren! Im Laufe meiner 25jährigen Regierung habe ich stets in friedlicher Kulturarbeit den Fortschritt, das Glück und den Ruhm Bulgariens erstrebt, und nur in dieser Richtung habe ich die bulgarische Nation sich beständig entwickeln sehen wollen. Aber die Vorsehung hat anders entschieden. Für die bulgarische Rasse ist der Augenblick gekommen, der es erheischt, auf die Wohltaten des Friedens zu verzichten und die Hilfe der Waffen anzurufen für die Verwirklichung eines großen Problems. Jenseits des Rilo- und Rhodopegebirges waren unsere Blutsbrüder und Religionsgenossen bis heute, dreißig Jahre nach unserer Befreiung, nicht so glücklich, ein erträgliches menschliches Dasein zu erlangen. Alle Anstrengungen, die sowohl von den Großmächten, wie seitens der bulgarischen Regierungen gemacht worden sind, dieses Ziel zu erreichen, haben nicht die Bedingungen geschaffen, welche diesen Christen den Genuß der Menschenrechte und der Freiheit gestatten. Der Seufzer von Millionen von Christen hat unsere Herzen erschüttern müssen, die Herzen ihrer Stammes- und Religionsgenossen, die wir unsere Freiheit und unser friedliches Leben einer großen christlichen Befreierin verdanken. Und die bulgarische Nation erinnerte sich der prophetischen Worte des Zar-Befreiers: Das heilige Werk muß zu Ende geführt werden. Unsere Friedensliebe ist erschöpft. Um der christlichen Bevölkerung in der Türkei zu helfen, bleibt uns kein anderes Mittel übrig, als uns zu den Waffen zu wenden. Wir sehen, daß

dies das einzige Mittel ist, mit dem wir ihnen den Schutz des Lebens und des Eigentums sichern können. Die Anarchie in den türkischen Provinzen bedrohte selbst unser nationales Leben. Nach den Massakers in Istip und Kotschana hat die türkische Regierung, statt den Geprüften Gerechtigkeit und Genugtuung zu gewähren, wie wir es gefordert haben, die Mobilisierung ihrer militärischen Streitkräfte angeordnet. Unsere Langmut ist so auf eine harte Probe gestellt worden. Die menschlichen und christlichen Gefühle, die heilige Pflicht, den Brüdern zu helfen, wenn sie mit der Vernichtung bedroht sind, die Ehre und Würde Bulgariens legten mir die gebieterische Pflicht auf, die für die Verteidigung des Vaterlandes bereiten Söhne unter die Fahnen zu rufen. Unsere Aufgabe ist gerecht, groß und heilig. In dem Glauben an den Schutz und den Beistand des Allmächtigen bringe ich es zur Kenntnis der bulgarischen Nation, daß der Türkei zur Verteidigung der menschlichen und christlichen Rechte der Krieg erklärt worden ist. Ich befehle der tapferen bulgarischen Armee, in das türkische Gebiet zu marschieren. An unserer Seite und mit uns kämpfen mit dem gleichen Ziel gegen den gemeinsamen Feind die Armeen der mit Bulgarien verbündeten Balkanstaaten Serbien, Griechenland und Montenegro. Und in diesem Kampfe des Kreuzes gegen den Halbmond, der Freiheit gegen die Tyrannei werden wir die Sympathien aller derer haben, welche die Gerechtigkeit und den Fortschritt lieben. Möge, gestützt auf diese Sympathien, der tapfere bulgarische Soldat der Heldentaten seiner Väter und Ahnen eingedenk sein und der Tapferkeit seiner russischen Lehrer und Befreier. Möge er von Sieg zu Sieg eilen. Nun vorwärts, und Gott mit uns!

[11]) Vgl. Schultze-Gaevernitz, Der britische Imperialismus, S. 306 ff.

[12]) Dieses Abkommen lautete:

Die kaiserlich deutsche Regierung und die Regierung der Französischen Republik sind, geleitet von dem gleichen Wunsche, die Ausführung des Vertrags von Algeciras zu erleichtern, übereingekommen, die Bedeutung, die sie dessen Bestimmungen beilegen, genau festzustellen, um künftig jeden Anlaß zu Mißverständnissen zwischen ihnen zu vermeiden.

Demgemäß ist einerseits die Regierung der Französischen Republik, die an der Wahrung der Integrität und der Unabhängigkeit des Scherifischen Reiches unbedingt festhält, entschlossen, die wirtschaftliche Gleichberechtigung aufrechtzuerhalten und demzufolge den deutschen Handels- und gewerblichen Interessen daselbst nicht entgegenzuwirken. Anderseits ist die Kaiserlich deutsche Regierung, welche in Marokko ausschließlich wirtschaftliche Interessen verfolgt, und die anerkennt, daß die besonderen politischen Interessen Frankreichs mit der Sicherung von Ordnung und Frieden daselbst eng verknüpft sind, bestimmt gewillt, diesen Interessen nicht entgegenzuwirken.

Beide Regierungen erklären, daß sie keine Maßregel ergreifen noch ermutigen werden, die geeignet wäre, zu ihren eigenen Gunsten oder zugunsten irgendeiner Macht wirtschaftliche Vorrechte zu schaffen, und daß sie trachten werden, ihre Staatsangehörigen an denjenigen Geschäften gemeinsam zu beteiligen, deren Ausführung diesen übertragen werden sollte.

[13]) Vgl. dazu: M. Patric Watson, The future of Japan. London 1907, S. 366 f.

[14]) Vgl. dazu: Ce qu'on a fait de l'Eglise. Paris, Felix Alean, éditeur. 7. Auflage (anonym).

[15]) Vgl. unten S. 162.

[16]) Vgl. oben S. 154.

[17]) Vgl. die amerikanischen Schiedsgerichtsvorschläge des Präsidenten Taft, nach denen der Senat der Vereinigten Staaten trotz des obligatorischen Charakters der Schiedsgerichte die Entscheidung über die Anrufung eines Schiedsgerichts in der Hand behalten sollte.

[18]) Vgl. Zeitschrift für Politik, Jahrgang 1913, Bd. 6, S. 115 ff.

[19]) Vgl. oben S. 100.

[20]) Vgl. dazu den Brief des deutschen Reichskanzlers an Karl Lamprecht vom 21. Juni 1913, publiziert in einem Artikel Lamprechts in der „Vossischen Zeitung" vom 12. Dezember 1913. In diesem Briefe heißt es:

„Ich bin mit Ihnen von der Wichtigkeit, ja der Notwendigkeit einer auswärtigen Kulturpolitik überzeugt. Ich verkenne nicht den Nutzen, den Frankreichs Politik und Wirtschaft aus dieser Kulturpropaganda zieht, noch die Rolle, die die britische Kulturpolitik für den Zusammenhalt des britischen Weltreichs spielt. Auch Deutschland muß, wenn es Weltpolitik treiben will, diesen Weg gehen. Wenn auch die Regierung durch Unterstützung und Anregung manches helfen kann, so muß doch — das liegt in der Natur der Sache — das meiste und die ganze Kleinarbeit von der Nation selbst geleistet werden. Was Frankreich und England auf diesen Gebieten leisten, ist nicht eine Leistung ihrer Regierungen, sondern eine solche der nationalen Gesamtheit, der Einheit und Geschlossenheit ihrer Kulturen, des zielsicheren Geltungswillens der Nation selbst. Wir sind noch nicht so weit. Wir sind unserer Kultur, unseres inneren Wesens, unseres nationalen Ideals nicht sicher und bewußt genug. Es liegt wohl in der Eigenart unserer doch wohl individualistischen und noch nicht ausgeglichenen Kultur, daß sie nicht die gleiche suggestive Kraft hat wie die britische und französische, daß nicht jeder Deutsche im Auslande seine Heimat in sich abbildet, wie der Franzose Paris und der Engländer die britische Insel.

Ich glaube auch, daß die Wichtigkeit der in dieser Richtung zu leistenden Aufgabe bei uns noch von zu wenigen erkannt ist. Wir sind ein junges Volk, haben vielleicht allzuviel noch den naiven Glauben an die Gewalt, unterschätzen die feineren Mittel und wissen noch nicht, daß, was die Gewalt erwirbt, die Gewalt allein niemals erhalten kann. Erst vor einigen Tagen hat Edmond Rostand bei der Gründung einer französischen Gesellschaft für Kulturpropaganda von dem Imperialismus der Idee gesprochen und dabei gesagt: C'est au moment qu'on veut redoubler de force, qu'il faut redoubler de grâce. Für diese Seite des Imperialismus scheinen mir noch nicht alle Deutschen reif zu sein. Es haftet uns eben doch noch einiges an aus der Zeit, da Hölderlin sang, daß die Fremden ihr Bestes von Deutschland nehmen und es verhöhnen, weil die ungestalte Rebe den Boden schwankend umirre.

Damit wir, wie unsere westlichen Nachbarn, in Zukunft eine Kulturpolitik großen Stils treiben können, scheint mir neben der inneren Vertiefung und Stärkung unserer Kultur und unseres Kulturbewußtseins not zu tun, daß unser Volk zu der neuen Aufgabe geweckt werde. Hierzu aber kann die Regierung nichts tun ohne die stete Unterstützung und Mitarbeit der gebildeten Schichten. Die gebildeten Schichten auf diese Aufgabe hinzuweisen, dazu können die geistigen Führer des modernen Deutschland das meiste beitragen; und alles, was Sie in dieser Richtung anregend und begeisternd wirken, wird Ihnen die weltpolitische Zukunft unseres Volkes danken."

Nachwort

Eine Untersuchung über den gegenwärtigen politischen Weltzustand

Sommer 1920

Ohne Verständnis steht der Zeitgenosse vor dem Weltgeschehen. Was geht vor, aus welchen Ursachen und zu welchem Ende? War diese beste aller Welten doch bisher vernünftig und ist nun dem Irrsinn verfallen; Revolutionen folgen einander und Völker wüten gegen sich selbst. Aber die Welt war weder bis vor kurzem vernünftig noch ist sie jetzt unvermittelt dem Wahnsinn verfallen. Ein Riß klafft seit Anbeginn. Es gibt Zeiten, die ihn mit allerlei Sträucherwerk verdecken, Menschengeschlechter, die ihn sorglos entlang gehen oder wegsehend leugnen wollen, und andere, die hineinzusehen gezwungen zurückschaudernd sich abwenden wollen und doch nicht können. Wir sind aus einem Zeitalter der ersten in ein Zeitalter der zweiten Art getreten.

Was uns bleibt, ist der Versuch zu verstehen, was wir zu leugnen nicht vermögen. In dem Wirrwarr des Geschehens nach dem Gesamtzusammenhang suchen, die Verkettung der ewigen Triebkräfte des Menschengeschlechts und seiner ewigen Schicksalsmächte in dem Weltgeschehen auseinanderflechten, nicht Trost aus einem billigen Glauben an irgendeinen Sinn und Zweck schöpfen, der Härte der Dinge in das Angesicht sehen, nicht darum flehen, daß dieses grausame Angesicht uns durch erheuchelte Milde über sich selbst betöre — wenn irgendwann so ist das heute, inmitten unsäglicher Verwirrung der Dinge, Menschen und Geister, der einzige Boden, aus dem ein Handeln hervorgehen kann, das nicht als unwissendes Geschobenwerden von den blinden Dingen gemeistert werden, sondern sie meistern will.

Drei Krisen scheinen mir, vielfach ineinander geschlungen, das Zeitalter zu erschüttern. Eine außerpolitische Krise der internationalen Organisation der Welt, insonderheit Europas, eine innerpolitische der Staaten und Staatsformen und eine Krise der Gesellschaft. Jede dieser drei Krisen hat ihre wirtschaftliche Seite. Deren Ausweichungen reichen allerorts bis in die kleinste

Hütte. Aber während die wirtschaftlichen Wirkungen vielfach erörtert werden und schließlich jedem offenkundig sind, bleiben die politischen Ursachen vom Streit der Nationen und Parteien verzerrt und verdunkelt. Ihren tieferen Zusammenhang nicht zu erschöpfen, aber wenigstens zu umreißen, nicht aus ihrem Ineinander den Sinn oder Unsinn dessen was kommt zu erspähen, aber doch vielleicht in einigem das Nachdenken zu befördern ist der Zweck dieser Untersuchung.

I.

1.

Die einen aus Unkenntnis und Unbildung, die anderen aus politischer Feindschaft und zu inner- oder außerpolitischen Zwecken glauben oder geben vor zu glauben, daß dieser zur Weltkatastrophe gewordene Weltkrieg nur aus geschichtlich zufälligen Fehlern einzelner Staaten oder Staatsmänner entstanden oder den Völkern und deren Beziehungen zueinander durch diplomatische Kunst wäre auferlegt worden. Dieser Wahn wird befördert durch eine dem Menschengeschlecht eingepflanzte Neigung, das Böse dieser Welt und all ihr Elend nicht in der Welt selbst, sondern in den Sünden der von den Wegen des Guten und Vernünftigen abgeirrten Einzelmenschen zu sehen. Dieser Neigung muß zuvörderst entsagen, wer geschichtliche Erkenntnis sucht. Die Wahrheit ist härter. Die politische Lage der Welt vor Ausbruch des Krieges war unhaltbar. Sie war langsam und mit innerer Notwendigkeit unhaltbar geworden. Das heißt nicht, daß der Krieg gerade im Jahre 1914 und in dieser Konstellation hätte ausbrechen und so zu Ende gehen müssen. Das einzelne ist Menschenwerk und in seiner Verflechtung: Glück, Geschick, Ungeschick und Mißgeschick. Die Welt vor dem Kriege und insonderheit Europa war in Nationalstaaten organisiert, die einander in sich immerfort steigernden und technisch vervollkommnenden Rüstungen gegenüberstanden. Wer nicht überflügelt werden wollte, glaubte überflügeln zu müssen; wer allein überflügelt wurde, mußte den Verbündeten gleicher Gegnerschaft suchen: aus der Rivalität der Nationalstaaten wurde die Rivalität der Bündnissysteme. Das europäische Gleichgewicht war wieder, nach einem Worte Kants, das Gleichgewicht eines Hauses geworden, das einstürzt, wenn sich ein Spatz auf einer Seite des Daches niederläßt. Es brach, nachdem alle Möglichkeiten des

Ausbaus erschöpft waren, zusammen. Je mehr die weitere und engere Vorgeschichte des Krieges erforscht wurde, desto klarer sieht, wer nicht Tendenz, Schuld und Propaganda, sondern Erkenntnis sucht, daß schon die letzten Jahrzehnte vor dem Kriege nichts anderes als ein ununterbrochenes heißes Ringen um die letzten Möglichkeiten der politischen und militärischen Überlegenheit und im besten Falle um die letzten Fristen eines vorübergehenden Aufschubs waren. Europa trat nicht im Juli 1914 unvermutet vor den Abgrund des Krieges, geführt von serbischen Karbonari und ihren Hintermännern oder von einer leichtfertigen Diplomatie Wiens oder Berlins. So einfach und bürgerlich liegen die Dinge nicht. Es ging diesem Abgrund von dem Augenblick an schwankend und tastend entlang, als der Aufmarsch Europas in zwei getrennte Bündnissysteme vollendet und die Rüstungsmöglichkeit auf beiden Seiten sich ihrer im Friedenszustand erreichbaren Grenze näherte. Die Versuche, die von englischen Liberalen oder deutschen Staatsmännern in jenen Jahren gemacht wurden, die gefährliche Teilung Europas in zwei Bündnislager durch allmähliche Milderung zu beheben, scheiterten. Die sich heute klärende Geschichte dieser Versuche zeigt, daß sie in diesem Stadium der Entwicklung mit Wahrscheinlichkeit scheitern mußten. Sie scheiterten an dem nicht mehr veränderbaren Ineinandergreifen der zu Mechanismen eigener Gesetzlichkeit erstarrten Bündnissysteme, an den Gesetzen der europäischen Statik. Als die russische Politik im Jahre 1910 die zwischen den beiden Kaisern mündlich geschlossene Abmachung, wonach keiner der beiden Staaten einer aggressiven Kombination gegen den anderen beitreten sollte, bald nachher schriftlich bekräftigen sollte, weigerte sie sich dessen, um den Eindruck nicht zu rechtfertigen, den schon die mündliche Abmachung in Frankreich geweckt hatte. Ebenso lehnte England zwei Jahre später die inhaltlose Neutralitätsformel, die der Deutsche Reichskanzler Lord Haldane vorgeschlagen hatte, ausgesprochenermaßen nur um des Mißtrauens willen ab, das durch eine solche Formel bei den England befreundeten und verbündeten Nationen erweckt worden wäre. Keine der beiden Mächte wagte es, auch nur den zartesten Schein einer beginnenden Konstellationsveränderung auf sich zu laden: das Bündnissystem war

so festgefahren und die politische Wirkung jeder Veränderung so unklar und unübersehbar, daß keiner an das erreichte Gleichgewicht zu rühren wagte. Auf der anderen Seite war es nicht anders. Als Sasonow im Frühjahr 1914 zu Robert von Mendelssohn die Äußerung tat: „Si vous lâchez l'Autriche, je lâcherai la France," konnte die deutsche Politik trotz ihrer Kenntnis der zunehmenden Schwäche ihres Verbündeten auf diesem Ohre nichts hören, weil nach der damaligen Lage auch nur der Schein eines solchen Schrittes — auf dem Umwege über die Westmächte nach Wien verraten — mit größerer Wahrscheinlichkeit das österreichisch-deutsche wie das französisch-russische Bündnis gelockert hätte. So hielt die Unberechenbarkeit und Ungewißheit jedes die Spaltung Europas in zwei Lager mildernden Schrittes beide Mächtegruppen in der einmal eingenommenen Lage fest und auf jeden Anstoß in dieser Richtung schnellten beide Bündnissysteme wie stark gespannte Gummibänder nur wenig nachgebend in die vorherige Lage zurück. Das ist die allgemeine Charakteristik der Diplomatie dieser Jahre, und es gibt kaum einen Vorgang, der sich nicht zu ihrer Bestätigung heranziehen ließe. Von 1908 bis 1914 wurde der Krieg zu wiederholten Malen nur um Haaresbreite abgewandt, im Jahr 1911, weil Rußland nicht bereit war, aus Anlaß der Balkanwirren 1912 und 1913, weil England nicht wollte und Deutschland, um den Frieden zu erhalten, seinem Verbündeten in die Zügel fiel und noch im Frühjahr 1914, aus einem ganz unbedeutenden Anlaß, der Ernennung des Generals Liman von Sanders zum Kommandeur des I. türkischen Korps, weil Deutschland auf die russische Verstimmung eine Änderung seiner Verwendung bewirkte. Die Lokalisierung des serbisch-österreichischen Krieges im Jahre 1914 mißlang, weil England und Frankreich, obwohl nach meiner Überzeugung in den ersten Tagen nach dem Ultimatum zum Kriege nicht entschlossen, nicht wagten, der russischen Politik von der allgemeinen Mobilisierung abzuraten, in der Beklemmung, daß aus einem russischen Zurückweichen ein diplomatischer Erfolg der Zentralmächte entstehen, und aus der russischen Verstimmung hierüber eine neue Orientierung der russischen Politik und hiermit eine Verschiebung des europäischen Kräftesystems hervorgehen könnte.

Mächtiger als einzelner Menschen Werk war der Mechanismus der Dinge.

Ich sage das nur um der Zukunft willen, die in anderer Form einem nicht minder tragischen Mechanismus zu verfallen sich anschickt.

2.

Das große Würfelspiel des Krieges ist zu Ende. Das Schicksal hat zuerst gegen Rußland, dann in heute noch unausdenkbarer Härte gegen Deutschland entschieden. Der Krieg hat das tragische Problem aus einer Reihe von Ursachen nicht gelöst, nicht lösen können. In mehr als einer Hinsicht hat er es verschärft und seine auch nur provisorische Lösung mit den bisherigen Mitteln der Politik und in dem alten Sinne noch weiter erschwert.

Die einzige Hoffnung auf Vermeidung des Kriegs stand vor seinem Ausbruch nicht auf einer gemeinsamen Moralität der Staaten — die, so sehr der Moralist und Mensch sie fordern muß, der Unbestechlich-Erkennende kaum zu entdecken vermag, denn bisher sind die Staaten als solche trotz aller moralischen Worte nach außen wesentlich bösartig gewesen —, [1]) sondern in einem gemeinsamen, von einer kühlen Vernunft zu erfassenden Interesse, das ihnen allen den Krieg als ein Geschäft hätte darstellen müssen, das in seinem Ausgang unberechenbar, jedenfalls aber mit ungeheuren Kosten und vergleichsweise geringen Gewinnchancen belastet, ein im besten Fall auch für den Sieger fragwürdiges Ergebnis mit ungeheurem Einsatz erkaufen will.

Der Verlauf des Krieges hat zunächst erwiesen, daß der Ausgang von Kriegen dieser Art sich jeder Berechnung entzieht. Deutschland hat den Gewinn des Krieges vor und an der Marne aus der

[1]) Dies hat auch Immanuel Kant, obwohl unter den Idealisten der größte und dem Leben der Staaten fernstehend, sich schmerzlich eingestehen müssen. Kant, Zum ewigen Frieden, erster Anhang: Über die Mißhelligkeit der Moral und Politik. Kants Werke (Cassirersche Ausgabe) VI, 456. Er meint freilich, zum Troste, daß auch diese Bösartigkeit der Staaten im Plane der Natur liege, die, sich ihrer als eines unbewußten Werkzeugs bedienend, einer Endabsicht, dem ewigen Frieden, zustrebe. Aber diese Meinung entspringt aus nichts anderem als aus der dem Menschengeschlecht mitgeborenen Neigung, auch da, wo ein Sinn und Plan der Welt nicht zu erkennen ist, einen solchen unbeirrt vorauszusetzen.

Hand gegeben, Rußland in Ostpreußen 1914 einen leichten Erfolg verspielt — länger als drei Jahre taumelte Glück und Unglück hin und her. Wenn einmal die Geschichte dieses Krieges und seiner politisch-militärischen Führung klargelegt werden kann, werden beide Teile bereuend und schaudernd sehen, wie nahe sie selbst und wie nahe die anderen an dem Abgrund des Untergangs vorbeistreiften. Jeder Partner hielt sich durch die Fehler des anderen. Greifen die Schlachten vieler Kriegsschauplätze in Wechselwirkung ineinander, wird das Kriegsglück doppelt blind. Auch der schließliche Sieger kann nicht sagen, unsere Rechnung war richtig, denn es lag nicht nur an ihm, daß sie sich nicht als falsch erwiesen hat. So lange diese Erfahrung der Staatsmänner anhält und zur Einsicht der Völker wird, mag sie vor künftigen Kriegen abschrecken. Die gleiche Wirkung mögen und müssen die Erinnerungen der Kriegsteilnehmer an die Schrecknisse des in den Schützengräben Erlebten tun. Das gleiche gilt von den Nachwirkungen der von den Völkern gebrachten ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die auch von den Siegern jahrzehntelang bitter genug gefühlt werden müssen. Aber all das bringt keine Lösung des ungelösten Problems der politischen Organisation dieses Planeten. Es verstärkt die Sehnsucht nach einer solchen Lösung, aber zeigt noch keinen Weg. Die Sehnsucht allein tut es nicht, die Geschlechter wechseln, und vergewaltigte und zerrissene Völker vergessen nicht.

3.

Die Rüstungsfrage schien vor dem Krieg nur durch den Krieg lösbar. Der Krieg hat sie nicht gelöst. Im Gegenteil, erst der Krieg hat ein seltsam, sich mit Notwendigkeit immerfort steigerndes Verhängnis im Leben der heutigen Völker offen zutage gefördert: die Tragik des technischen Fortschritts. Der Kampf der Nationen auf Leben und Tod hat auf beiden Seiten Erfindungen über Erfindungen dem Menschengeiste abgezwungen. Fluggeschwader, Luftschiffe, Tanks, Unterseeboote, Giftgase, Kanonen bisher ungeahnter Stärke oder Tragweite: Not und Mißtrauen in die Pläne der anderen hat die einen bewogen, der Anwendung dieser Mittel keine Grenzen humanitärer Scheu oder finanzieller Zaghaftigkeit zu setzen. Unter solchem

Zwang und solcher finanzieller Befruchtung hat die Technik das kurz vorher noch Unmögliche geleistet. Es ist zu früh, um die verhängnisvolle Wirkung des technischen Faktors auf die Entstehung des Krieges völlig aufzuklären, zu früh auch, um den Einfluß der technischen Erfindungen, den unmittelbaren, wie den weit verzweigten mittelbaren auf die Entscheidungen und Entschlüsse der einen wie der anderen aus dem Wirrwarr der Zusammenhänge freizulegen und zu zeigen, wie die Grausamkeit der so gewachsenen Kriegsmittel den friedenerschwerenden Haß der Völker ins Unermeßliche, völlig Unüberbrückbare gesteigert, wie die durch neue erstaunliche Erfindungen immer neu gestärkte Hoffnung auf ein schnelles glückliches Ende die Regierungen und Armeeleitungen beider Teile abgehalten hat, mit halben Erfolgen oder Mißerfolgen sich begnügend, dem Frieden Wirklichkeiten der Gegenwart und Hoffnungen der Zukunft zu opfern. Die Erfindungen des Krieges erbt der Friede. Er wird und kann sie nicht in den Armeemuseen begraben. Er wird und muß, so lange die Staaten und Nationen sich wie Raubtiere lauernd und mißtrauisch gegenüberstehen, sie bewahren, pflegen und weiterentwickeln. Wie wenn der eine dies versäumte und dem anderen überließe? Und nicht nur dies Pflegen und Weiterentwickeln, sondern auch dies Bewahren ist aus mehr als einem Grunde tausendmal schwieriger und drückender als vor dem Kriege und muß darum, wenn die politischen Mittel wieder erschöpft sind, noch schneller, noch unvermeidbarer zu neuen Entladungen führen. Glaubt man, daß Vorbereitungen zu einem so verfeinerten und so vergröberten Maschinenkrieg auch nur möglich sind, daß nicht das Mißtrauen in eine eventuell neue und diesmal durchschlagende Erfindung des politischen Gegners über oder unter Wasser, auf der Erde oder in der Luft einen ganz und gar unerträglichen Zustand dauernder Unruhe über die Leitung der Staaten und die Empfindungen der Völker brächte, daß nicht das Kräfteverhältnis der Nationen noch undurchsichtiger und unberechenbarer würde, als je zuvor. Die Tatsacheu der Technik sind den Kriegsteilnehmern aller Völker bekannt und doch zögern die Politiker anzuerkennen, daß ihre gewohnte Gedankenwelt durch diese Tatsachen umgestoßen ist.

Aber die Technik ist es nicht allein, mit ihr und durch sie hat sich auch die finanzielle Frage verschoben. Auch finanziell sind die Rüstungen nach dem Kriege denen vor dem Kriege nicht vergleichbar. Noch lasten auf den Staaten die Kriegskosten. Nicht nur die Besiegten, auch einige der Sieger streifen den Bankrott. Der erschöpften Steuerkraft neue Rüstungen aufzuerlegen, und zwar nach Quantität und Qualität unvergleichlich teuere, ist im Interesse dieser Staaten selbst Wahnsinn. Und doch wird es geschehen, wenn die Macht nicht vernünftig oder die Vernunft nicht mächtig wird.

Es täusche sich niemand über den Zustand der Welt und insonderheit Europas, der sich aus einer solchen Entwicklung ergeben muß. Die Rollen mögen gewechselt haben, das alte Spiel, noch schrecklicher, noch gefährlicher, beginnt von neuem. Rüstungen erschöpfter, sich immer mehr erschöpfender Staaten, in ihrem Gefolge eine von Jahrzehnt zu Jahrzehnt unerträglichere innere Lage, die steigende Versuchung, diesen unhaltbaren Zustand auf jedem Wege, auch auf dem der Verzweiflung zu beenden; lauerndes Mißtrauen zwischen den Staaten, sich steigernd mit jeder neuen Erfindung, bei der Unübersehbarkeit der technischen Entwicklung bald die einen, bald die anderen in Versuchung führend, in einer zufälligen Überlegenheit des Augenblicks die politischen Ansprüche zu überspannen. Und dieser Zustand der faktischen Machtverhältnisse, verschärft durch die Wechselwirkung der aus ihm sich ergebenden, auf ihn zurückwirkenden, psychologischen Verfassung der Völker, einer nervösen Unruhe, der die von den öffentlichen Meinungen abhängigen Staatsmänner unserer Zeit, vielleicht mit Mühe und auf kurze Zeitspanne, gewiß aber nicht der Regel nach und auf die Dauer standzuhalten vermögen. Man rede nicht von Übertreibungen: wer sich zu betrügen wünscht, der möge es tun und trotte von neuem den Weg der Gewohnheit.

4.

Was soll werden? Zwei Hoffnungen scheinen denkbar und werden erörtert. Die eine will auf dem Boden der bisherigen Weltordnung in einer neuen Konstellation der Großmächte das Heilmittel sehen, die andere durch einen Völkerbund die Formen des Zusammenlebens der Völker und des Ausgleichs ihrer Streitig-

keiten neu ordnen: für die erste kämpfte Frankreich, für die zweite der Präsident der Vereinigten Staaten; das Ergebnis dieses Kampfes, der Friede von Versailles, richtet sich selbst. Wie die Dinge heute liegen, kann auch der hoffnungsvollste Schwärmer der jetzigen Gestalt des Völkerbundes nicht die Fähigkeit zutrauen, eine nicht nur scheinbar sondern faktisch neue Organisation der politischen Welt zu begründen. Die alten Kräfte sind nach wie vor mächtig, und ihre Mittel sind dieselben geblieben. Der Krieg hat England und den Vereinigten Staaten die Vorherrschaft über die Welt gebracht. Bei der Vorsicht der englischen Politik in allen amerikanischen Fragen, bei dem freien und breiten Betätigungsraum beider Mächte, die jede für sich die größten Aufgaben zu erfüllen und wohl für Jahrzehnte nebeneinander die Hände zu regen genug haben, kann trotz der kanadischen und ostasiatischen Reibungsflächen die außereuropäische Welt noch einige Zeit auf ein ruhiges Gedeihen rechnen. Anders der europäische Kontinent. Hier hat der Krieg mit einer von England geduldeten französischen Vorherrschaft über ein balkanisiertes Europa geendet. Dies Ergebnis ist unhaltbar. Es muß zu dauernder Unruhe und immer neuen Konflikten und auf die eine oder andere Weise zu jähem Untergang oder langsamem Siechtum des europäischen Kontinents führen.

Es ist heute müßig, aber doch für die Eigenart des europäischen Verhängnisses lehrreich zu prüfen, welche Lösungen die geschlagenen Staaten, Rußland und die Mittelmächte, im Falle ihres Sieges der Welt zu bieten hatten.

Die Russen waren sowohl während der Herbstkampagne des Jahres 1914 in Ostpreußen als während des Frühjahrs 1915 in den Karpathen dem Siege nahe, und zwar einem Siege, der ihnen in Ansehung der gefährlichen militärpolitischen Lage ihrer eigenen Verbündeten bei geschickter politischer Behandlung ein unbestrittenes politisches Übergewicht hätte verschaffen können. Eine Perspektive, an die nicht nur die betroffenen Mittelmächte, sondern auch die Verbündeten Rußlands selbst nicht ohne Schrecken hatten denken können. Daß ein siegreiches panslawistisches Rußland nur eine imperialistisch-russische, aber keine europäische, geschweige denn eine Weltlösung zu geben hatte, wird auch ein Russe nicht bestreiten.

Eine Einigung aller Slawen unter dem Zepter von Moskau, sich ausdehnend von Ostpreußen bis zur Adria und dem Ägäischen Meere, das Schwarze Meer umschließend und über kurz oder lang den Golf von Alexandrette und den Persischen Meerbusen erreichend, aus inneren wie aus äußeren Gründen gezwungen, zu unterjochen und mit starken militärischen und polizeilichen Mitteln unterjocht zu halten, gewiß außerstande und wahrscheinlich auch nicht gewillt, die Freiheit der Menschen zu entwickeln und das Leben der Völker zu achten. Also eine mehr asiatische als europäische Lösung, gegen die sich zu behaupten wohl über kurz oder lang die Bundesgenossen Rußlands ihre bisherigen Gegner sich zu verbünden gesucht hätten. Binnen kurzem hätte die Welt von neuem in Waffen gestarrt, vielleicht in noch schrecklicheren Kriegen sich weiter vernichtet. Diese russische Lösung ist nicht die Lösung einer russischen Partei, sondern die echte wahrhaft russische, getragen von dem mystischen Glauben an die russische Weltmission, der unter veränderten Worten und Gesten, bei den Beamten des alten Regimes, den liberalen Professoren der Mittelparteien und den im Grunde nicht minder allrussisch mystischen Beherrschern des Rußlands von heute, den Erben Bakunins, lebendig ist. Das Nachdenken über die vielen, durch irgendwelche politische und militärische Zufälligkeiten nicht eingetretenen Eventualitäten des Weltkrieges enthüllt dem gerne an einfache Zusammenhänge oder gar an Weltabsichten glaubenden Menschengeiste die Unsicherheit des tastenden, immerfort wieder strauchelnden Schicksals. Wenn einmal die englischen Staatsmänner ihre geheimen Erwägungen und Ängste während des Weltkrieges in Memoiren enthüllten, so würde vermutlich zu ersehen sein, daß nicht minder als die deutschen Siege und die zeitweisen Erfolge des Unterseebootkrieges, die russischen Siegesmöglichkeiten Gegenstand dieser Sorgen waren, daß das stärkste Motiv und Argument der englischen Kriegsgegner vor Ausbruch des Krieges die Angst vor der naheliegenden Eventualität eines russischen Sieges bei gleichzeitiger Niederlage Frankreichs war.

5.

Schwieriger und dem Deutschen näherliegend ist die Frage, ob die deutsche Politik im Falle eines Sieges der Welt eine haltbare Lösung zu bieten hatte und welche.

Von einer einheitlichen Politik des Deutschen Reichs in diesem Kriege kann nicht gesprochen werden. Die Politik war ohne Unterbrechung eine zweifache, sich bekämpfend und durchkreuzend, und diese zweifache Politik war keine und hatte keine Lösung. Es muß gefragt werden, was eingetreten wäre, wenn die eine oder die andere sich rein hätte auswirken und auf einen militärischen Sieg hätte stützen können. Zunächst zur ersten, der Lösung der Majorität des Generalstabs und ihrer Gefolgschaft. Diese Gefolgschaft, also diejenigen Kreise, die von militärischer Seite beschützt und unterstützt, die politische Macht der militärischen Führung begründet und befestigt und in ihrem Sinne und Auftrag die politische Leitung bekämpft, durchkreuzt und schließlich unter ihren Willen gezwungen haben, hat ihre Forderungen öffentlich vertreten, hat den vollständigen Sieg als Voraussetzung ihrer Durchführbarkeit anerkannt und gefordert. Die Einzelheiten sind bekannt. Sie decken sich nicht in allem, aber im großen und ganzen und in der allgemeinen Geistesrichtung mit den von den gefeiertsten militärischen Führern zu Lande und zu Wasser den jeweiligen Reichskanzlern mündlich und schriftlich übermittelten Bedingungen eines Friedensschlusses. Diese deutsche Militärpartei hat das gleiche gewollt, was die französische und englische Politik in ihrer Weise während des ganzen Krieges erstrebt und schließlich ausgeführt hat. Der Europäer mag anklagen, die englische und französische Demokratie muß einer deutschen Militärpartei das Recht einer Gewaltpolitik zugestehen, deren sie selbst sich schuldig gemacht hat, und jeder Heuchelei macht ein Vergleich des Friedens von Brest-Litowsk mit dem von Versailles ein Ende.

In dieser Lösung wird kein Europäer, auch kein Deutscher von nüchterner und realpolitischer Einsicht, etwas, das hätte dauern können, sehen. Sie war ausschließlich durch die Gewalt zu erringen und nur durch diese festzuhalten. Wenn sie im Westen die flandrische Küste als maritime Position gegen England festhalten, Belgien

militärisch und wirtschaftlich in Abhängigkeit halten, das Erzgebiet von Briey Deutschland einverleiben und im Osten die russischen Randgebiete von Estland bis Rumänien beherrschen wollte, so hätte diese Lösung, in dem Geiste ausgeführt und verwaltet, den diese Kreise betätigt, bekannt und propagiert haben, nicht nur gegen die ganze Welt mit dauernder Waffengewalt behauptet, sondern auch gegen die betroffenen Völker nur durch Niederwerfung immer neuer Aufstände, also durch die Diktatur eines Besatzungsheeres aufrecht erhalten werden können. Darüber ist auch mangelhafter Einsicht in die europäischen Verhältnisse und einem kurzen Gedächtnis für die Geschichte dieser Pläne und ihrer Methoden ein Zweifel nicht gestattet.

Diesen zwar mit Leidenschaft des damaligen Gemütes, aber ohne Wirklichkeitssinn entworfenen Plänen hat sich die politische Leitung des Deutschen Reiches in den ersten drei Kriegsjahren widersetzt. Sie hielt die Möglichkeit des umfassenden und alle Gegner niederwerfenden Sieges, den diese Pläne voraussetzten, für nicht real gegeben. Aber das war wohl nicht der einzige und auch nicht der hier wesentliche Grund, warum sie diese Pläne der Ausnutzung eines solchen Sieges und den Geist, in dem sie entworfen waren, zu bekämpfen versuchte. Sie hielt diese Pläne nicht nur für jetzt unerreichbar, sondern auch für dauernd unhaltbar und daher auch diesen Geist nicht nur für über die realen Möglichkeiten hinausschweifend, sondern auch für prinzipiell verfehlt. Daher war denn auch der Gegensatz zwischen der politischen und militärischen Leitung, dem sehr bald ein sich immer verbreiternder Riß im Volke selbst entsprach, nicht nur eine divergierende taktische Meinung, sondern ein Gegensatz der politischen Geistesrichtung, und hier entsprang seine Unvermeidbarkeit und seine jedem Kompromiß immer wieder entgleitende Unversöhnlichkeit. Das eine deutsche Volk war in zwei Völker verschiedenen Geistes gespalten. Der Spalt erweiterte sich. Die Extreme, sich gegenseitig unterstützend und rechtfertigend, trübten und verfälschten jede Einsicht und Überlegung. Der Gewaltrausch der einen hat die anderen in Gefühlsduselei hineingestoßen, die Gefühlsduselei der einen den Gewaltrausch der anderen genährt und verschärft. Die politische Klugheit, die mit beiden

nichts zu tun hat, verhüllte, ohnmächtig inmitten der Leidenschaften ihr Haupt.

Herr von Bethmann Hollweg war als Deutscher ein Europäer. Nicht nur aus Neigung und Bildung, sondern aus der höchst konkreten politischen Einsicht, daß das Interesse und Gedeihen Europas das Interesse und Gedeihen Deutschlands ist und bedeutet. Diese Parallelität des deutschen und europäischen Interesses, begründet in der geographischen Lage des vor allen anderen bedrohten, von jeder europäischen Unruhe und Unsicherheit am stärksten berührten Deutschen Reiches, begründet auch in der natürlichen Begrenztheit seiner politischen Möglichkeiten, wurde in einer Regierungskundgebung zum hundertsten Geburtstag des Fürsten Bismarck ausgesprochen und von den nationalistischen Gegnern mit Angriffen auf den „kosmopolitischen" Reichskanzler erwidert; nicht um Europa, das uns Hekuba sei, um Deutschland handle es sich. Es handelte sich um beide. Daß das europäische Leid Deutschlands Leid ist, zeigt die Gegenwart; daß Deutschlands Leid Europas Leid wird und bleibt, das zeigt denen, die es heute noch nicht wahr haben wollen, desto eindringlicher die Zukunft.

Wäre diese Gesinnung vor einen militärischen Sieg und die Möglichkeit gestellt worden, sich bei seiner Ausnutzung rein auszuwirken, so hätte sie sich auf die Stabilisierung eines mitteleuropäischen Bundes beschränken müssen, der freilich einer starken Machtentfaltung ebensowenig wie des Sinnes für die Interessen und Gefühle seiner schwächeren Mitglieder hätte entraten können. Ein starkes, aber seelisch ruhiges Deutschland als Anwalt der europäischen Interessen, seinen eigenen Vorteil groß begreifend, und seine Macht nicht durch die dumme Gebärde verekelnd — hier lockten Ziele, gewaltiger und für ein politisches Volk trotz allem realer als die flandrische Küste. Diese Politik scheiterte und mußte scheitern. Einen so schmalen Weg zwischen äußeren und inneren Leidenschaften hätte vielleicht ein Genius ein politisch fertiges, geistig geeintes, nicht von der Geste der Gewalt berauschtes Volk führen können. Die Befähigung des deutschen Volkes zu einer solchen Politik hätte sich an den freilich durch die feindliche Blockade erschwerten Aufgaben der Okkupation in West und Ost erproben können.

Aber schon hier wird ihr unvermeidbares Schicksal offenbar. Gute Absicht und sachliche Leistung aufgehoben durch die völlige Abwesenheit jedes psychologischen Sinnes, Machtdünkel, der auf Sympathie verzichtet, Sentimentalität und Jähzorn, die Absichten der Politik bewußt und unbewußt durch die militärische Ausführung durchkreuzt: beide, Gewalt und Liebe, immer an der unrechten Stelle und in allem Politischen ein völliges Versagen.

Wir stehen also hier vor folgendem, auch für die Tragik des gegenwärtigen Weltzustandes lehrreichen Ergebnis: eine in der damaligen Zeit seltene Einsicht durchschaut die Fragwürdigkeit einer deutschen Gewaltlösung, durchschaut auch die Gefahr jener Entartung der Staaten zu Mechanismen, die der freien vernunftgemäßen Entscheidung immer unfähiger wurden, muß aber anerkennen, daß auch jener Weg der Vernunft, den sie im Falle des Sieges zu gehen hatte, dem Haß der Gegner wie der eigenen Hybris kaum hätte abgerungen werden können, muß bei jedem Schritte, den sie geht, um den Staat nicht völlig an die blinden Politiker der Gewalt auszuliefern, sich fataler Halbheit beugen und scheitert nach drei Jahren eines einsamen, vielleicht in technischen Einzelheiten unzulänglichen und doch nicht des Tragischen entbehrenden Ringens an dem Bündnis der blinden Leidenschaften, die in den militärischen Führern einerseits, in der Übermacht der Mechanismen der öffentlichen Meinung andererseits herangewachsen sind.

6.

Die französische Politik hat keine andere Lösung der europäischen Frage als die, die sie in den Pariser Verhandlungen zu verwirklichen gesucht hat: die Schwächung des Deutschen Reiches bis zur Vernichtung und Zertrümmerung. Zwischen schwachen Nachbarn stark sein, ist einer einfachen Weisheit letzter Schluß. Die politische Gedankenwelt, der diese Politik entspringt, wurzelt in der Vergangenheit, aber weist in keine Zukunft. Die Sieger, das ist die alliierten und assoziierten Mächte, haben in keinem Stadium des Krieges in ihrer Gesamtheit eine Konzeption einer Neugestaltung der europäischen Verhältnisse oder etwas, was den Namen eines Entwurfs aus einem Geiste verdiente, besessen. Was sie besaßen, war

nur ein in den verschiedenen Stadien aus den blinden Nöten und momentanen Zufällen der Lage zusammengestellter Katalog der Kriegsziele, ein Katalog, der alle diejenigen Versprechungen zu registrieren gezwungen war, die man von 1914 bis 1919 irgendeinem offenen oder stillen Verbündeten zu Kriegszwecken gemacht hatte. Diese Versprechungen, gemacht an Polen, Tschechen, Südslawen, Italiener, Rumänen, Serben, Armenier, Araber, im ganzen ein Sammelsurium von Widersprüchen, Unhaltbarkeiten und neuen Konfliktsursachen, sind von den Versprechenden um der augenblicklichen Not willen, aber nicht in der Idee gemacht worden, daß ein absoluter Sieg sie je zur vollständigen Einlösung präsentabel machen könnte. Der Sieg traf die alliierten und assoziierten Mächte de facto unvorbereitet und durch eine Reihe undurchdachter und verwirrender Zusagen gebunden: es dauerte nicht weniger als ein halbes Jahr, bis man sich wenigstens untereinander über das den Besiegten aufzustülpende Programm, wenigstens soweit Deutschland und Deutsch-Österreich in Frage kamen, geeinigt hatte. Die Dinge des Balkans und nahen Orients sind heute, anderthalb Jahre nach Abschluß des Waffenstillstandes, noch völlig ungeregelt. Dieser Verlust kostbarer Zeit — ein grauenhaftes Zeugnis der Hilflosigkeit — hat die europäische Krise um ein vielfaches verschärft. Während die Ärzte des europäischen Lazaretts sich zu einigen versuchten, ist ein Teil der Patienten halb verwest oder chronischem Siechtum verfallen.

Aber noch unfruchtbarer als der Zeitverlust ist das Werk selbst, aus greisenhaftem Hasse krank und schwach geboren. Als ein zu einheitlicher Zielsetzung fähiges politisches Subjekt können die alliierten und assoziierten Mächte nach ihren Handlungen schlechterdings nicht angesehen werden. Der Vertrag ist in erster Linie das Werk Frankreichs, des stärksten Hasses und der größten kontinentalen Interessen. Die letzten Ziele des französischen Hasses sind freilich gedämpft, behindert und auf Umwege gezwungen durch die Notwendigkeit, die Gewissensbisse des auf den Anschein seiner 14 Punkte verpflichteten Präsidenten der Vereinigten Staaten gelegentlich zu mildern — daher die Gewaltpolitik, da und dort drapiert mit einer Hypokrisie, die den Zynismus nicht mildert,

sondern steigert. Der finanzielle und wirtschaftliche Sinn des Vertrages mit Deutschland ist der Ruin des deutschen Wirtschaftslebens. Das war auf seiten Frankreichs die Absicht und ist die Wirkung. Während das deutsche Volk selbst den Umfang seiner Ausplünderung und Verarmung noch nicht zu kennen scheint — wobei begreifliche psychologische Neigungen mit den betörenden Wirkungen der Papiergeldwirtschaft sich mischen —, hat der Vertreter des englischen Schatzamtes auf der Pariser Konferenz, J. M. Keynes, in einem ehrlichen Buche den grausamen Widersinn, die absurde Entstehungsgeschichte wie die unvermeidlichen Konsequenzen der wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrags vor der Welt aufgedeckt. Wenn die Urheber dieser Bestimmungen ihre Unerfüllbarkeit einsehen und den Vertrag damit rechtfertigen sollten, daß sie auf einer buchstäblichen Ausführung nicht bestehen, so verurteilen sie den Vertrag: Verträge sollen verläßliche Grundlagen für das Zusammenleben der Völker sein, sollen dem Wirtschaftspolitiker wie dem Kaufmann die Möglichkeit geben, relativ sicher zu rechnen und zu arbeiten. Dieser aber überantwortet auch die zukünftige Arbeit eines ganzen Volkes im besten Falle einer fremden und nach vielfachen Motiven schwankenden Gnade, die Hoffnungen weckt und wieder enttäuscht und jede planmäßige Arbeit in Unsicherheit erstickt. Auch der etwaige Versuch, das vielfach tödliche Werk durch eine Milderung zu rechtfertigen, muß mißlingen: die Deutschen werden schwerlich dem gnädigen Sieger danken, der ihnen von fünf Todesarten eine erläßt.

Der territoriale Sinn ist die möglichste Verkleinerung des deutschen Volksstaats, die Zersplitterung der deutschen Volksgemeinschaft, durch die Absprengung von Teilen des Deutschtums im Norden, Osten und an der belgischen Grenze, durch die Zuweisung von drei Millionen Deutschböhmen an die Tschechoslowakei, durch das Verbot des Anschlusses von Deutsch-Österreich, die Schaffung von möglichst viel Reibungsflächen und Feindschaft rings um Deutschland herum und zu alledem nach als Sinn der Okkupation der linksrheinischen Gebiete das Streben, deren im Frieden nicht erreichte Abtrennung durch den Druck der Okkupation zu erzwingen. Die militärischen Bestimmungen dienen dem gleichen Gesamtzweck.

Deutschland muß entwaffnet, muß völlig wehrlos werden. Während Deutschland abrüsten soll, werden die neuen Staatengebilde an seiner Ostgrenze unter französischer Hilfe und Führung mit altem Kriegsmaterial und neuen Filialen der französischen Rüstungsindustrie zu Militärmächten künstlich aufgerüstet. Creusot kauft die Skodawerke und errichtet Filialen in Warschau. Frankreich borgt, was es bei seiner eigenen Schwäche immer borgen kann, aber wie vor dem Kriege an Rußland, mit der Auflage der Verwendung zu Rüstungszwecken.

Die Verträge mit Deutsch-Österreich, Ungarn, Bulgarien und der Türkei sind Kinder desselben Geistes. Ihr wirtschaftlicher Sinn ist die Ausplünderung. Daß weder Deutsch-Österreich noch Ungarn wirtschaftlich leben können, weiß auch Paris. Die vertragsmäßige Ausplünderung wird durch die private noch ergänzt. Man kauft auf, was man noch irgend brauchen kann, Fabriken, Wälder, Bergwerke und Antiquitäten und überläßt den unbrauchbaren Rest der Verwesung. Die unglücklichen Länder verlangsamen durch die kargen Ergebnisse dieses Ausverkaufs das Hinsterben der überzähligen Bevölkerung noch eine Weile, um dann den Rest ihrer Menschen desto gründlicher verarmt, in einer vollends primitiven Agrarwirtschaft dahinsiechen zu lassen. Neutrale, alliierte und assoziierte Hilfskomitees, guten Willens, beschwichtigen das Weltgewissen und sorgen dafür, daß die Wiener Kinder ihren Hungertod nicht schon in den ersten Lebensjahren sterben müssen.

Der territoriale der Verträge Sinn ist, teils aus Absicht, teils aus Unvermögen, die völlige Desorganisation. Es war leichter, den Körper des österreichisch-ungarischen Staates zu zerteilen, als nunmehr die zuckenden Teile am Leben zu erhalten. Der frühere österreichisch-ungarische Staat hat Länder und Völker, die weder miteinander noch ohne einander leben können, schlecht und recht vereinigt. Er hat sie nicht sonderlich entwickelt, aber immerhin mit einer großen traditionellen Routine ihr gegenseitiges Gezänke in hier und da heiteren, immer aber erträglichen Formen organisiert und so eine Quelle ewiger Unruhe und Konflikte zwar nicht verstopft, aber doch in leidlich geregeltem Bette dahinplätschern lassen. Über kurz oder lang freilich wären wohl auch bei friedlicher Entwicklung die Wiener Künste an

ihrer Grenze angelangt. Nicht bedenkend, daß das Wort Disraelis von der Türkei, die man erfinden müßte, wenn sie nicht existierte, erst recht von Österreich-Ungarn gilt, haben die Führer der Entente, statt dem alten Staat einen föderativen Umbau, oder wenigstens die Beibehaltung der Wirtschaftseinheit aufzuerlegen, das ganze Gebilde zerschlagen, dann, wohl in Einsicht der Lebensunfähigkeit der Mehrzahl seiner Teile mit dem Gedanken einer Donauföderation gespielt und, selbst uneinig, sich als unfähig erwiesen, das Veruneinigte wieder zu einigen. So sind die Nationalstaaten da. Die einen, Deutsch-Österreich und Ungarn, die Feinde der Sieger, von allen Seiten bis zur Lebensunfähigkeit zusammengeschnitten, die anderen, Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien, Rumänien, als Verbündete über ihre Leistungskraft ausgeweitet, ein jeder mit Minoritäten fremder Rasse und Sprache bedacht, zum Teil aus disparaten Teilen zusammengestückelt, alle mit dem Haß und der Feindschaft sämtlicher Nachbarn belastet. Wer rüsten kann, rüstet, die allgemeine Unsicherheit ist noch lähmender als einst die Regierungsmethoden der Doppelmonarchie waren und was die alliierten und assoziierten Mächte Frieden nennen, ist nichts als latenter Krieg. Der Tschechoslowakei sind $3^1/_2$ Millionen Deutscher, Jugoslawien und Rumänien sind nicht weniger als $3^1/_2$ Millionen reiner Ungarn zugewiesen. Jugoslawien hat im Banat, in der Bacska und Baracza eine Mehrheit von Deutschen, Rumänen und Ungarn, in Südsteiermark und Kärnten große deutsche Sprachgebiete, in Dalmatien hat es italienische Splitter und wird im Süden noch geschlossene rein albanische Gebiete erhalten. Zu alledem weiß noch niemand, ob die drei führenden Nationalitäten dieses Nationalstaates, die Serben, Kroaten und Slowenen, wirklich eine Nation bilden Mit Zentralismus fing es an, aber schon heute sind Autonomisten und Föderalisten in der Vorhand. Vielleicht muß hier wie in der Tschechoslowakei statt des großen Österreichs ein kleines Österreich gebildet werden. So ist Südosteuropa bis zur deutschen Grenze balkanisiert. Das gleiche ist mit Nordosteuropa geschehen, wo Polen und Litauen, Lettland und Estland sich feindlich umlauern und obendrein noch ein nebelhaftes Weißrußland entstehen soll. Die Politik, die da getrieben wird, ist trotz Völkerbund und Zugehörigkeit zu ihm eine

völlig balkanische. Aufstände, Attentate, kleine militärische Handstreiche und Okkupationen, Kriegsrüstung und ewige Drohung, ephemere Bündnisse, wechselnde Konstellationen und in alledem die siegreichen Großmächte, im geheimen, aber jede für sich und gegen den Einfluß der anderen tätig. Also eine völlige Desorganisation, jeden Aufschwung lähmend, die noch vorhandenen Güter aufbrauchend und gezwungen, sich in wechselnden Kriegen zu verzehren.

Mit diesem Ergebnis nicht befriedigt, will die französische Politik auch Deutschland balkanisieren, die Rheinlande absplittern, Süd und Nord trennen. Frankreich, mit einer Zähigkeit sondergleichen an den politischen Ideen der Hegemonie klebend, die es im 17. und 18. Jahrhundert über ein zerstückeltes Europa hat ausüben können, will dieses 17. und 18. Jahrhundert wieder zurückführen, trotzdem seine Rückkehr dem inzwischen industrialisierten Europa den Tod bringt. Es ist außerpolitisch nie über die Traditionen dieser Jahrhunderte vorgedrungen; auch die furchtbarste Katastrophe hat neue politische Gedanken nicht entstehen lassen, ja kaum zu verstehen gelernt.

Diese französische Lösung der europäischen Frage ist negativ, nicht positiv, destruktiv und nicht konstruktiv. Für kein anderes Volk ist der europäische Gesamtgedanke so schwer faßbar, nationale Leidenschaft der Beherrschung durch die Vernunft so unzugänglich. Der Kampf, den der französische Herrschaftswille vor dem Krieg gegen die Lehren einer sinkenden Lebensziffer und sinkender Wirtschaftskraft geführt hat, konnte ein heroischer, das Mißverhältnis zwischen dem Beherrschungsvermögen und dem Beherrschungswillen ein tragisches genannt werden. Beides mag heute, da ein Sieg von nie erhoffter Größe das siegreiche Land nahezu zu Tode getroffen hat, als Schauspiel eines Kampfes gegen das Schicksal doppelt heroisch und doppelt tragisch sein. Frankreich hat für die Politik, die es treibt, weder die Menschen noch die wirtschaftlichen und finanziellen Hilfsmittel. Es vermag mit Mühe das elsaß-lothringische Problem praktisch zu bewältigen und müßte sowohl an der gewaltsamen Beherrschung der Rheinlande wie an ihrer friedlichen Durchdringung scheitern. Zu beiden ist auf die Dauer mehr erforderlich als Soldaten, und dieses Mehr fehlt.

Die politische Beherrschung eines zerstückelten Deutschlands, die Hegemonie über Polen, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und den Balkan, Ansprüche auf die alte französische Vormachtstellung über die Türkei und zu alledem die Beherrschung eines riesigen Kolonialreiches — das alles mit einem Rentnervolke, dessen nationale Leidenschaft auf die Dauer weder den fehlenden Wirklichkeitssinn noch die Lücken der wirtschaftlichen und organisatorischen Kraft zu verschleiern mag. Diese Aufgaben kann Frankreich sachlich nicht lösen; es fühlt sich selbst wirtschaftlich zu schwach und ist aus dem Gefühl dieser Schwäche heraus zu mißtrauisch, als daß es wagen würde, unter seinem System der Hegemonie die europäischen Völker in gemeinsamer Arbeit ein jedes zu seinem Teile friedlich zusammen arbeiten und gedeihen zu lassen, es wird sich immer wieder bestreben, die Wunden allerorten offen, den Nachbar nicht nur militärisch sondern auch in jeder anderen Hinsicht schwach zu halten, wird das fehlende Vermögen der Organisation durch die Kunst der Desorganisation ersetzen, mit destruktiven Mitteln herrschen, nicht mit konstruktiven, also — praktisch gesprochen — in Deutschland die Unabhängigen unterstützen, und in Polen jenen Ultranationalismus, der trotz der klaren Einsicht aller, daß ohne ein Zusammenarbeiten mit dem deutschen Nachbar Polen nicht gedeihen kann, in dem Verhältnis zu Deutschland nur den unfruchtbaren Haß und die sabotierende Schikane kennt. Frankreich wird vielleicht imstande sein, nach den Lehren der Richelieu und Talleyrand mit den Mitteln der alten Diplomatie und den neuen Künsten der Zeitungsdemagogie diese Politik eine geraume Zeit durchzuführen, vielleicht auch der äußeren Aufrechterhaltung dieser Ansprüche seine syrischen und einige seiner afrikanischen Positionen als Kompensationen an England Stück für Stück opfern; eines Tages aber wird das ganze System an seiner Unhaltbarkeit zusammenbrechen und die Trümmer Europas werden auch das stolze, unvernünftige, träumerische Frankreich unter sich begraben.

Der europäische Zustand, vor dem Krieg unhaltbar, ist durch Krieg und Frieden noch hundertmal unhaltbarer geworden. Damals drohte ein großartiges aber gedankenloses Gedeihen, eines Tages an der Labilität des europäischen Gleichgewichts scheiternd, von

einem Weltkriege verschlungen zu werden. Es war gemeinsames Interesse der europäischen Völker, diesen Weltkrieg zu vermeiden. Mangel an Einsicht in diese Gemeinsamkeit, Mangel an einer kalten, die gemeinsame Gefahr überschauenden und von Demagogen unabhängigen politischen Führung haben ihn ausbrechen lassen. Der Krieg ist vorbei: er hat jedes einzelne der Völker des europäischen Kontinents zerrüttet, die Gesamtheit bis aufs äußerste desorganisiert. Die Völker Europas, einzeln oder zusammen, in dem gegenwärtigen Zustand unfähig, auch nur zu leben, geschweige denn die Wunden des Kriegs zu heilen, sind vor die Wahl gestellt, neue Wege zu finden und mit Entschiedenheit zu beschreiten oder völlig unterzugehen.

II.

1.

Diese Krise der politischen Organisation der Welt, durch den Vertrag von Versailles nicht behoben, sondern verschärft, ist nur eine Seite der großen Weltkrise der Gegenwart. Aber sie ist in Entstehung und Auswirkung aufs engste verkettet mit einer zweiten und diese wiederum mit einer dritten. Die zweite ist eine innere Krise der Staaten und Staatsformen, die, allerorten aus verwickelten, schwer zu behandelnden und gemeinhin verkannten Ursachen von ihrem idealen Zwecke abgeirrt, nicht nach einem Gesamtplane ruhiger Vernunft, sondern nach zufälligen Nebenrücksichten und Nebeneinflüssen zu handeln fähig scheinen. Die dritte, die Krise der Gesellschaft, hat, im Gefolge der beiden ersten auftretend, den Osten Europas, Rußland, in der Form des Bolschewismus ergriffen und verzehrt. In ihrer Entstehungsgeschichte wie in ihrer weiteren Entwicklung greifen die drei Krisen in ständiger Wechselwirkung ineinander. Alle drei zusammen umfassen die ganze Organisation des Menschengeschlechtes und bilden in ihrem Ineinander ein Weltgeschehen, das vielleicht tiefer als die Völkerwanderung, als die Entdeckung Amerikas die Zeitalter scheiden wird.

Die Krise der Organisation der Welt wäre in dieser Furchtbarkeit nicht ausgebrochen oder, wenn sie ausgebrochen wäre, nicht in solche Unheilbarkeit fortgeschritten, wenn sie nicht in steter Wechselwirkung, bewirkend und bewirkt, aufs engste mit einer Krise der Staaten verkettet wäre, die sich selbst zu widerlegen bedacht scheinen.

Unter der Krise der Staaten verstehe ich nicht die in einzelnen dieser Staaten ausgebrochenen Revolutionen, sondern das in allen Staaten geoffenbarte Mißverhältnis zwischen dem Gebaren der Staaten und dem Staatszweck, zwischen einer gewissen inneren Zwangsläufigkeit und den Forderungen der Vernunft. Die Staaten scheinen durch die Entwicklung ihres inneren Wesens außerstande

geworden, ihre eigentlichen Aufgaben zu bewältigen — ihre Handlungen sind Ergebnis und Folge, nicht Überlegung und Ziel.

Ich bin mir bewußt, daß diese Behauptung bestritten, diese Krise geleugnet werden wird. So bekannt und offenkundig die Ursachen und Tatsachen jener Krise der politischen Organisation der Welt sind, so verkannt und noch verschleiert sind die Ursachen des vernunftwidrigen Gebarens der Staaten, das zumeist dem Fehler einzelner Persönlichkeiten und Parteien, nicht aber einer allgemeinen Verirrung der Staaten selbst zugeschrieben wird.

Daß die Besiegten besser daran getan hätten, den Krieg, wenn möglich früher, wenn nötig auch mit Opfern zu beenden, wird nicht bestritten werden. Daß auch die Sieger, wenn sie der Vernunft Genüge tun wollten oder könnten, ein früheres Ende hätten suchen und finden müssen, kann in Ansehung der Opfer, der Verschiebung der politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse zugunsten der Neutralen und einzelner weniger betroffenen Kriegsteilnehmer, in Ansehung auch der Gefahren, denen man mit knapper Not entrann, füglich behauptet werden. Die Frage, die zu stellen ist, lautet: Was hat die einzelnen verhindert, dem Gebote der Vernunft und eigenem Interesse zu folgen?

2.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die russische Politik während des Krieges in Momenten günstiger Lage einen vorteilhaften, in dem langen Zeitraum ihrer sich immer verschärfenden Niederlage einen Frieden ohne Opfer hätte haben können. Die russischen Staatsmänner aller Kabinette vom August 1914 bis zum November 1917 mußten das wissen und wußten es. Die deutsche Politik hat die Bereitschaft zu einem solchen Frieden öffentlich kaum und nur soweit verhehlt, als die politische Rücksicht auf die Wirkung eines deutschen Angebots, das die psychologische Möglichkeit eines Separatfriedens nicht erhöht, sondern verringert hätte, dies erforderte — vertraulich aber direkt und indirekt jedem russischen Politiker von Gewicht bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu erkennen gegeben. Und dies nicht aus besonderer Vorliebe für Rußland, sondern aus dem einfachen Grunde, weil man in Deutschland, nach einer günstigen Friedens-

möglichkeit spähend, eine solche immer und immer wieder gerade im Osten bei der außerpolitisch nach ihrer Niederlage vom Panslawismus abgelenkten russischen Autokratie erhoffte.

Rußland hat diese Möglichkeiten wahrzunehmen nicht deshalb versäumt, weil es eine Autokratie war. Die russischen Staatsmänner und wohl auch die Gewaltigen des Hofes hätten in Erkenntnis der Lage und der steigenden inneren und äußeren Gefahren wenigstens abschließen können, wenn ihnen die freie Beweglichkeit des Handelns verblieben wäre. Doch auch der russischen Regierung war diese Bewegungsfreiheit benommen durch ein schon vor dem Kriege entstandenes und tätiges und im Krieg ungehemmt entwickeltes Bündnis der panslawistischen Vereinsmaschine, von industriellen Komitees und Zeitungen, zusammengehalten und geführt durch die westlichen Verbündeten und ihr Geld. Man hatte in der Blütezeit der russischen Kriegsfreude mit Hilfe und Duldung der russischen Regierung aus allen diesen neben und außerhalb des Staates stehenden Gewalten, Wirtschafts- und Korruptionsinteressen einen mächtigen Mechanismus geschaffen, in dessen Fesseln dann die Bewegungsfreiheit und der Eigenwille des russischen Staates in der äußeren Politik erstickte. Eine ungeheure Propaganda legte sich wie dichter Nebel über das Land, und ein völlig erblindetes Volk ging stolz auf seine Treue und sentimentalisch erregt in den Untergang. Eine kommende Wissenschaft, die der Psychologie der Massen sich endlich zuwenden wird, findet in den Methoden und der Geschichte dieser Blendung eine lehrreiche Tragödie; das russische Volk glaubt schließlich, daß der deutsche Kaufmann Rußland wirtschaftlich unterjocht und ausgesogen habe, der deutsche Soldat, wie Zeitungen und Filme sagen und gemietete Verwundete vor Versammlungen erzählen müssen, den Gefangenen die Augen aussteche und die Zunge ausreiße, daß schon der Gedanke an den Frieden als Verrat an den Verbündeten den russischen Namen auf ewig schände, sieht in der wachsenden Friedenssehnsucht eine geheime Sünde — eine allgemeine Atmosphäre, in der jede einzelne Regung der Vernunft der verantwortlichen Staatsleiter sich verbergen und in der Verborgenheit ersticken muß. Rußland handelt und denkt nicht mehr. Als schließlich doch die leitenden Männer in

den ersten Monaten des Jahres 1917 den Weg zum Frieden, den das Volk stumm ersehnt, zu suchen scheinen, da stürzt das ganze Gebäude des bestehenden Regimes, weil jene Maschinerie, um den angeblich drohenden Separatfrieden zu verhindern, sich, getrieben von den Alliierten, der revolutionären Bewegung verbündet. Und wie das alte Regime sich wohl noch eine Weile hätte halten können, wenn es rechtzeitig den Frieden gesucht und genommen hätte, so hätten Kerenski und die Duma sich behaupten und die zweite Revolution vermeiden können, wenn sie mit dem Umsturz dem Lande den Frieden gebracht hätten. Das Volk wollte den Frieden, auch die Männer an der Spitze der neuen Regierung mußten in ihren programmatischen Erklärungen dem Rechnung tragen und forderten ihn nach den Grundsätzen des sozialistischen Programms; aus Deutschland kam öffentlich die zustimmende Antwort, aber noch einmal gelang es jener aus fremden, politischen und russischen Privatinteressen zusammengesetzten Maschinerie von Komitees und Zeitungen an die Stelle der einfachen Einsicht, daß nur der Friede das Land und die Revolution retten kann, Führern und Geführten den Irrwahn aufzuerlegen, daß die neue Freiheit die Kräfte des Staates und seine Wirtschaft verdoppeln könnte und erst durch sie der Sieg möglich geworden sei — so taumelt Rußland, in sentimentaler Scham an die Verbündeten gefesselt, von einer vorgegaukelten Hoffnung in die andere und schließlich in den Abgrund der völligen Selbstzerstörung — an Stelle der Staatsmänner wie des Volkswillens ist jene Maschinerie bestimmend und handelnd geworden. Sie bezwingt den Willen der Staatsmänner und vergewaltigt den Willen des Volkes in einer Überspannung der Dinge und Stimmungen ohnegleichen, bis die allgemeine Katastrophe auch diese Maschinerie begräbt und der Untergang der russischen Industrie und der Abzug der verbündeten Diplomaten die Tragödie abschließt.

3.

Für Deutsche mag diese Entartung des Staates und der Staatsmänner, obwohl eine allgemeine Erscheinung des Zeitalters, aus der freilich in Deutschland selbst vielfach verdunkelten Geschichte des eigenen Staates deutlich werden. Die deutsche Politik hätte, wenn

auch nicht einen Weltkrieg überhaupt, so doch diesen wohl vermeiden können. Freilich hätte sie in den Jahren 1890 bis 1908 davon absehen müssen, in der Jagd nach Prestige Erfolge zu suchen, die den Leitern des Staates den Beifall der Zeitungsleser, günstige Rückwirkung auf die Parteipolitik oder gar auf die Wahlen oder die papierne Gloriole des Augenblicks eintrugen; sie hätte die drei Großmächte rings um Deutschland nicht gleichzeitig mehr durch Worte und den äußeren Schein der Taten, als durch irgendeine innere Absicht reizen, beunruhigen oder ihnen den Weg versperren sollen — sie hätte den freilich nicht zurückzudämmenden Betätigungsdrang des deutschen Volkes in eine bestimmte, politisch mögliche und mit dem Weltfrieden verträgliche Richtung lenken müssen, statt ihn plan- und zusammenhangslos durch den Schein einer Seegeltung, oder durch auf die Dauer doch unhaltbare Festsetzungen im nahen und fernen Orient, die Fata Morgana eines von Berlin an den Persischen Golf reichenden Imperiums oder eines trotz stärkster Befestigungen isolierten Kulturzentrums am pazifischen Ozean anzustacheln, aber nicht zu befriedigen. Man hat zu gleicher Zeit den Russen Konstantinopel, den Briten die Seeherrschaft und unter Abirrung von einer noch gültigen Bismarckschen Maxime Frankreich die koloniale Expansion bestritten und wunderte sich im Zeitalter des Imperialismus zu Unrecht, daß die drei Mächte, alte Gegensätze vergessend und vertagend, sich zunächst gegen den einen, der allen im Wege stehen wollte, verbündeten. Diese verfehlte Politik ist zwar zum großen Teil, aber nicht, wie gemeinhin geglaubt wird, allein Schuld der verfehlten außerpolitischen Urteile und Berechnungen der Diplomaten. Sie ist die Schuld verfehlter Handlungen und Gebärden, und diese entsprangen nicht so sehr aus mangelnder Einsicht der Diplomatie, als aus dem Hang oder der Versuchung, zu innerpolitischen Zwecken durch Akte und Gebärden der äußeren Politik, auch gegen bessere Einsicht, Parteien oder Zeitungen zu befriedigen und aus einer in diesem Zeitraum entstandenen und schnell wachsenden Abhängigkeit der Regierung von einem gewissen Apparat von Vereinen und Organisationen, den sie zur Durchführung der Wehrvorlagen benötigt haben mag und geschaffen hat. Derartige Apparate und Maschinen — das beweist nicht nur

die Geschichte des deutschen Flotten- und Wehrvereins, sondern die Geschichte aller analogen Gebilde in allen Ländern — haben eine natürliche und leicht erklärliche Tendenz, nicht nur an Mitgliedern, sondern auch an Betätigungsdrang und Aufgabenkreis sich auszudehnen, müssen beschäftigt und beruhigt werden, auch wenn die besondere Aufgabe, zu deren Agitierung sie geschaffen wurden, gelöst ist oder gerade ruht; einmal geboren, sind sie eigenwillig da, und nur selten werden ihre Schöpfer die gerufenen Geister wieder los. Die politische Welt ist voll von solchen Gebilden, die mit dem einmal in sie gelegten Lebensdrang die Macht, die sie geschaffen hat, umstrickend in Ohnmacht wandeln. Eine Erscheinung aller Länder und Zeiten, in unserer aber den Staat in einer nie gekannten Weise überwuchernd und zum tragischen Verhängnis herangewachsen. Fürst Bismarck hat zur Unterjochung der Parteien unter seinen Willen, zu Wahlzwecken oder um Gesetze durch das Parlament zu zwingen, demagogische Mittel nach dem Muster Napoleons III. mit souveräner Technik verwandt. Aber niemals hat er einer solchen Technik der inneren Politik Zugeständnisse der äußeren gemacht, sondern deren Argumente nur dann verwandt, wenn die auswärtige Sache es erforderte oder gestattete. Seine auswärtige Politik war autonom, wurde von ihm nach ihren eigenen Gesetzen und Erfordernissen geführt. Er hat die innere ihr, nicht aber sie der inneren untergeordnet. Der unter seinen Nachfolgern größte Techniker jener Mittel hat dies Verhältnis in sein Gegenteil verkehrt. Er hat der inneren Politik die äußere untergeordnet und der Technik der Selbstbehauptung die Sache geopfert — in scheinbar kleinen und ihm selbst sachlich erträglich erscheinenden, aber doch für die Zukunft verhängnisvollen Konzessionen. Er hat gelegentlich nach außen mit dem Säbel gerasselt zu inneren Wahlzwecken, in kraftvollen Worten den Beifall von Parteien gesucht, die er brauchte, und um der Burenliebhaberei deutscher Parteien und Zeitungen willen Chamberlain zu unrechter Zeit auf Granit beißen lassen; er hat, um das Volk zu beschäftigen, flüchtige Prestigeerfolge und mehr noch ihren Schein ohne langsichtigen Plan bald da, bald dort gesucht. Er hat jenen gefährlichen Apparat von Vereinen und Organisationen gepflegt

und zu innerpolitischen Zwecken benötigt — er hat ihre wachsenden Ansprüche auf dem Gebiete der äußeren Politik freilich nicht befriedigt und nicht befriedigen können und hat ihnen gelegentlich entgegentreten müssen, dann aber stets gesorgt, sie durch ein Scheingericht zu versöhnen. Diese Scheingerichte kennzeichnen die deutsche Politik dieser Zeit und führten von Erfolg zu Erfolg in eine europäische Konstellation, in der die gleichzeitig beunruhigten Gegner ringsum sich zu einem übermächtigen Bunde gegen das Deutsche Reich zusammenschlossen. Und doch täte das deutsche Volk unrecht, wollte es die Schuld an dieser Entwicklung einzig und allein dem Fürsten Bernhard Bülow oder den Eigenarten des Kaisers zuschreiben, die dieser Politik des Fürsten, von ihr hier und da bekämpft, aber auch oft benützt und gepflegt, helfend entgegenkamen: das deutsche Volk hat in diesen Jahrzehnten die größten Fehler am lautesten bejubelt, die Staatsmänner schwammen bequem und gewandt mit der allgemeinen Strömung, und wichtiger als die Schuld der einzelnen ist die beginnende Entartung des Staates.

In den Jahren von 1909 bis 1914 versuchte an der Spitze des deutschen Staates ein Mann mit entgegengesetzter Veranlagung und Begabung, mit entgegengesetzten Mitteln die entgegengesetzte Politik. Herr von Bethmann Hollweg, jener demagogischen Technik nicht fähig, aber auch ihren Verführungen nicht unterworfen, wollte die deutsche Politik aus der Umstrickung jener wohlmeinenden, aber eigenwilligen Vereine und Mechanismen befreien und die innerpolitische Technik wieder dem sachlichen Interesse der äußeren Politik unterordnen. Aber sein Versuch, Deutschland durch eine ruhige Politik, die den rings aufgehäuften Konfliktstoff durch Verständigung und Ausgleich beseitigen sollte, aus der erdrosselnden Umschnürung herauszuwinden, unhaltbare Positionen des Prestiges abzubauen und dem deutschen Betätigungsdrang eine haltbare Richtung zu geben, scheiterte. Es ist heute müßig, darüber zu debattieren, ob das Zuspät das Entscheidende war oder eine Halbheit der Entschließungen, und ob diese Halbheit Fehler des leitenden Staatsmannes oder ihm durch die Verteilung der realen Macht in Staat und öffentlicher Meinung aufgezwungen war. Dieselben Zeitungen und Personen, die den damaligen Reichskanzler vor dem

Kriege um dieses Versuches willen bekämpften und durch solche Bekämpfung seine Macht beengten, klagen ihn heute der Schwäche an, weil dieser Versuch — gegen den allgemeinen Strom unternommen — an unzureichendem Nachdrucke fehlgeschlagen sei.

Ich stehe nicht an, in dieser billigen Anklage nur ein weiteres Zeichen der persönlichen Verelendung des Zeitalters zu sehen. Aber auch diejenigen, denen die bequeme Sucht, die Schuld alles Unglücks in den Fehlern und Schwächen einzelner zu suchen, den Glauben an diesen unzureichenden Nachdruck zur feststehenden Überzeugung hat werden lassen, erkennen damit die Gewalt der Widerstände an, die einer reinen Auswirkung einer Politik der Vernunft entgegenstanden. Und wenn die Staatsmänner den wachsenden Widerständen immer seltener die Vernunft abzuringen vermögen, ein steigendes Maß an Technik und Kraft und schließlich Menschenübermaß bedürfen, so ist auch das eine Entartung des Staates, dessen Sache nicht auf das Wunder des Genies gestellt werden darf.

Wenn überhaupt, so hätte die deutsche Politik nach 1909 den Weltkrieg nur dann vermeiden können, wenn sie, sei es nach der russischen oder nach der englischen Seite, einen radikalen Rückzug angetreten, auf die Flotte verzichtet oder vor dem ersten Balkankrieg den Russen Konstantinopel und ihre Balkanansprüche freigegeben hätte: wo ist der Vermessene, der zu behaupten wagt, daß eine solche Politik den Parlamenten, Parteien, Vereinen und der Gesamtheit ihrer Maschinerie hätte abgerungen werden können, einem Volk, das jeden seiner Staatsmänner der Schwäche zieh und den uniformierten Demagogen als Heros bejubelte? Nicht nur diese, viel kleinere Rückwärtsbewegungen waren unausführbar. Es gab keinen politischen Beamten des Deutschen Reiches, der je seinen Fuß auf den Boden Ostasiens gesetzt und, wenn nicht die Rückgabe des Tsingtauer Vorpostens an China, so doch wenigstens seine Entfestigung für wünschenswert und klug gehalten hätte; aber auch keinen mit der Lagerung der Machtverhältnisse in Deutschland nur leidlich Vertrauten, der einen solchen Rückzug gegen Stürme der Entrüstung für durchsetzbar angesehen hätte. In kritischster Lage donnerte der Führer der Konservativen vor den Wahlen 1912

auf England zeigend sein „Dort steht der Feind" einer Regierung entgegen, die in der Verständigung mit England den einzigen Ausweg sah, und die Worte, mit denen der Reichskanzler ihm entgegnete, gelten für diesen wie für zahllose andere Fälle. Immer dasselbe Schauspiel: der Wille zur Vernunft umrankt, überwuchert, tausendfältig behindert durch jene fatalen Mechanismen der Meinungsmache, und niemand soll glauben, er sage ein irgendwie Wesentliches, wenn er einem Einzelnen die Schuld gibt, Tirpitz oder dem Kaiser, Bassermann, Heydebrand oder sonst wem. Jene Mechanismen, einstmals freilich von Menschen nach den geheimen Neigungen der Zeit geschaffen, aber seitdem eigengesetzlich und eigenwillig da, schaffen sich nunmehr Menschen: Machthunger und Ehrgeiz bieten sich ihnen an, der Name tut nichts zur Sache, und repräsentative Marionetten stempelt die Maschine zu Führern heroischer Größe.

Der Krieg beschleunigte das Tempo dieser Entartung. Vor dem Kriege waren es die da und dort entstehenden, langsam wachsenden politischen Zweckvereine, die ihren eigenen Willen den Parteien, die zu Wahlzwecken ihrer bedürfen, aufnötigen, Zeitungen gründen und kaufen und dem Staat und seiner Regierung die Hand zu führen versuchen. Der entscheidende Schritt erfolgt, als die großen Wirtschaftsmächte, sich mehr und mehr politisierend, sich diesem Apparat verbünden und an seinen Methoden Geschmack finden. Das geschieht in Deutschland später, als in den anderen modernen Großstaaten. Diese Entwicklung, schon vor dem Kriege Verhängnis, wurde es vollends im Kriege und brachte mit ihren direkten und indirekten Wirkungen den Zerfall des Staates. Die Revolution kann sich nicht schmeicheln, diesen Prozeß gehemmt oder auch nur verlangsamt zu haben. Sie hat ihn beschleunigt, weil sie die in der Beamtenschaft immerhin noch lebendige und ihm entgegenwirkende Tradition der Sachlichkeit weiter erschüttert hat, ohne bis heute in einer einheitlichen Staatsgesinnung des Volkes ein neues Gegengewicht schaffen zu können. Tiefer als die äußere Staatsform setzt sich diese Entwicklung, durch deren Wandel hindurch, geradlinig fort. Heute schwanken, zwischen Legien und Stinnes, halbfreie Regierungen, vielfach wechselnd, einen unsicheren Pfad.

4.

Das russische und deutsche Beispiel können genügen. Auch der einzelne Franzose weiß heute, daß ein vorzeitiger Friede der Verständigung besser gewesen wäre als der glänzendste Sieg. Auch Italien weiß, daß das Land bei Neutralität außerpolitisch das Wesentliche von dem, was der Sieg gebracht hat, und wirtschaftlich statt Verarmung und Zerrüttung Reichtum und Gedeihen hätte ernten können. Aber weder Frankreich war frei, abzuschließen, noch Italien fähig, neutral zu bleiben. In beiden Staaten war die Staatsvernunft von innen heraus überwältigt, umstrickt, gefesselt worden.

England und den Vereinigten Staaten hat der Krieg ungeheure, freilich gegen die Rückwirkung der Katastrophen der übrigen Welt noch nicht gesicherte Vorteile gebracht. Aber so wenig der Hasardspieler einen Gewinn seiner Klugheit zuschreiben kann, kann England behaupten, daß ein Kriegsverlauf, bei dem Deutschland über Rußland siegt und dann im Westen geschlagen wird, vernünftigerweise zu erhoffen war. Ein russischer Sieg aber war für das Weltreich gefährlicher als ein deutscher. Für die Vereinigten Staaten war dieser Krieg nur ein Kolonialkrieg, und überdies hätte eine Politik aktiver Neutralität mit geringeren Opfern politisch und wirtschaftlich den gleichen oder größeren Gewinn bringen können. Auch der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten war nicht freier Vernunftentschluß, sondern schließlich von einem Bündnis deutscher Mißgriffe, amerikanischer Privatinteressen und englischer Propaganda erzwungen.

Die Bewohner der deutschen Schützengräben an der Westfront haben aus dem Kriegsbuch des Henry Barbousse ersehen können, daß Schicksal und Psychologie des Feindes drüben dem eigenen in allen Menschlichkeiten gleich ist und drüben wie hüben Todesverachtung, Angst, Witz, Derbheit, Kameradschaft, Bescheidenheit und Prahlerei, Nahrungs-, Tabak-, Kleidersorgen, Schmutz und Heimweh zu demselben Bilde des ewigen Menschentums vermischt sind. Auch die Staaten sehen einander ähnlicher als sie glauben. Mit Unrecht haben die Zeitungen der Entente den preußischen Militarismus verfemt, und nicht mit größerem Recht hat die deutsche Unter-

seebootpresse Lord Northcliffe und den „Matin“ oder die Methoden verurteilt, mit denen die Straße in Rom oder Bukarest ein noch halb unwilliges Volk in den Krieg trieb. Die Untersuchung der Entwicklung der Staaten ergibt überall das gleiche Bild. An derselben Krankheit sind die einen zugrunde gegangen, andere siech geworden, anderen mag das Gottesgeschenk eines unwahrscheinlichen Sieges schwere Krankheit überwinden helfen: die äußere Erscheinungsform ist verschieden, das Wesen dasselbe: Monarchien wie Demokratien sind gleicherweise entartet.

Gewiß, Ungeheures haben die Staaten geleistet — eine Kraftanstrengung und eine technisch organisatorische Leistung ihren Völkern abgerungen, deren Möglichkeit vor dem Kriege der kühnste Phantast nicht ahnte — Menschenopfer unerhört haben sie um dieser Leistung willen sich selbst gebracht, aber weder den Sieger noch den Besiegten hat, wenn Opfer, Gewinn und Gefahr abgewogen werden, Vernunft geleitet. Alles durch den Staat und alles um des Staates willen, das Schauspiel einer ungeheuren Leistung — aber dieser Selbstzweck und diese Leistung gegen sich selber zeugend, ja letzten Endes sich selber zerstörend. Diese Tragik des Staates, die der Krieg enthüllt, aber nicht beendet hat, ist tiefer begründet und schwerer heilbar, als der Gläubige der Gewohnheit vermeint. Auch dies innere Verhängnis der Staaten ist wie das äußere durch den Krieg nicht behoben worden. Wie es vor dem Kriege die Erhaltung des Friedens erschwert, während des Krieges seine Beendigung verhindert hat, so hat es nach dem Kriege beigetragen, den Frieden zu verderben und verhindert nach dem Frieden die Rückkehr zur Vernunft. Es saugt aus seinen eigenen Wirkungen immer neue Kraft als Böses, das fortzeugend Böses muß gebären. Die neuen schwachen, nur durch immer neu aufgepeitschten Nationalismus über Wasser zu haltenden Staaten sind ihm doppelt ausgesetzt, alte Staaten hat die Niederlage an den Rand einer Verzweiflung gebracht, die nicht Freundin der Vernunft ist. Sie schwanken tastend zwischen Extremen, abhängig von jedem Zufall, krank, langsichtiger Pläne nicht fähig und jeder festen ruhigen Leitung widerstrebend. Von den Siegern ist der für den europäischen Kontinent wichtigste, Frankreich, durch den Rausch

des Sieges, überkommene Träume und Ansprüche und die aus tatsächlicher, aber krampfhaft verhüllter Schwäche aufsteigenden und doch nicht zu bannenden Beklemmungen und Ängste völlig um die Fähigkeit realen Urteilens und ruhigen Handelns gebracht.

Englische und amerikanische Mitarbeiter der interalliierten Friedensverhandlungen haben, entrüstet und angeekelt, zuviel aus den Kulissen der Pariser Arbeit mitgeteilt, als daß irgendeiner der alliierten Staatsmänner heute behaupten könnte, den Frieden von Versailles habe vernünftige Erwägung oder irgendein konstruktiver Gedanke diktiert. Die von den siegreichen Westmächten ihren Völkern gegebenen Versprechungen, der Zwang, ehemaligen Wahlparolen nicht untreu zu werden, der krampfhafte Versuch, durch Schaugerichte von Rache und Bestrafung die eigenen Völker von den inneren Fragen abzulenken und die Frage des eigenen Schuldanteils an dem Krieg und seiner Verlängerung zu übertönen, während langer Jahre zu Kriegszwecken mit aller Kunst geschaffene und gepflegte Massensuggestionen des Hasses, zu unbesiegbaren Mächten herangewachsen — teils als unwillige Gefangene all dieser Abhängigkeiten, teils als freiwillige und unbewußte Marionetten haben die Staatsmänner der Entente in dem großen Kochtopfe der Kompromisse den gedankenlosesten aller Verträge, die je geschlossen wurden, aus lauter Widersprüchen zusammengebraut. Man nimmt Deutschland Kohle, Maschinen, Kolonien, Schiffe, Auslandshandel und Besitz und fordert dann, daß das durch Krieg, Blockade, Waffenstillstand und Frieden ausgeraubte Land die Invalidenrenten der ganzen Welt bezahlen soll. Das alles eingehüllt in einen Völkerbund, der einen dauernden Frieden garantieren soll, aber an der inneren Unhaltbarkeit dieses Friedens, zu deren Schutz er mißbraucht wird, zusammenbrechen muß. Ich glaube nicht, daß Georges Clémenceau der vernünftigen Erwägung, daß ein haltbarer Friede mit weniger harten Bedingungen auch für Frankreich die klügere Rechnung sei, zugänglich gewesen wäre. Aber selbst wenn dem so wäre oder an Clémenceaus Stelle ein einsichtigerer und weitsichtigerer Geist gestanden hätte — der Haß des Volkes, die Parteien und Schlagworte, die Unmöglichkeit, dem französischen Volke die Illusion zu rauben, hätten jeden anderen im großen ganzen in die Bahnen

gezwungen, die Clémenceau gegangen ist. Die Vernunft, auch wenn sie zur Herrschaft käme, wäre in Frankreich tausendfach an Händen und Füßen gebunden, verstrickt in das Geflechte alter und neuer Lügen, Schlagworte, Rücksichten, Abhängigkeiten und Kammerambitionen. So wenig Lloyd George Europa kennt, die inneren Widersprüche des Vertrages können ihm nicht entgangen sein. Aber auch er war der Gefangene des mit Schlagworten gefütterten man in the street, der Sklave der Versprechungen, mit denen er im November 1918 den Wahlkampf geführt hatte. Und erst recht die kleinen Staaten: weder Polen noch die Tschechoslowakei wären in der Lage gewesen, auf irgendeine Annexion, sei es um des europäischen Friedens, sei es auch nur um des eigenen künftigen Interesses wegen zu verzichten.

5.

Das Verhängnis wirkt nach dem Frieden weiter. Die alliierten und assoziierten Mächte kommen mit den noch anstehenden Friedensschlüssen nicht vorwärts. Heute, 20 Monate nach dem Waffenstillstand, ist weder die ungarische noch die Balkanfrage noch die türkische noch überhaupt eine Frage gelöst. Dagegen sind eine Unzahl neuer geschaffen worden. Österreich stirbt, zur Schande der Entente. Die sieht wohl ein, daß der Vertrag von St. Germain sinnlos grausam und sträflich dumm ist, aber vermag nichts anderes zu tun, als durch Liebesgaben und Kinderrettung das Weltgewissen zu täuschen. Tschechien scheint an der künstlichen Verbindung mit der Slowakei zu kranken — aber weder die Tschechen noch die Pariser Schöpfer dieser Verbindung vermögen aus der beginnenden Einsicht Folgerungen zu ziehen und müssen die Lösung, die sie bewußt und friedlich suchen könnten, künftigen Konflikten überlassen. Der polnische Staat, von schwerer sozialer Krankheit bedroht, muß in militaristischen Freuden sich betäuben, einen Chauvinismus als staatserhaltendes Prinzip immer von neuem aufpeitschen, muß Filialen der französischen Rüstungsindustrie bauen und alte Kanonen übernehmen, vermag aber nichts anderes als immer neue Noten zu produzieren und diese für nichts anderes als militärische Zwecke auszugeben. Auf allen lastet insgeheim die Sorge, wie dies enden solle, aber niemand

kann wagen, öffentlich davon zu reden. Frankreich, zu schwach zu produktiver Unterstützung und organisatorischer Förderung, sieht schon in der da und dort in Polen aufkeimenden Erkenntnis, daß man sich mit Deutschland friedlich nachbarlich zu gemeinsamer wirtschaftlicher Arbeit zusammenfinden müsse, eine Gefahr und schürt die polnisch-deutsche Feindschaft. Frankreich weiß, daß ein Deutschland, das Oberschlesien verliert, nicht nur nicht jetzt, sondern in keiner Zukunft ein geringes der Summen, die Frankreich erwartet und benötigt, wird zahlen können. Und doch tut es alles, um einen Erwerb Oberschlesiens durch Polen zu begünstigen, gezwungen um der Aufrechterhaltung einer fehlerhaften Politik willen, immer neue Fehler zu machen, abhängig von dem eigenen Werke. In Polen selbst rollen die Dinge zwangsläufig ab. Die sich folgenden Kabinette gleichen einander an innerer Unfreiheit, und auch der Einsichtigste könnte nur Marionette sein, ehe er sich in jahrelanger Mühe etwa aus Zeitungs- und Bankkäufen, Interessentengruppen und Parteigründungen eine Maschinerie geschaffen hätte, stark genug, die blinde Zwangsläufigkeit der Meinungen nicht zu brechen, aber doch langsam umzubiegen. Aber auch wenn das künstlich gelänge, welche Mühe, welche Schwerfälligkeit der politischen Handlung! Mit solchen Gebundenheiten der Vernunft ist Europa nicht in Ordnung zu bringen.

Auch die bisherige Geschichte der Ausführung des unausführbaren Versailler Vertrags liefert der Beispiele genug. Wieviel Unruhe und Unsicherheit hätte nicht vermieden werden können, wenn Frankreich die Auslieferungsforderung, deren Unerfüllbarkeit seine leitenden Männer schon im Sommer 1919 einsehen mußten und eingesehen haben, rechtzeitig gütlich mit Deutschland hätte regeln wollen. Weil die französische Regierung nicht wagte, vernünftig zu sein, hat die französische Politik, dem Drucke der Verbündeten weichend, sich eine Niederlage geholt und den verhaßten, seelisch und physisch gebrochenen Gegner widerwillig die erstaunliche Erfahrung machen lassen, daß einmal auch das Nein des Schwachen durchzudringen vermag. Zudem hat Frankreich in dieser Frage auch noch die Weltmeinung gegen sich aufgebracht und so in dreifacher Beziehung gegen sein eigenes Interesse gehandelt. Die französischen Staatsmänner

haben auch in diesem Falle nach außen ihre Grausamkeit und nach innen ihre Ungeschicklichkeit mit dem für die politischen Verhältnisse unserer Zeit charakteristischen Hinweis auf den Zwang der öffentlichen Meinung entschuldigt. Die französische Politik hätte wohl schwerlich die Polizeiaktion Deutschlands im Ruhrrevier in den Ostertagen dieses Jahres mit einem vor den Verbündeten und der Weltmeinung schwer zu rechtfertigenden Einmarsch in den Maingau beantwortet, wenn Herr Millerand in freier Entschließung keinen anderen als den außerpolitischen Interessen Frankreichs hätte Gehör geben können. So aber fürchtete er bei der damaligen parlamentarischen Lage den Gegnern des Kabinetts die erhoffte Gelegenheit zu einem Erfolge zu geben und Herrn Barthou, gestützt auf den Marschall Foch, als Sieger über sein nicht genügend „nationales" Kabinett erstehen zu sehen. Ähnliche Beispiele bietet die Geschichte aller Herren Länder Tag für Tag.

6.

Es gibt keine Periode der Weltgeschichte, in der die Vernunft sich völliger Bewegungsfreiheit hätte rühmen können. Die politische Handlung war stets ein Kompromiß zwischen Wollen und Können, Sollen und Sein. Aber doch unterscheiden Grade und Formen dieser Unfreiheit die Zeitalter. Dem unserigen scheint die Zwangsläufigkeit des politischen Ablaufs Verhängnis zu werden.

Der Staat ist der Körper der Nation. Er befähigt die Nation oder soll sie befähigen, mit Sinn und Verstand nach Plan und Absicht einheitlich zu handeln. Diese Einheitlichkeit und Planmäßigkeit eines nach dem Gesamtinteresse handelnden Gesamtwillens ausfindig zu machen, zu erhalten und zu sichern, ist Zweck und Ziel jeder Verfassung. In jedem Augenblick ist Gefahr, daß sich irgendein Teilwille und Sonderinteresse des staatlichen Apparates bemächtige und ihn zu Sonderzwecken, die mit dem Gesamtinteresse nicht harmonieren, mißbrauche. Das können korrumpierte Einzelne sein, eine Dynastie, eine Oberschicht, eine Klassenorganisation oder eine von Sonderinteressen geleitete Partei. Wie die Geschichte zeigt, ist jede Sicherung gegen den Mißbrauch des Staates nur relativ und muß es sein, da eben der Gesamtwille und das Gesamt-

interesse der Nation eine stets umstrittene und fragwürdige Sache ist, die schwer greifbar und niemals eindeutig beweisbar, sich immer erst in der Zukunft zurecht tastet. Jede Staatsform richtet sich gegen die Gefahren der anderen und hat ihre eigenen in sich. Unser Zeitalter sieht den Parlamentarismus, der als Schutz gegen zur Vertretung von Teilinteressen entartende Dynastien und Oberschichten entstanden ist und sich als solcher bewährt hat, nun selbst bedroht, in Abhängigkeit von Teilinteressen zu geraten. Zwischen das Individuum und den Staat, deren Verhältnis bisher durch die nur eine politische Gesamtauffassung vertretende Partei vermittelt und bestimmt wurde, haben sich vielfach verflochtene Organisationen von Sonderinteressen als Zwischenformen geschoben, alle, ob sie es wahrhaben wollen oder nicht, mit der eingeborenen Tendenz, zuerst die politische Partei, dann durch sie den Staat zu überwuchern. Diese Entwicklung hat zu einer Krise des parlamentarischen Gedankens geführt, die überall zu offenkundig ist, um irgendwo von irgendeiner Seite geleugnet zu werden. Die einzelnen Staaten suchen sich durch eine Besserung der parlamentarischen Methode, Wahlrechtänderung oder Einführung des Referendums zu schützen — aber nirgends ist ein Mittel entdeckt oder versucht worden, den Gesamtwillen und das Gesamtinteresse auf eine andere Weise ausfindig zu machen und zu sichern. Die politischen Parteien, in denen sich die verschiedenen Gesamtauffassungen des Staatsinteresses darstellen, durch Berufsvertretungen, also durch eben jene wirtschaftlichen Sonderorganisationen zu ersetzen, die den Gesamtwillen des Staats zu überwuchern drohen, hieße den Bock zum Gärtner machen und den Gesamtwillen nicht retten, sondern abdanken lassen. Die Rettung könnte nur in einer Gesamtgesinnung der Individuen gefunden werden, die, die Gefahr jener Überwucherung des Staats erkennend, die politischen Parteien wie jene Organisationen selbst in ihren Bann zwingt und so den Gesamtwillen aus der Umklammerung befreit. Aber wie es auch um die Hoffnungen der Zukunft bestellt sei: die Gebresten der Gegenwart sind zu einer Erkrankung des Staats herangewachsen. Die verschiedenen Zwischenformen, die sich zwischen den Staatsbürger und den Staat als Träger von Teilinteressen eingeschoben haben, organisieren den Staatsbürger

als Interessenten, bemächtigen sich der Meinungsmache und ihrer Instrumente und zwingen die politische Partei in ihren Bann. So ist ein wirres Geflecht von Nebengewalten entstanden, mit denen die Regierungen mühsam zu ringen und vielfach Kompromisse zu schließen haben. Diese Überwucherung des Staates verfälscht die Bildung eines politischen Gesamtwillens, hemmt, hindert seine ruhige und einheitliche Betätigung und läßt letzten Endes den Staat aus einem nach Plan und Ziel handelnden und wollenden Subjekt zu einem Tummelplatz von dem Staatszweck innerlich fremden Sonderinteressen entarten, eine Entwicklung, der heute nur diejenigen Grenzen gezogen sind, die die Staatsgesinnung und politische Bildung eines Volkes zu ziehen vermag, der mit Institutionen und Gesetzen aber kaum beizukommen ist. Der Staat ist einem Menschen vergleichbar, dessen Einzeltriebe über den Willen die Oberhand gewinnen, den Unbeständigen bald da, bald dorthin zerren, ihn sich selbst untreu werden und von seinem eigenen Weg und Interesse abirren lassen.

Diese Erkrankung des staatlichen Organismus entreißt der Vernunft die Führung, überantwortet die Entschließungen des Staats mannigfachen unsachlichen Nebeneinflüssen und Nebenrücksichten. Sie beschränkt die Bewegungsfreiheit, zersplittert den staatlichen Willen und hat überdies zumeist noch eine gefährliche Labilität der Regierungen im Gefolge. Die Zeit des ungebärdigen Nationalismus vor dem Krieg, der Krieg selbst, der europäische Zustand nach dem Kriege haben ungeheure Anforderungen an die Vernunft der Staaten, ihre Ruhe und Bewegungsfreiheit gestellt. Daß mit den Aufgaben das Vermögen nicht wuchs, sondern abnahm, hat die Katastrophe vollendet. Die Krise des Staates und die Krise der Weltorganisation haben in steter Wechselwirkung einander befördert und eine jede die destruktiven Wirkungen der anderen vermehrt.

7.

Den direkten destruktiven Wirkungen dieser Entwicklung gesellen sich indirekte zu. In nahezu allen Ländern haben sich die an den Staatsmann zu stellenden Anforderungen verschoben. Der Kampf um die Macht im Staate hat andere Formen angenommen und verlangt

andere Eigenschaften und Begabungen. Konstruktive Arbeit in der auswärtigen Politik erfordert eine tiefe Kenntnis der europäischen Verhältnisse, der fremden Völker, ihrer Geschichte und Sinnesart und eine hohe europäische Bildung. Diese Eigenschaften aber spielen bei dem Kampf um die Erlangung der Macht in den meisten Staaten eine immer geringere Rolle. Hier ist es die parlamentarisch taktische Geschicklichkeit, erworbene Routine oder angeborenes Talent der Wendigkeit und Rednergabe. Alle diese Eigenschaften können sich gewiß mit den menschlichen Voraussetzungen einer auswärtigen Politik, die konstruktiv und nicht nur taktisch ist, verbinden. Bei der Unzulänglichkeit aller menschlichen Dinge aber ist eine solche Verbindung selten und schwierig. Lloyd George, in seiner Art ein Mann von außergewöhnlicher Begabung, kennt Europa nicht und hat nach den Zeugnissen seiner Mitarbeiter die eigenartigsten Vorstellungen der außerenglischen Dinge. In Wilson vollends verbindet sich der Professor dem Dilettanten. Was hätte an seiner Stelle ein Staatsmann mit europäischen Kenntnissen und konstruktivem Talente schaffen und retten können! Die gleichen Eigenschaften, die nötig sind, um die Macht zu erlangen, sind unentbehrlich, um sie zu erhalten. Da diese Macht in den meisten Ländern jeden Augenblick gefährdet ist, werden fast überall drei Viertel der Energie und Arbeitskraft der Staatsmänner in der verwickelten und schwierigen Arbeit um die eigene Stellung absorbiert.

Wenn die Demokratie bestehen soll, muß sie ehrlich und mutig genug sein, zu sagen, was ist, auch wenn sie gegen sich selbst zu zeugen scheint. Europa steht vor dem Untergang. Da ist keine Zeit, daß ein jeder aus parteitaktischen Gründen seine Fehler verbirgt, statt sie zu bessern. Nur zu diesem Behufe, nicht als laudator temporis acti unterstreiche ich, daß die Demokratie sich selbst zerstören muß und wird, wenn sie nicht den Staat aus dieser Verstrickung von Nebeneinflüssen und Nebenrücksichten befreien kann. Das vorkriegerische Europa ist zusammengebrochen, weil alle kontinentalen Staaten, und zwar die Monarchien ebenso wie die Demokratien und am meisten das autokratische Rußland, teils freiwillig und unbewußt, teils unwillig und gezwungen sich der Demagogie unterworfen haben, unfähig, in der selbstgeschaffenen Verirrung der

Geister das Vernünftige zu erkennen und das etwa doch Erkannte frei und entschieden zu tun. Die Oberschichten der alten Staatsordnung Europas, im vergangenen Jahrhundert freilich Träger der europäischen Bildung und reich an Persönlichkeiten von staatsmännischem Geist und Welterfahrung, wären nicht so leicht aus dem Sattel und als morsch und verbraucht beiseite geworfen worden, wenn sie, mit den Problemen und Aufgaben der verwandelten Zeit mitgewachsen, nicht des staatsmänrischen Geistes verlustig gegangen wären und eine andere Tradition als die der äußerlichsten diplomatischen Routine bewahrt hätten. Wenn die Monarchen den Anspruch erheben, Staatsmänner besser und sachlicher auszuwählen als Parlamente, dann müssen sie und ihre Höfe Mittelpunkt und Höhepunkt der Bildung, Einsicht und Kenntnis sein. Das aber war lange vor dem Kriege vorbei. Aber die Anklage gegen die Fehler der Monarchie entbindet die Demokratie nicht, die Ursachen ihrer eigenen Unzulänglichkeit zu erkennen und alles zu tun, um sie zu beheben. Ehe Europa gesunden, ehe versucht werden kann, seine heillose Desorganisation durch einen haltbareren politischen Bau zu ersetzen, müssen die einzelnen Länder ihre inneren Dinge dergestalt ordnen, daß ihre Regierungen zu sachlich freier Arbeit auf lange Sicht befähigt werden. Sonst erlahmt der beste Wille und die größte Begabung, tausendfach umstrickt, in dem allerorten gleichen Verhängnis.

8.

Dies Verhängnis, über alle Länder verzweigt, vervielfacht sich durch das Ineinandergreifen der Geschehensreihen. Die Vielheit der Kriegsschauplätze, die Vielgestaltigkeit der den Kriegsverlauf beeinflussenden Faktoren haben die politische Aktion der europäischen Staaten im Kriege gefesselt. Eine Friedensneigung, da oder dort keimend, wurde hintangehalten durch neue Hoffnungen oder neue Befürchtungen, die bald auf jenem, bald auf diesem Kriegsschauplatz oder aus einer Wendung der oder jener noch neutralen Macht, aus neuen Erfindungen oder sonstwie aufzusteigen schienen und abgewartet werden sollten. Kaum war dies Abwarten zu Ende, so verschob ein neues Moment von irgendeiner anderen Seite den

Aspekt. Man hatte eine Schlappe erhalten und die Hoffnungen der Gegner neu belebt oder einen Erfolg davongetragen und die eigenen Ansprüche gesteigert. Bald sollte da, bald dort ein schon schwankendes Kabinett demnächst stürzen und von neuen Männern eine günstige Gelegenheit zu erwarten sein. Es läßt sich in jeder einzelnen Phase des Kriegs, ja in jedem Monat für die Politik aller Staaten eine Vielheit von solchen ineinandergreifenden Rücksichten aufzeigen, die, schließlich überall jede Regung der Vernunft immer von neuem im Keime erstickend, die planmäßige politische Aktion durch eine Politik des „wait and see", d. h. durch das Abwarten und Hinnehmen des fatalen Ablaufs ersetzt haben. Diese Tragik der Koinzidenzen wirkt heute fort. Die Konferenz von Spa, die nach der Meinung einiger die Reorganisation Europas um einen Schritt vorwärts bringen soll, wird verschoben, weil eine italienische Ministerkrise oder die deutsche Wahl oder die Neubildung des deutschen Kabinetts noch abgewartet werden soll, und ehe sie schließlich stattfindet, können neue Ereignisse in Rußland und der Türkei die politischen Interessen und Rücksichten ihrer Hauptteilnehmer so verschieben, daß die bisherigen Pläne, Vorbereitungen oder Verabredungen von der einen oder der anderen Seite revidiert oder mit der Lösung irgendwelcher syrischer, balkanischer, russischer Fragen komplizierend oder dilatierend verquickt werden.

Das Schicksal ist unserem Zeitalter nicht mehr Naturmacht. Wir können es in keiner anderen Form anerkennen als in der des Ineinandergreifens der verschiedenen Geschehensreihen, die wir in unserem täglichen Leben, wenn eine den Händen eines Dachdeckers entgleitende Schieferplatte einen Passanten erschlägt, Zufall nennen. Die Vielgestaltigkeit der ineinandergreifenden Geschehensreihen, ihre wirre Verflochtenheit, die Größe des politischen Aktionsgebiets, seine Desorganisation, wie die allgemeine Labilität der staatlichen Zustände, haben die moderne Form des Schicksals zu einer ungeheuren Fatalität alles Geschehens heranwachsen lassen, die ein im kleinen tüchtiges und tätiges, im großen blind geschobenes Geschlecht kaum zu erkennen, geschweige denn wirksam bekämpfen zu können scheint.

III.

1.

Ohne die erste Krise — die außerpolitische der Organisation der Welt — und ohne die zweite — die innerpolitische jener Überrankung des Staates und der Staatsvernunft — wäre wohl die dritte, die Krise der Gesellschaft, in den Grenzen freilich der Unvollkommenheit alles Irdischen zu bannen gewesen.

Die Erscheinungen dieser dritten Krise sind unter dem Namen des Bolschewismus weltbekannt. Der Aggregatzustand der Menschheit soll geändert, an Stelle der Staaten, Nationen und ihrer bisherigen Gesellschaftsschichtung soll, organisiert nach dem sogenannten Rätesystem, das Proletariat diktatorisch herrschen. Nichts von organischer Fortbildung. Alles Gewesene ist widerlegt. Das Unterste soll gewaltsam nach oben gekehrt, alles von Grund auf erneut werden. Ehe aber erneut und aufgebaut werden kann, muß die bisherige Welt- und Wirtschaftsordnung in ein Trümmerfeld verwandelt werden.

Diese Bewegung und Lehre nimmt ihre besten Argumente und schöpft ihre größte Kraft nicht aus einem Positiven, das sie zu bieten vermöchte, sondern aus den offenkundigen Gebresten der Weltordnung, die ihr gegenübersteht. Sie ist destruktiv, nicht konstruktiv. Eine Zerfallserscheinung, undenkbar ohne den Krieg, ohne diesen Krieg, der gegen alles bisherige, gegen die Organisation der Welt in Nationen, gegen den bürgerlichen Staat, mit Gräbern und Ruinen ein erschütterndes Zeugnis ablegt. Sie hat zunächst Rußland ergriffen. Sie ist dort historisch aus den beiden anderen Krisen, aus dem Krieg, der Niederlage, der Unfähigkeit des Kerenskistaates herausgewachsen. Hätte das zaristische Regime die Kraft besessen, den Frieden der Vernunft zu schließen, es hätte bei leidlichen innerpolitischen Konzessionen wohl Bestand gehabt. Wenn Kerenski, statt in Abhängigkeit von der von den Verbündeten und

den Kriegsinteressenten geschaffenen und genährten Maschinerie der Kriegsleidenschaft den Krieg fortzusetzen, den Frieden gesucht hätte, wenn er und das russische Volk mit Hilfe einer Konstituante eine leidlich ruhige Regierung hätte schaffen können, so hätte Lenin wohl schwerlich gesiegt. Eine Tragödie, die nur die Wirklichkeit ersinnen konnte: trotz ihrer Furchtbarkeit für das übrige Europa eine noch immer nicht ausreichende Mahnung.

Was in Rußland vorgeht, ist eindeutig für jeden, der selbst hat beobachten können. Es ist nichts anderes als die Verwesung — nicht Weiterbildung einer kapitalistischen Wirtschaft in eine sozialistische, sondern Rückbildung in eine vorkapitalistische, Rückkehr zu den Zuständen eines wirtschaftlich unentwickelten Landes des Mittelalters. Ruin und Aussterben der Großstädte — Petersburg ist auf höchstens ein Viertel seiner Einwohnerschaft gesunken —, ein Zusammenschrumpfen der modernen Verkehrsmittel auf ein Minimum, ein Verschwinden der industriellen Produktion großen Stils bis auf primitive lokale Bezirksindustrien mit provinzialem Versorgungsgebiet, völliger Untergang der alten bürgerlichen Gesellschaft, teils durch Terror, Krankheit, Hunger, teils durch Zerstreuung über das Land oder Untertauchen in dem Proletariat. Dies Proletariat selbst als Kostgänger des Staats noch eine Weile zusammengehalten, dann allmählich, oder auf dem Umweg über ein Prätorianertum über das Land zerstreut. Es bleibt — außer dem Soldaten — der Bauer, unerreichbar in seinem Dorfe und von keiner Entwicklung zu berühren. Aber auch er zurückgesunken in eine reine Selbstversorgungswirtschaft, reich an Papiergeld, mit dem nichts mehr zu kaufen ist, an Geräten und Hilfsmitteln seiner Wirtschaft völlig verarmt, nur mehr für sich selbst bauend, gelegentlich tauschend von Dorf zu Dorf oder gegen das Hausgerät und die Wäschebestände der verhungernden Bourgeoisie der nächsten Stadt. Aber auch dieser Handel muß aufhören, wenn der den Tod der Städte begleitende Ausverkauf der Schöpfungen einer einstmaligen Zivilisation beendet ist. Auch die großen politischen Führer des Bolschewismus sind klug genug, um zu sehen, was um sie vorgeht, und versuchen nicht zu leugnen, wenn sie sich in wirtschaftstheoretischen Gesprächen ergehen und nicht gerade aus Propagandainteresse

glänzende (aber leider nicht kontrollierbare) Erfolge der bolschewistischen Methode in der Industrie des fernen Ural behaupten.

Es ist für den, der das bolschewistische Rußland gesehen hat, von einer nahezu grotesken Komik zu beobachten, mit welcher Angst die europäischen Mächte sich umlauern, damit nicht der eine dem anderen in der Wiederaufnahme des Handels mit Rußland zuvorkomme. Es ist weder für den einen noch für den anderen etwas anderes zu handeln als Gold, Juwelen, Platin und Antiquitäten, also die Überreste eines vergangenen Zeitalters — noch eine kleine Weile. Dann muß auch das zu Ende gehen. Rußland produziert nicht, sondern kann in seinem jetzigen Zustand nur durch den Ausverkauf der Arbeit früherer Zeiten seinen Zerfall in etwas verlangsamen, um so als Staat dem Beispiel der Moskauer und Petersburger Bourgeoisie zu folgen, die durch die allmähliche Hergabe ihres Hausgeräts den Hungertod hinausschiebt. Die moderne kapitalistische Organisation der Finanz, der Industrie und des Handels ist zerstört. An ihre Stelle getreten ist, eingehüllt in eine sozialistische Phraseologie und allerlei Scheininstitutionen einer Gemeinwirtschaft, der primitive Kapitalismus des Mittelalters, Schleichhandel, Schiebung und Korruption, versteckte Ware und verstecktes Geld — aber auch dies System nur zum kleinsten Teil aufgebaut auf Produktion und zum weitaus größten auf die Ausplünderung früherer Arbeit und daher immer weiter in eine immer primitivere Wirtschaft zurücksinkend. Das ist der konkrete Sachverhalt.

Der Europäer, der an dem gegenwärtigen Zustand der sogenannten bürgerlichen Weltordnung leidet, die harten Tatsachen der russischen Entwicklung nicht selbst erfahren oder gesehen hat, unterliegt leicht der verführerischen Verschleierung, die die bolschewistische Theorie über den konkreten Sachverhalt gebreitet hat. Die bisherige Weltordnung, im Politischen das Nebeneinander und Gegeneinander der Nationalstaaten, im Wirtschaftlichen die kapitalistisch-individualistische Ordnung, scheint sich selbst ad absurdum geführt zu haben und zu führen. Die bürgerliche Rettung, der Völkerbund, hat grausam enttäuscht und ist schon heute gegen Hohn und Spott kaum zu schützen. Was Wunder, daß die hoffenden und leidenden

Millionen sich dem Evangelium einer neuen Weltordnung zuwenden, die die bisherige Wirtschaftsordnung wie die bisherige Einteilung der Welt in sich zerfleischende Nationalstaaten durch eine radikal neue, die internationale Herrschaft des solidarischen Proletariats, ersetzen will! Was Wunder, wenn jeder Hinweis auf die blutenden Trümmer des russischen Lebens mit dem Argument beiseite geschoben wird, daß eine neue Weltordnung nicht ohne schmerzliche Wehen entstehen kann! Aber die Wege der Weltgeschichte sind nicht eindeutig — sie gibt nicht immer dem scheinbar Neuen gegen das scheinbar Alte recht, und selten nur vermag die Gegenwart zu entscheiden, was in Wahrheit alt und in Wahrheit das Neue sei. Über den Ausgang des Kampfes zwischen der sogenannten neuen Weltordnung Leninschen Glaubens und der alten entscheidet das Ineinandergreifen der Geschehensreihen, das in Rußland Neues gründlich veralten läßt, ehe das Alte in dem übrigen Europa zusammenbricht. Während in den europäischen Ländern die zunehmende Verelendung der überschüssigen Millionen, die fortwirkende Unfähigkeit der bisherigen Weltordnung die Massen einem neuen Glauben zutreibt, erweist sich dieser Glaube in Rußland selbst nicht als ein Neues, sondern nur als die Ideologie einer Katastrophe, die statt einer neuen sozialistischen Wirtschaft eine uralte mittelalterliche, statt einem internationalen Weltstaat des Proletariats ein nicht minder altes nationales Soldatentum heraufführt. So läßt die Ironie des Schicksals sehnsüchtige Hoffnungen im leeren Raume hangen, verschleiert einem geistig verwirrten Geschlechte den nicht mehr zu entdeckenden Sinn des Geschehens, in dem eine spätere Zeit dann schlicht und trocken Siechtum und Verfall erkennen mag.

2.

Während Rußland in dieser dritten Krise soweit untergegangen ist, als ein zwei halbe Erdteile umschließender Staat mit 150 Millionen Menschen unterzugehen vermag, verteidigen sich die übrigen Staaten des kontinentalen Europa in mehr oder minder schweren Kämpfen bis jetzt mit Erfolg. Es ist zweifellos richtig, daß der Bolschewismus, als solcher an typisch russische Voraussetzungen gebunden, nicht ohne weiteres auf andere Länder und Völker über-

tragbar ist. Was in Rußland sich in der Form des Bolschewismus vollzieht, bedroht andere Länder in anderen Formen. Es kommt nicht darauf an, ob der wirtschaftliche Untergang und die Rückbildung in das Primitive „Diktatur des Proletariats“ oder anders heißt. Was in Deutsch-Österreich und insbesondere in Wien vor sich geht, heißt nicht Bolschewismus und ist doch wirtschaftlich der gleiche Prozeß. Wien stirbt, und Deutsch-Österreich fristet durch den Ausverkauf der Produktion früherer Zeiten noch eine Weile ein immer schlechteres Leben. Deutsch-Österreich ist von den vielen unhaltbaren Schöpfungen des Friedensvertrags die unhaltbarste und daher das früheste und eindringlichste Beispiel seiner Folgen. Aber die übrigen vordem am Kriege beteiligten kontinentalen Staaten haben allesamt keinen Grund, über die österreichische oder russische Warnung geringschätzig hinwegzusehen, so lange sie trotz günstigerer Abwehrbedingungen und größerer Produktionskraft die Krankheit nur durch allerlei Medizinen zu betäuben und zu verlangsamen, aber nicht ihre Ursachen zu beheben willens und fähig sind. Die dauernden Ursachen der dritten Krise aber liegen in der ersten und zweiten und werden erst dann behoben sein, wenn Europa politisch dergestalt organisiert ist, daß statt sich in dauernden Reibungen, Feindschaften und Konflikten zu stören und zu verbrauchen, die Völker in wirtschaftlicher Zusammenarbeit auf lange Sicht relativ ruhig nebeneinander zu arbeiten vermögen, damit ein jeder, indem er die eigenen Wunden heilt, die der anderen mitheilen kann.

In dem Prozeß der wirtschaftlichen Rückbildung, der sich in Rußland vollzogen hat und sich in Deutsch-Österreich vollzieht, spielt als Ursache wie als Folge eine Erscheinung eine entscheidende Rolle, von der kein einziges der vordem am Kriege beteiligten kontinentalen Länder verschont geblieben ist oder sich bis heute hätte befreien können. Das ist die Inflation. Alle kontinentalen Staaten, mit Ausnahme der neutralen, bestreiten auch heute noch einen großen Teil ihrer Staatsausgaben durch die Vermehrung des Papiergeldes. Das ist nichts anderes als die moderne Form des Bankrotts. Die offene Bankrotterklärung ist eine heute nicht mehr übliche, aber vielleicht auch nicht mehr mögliche Ehrlichkeit. Vor ihr scheuen alle Länder zurück, weil der moderne Staat mit

seinem zahllosen Heer an Beamten, Renten- und Pensionsempfängern, seinen fast durchweg mit Forderungen an den Staat überfüllten Banken, Sparkassen und Versicherungsgesellschaften die gesamte Privatwirtschaft derartig durchdrungen hat, daß heute die Bankrotterklärung des Staats den Zusammenbruch der gesamten Privatwirtschaft bedeutet. Daher wird der akuten Krankheit die chronische vorgezogen und der Bankrott verlangsamt, indem das Geld entwertet wird. Aber auch dieser Prozeß, lange genug fortgesetzt, endet tödlich.

Das Geld, ins Ungemessene vermehrt, negiert sich selbst. Diese Entwicklung ist in Rußland völlig, in Deutsch-Österreich nahezu abgeschlossen. Der russische Bauer und bald auch der österreichische Bauer hat des Papiergeldes so viel, daß er seine Erzeugnisse nicht mehr gegen Geldzeichen, sondern nur mehr gegen Waren hergibt. Da in Rußland aber die Produktion — mit Ausnahme der Notenpresse — stille steht, Waren also nicht erhältlich sind, hört der Bauer auf, mehr zu produzieren als er selbst bedarf. Damit aber ist der Prozeß der wirtschaftlichen Rückbildung vollendet. Dann hat auch die Notenpresse sich selbst ad absurdum geführt. Die europäischen Staaten gehen einen schmalen Pfad einem Abgrund entlang. Solange noch industriell produziert wird, also auch der Bauer immerhin für das entwertete Geld noch Waren erhält — solange Aussicht besteht, daß schließlich bei einer Vermehrung der industriellen Produktion die Arbeit der Notenpresse wenigstens langsam eingeschränkt werden kann, mag gehofft werden können, daß der begangene Pfad, wenngleich schmal, doch schließlich noch gangbar bleibt. Wehe aber, wenn die Arbeitsleistung nicht steigt, sondern sinkt. Dann ist das Ende da, in chaotischem Wirrwarr oder langsamem Hinsterben der überschüssigen Millionen: die Rückkehr zur primitiven Wirtschaft und der Untergang der europäischen Zivilisation.

3.

Die Krankheit bedroht alle Staaten des kontinentalen Europa, nicht alle in dem gleichen Maße und nicht alle in der gleichen Form. Die einen mehr, die anderen weniger, die einen als akute Krise, die

anderen als langsames Siechtum. Die Gefährdung der einen ist auch Gefährdung der anderen. Wie die Krankheit und ihre Ursachen gemeinsam sind, ist auch das Interesse an ihrer Bekämpfung ein gemeinsames und sind die Mittel der Abwehr nur gemeinsam zu finden und anzuwenden.

Diese Wahrheit ist einfach. Es ist wirklich nicht schwer einzusehen, daß die wirtschaftliche Katastrophe nur durch vermehrte Produktivität behoben werden kann, dieser vermehrten Produktivität aber die politische Desorganisation Europas in ihrer außerpolitischen wie innerpolitischen Erscheinungsform hindernd im Wege steht. Von den 5000 deutschen Lokomotiven des Waffenstillstands, die zum Teil für Frankreichs Schienenwege zu schwer, in Deutschland fehlen, um in Frankreich die Geleise zu verstopfen, von der wirtschaftsstörenden Okkupation des linken Rheinufers und der Verkehrserschwerung mit dem rechten, von der wirtschaftlich unsinnigen Zerreißung des Zusammenhangs zwischen dem Lothringer Erzbau, der Ruhrkohle und der rheinischen Stahlindustrie, einer Zerreißung, die Frankreich organisatorisch zu überwinden nicht willig oder nicht fähig ist, bis zu der Abschnürung Ostpreußens, der Zuweisung hochentwickelter Gebiete mit rein deutscher Bevölkerung an den leistungsschwachen, mit unlösbaren Problemen überhäuften polnischen Staat, bis zu dem Versuche, auch Oberschlesien aus dem Räderwerk der deutschen Wirtschaft herauszubrechen, obwohl Deutschland ohne dessen Industrie vollends zusammenbrechen muß und Polen nicht in der Lage ist, es wirtschaftlich zu bewältigen, bis zu der unsinnigen Hochzüchtung eines polnischen Militarismus, dem der wirtschaftliche wie der finanzielle Unterbau fehlt, bis endlich zu der völligen Verwirrung in der Türkei, dem Balkan und Deutsch-Österreich — überall zeugen stillstehende Fabriken, verödende Wirtschaftszentren, leere Hafenstädte, die ihr Hinterland verloren haben, Zänkereien, Grenzschikanen, Verkehrssperren, endlose Kommissionen ohne Resultate für das traurige Werk der völligen Desorganisation. Die Folgen des Krieges werden auf diese Weise nicht überwunden, sondern wirken fort mit weiter wachsender Kraft. Seit dem Abschluß des Waffenstillstandes ist die Gesamtlage nicht besser, sondern schlechter geworden. Sie wird weiterhin schlechter werden bis

zur Katastrophe des völligen Unterganges, wenn die Ursachen, die zu dem Krieg geführt, die seinen rechtzeitigen Abschluß verhindert, den Unsinn eines eineinvierteljährigen Waffenstillstands ohne Frieden, den Widersinn des Versailler Werkes verschuldet haben, auch weiterhin das Leben und Handeln der europäischen Staaten bestimmen.

Die drei Krisen, die wir hier im flüchtigen Umrisse zu zeichnen versucht haben, sind aufs engste ineinander geschlungen. Eine jede, für sich gewaltig genug, befördert und verschärft die andere. In ihrer Gesamtheit scheinen sie ein Weltverhängnis zu bilden, als dessen Marionetten die Staatsmänner und Politiker, widerwillig oder blind, in Haß befangen oder kurzlebiger Taktik hingegeben, unsinnig oder unzulänglich, sich bewegen. Es ist kein neues Verhängnis, sondern dasselbe alte, das auch zum Weltkrieg geführt hat. Es ist ein und derselbe Prozeß, der sich in veränderter Form fortsetzt. Er hat seine wirtschaftliche wie politische Seite, aber einen eindeutigen Gesamtsinn. Der ungeheure Mechanisierungsprozeß unseres Zeitalters hat auf allen Gebieten, in Kriegsmaschinen, Wirtschaftsmächten, Kapitalbildung, Zeitungstrusts, Interessenorganisationen Mechanismen entstehen lassen, die, allesamt Kinder irgendeiner Vernunft im kleinen, einmal geschaffen aber eigenwillig lebendig da, für den einzelnen Staat wie für die Welt im ganzen die Gesamtvernunft sich unterworfen haben. Abhängig geworden von Kreaturen, die es schuf, ist unser Zeitalter mächtig im Kleinen, ohnmächtig im Großen geworden. Es ist ein Schauspiel von tiefer Tragik, wie jeder Versuch einer bessernden Handlung, jedes Wort der Umkehr sich in den Netzen dieses Verhängnisses fängt und, hundertfach umstrickt, schließlich wirkungslos zu Boden fällt; wie das europäische Bürgertum, gedankenlos an dem Zeitirrtum des steten Fortschritts der Menschheit hangend oder die gewohnte Bahn jammernd weitertrottend, nicht sieht und sehen will, daß es von der aufgespeicherten Arbeit früherer Jahre zehrt und kaum fähig ist, die Schäden der jetzigen Weltordnung zu erkennen, geschweige denn, aus sich heraus eine neue zu gebären; wie auf der anderen Seite die Arbeiterschaft, sich in nahezu allen Ländern radikalisierend, von der Unhaltbarkeit des gegenwärtigen

Zustands überzeugt, sich Heilbringer einer neuen Ordnung glaubt, in Wirklichkeit aber in diesem Glauben nur unbewußtes Werkzeug der Zerstörung und des Untergangs, auch des eigenen, ist. Die neuen Parasiten der wirtschaftlichen Desorganisation, der klagende Reichtum von gestern, der zum Proletarier herabsinkende Kleinbürger, der gläubige Arbeiter, der eine neue Welt zu begründen wähnt, sie alle scheint dasselbe Verhängnis zu umschlingen, sie alle scheinen Erblindete, die ihre eigenen Gräber schaufeln.

IV.

1.

An Fortschritt soll und muß die Menschheit glauben. Hier aber wird von Untergang und von Verhängnis geredet. Wir sind nicht da, um zu erkennen und vor dem Erkannten, angeblich Unausweichlichen die Hände in den Schoß zu legen. Die Geschichte läßt sich nicht über die Schultern sehen und gibt schließlich dem Lebendigen recht, das, blind vielleicht, aber immerhin handelnd, die Hände regt. An ein Fatum mag Asien glauben. Europa, das ungeduldige, leidenschaftliche, niemals beruhigte, irrende, aber immerzu strebende, erkennt den Tod nicht an. Die Krankheit erkennen, kann ihm nur heißen, die Mittel wahrnehmen, um gesund zu werden.

Mit der gemeinsamen Not wächst allerorten die Erkenntnis ihrer Ursachen. Nicht nur bei den Neutralen, an den Leidenschaften des Kriegs mehr oder minder Unbeteiligten und von seinen moralischen Erschütterungen Unversehrten, nicht nur bei den Besiegten, die das namenlose Unglück sehend gemacht hat, auch in den Ländern der Sieger selbst nehmen die mahnenden Stimmen der europäischen Besinnung zu an Zahl wie an Kraft.

Der Gang der Geschichte i s t tastend und schwankend. Der Weg, den sie zu gehen pflegt, führt weder geradlinig in die Höhe noch gleichförmig abwärts. In jedem Augenblick des geschichtlichen Lebens ist Neues im Entstehen, während Veraltetes verwest; Kräfte des Aufstiegs und des Verfalls durchkreuzen sich. Innerhalb der Staaten wie in der Welt wechseln die Träger der Zukunft. Die einen treten zurück und anderen wächst verdient oder unverdient die Führung zu. Das Verhängnis der drei Krisen ist zunächst und in erster Linie ein Verhängnis des europäischen Kontinents. Der amerikanische Kontinent und Ostasien sind kaum berührt. Der Europäer hat sich damit abzufinden, daß der Akzent heute nicht mehr auf Europa, sondern a u f Amerika liegt. Der Europäer des Kon-

tinents hat anzuerkennen, daß in Europa selbst das Gewicht sich auf nahezu allen Gebieten zuungunsten des Kontinents und zugunsten der englischen Inseln verschoben hat. Die Krise, unter der der Kontinent zusammenzubrechen droht, ist für die Vereinigten Staaten zunächst nur ein Geschehen der Ferne und ist in England nur eine relativ leichte Sorge. Der europäische Kontinent ist nicht die Welt. Dem düsteren Bild der europäischen Zukunft steht das lichtere des englischen Weltreiches, das in schnellem Aufschwung mit den Früchten des Sieges die Wunden des Krieges zu heilen vermag, und das ungetrübte Amerikas zur Seite. Die Frage ist, ob die Entwicklung des europäischen Kontinents sich weiterhin in so katastrophalen Formen vollziehen wird, daß auch das englische Weltreich sich seinen direkten oder indirekten Wirkungen nicht wird entziehen können, oder England und Amerika nicht nur stark und vernünftig genug, sondern auch willens sind, Europa zu retten, ehe es zu spät ist, oder wenn nicht zu retten, so doch die akute Katastrophe hintanzuhalten und die Krankheit hinzuschleppen, die dann in allmählichem Siechtum sich verewigen oder in langsamer bescheidener Genesung schließlich enden mag. Die Möglichkeiten sind offen; Wahrscheinlichkeiten abzuschätzen, kann den nicht gelüsten, der den billigen Glauben nicht teilt, daß die Geschichte immer das Wahrscheinliche geschehen läßt. Das weitere ist Menschenwerk, und schließlich entscheidet doch das aus der Geschichte nicht zu entfernende Element der Persönlichkeit.

2.

Als der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika zu den Friedensberatungen der siegreichen Mächte in Paris eintraf, erschien er der leidenden und hoffenden Menschheit als der Bringer einer neuen Weltordnung. Er schien und war von den besten Absichten erfüllt. Er hatte während des Krieges vortreffliche Grundsätze einer neuen Weltordnung aufgestellt und bei Abschluß des Waffenstillstands seine Verbündeten auf diese Grundsätze zu verpflichten gewußt. In dem großen Ringen hatte Amerika wirtschaftlich und militärisch den Ausschlag gegeben. Seine Verbündeten dankten ihm den Sieg. Das moralische, wirtschaftliche

und finanzielle Gewicht der Vereinigten Staaten mußte sein Wort und seinen Willen zum Erfolg befähigen. Der Präsident ist vollkommen unterlegen. Von seinen edlen Absichten ist nichts, gar nichts Wirklichkeit geworden. Seine berühmten vierzehn Punkte sind zur Karikatur entstellt. Alle die sonst aufgestellten edlen Grundsätze der Gerechtigkeit, der wirtschaftlichen Gleichberechtigung, der Selbstbestimmung der Völker, der Öffentlichkeit der Verhandlungen sind grauenhaft verhöhnt. Der diplomatische Schacher war in Paris so ängstlich geheimgehalten wie nur je. Von der freien Selbstbestimmung der Nationen zeugen die in Ost, West und Süd ohne Abstimmungsrecht abgetrennten deutschen Millionen und das über Deutsch-Österreich verhängte Anschlußverbot. Aus der wirtschaftlichen Gleichberechtigung der Nationen ist eine einseitige Entrechtung der Besiegten geworden. Gelegentliche phraseologische Wendungen und Bestimmungen des Vertrags versuchen vergeblich, die Nacktheit dieses Sachverhalts zu verschleiern. Der Anschluß Österreichs ist nicht für alle Ewigkeit untersagt, sondern für später der Entscheidung des Völkerbunds unterstellt; da für diese Entscheidung des Völkerbunds aber Einstimmigkeit erfordert wird, so wird hierdurch zwar niemand getäuscht, wohl aber der Verstand des Präsidenten der Vereinigten Staaten verhöhnt, dessen Gewissen durch solche Kunstgriffe beruhigt werden sollte und vielleicht auch beruhigt worden ist.

Der widersinnige, den Krieg nicht beendende sondern verewigende, von neuen Kriegen schwangere Vertrag ist eingehüllt in ein Völkerbundstatut, das nach dem Willen und der Meinung des Präsidenten der Vereinigten Staaten den dauernden Frieden bringen und sichern soll, das nach den Hintergedanken derer aber, die es abgeändert angenommen haben, das Werk von Versailles als Heilige Allianz verewigen, seine Revision praktisch verhindern und durch einen völlig unhandlichen Apparat schließlich ersticken soll. Der entscheidende Paragraph ist der § 5, nach dem die Beschlüsse der Bundesversammlung und des Obersten Rates Einstimmigkeit der vertretenen Bundesmitglieder erfordern. Dieser Paragraph macht den ganzen Völkerbund zu einer entbehrlichen Dekoration. Auf daß eine Gruppe von Mächten einstimmig

gefaßte Beschlüsse ausführe, bedarf es keiner Satzung. Solche Beschlüsse wurden auch bisher ausgeführt. Wenn sie in Zukunft an den Instanzenzug des Völkerbunds gebunden sein sollen, so ist das nicht Förderung sondern Hinderung, Verlangsamung nicht Beschleunigung. Wenn Deutschland künftig die Revision des Friedens betreiben will und sich auf den Völkerbund verweisen läßt, so kann es versuchen, die Generalversammlung des Bundes, also ein völlig unhandliches und handlungsunfähiges Gebilde, wenn sie einmal wirklich tagen sollte, dazu zu bewegen, einstimmig zu beschließen, nach § 19 die einzelnen Bundesmitglieder zur Nachprüfung von unanwendbar gewordenen Verträgen aufzufordern, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte. Wenn die in Frage kommenden Bundesmitglieder nicht wollen, so kommt der betreffende Beschluß nicht zustande oder wird nicht befolgt. Wollen aber die betreffenden Mitglieder, dann bedarf es weder einer Generalversammlung noch eines Beschlusses noch einer Völkerbundsatzung. Will Deutschland auf dem Wege des Völkerbundes die Revision des Friedens erreichen, so muß es zuvörderst die Revision dieses Völkerbundes selbst betreiben und durchsetzen, ihn aus einer Heiligen Allianz der siegreichen Regierungen in ein handlungs- und beschlußfähiges Instrument des internationalen Gewissens verwandeln, also die Beseitigung des § 5, die Schaffung einer wirklich bewegungsfreien Bundesleitung und ihre Kontrolle durch ein Parlament betreiben, das nicht das Sonderinteresse der Regierungen, sondern das gemeinsame der Völker vertritt. Deutschland wird untergegangen sein, ehe es auf diesem weitschweifigen und bei der heutigen Lage ungangbaren Umweg eine Erleichterung seiner Lage erreicht hat, und der Völkerbund würde die Aufgabe, die ihm Herr Clémenceau zugedacht hat, erfüllt haben: die Aufgabe nämlich, den Frieden von Versailles zu verewigen, jede Revisionsmöglichkeit im stillen zu erwürgen und das Weltgewissen im Nebeldunst humanitärer Scheinbarkeiten zu betäuben.

Der Präsident der Vereinigten Staaten, bei seiner Ankunft in Europa Träger aller neuen Hoffnungen, hat, wohl auch selbst aufs tiefste enttäuscht, bei seiner Abfahrt nur Enttäuschungen zurückgelassen. Seine Absichten sind in ihr Gegenteil verkehrt. Seine

edlen Grundsätze, die eine neue Weltordnung begründen sollten, sind der Aufrechterhaltung und Verschleierung der alten, deren Gefahren sie bannen sollten, dienstbar gemacht worden. Herr Wilson hat sich zunächst beim Abschluß und der Ausführung des Waffenstillstands jeden Einfluß auf dessen Gestaltung und durch ihn den militärischen Faktor seiner eigenen Machtstellung aus der Hand winden lassen. Er schritt dann an die Verhandlungen über die Festsetzung der Friedensbedingungen ohne jede Kenntnis des europäischen Getriebes, schlecht informiert und ohne Plan für die konkrete Anwendung seiner Punkte, langsam, unbeholfen, ohne jede Verhandlungstechnik, und unterlag nahezu wehrlos, immer zu spät wahrnehmend, was gespielt wurde, den überlegenen Künsten der mit seiner Ungewandtheit spielenden verbündeten Ministerpräsidenten. Auswärtige Politik ist ein höchst konkretes Geschäft und gönnt seit jeher nur der edeln Absicht Erfolg, die die harten Tatsachen zu meistern weiß. Das politische Schicksal des Präsidenten der Vereinigten Staaten, der das Gute gewollt und das Böse hat schaffen müssen, bleibt Warnung für jeden, der in edler Schwärmerei vergißt, daß hart im Raume sich die Sachen stoßen.

3.

Der von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten beschrittene Weg führt nicht zum Ziele. Eine neue Weltordnung kann nicht von einem theologischen Gemüt erpredigt, sondern nur von einem politischen Verstande den faktischen Gegebenheiten und menschlichen Unzulänglichkeiten abgemeistert werden. Was muß geschehen? Und wie kann das geschehen, was geschehen muß?

Die erste Voraussetzung der Gesundung Europas ist die Änderung der Weltmeinung in allen Ländern. Es muß allgemeine europäische Überzeugung werden, daß unter den jetzigen Umständen die großen europäischen Interessen gemeinsame sind, weil die Not eine gemeinsame und nur gemeinsam zu behebende ist. Diese Überzeugung muß zu einer paneuropäischen Gesinnung erstarken.

Es ist zweifellos, daß Gruppen und Parteien solcher Meinung in allen europäischen Völkern entstehen werden. In einigen sind sie entstanden oder im Begriffe zu entstehen. Der Zwang der Dinge,

die an allen Ecken und Enden aufstehenden praktischen Fragen müssen auch die Widerstrebenden zu allmählicher Besinnung treiben.

Aber die Gesinnung allein genügt nicht. Sie muß die Regierungen und, was heute beinahe wichtiger ist, die den Staat überwuchernde, noch auf andere Ideen eingestellte Maschinerie in ihren Bann zwingen können. Eine solche Reaktion der Vernunft, die Erkenntnis auch der Ursachen, die die jetzige Katastrophe heraufgeführt und bis heute, statt sie zu bessern, verschlimmert haben, muß weiter die einzelnen Staaten befähigen, eine relativ stabile und in ihren Entschließungen relativ freie Leitung der auswärtigen Geschäfte zu sichern. Ohne eine solche ist auch die beste Gesinnung nur Ohnmacht. Jede Aktion, durch Regierungswechsel zu Hause oder bei einem der Partner unterbrochen, durch das Warten auf solche oder das Zurechttasten neuer Minister, durch die bei dem einen erregten Hoffnungen, die bei dem anderen erweckten Befürchtungen verlangsamt, durch die Unsicherheit oft schon im Keime erstickt, muß sich in unübersehbaren, nicht zu bewältigenden Nebenmomenten verfangen.[1]) Erst wenn diese allgemeinen Voraussetzungen erfüllt sind, wenn im Meinen und Handeln die schlechten Gewohnheiten des Zeitalters sich zu bessern beginnen, können die großen und vielen praktischen Fragen, deren Lösung allein Europa retten kann, wenigstens mit Hoffnung auf einen halben Erfolg angepackt werden. Wenn das geschehen soll, muß der unhandliche und unbewegliche Völkerbund ersetzt werden durch einen obersten Rat der leitenden europäischen Männer, gebildet aus Siegern, Besiegten und Neutralen. Wenn dieser oberste Rat etwas schaffen soll, müssen die Männer, die ihm angehören, oder zum mindesten die Mehrzahl der mächtigsten, von europäischem Geiste erfüllt und gewillt sein, konstruktiv aufzubauen, statt sich gegenseitig in allerlei Kompensationsgeschäften kleine Vorteile abzujagen. Dieser oberste Rat muß den politischen und wirtschaftlichen Bau Europas umgestalten, muß alles das vielfältige und absichtlich Desorganisierende und Destruktive entfernen und durch einen planmäßigen Bau ersetzen, der

[1]) Während ich die Korrekturzeilen lese, enthält die Tageszeitung Berichte über Kabinettskrisen in nicht weniger als vier Ländern: Deutschland, Italien, Polen, Deutsch-Österreich.

das Höchstmaß politischer Ruhe und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zu sichern vermöchte.

Es ist unter den gegenwärtigen Zeitumständen — auch nach einer Reaktion der europäischen Vernunft gegen die Gefahren des jetzigen Zustands — nicht zu hoffen, daß ein solcher Umbau in toto von den europäischen Mächten geplant und in Angriff genommen werden könnte. Wenngleich das Tempo des Zeitalters ein schnelles, wenngleich die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Regelung und die arge Labilität der inneren Verhältnisse in mehr als einem Lande Europas zu Ereignissen führen kann, die zu radikalen Maßnahmen zwingen, so tut doch der Politiker gut, nicht allzu weit in den lichten Raum überschwenglicher Hoffnungen abzuirren.

4.

Aber der radikale Umbau in toto, als Neuverhandlung aller Friedensschlüsse heute ungangbar auch für den gemäßigten Sieger, weil in ihrem Endergebnis unsicher und nicht berechenbar, ist auch für den Besiegten nicht der einzige Weg. Die Friedensschlüsse können durch neue Spezialverträge, die die praktischen Probleme in der Reihenfolge neu regeln, in der sie sich aufdrängen, interpretiert, ergänzt oder umgestaltet werden. Das ist die Mindestforderung, nicht die deutsche, sondern die europäische. Die aber muß erfüllt werden, und zwar in absehbarer Zeit.

Die Okkupation der Rheinlande schadet beiden Partnern. Sie kostet nutzlos Geld und absorbiert menschliche Arbeitskraft. Sie verringert um unproduktiver Zwecke willen die Summe, die Deutschland zu den produktiven des Wiederaufbaus zahlen kann. Sie verringert außerdem durch Verkehrshemmungen, Reibungen, Verwaltungserschwerungen und Schikanen die wirtschaftliche Produktivität der Provinzen. Sie vergiftet durch schwarze Truppen und militaristische Brutalitäten die Atmosphäre der Gegenwart. Sie sät den Haß, den irgendeine Zukunft ernten muß. Als Garantie gegen ein entwaffnetes Deutschland ist sie überflüssig. Aber schon diese einfache Frage zeigt die Größe der Schwierigkeiten. Es wird kaum in absehbarer Zeit ein französisches Kabinett geben, das die Räumung der Rheinlande planen und ausführen könnte.

Dann muß eine durch keine politischen Neben- und Hintergedanken getrübte, rein sachliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich zustande kommen, um die wirtschaftlich rationelle Zusammenarbeit zwischen Kohle, Koks, Minette und Stahl in dem durch neue Grenzen getrennten lothringisch-rheinischen Industriegebiet wieder möglich zu machen.

Dann muß die deutsche Entschädigungssumme an die Alliierten endgültig festgesetzt werden, und zwar in einer Höhe, die nicht nur der geringen Leistungsfähigkeit des ausgeplünderten Landes entspricht, sondern auch dem deutschen Volke den größeren Teil der Früchte seiner Arbeit und damit die Motive zur Arbeit beläßt. Es gibt niemand, der den deutschen Arbeiter zwingen kann, nur für Frankreich zu arbeiten. Schon der Versuch führt zur Katastrophe. Die Höhe der Summe muß ferner so bemessen, der Zahlungsmodus so geregelt werden, daß der deutsche Staatshaushalt, der heute abgelieferte Kohle, beschlagnahmte Effekten, Vieh, Ammoniak, Maschinen usw. seinen eigenen Bürgern mit Papier bezahlen muß, nicht zu einer Papierwirtschaft gezwungen wird, an deren Ende wiederum die Katastrophe steht. Die Zahlung jeder jetzt auch unter Berücksichtigung aller dieser Momente festgesetzten Summe hat zur weiteren Voraussetzung, daß Oberschlesien bei Deutschland bleibt. Fällt die Abstimmung zugunsten von Polen aus, so werden die Alliierten nicht nur kein Geld erhalten, sondern selbst erhebliche Zahlungen zu leisten haben, sei es um die Auswanderung, sei es um ein geordnetes Dahinsterben der dann vollends nicht mehr lebensfähigen deutschen Industriebevölkerung zu finanzieren.

Solange die französische Regierung nicht wagt, die wahre Lage offen zu schildern, und fortfährt, neue Noten auf imaginäre Zahlungen zu fundieren, statt ausreichende Steuern zu beschließen, solange das französische Volk nicht einsieht, daß der Krieg nicht nur die Renten der Besiegten, sondern auch die der Sieger verzehrt hat und nur neue und verdoppelte Arbeit aller helfen kann, wird das Problem der Entschädigung, damit nicht die plötzliche Entschleierung der wirtschaftlichen Ruinen Europas die betörten Völker zu heftigen Gemütserkrankungen führe, auf die bisherige Weise nicht gelöst, wohl kaum offen behandelt und wahrscheinlich verschleppt

werden, um so als Element unerträglicher Unsicherheit weiter destruktiv zu wirken.

Hier muß an Stelle der Regierungen ein internationaler Rat den Völkern die Wahrheit sagen, muß darüber hinaus an alle Staaten Mindestforderungen einer geregelten Finanzwirtschaft stellen, ohne deren Erfüllung keiner dem anderen, auch nicht gegen politische oder andere Sondervorteile Anleihen gewähren kann. Eine konsequente Durchführung einer solchen Diktatur finanzieller Solidarität muß die Staaten zwingen, die unproduktiven Rüstungen, in denen sie sich heute erschöpfen, zum mindesten auf das Maß ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zurückzuschrauben.

Wenn hier die Zwangsläufigkeit der Leidenschaften noch die Vernunft fesselt, so sollte doch zum mindesten möglich sein, das europäische Wirtschaftsleben Stück für Stück zu rationalisieren. Es ist relativ einfach, aus den verschiedenen Friedensverträgen alle diejenigen Bestimmungen zu entfernen, die, ohne irgend jemand zu nützen, nur der Schädigung und Schikanierung des Unterlegenen dienen.

Da der Krieg überall zerstört hat, allerorten Waren und arbeitende Menschen fehlen, während der verzehrenden zu viele sind, haben alle Probleme der wirtschaftlichen Konkurrenz und des Handelsneids unter den Staaten Europas sich vollständig verschoben. Die Bestimmungen des Versailler Vertrags sind aus den Anschauungen und Tendenzen der Vorkriegszeit geboren und heute sachlich gegenstandslos geworden. Es kommt darauf an, die Gesamtproduktion Europas zu steigern, damit Europa seine Schulden bezahlen und mit seinen Erzeugnissen man seine Menschen ernähren und kleiden kann. Unter diesen Umständen gebietet die Vernunft, nicht den Verkehr zu hemmen, sondern ihn zu fördern, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu fördern und so den Ertrag der Produktion zu erhöhen und ihre Kosten zu verringern. Die europäischen Völker haben allesamt das Interesse, dem Kaufmann, Unternehmer, dem stellesuchenden Ingenieur oder Chemiker, wie dem Wanderarbeiter feste und berechenbare Rechtsverhältnisse zu bieten. Wenn der polnische, ruthenische oder slowakische Landarbeiter zu Hause die Hände faltet, statt in Deutschland Rüben zu hacken, so teilen Polen und Frankreich mit Deutschland den Schaden. Wenn der Techniker

oder Chemiker in seiner Heimat stellesuchend umherreist, während riesige Kolonialreiche aus Menschenmangel nicht entwickelt oder neue Staaten in militärischen oder politischen Aufgaben alle gelernten Kräfte absorbieren und wirtschaftlich nicht vorwärts kommen, so ist das heute ein für die europäische Gesamtwirtschaft unerträglicher Widersinn. Die Vernunft würde gebieten, daß die europäischen Staaten sich alsbald mit dem Plane zusammenfänden, in der gemeinsamen Not ihre Wirtschaft da, wo es nötig ist, gemeinsam zu betreiben, nicht in einem theoretischen Riesengebäude, sondern Stück für Stück, so wie die praktischen Probleme sich aufdrängen, durch kleine praktische Abreden, besondere Abkommen oder wo es, wie auf dem Gebiete des Zahlungswesens, nötig ist, durch internationale Institutionen, nur mit dem einen Gedanken, alles Hemmende aus dem Wege zu räumen und in gleichen Rechtsgrundlagen freier Betätigung, in Verkehr, Paß- und Zahlungswesen, durch Zollvereinfachung und Freilisten wenigstens die Vorbedingungen rationeller Wirtschaft zu schaffen. Gelingt dies auf dem einen, so wird dies auch auf anderen Gebieten gelingen, und da die drängende Not eine gemeinsame ist, kann immerhin die Erfahrung das heute noch verblendete Europa zwingen, anzuerkennen, daß das Leid des einen heute auch das Leid des anderen, daß der beschrittene Weg der richtige ist und Stück für Stück ausgebaut werden muß zu einer europäischen Wirtschaftsunion, die, einmal entstanden und gedeihend, die geistige und politische Verfassung des Zeitalters in ihren Bann zwingen müßte. Ein heute noch überschwenglicher Gedanke und doch aufgezwungen durch Not und Gefahr.

5.

Aber ein oberster Rat der europäischen Vernunft wird Mühe haben, auch nur bis hierher — und zwar rechtzeitig — zu gelangen. Die europäischen Mächte, die den Krieg zu spät zu vermeiden unternahmen, ihn zu spät beendet, zu spät auf den Waffenstillstand haben den formellen Frieden folgen lassen, werden wohl auch zu spät diesen formellen Frieden, der nur eine Fortsetzung des Krieges ist, wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiete durch einen wahren Frieden ersetzen wollen. Und doch ist diese Solidarisierung auf

wirtschaftlichem Gebiete leicht und einfach im Vergleich zu dem, was die Vernunft auf politischem Gebiete zu fordern hat.

Die Friedensschlüsse von Versailles, St. Germain und Neuilly haben die territoriale Frage unter dem Diktat von Frankreich im Sinne möglichster Desorganisation geregelt. Die Grenzen sind gezogen worden, Reibungsflächen zu schaffen und Verständigungen zu erschweren, aus den politischen und militärpolitischen Motiven einer heute nicht mehr haltbaren Tradition, ohne jede Rücksicht auf staatliche und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Diese Desorganisation, aus der immer neue Konflikte entstehen müssen, mag der französischen Diplomatie noch eine Weile die Befriedigung verschaffen, als Arbiter des balkanisierten Europa über das Wohl und Wehe ohnmächtiger Nachbarn zu entscheiden und aufsteigende Sorgen in dem Glanze einer Hegemonie über ein Trümmerfeld zu betäuben. Soll Europa wirtschaftlich wieder gedeihen können, dann müßte dies ganze destruktive Werk im konstruktiven Sinne umgebaut, an Stelle absichtlicher Desorganisation eine planmäßige Organisation gesetzt werden, die überall die Reibungsflächen beseitigt, Konfliktsquellen versiegen läßt, die rationellen Wirtschaftszusammenhänge wiederherstellt, den Staaten die administrativen, ökonomischen und militärischen Aufgaben nach ihrer Leistungsfähigkeit zuteilt, damit die einen nicht an Überfülle unbeschäftigter Menschen und Kräfte ersticken, während die anderen an Riesenaufgaben, zu denen die Quantität wie die Qualität der Menschen fehlen, überanstrengt zusammenbrechen; dann müßte Europa wieder entbalkanisiert werden. Aber der ganze Aspekt des heutigen politischen Wesens, die neueren Friedensschlüsse der Entente, der polnische Vormarsch in die Ukraine, die Blindheit oder Hilflosigkeit der Entente gegenüber der deutsch-österreichischen Entwicklung, zeigt dem nun einmal auf Realitäten angewiesenen Politiker, daß die ideale Forderung einer paneuropäischen, konstruktiven Revision der Pariser Friedensschlüsse zwar gestellt, die dringendste Warnung erschütternd begründet, Forderung und Warnung aber nur unbeachtet verhallen können und die Dinge im alten Sinne zwangsläufig weiterrollen — dem Abgrund zu.

6.

Nur eine Sinnesänderung der Welt, eine Willensänderung der beteiligten Hauptmächte kann einen obersten Rat der europäischen Vernunft entstehen lassen.

Die Neutralen, von den Leidenschaften des Krieges mehr oder minder unberührt, schon um ihrer Kleinheit willen auf die Zusammenarbeit der Völker angewiesen, sind seit jeher einsichtig, aber ohnmächtig. Für die Besiegten, an dem Rande des Abgrundes entlang taumelnden, ist Einsicht leicht. Die Gesundung Europas ist ihre Gesundung. Die neuen Staaten, zwar nationalistisch erregt, aber in das allgemeine Leiden vielfach verstrickt, wären wohl durch den Zwang der Dinge selbst zur Vernunft zu bringen, wenn man sich in Paris entschlösse, diese Entwicklung zu fördern, statt sie zu unterbinden. Von den siegreichen Hauptmächten hat Italien mit dem ihm seit jeher eigenen politischen Verstande begriffen, daß das paneuropäische Interesse auch sein eigenes ist. Die Entscheidung liegt bei Frankreich und England. Frankreich klammert sich an den Traum, eine Hegemonie auf die Balkanisierung Europas zu gründen, vielleicht wissend, aber nicht wagend, sich einzugestehen, daß es sich durch solche Mittel der Zerstörung schließlich selbst zerstören muß. Auf eine Sinnesänderung des französischen Volkes ist kaum zu hoffen. Hier ist alles — Regierungen, Parteien, Generale, Meinungen und Gewohnheiten, Haß, Rache, Herrschaftswille, Ruhm und Eitelkeit, alte Lügen und große Traditionen — in Fatalität gebannt. Hier verläßt die warnende Vernunft, vor der Peripetie ohnmächtig, weinend das Theater der Leidenschaft, und jede Hoffnung auf Umkehr und Einsicht wird zur Vermessenheit.

Da sich in England die Stimmen der Vernunft mehren, wenden sich ihm die Hoffnungen der Hoffnungslosen zu. Aber diese Stimmen der Vernunft, auch die am meisten beachtete, das Buch von Keynes, unterscheiden sich von allen kontinentalen Stimmen. Sie sind mehr die Stimmen von Zuschauern als von Beteiligten. Das europäische Leid ist zunächst nur ein Leid des Kontinents; daher denn die Engländer glauben können, daß ihre Inseln der Schicksalsgemeinschaft des europäischen Kontinents nicht angehören. Die inneren Verwandlungen, die auch England als soziale und psychologische Folge

des Krieges zu bestehen haben mag, mögen tiefe sein: aber ihnen wird weder die Gefährlichkeit der Sache, noch die Schärfe und Bitterkeit der Form eignen, die die kontinentalen Länder erschüttert. Ein in dieser Ausdehnung unwahrscheinlicher Sieg über die Gegner und über einzelne Bundesgenossen hat der englischen Politik und Wirtschaft an Kolonien, Schiffen, Handelsvorteilen und Prestige einen ungeheuren Gewinn gebracht, und in dessen Gefolge wird ein das Ganze umfassendes wirtschaftliches Gedeihen innere Kämpfe und Sorgen leicht überwinden helfen. Es wird in Deutschland vielfach übersehen und mag dem kontinentalen Europäer schwer begreiflich sein, daß der Schwerpunkt der englischen Politik nicht in Europa, sondern in dem Weltreich über den Meeren liegt. Der Kontinent ist, zumal in Zeiten seiner Ohnmacht, für England eine Frage zweiten Ranges. Man läßt ihn mit sich selbst beschäftigen und hat in den übrigen Erdteilen die Hände frei. Das ist die Tradition, die den Aufstieg der englischen Macht geschaffen hat, aufrechterhalten durch die Erinnerung an alte Erfahrungen und immer wieder durch neue bestätigt. Auch jetzt wieder winkt die Gelegenheit und die Versuchung, die englische Unterstützung des in der deutschen Frage gebannten Frankreich immer von neuem gegen politische und wirtschaftliche Positionen in anderen Erdteilen auszutauschen.

Trotzdem wenden sich die Hoffnungen des Kontinents der englischen Politik zu. Weil sie die einzige ist, die, wenn sie helfen will, auch helfen kann. Weil sie überdies die relativ beweglichste und auf Grund einer großen politischen Erfahrung des Volkes mehr als andere befähigt ist, kühle Erwägung blinder Leidenschaft vorzuziehen. Daher klammern sich die Hoffnungslosen an die Möglichkeit, als an die heute einzig sichtbare und letzte, daß unter den heutigen Umständen, auf die die Traditionen der Vergangenheit nicht anwendbar sind, das Interesse der englischen Inseln den Untergang des europäischen Kontinents, der wirtschaftlich wie politisch auch die Stellung Englands erschüttern muß, nicht zulassen könne und der englischen Politik die Reorganisation des europäischen Kontinents zu betreiben gebieten müsse. Zahlreiche und ehrliche englische Stimmen haben dieser Notwendigkeit das Wort geredet, und wenn

wirklich diesen mehr aus ethischen und humanitären Motiven entstammenden Stimmungen sich die Einsicht in das ökonomische Interesse verbände, könnten auf diese Worte des guten Willens Taten der Politik folgen. England kann heute der Arbiter Europas sein. Seine Stimme entscheidet. Es könnte, falls es sich entschlösse, die Mächte des Kontinents zu einer schrittweisen Reorganisation der europäischen Dinge zusammenzuführen, nicht nur bei den Gegnern und Neutralen, sondern auch bei den Einsichtigen unter den Bundesgenossen von gestern der Gefolgschaft sicher sein.

Wenn aber auch diese kleine Hoffnung trügt, wenn Frankreich in seiner tragischen Befangenheit verharrt, England aber, über See beschäftigt, sich darauf beschränkt, den Kontinent als halbbeteiligter Zuschauer zu bemitleiden, dann wird das Schicksal sich erfüllen. Die wirtschaftliche Selbstzerstörung des Kontinents wird fortgesetzt werden und zu einem Siechtum der Völker führen, wobei der nicht auswandernde Teil der überschüssigen Millionen, ehe er durch Hunger und Kriege aufgezehrt wird, die politischen und sozialen Verhältnisse mannigfacher Unruhe überantworten muß. Die staatlichen Verhältnisse werden einer fatalen Labilität nicht entrinnen können, die nach außen und innen immer wieder dazu verführen muß, eine verlorene Gleichgewichtslage durch jähe Bewegungen und gewagte Entschlüsse wiederherzustellen. Diese Geistesverfassung wird schwerlich imstande sein, die Dutzende von zunächst lokalen Kriegen hintanzuhalten, die aus der Balkanisierung des östlichen Europa entstehen müssen. Über den Charakter der Politik, die in der östlichen Hälfte Europas geführt wird und die westliche in ihren Bann ziehen wird, ist schon heute, da die Tinte der Friedensverträge noch kaum getrocknet ist, ein Zweifel nicht gestattet. Von Estland bis Griechenland rüstet ein jeder gegen den Nachbarn, Todfeinde umlauern sich, Aufstände werden geschürt, Geheimbündnisse geschlossen, wieder gelöst und gewechselt, und die europäischen Großmächte, statt die Dinge zu meistern und die Kleinen im Zaum zu halten, kämpfen in einem Labyrinth von Intrigen gegeneinander, sei es um eigene kleine Vorteile, sei es um die Vorteile ihrer Schützlinge, deren eine jede andere hat. Es ist der alte Balkan, vergrößert, verwildert und noch weniger als früher isolierbar.

7.

Deutschland ist ohnmächtig, waffenlos. Es ist wirtschaftlich zerrüttet, seelisch gebrochen. Es ist nur mehr Objekt, nicht mehr Subjekt des Weltgeschehens. Ihm bleiben nur Geduld und Hoffnung. Es kann wenig zur Rettung Europas beitragen, aber das Wenige soll es tun.

Es muß zunächst psychisch aus dem Zustand der Knochenerweichung sich retten. Es muß sich gegen den Untergang wehren mit den Mitteln, die ihm bleiben, und nicht sich ohne auch nur moralische Gegenwehr als Fronvolk ausnutzen lassen, um dann eines Tages leidenschaftlichen Entschlüssen der Verzweiflung zu verfallen. Es hat keine Waffen und kann sich doch in einigem mit dem Rechte wehren und dem doppelten Stolz des Besiegten. Es soll seine inneren Angelegenheiten in Ordnung bringen, und zwar dergestalt, daß die staatliche Führung, von Nebeneinflüssen und Rücksichten frei, sachlich und ruhig stet den Weg der Vernunft gehen, dem Ausland einen Kontrahenten von berechenbarer Verlässigkeit und leidlichem Bestand bieten kann. Dazu gehört, daß der Staat sich von jeder Überwucherung durch die unverantwortliche Maschinerie von Sondermächten freizuhalten vermag. Gegen diese Gefahr gibt es keine andere Sicherung als die Gesinnung des Volkes selbst. Nur ein allgemeines Staatsgefühl des Volkes selbst kann den de facto regierenden Parteiausschüssen die Freiheit sachlicher Entschließung und steter Arbeit verschaffen. Hier ist zu helfen und zu bessern rechts und links Gelegenheit genug.

Wenn es gelingt, dergestalt die Dinge im Inneren zu ordnen und zu festigen, wenn so das arme, mit Füßen getretene Land trotz allem inmitten hilfloser Verwirrung das Schauspiel staatlicher Kraft und Ruhe zu bieten vermag, dann werden wir vor der Welt mit Erfolg die These verfechten können, daß Europa ohne Deutschland nicht gesunden kann und mit Deutschland gesunden muß; und ein Deutschland als Wortführer paneuropäischer Gesinnung wird schließlich gehört, verstanden und beachtet werden.

Deutschland hat heute und für alle Zeit keine andere als eine paneuropäische Politik zu betreiben. Es hätte auch in den Dezennien vor dem Kriege klug daran getan, keine andere zu betreiben

oder auch nur zu erträumen. Man kann keine Weltpolitik in allen Erdteilen treiben, im Herzen Europas mit weithin offenen Grenzen, inmitten feindlicher, im Rücken geschützter Nachbarn. Unreife Träume haben sich grauenhaft gerächt. Wenn vor dem Kriege die politischen Meinungen in Deutschland haltlos zwischen den beiden gleich gedankenlosen Extremen schwankten, auf der einen Seite dem dummen Glauben an die bloße Gewalt und noch mehr an seine leere Geste, auf der anderen Seite dem frommen Kinderwahn der internationalen Güte, sind wohl heute oder sollten die einen wie die anderen geheilt sein und begreifen, daß europäische Gesinnung nicht nur nach der ideellen Tradition des deutschen Geistes, sondern nach nüchternstem Interesse die wahre Nationalgesinnung des Deutschen ist. Wilhelm von Humboldt schreibt in einer an den Freiherrn vom Stein gerichteten Denkschrift vom Dezember 1813: „Deutschland muß frei und stark sein, um das notwendige Selbstgefühl zu nähren, seiner Nationalentwicklung ruhig und ungestört nachzugehen, und die wohltätige Stelle, die es in der Mitte der europäischen Nationen für dieselben einnimmt, dauernd behaupten zu können." Mehr wollen wir nicht, können und sollen wir nicht wollen. Soviel aber als unser Recht zu fordern und mit Entschiedenheit zu erstreben, lassen wir nicht. Schutzlos im Herzen Europas, zertreten und zerquält, leiden wir das europäische Leid: wissend, daß Europa mit uns genesen oder untergehen wird.

8.

Nicht genug, daß die Menschheit zu leiden bestimmt sei — es gelüstet sie, einen Gesamtsinn entdecken und glauben zu wollen. Sie sucht ihn bald da, bald dort; aber die Theorien, Frauen und Kindern vielleicht ein flüchtiger Trost, verwirren nur das schon genugsam verwirrte Geschehen.

Die Weltgeschichte ist nicht eindeutig. Sie führt nicht einen geraden, wenn auch steinigen Pfad langsam aufwärts irgendeiner Höhe des Menschengeschlechtes zu. Sie ist ein steter Kampf zwischen vielen Zielen, durchkreuzt immer wieder ihre eigenen Absichten, verfängt sich in ihren eigenen Fäden, findet sich nicht mehr zurecht und beginnt von neuem, wechselt fortgesetzt den Träger ihrer Pläne

und irrt immer wieder. Sie hat ihre corsi und ricorsi, und zu allem übrigen ist noch das Aufwärts des einen das Abwärts des anderen.

Die Weltgeschichte hat keinen Gesamtsinn. Fortschritt ist moralische Forderung, nicht aber geschichtliche Tatsache. Aller Sinn ist Menschenwerk und Menschenaufgabe und kann nicht in der Geschichte gefunden werden, wenn er ihr nicht abgezwungen wird. Die Welt ist nicht so eingerichtet, daß sie die Erfindung jeder neuen Maschine vertragen, nicht durch die einen Errungenschaften die anderen gefährden und schießlich durch ihre eigenen Werke sich selbst zerstören könnte.

Die Weltgeschichte war bisher die Geschichte Europas. Sie wird in Zukunft zuerst die Geschichte der englischen Inseln, des amerikanischen Kontinents und Ostasiens sein. Europa selbst ist in einem Prozeß der Rückbildung und Selbstzerstörung begriffen. Ob der in einem langsamen Siechtum sich verewigen oder ob ein neues aus ihm wird erstehen können, werden die Europäer entscheiden. Die Geschichte hält jederzeit viele Möglichkeiten bereit. Das gilt insbesondere von krisenhaften Zeiten, die sich nie hinter die meist fratzenhafte Maske sehen lassen. Da ist es müßig, Formeln nachzuhangen und z. B. feststellen zu wollen, daß nun die Zeit der Nationalstaaten vorbei sei oder die kapitalistische Ordnung einer sozialistischen weichen werde. Die Geschichte widerstrebt allen solchen Ismen und läßt gelegentlich, der Menschheit zum Hohne, den neuesten Sozialismus in einen schon bekannten Nationalismus oder einen rückschrittlichen Kleinkapitalismus umschlagen, läßt einen Brussilow auf die Schultern eines Radek steigen, läßt Literaten und Propheten ruhig ihr minderes, aber lautes Wesen treiben, um vielleicht eines Tages, wenn der wüste Nebel sich verzieht, spottend auf die beiden uralten Mächte zu verweisen, die aufrecht stehen geblieben sind, weil kein Geschrei sie anficht, auf den Bauer und die Kirche.

Aber sie kann unser nur spotten, weil sie im Großen nichts will und uns im Kleinen immer neu aufgibt, ihr einen Willen zu geben. Der Sinn des Geschehens kann nur von dem einzelnen Organischen aus gewertet werden, das in immer neuen Ansätzen, kämpfend,

siegend, zusammenbrechend und wieder auferstehend um seine Art von Sinn ringt.

Bis heute ist die Menschheit kein solches Lebendig-Organisches. Ob Not, Gefahr und gemeinsames Interesse sie zu einem solchen wird zusammenformen können oder wenigstens Völkergemeinschaften sich bilden und, einmal gebildet, sich allmählich erweitern werden, ob die Internationale des Proletariats oder des Kapitals, sich des oder jenes Volkes bedienend, über die nationalen Gestaltungen und Begrenztheiten hinweggreifend, ein Übernationales und doch Organisches schaffen wird, ist heute noch den einen zu hoffen, den anderen zu fürchten, den dritten zu bezweifeln überlassen. Bis auf weiteres bleiben die Völker das Lebendig-Organische und damit die Träger der Geschichte und die Gestalter ihres Sinnes.

Große Völker können wohl jäh von ihrer Höhe stürzen. Aber kein Sturz kann und darf ihnen ein endgültiger sein. Sie können leiden und Hoffnungen um Jahrhunderte vertagen, aber sie sterben erst, wenn sie aufhören, ihren eigenen Sinn zu bilden, zu bewahren und, so gut es geht, immer von neuem dem ringsum Widerstrebenden abzuringen.